

Deutschland- Monitor

'25

**Gesellschaftliche und
politische Einstellungen**

**Themenschwerpunkt:
Wie veränderungsbereit
ist Deutschland?**

Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim

Deutschland- Monitor '25

Gesellschaftliche und
politische Einstellungen

Themenschwerpunkt:
Wie veränderungsbereit
ist Deutschland?

Erarbeitet von:

Helene Franke, Jörg Hebenstreit,
Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Reinhard Pollak,
Marion Reiser, Matthias Sand und Pierre Zissel

Inhalt

010	Vorwort der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
012	Erläuterungen zu den Erhebungen
014	Projektteam

1. Einführung

018	1.0 Einführung
-----	----------------

2. Methodisches Vorgehen

024	2.0 Methodisches Vorgehen
024	2.1 Haupterhebung
025	2.1.1 Feldphase der Haupterhebung
026	2.1.2 Gewichtung der repräsentativen Bevölkerungsbefragung
026	2.1.3 Erhebungsinstrument
027	2.2 Regionale Vertiefungsstudie
027	2.2.1 Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)
032	2.2.2 Aufbau des rollierenden Kreispansels
033	2.2.3 Stichprobenziehung der regionalen Vertiefungsstudie
035	2.2.4 Gewichtung der regionalen Vertiefungsstudie
035	2.3 Fokusgruppendifkussionen

3. Wie veränderungsbereit ist Deutschland?

- 040 3.0 Wie veränderungsbereit ist Deutschland?
- 041 3.1 Allgemeine Veränderungsbereitschaft
- 043 3.2 5 Transformationstypen
- 047 3.3 Allgemeine Veränderungsbereitschaft nach individuellen Faktoren
 - 047 3.3.1 Soziodemografie
 - 048 3.3.2 Transformationserfahrungen
 - 052 3.3.3 Wirtschaftliche Lagebewertung und Zukunftserwartung
 - 053 3.3.4 Sozialpsychologische Faktoren
 - 055 3.3.5 Parteinähe
 - 057 3.3.6 Transformationstypen und ihre Merkmale
- 060 3.4 Einstellungen zu Veränderungen in zentralen Politikfeldern
 - 063 3.4.1 Verteidigung
 - 068 3.4.2 Digitalisierung
 - 071 3.4.3 Klimawandel
 - 076 3.4.4 Migration
 - 080 3.4.5 Demografischer Wandel
 - 083 3.4.6 Wirtschaftlicher Strukturwandel
- 086 3.5 Muster der Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern
 - 087 3.5.1 Politikfeldübergreifender Zusammenhang zwischen allgemeiner und politikfeldspezifischer Transformationsbereitschaft
 - 087 3.5.2 Individuelle Ressourcen: Digitalisierung und Verteidigung
 - 089 3.5.3 Politische Lagerzugehörigkeiten: Migration und Klimaschutz
- 091 3.6 Veränderungsbereitschaft in strukturstarken und -schwachen Regionen: Ergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie
- 095 3.7 Gelingens- und Akzeptanzbedingungen für gesellschaftliche Veränderungen

4. Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus

- 100 4.0 Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus
- 100 4.1 Einstellungen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und zur Rückkopplung innerhalb des politischen Systems
- 101 4.1.1 Einstellungen zur Demokratie
- 109 4.1.2 Vertrauen in politische Institutionen
- 115 4.1.3 Wahrgenommene Rückkopplung der Politik an die Bürgerinnen und Bürger
- 118 4.1.4 Einstellungen zur Demokratie und ihren Akteuren als Einstellungssyndrom
- 119 4.1.5 Individuelle Bestimmungsfaktoren politischer Unterstützung
- 125 4.1.6 Politische Unterstützung und allgemeine Veränderungsbereitschaft
- 128 4.1.7 Politische Unterstützung im Kontext: Ergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie
- 135 4.2 Populistische Einstellungen: Verbreitung und Muster antipluralistischer Elitenkritik
- 145 4.3 Diktaturaffine Einstellungen

5. Gesellschaftliche Einstellungen und Lebensperspektiven

- 156 5.0 Gesellschaftliche Einstellungen und Lebensperspektiven
- 156 5.1 Lebenszufriedenheit, Lebensbilanz und gesellschaftliche Wertschätzung
- 162 5.2 Lokaler Zusammenhalt und kollektive Wirksamkeit
- 165 5.3 Bilanz der Wiedervereinigung

6. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

- 172 6.0 Zusammenfassung zentraler Ergebnisse
- 172 6.1 Deutliche Mehrheit der Bevölkerung ist nicht erklärtermaßen veränderungsmüde
- 172 6.2 Kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland
- 172 6.3 Allgemeine Veränderungsbereitschaft prägt Veränderungsbereitschaft in einzelnen Politikfeldern
- 173 6.4 Zumutungen können hingenommen werden – außer bei der Rente
- 173 6.5 Positive Zukunftserwartungen gehen mit Veränderungsbereitschaft einher
- 173 6.6 Staatlich gewährleistete Sicherheit, Transparenz und Gerechtigkeit steigern die Akzeptanz von Veränderungen
- 174 6.7 »Transformationskompetenz« der Demokratie nicht grundsätzlich in Frage gestellt
- 174 6.8 Weiterhin hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie, Funktionieren der Demokratie wird weiterhin kritischer gesehen
- 174 6.9 Populistisch eingestellte Personen sehen Entwicklung der Demokratie negativer
- 175 6.10 Lebenszufriedenheit geprägt durch Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation
- 175 6.11 Regionale Prägungen politischer und gesellschaftlicher Einstellungen: In Ostdeutschland wirkt Prosperität deutlich stärker – im Westen kaum
- 176 6.12 Die eigene und direkt erfahrbare Lage wird durchweg deutlich besser bewertet als die gesamtgesellschaftliche Situation

7. Methodik und Analysen

180	7.0 Methodik und Analysen
180	7.1 Stichprobenziehung und Feldverlauf des Hauptfelds
181	7.2 Stichprobenziehung und Feldverlauf der regionalen Vertiefungsstudie
185	7.3 Gewichtung des Hauptfelds
187	7.4 Gewichtung der regionalen Vertiefungsstudie
188	7.5 Beschreibung der Komponenten des ILTIS-Indikators

8. Fragebogen

192	8.1 Inhaltlicher Teil: Schwerpunkt
201	8.2 Inhaltlicher Teil: Standbein
206	8.3 Soziodemografie

9. Anhang

212	9.1 Literaturnachweise
224	9.2 Abbildungsverzeichnis
230	9.3 Tabellenverzeichnis
232	9.4 Autorinnen und Autoren

Vorwort der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Liebe Leserinnen und Leser,

35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist unser Land erneut mit einer Vielzahl tiefgreifender Veränderungen konfrontiert: Ein bis vor wenigen Jahren noch unvorstellbarer Krieg mitten in Europa stellt neue Anforderungen an unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hinzu kommen die veränderte geopolitische Weltlage, der fortschreitende Klimawandel, die Digitalisierung und nicht zuletzt der demografische Wandel. All diese Veränderungen erfordern grundlegende Anpassungen unserer Art zu leben und zu wirtschaften.

Doch wie veränderungsbereit sind die Menschen in Deutschland? Diese Frage nimmt der Deutschland-Monitor 2025 in den Blick. Wie schätzen die Bürgerinnen und Bürger Ausmaß, Intensität und Geschwindigkeit des Wandels ein? Werden Veränderungen eher mit Chancen oder mit Gefahren verbunden? Und unter welchen Bedingungen sind Menschen bereit, die eingeschlagenen Veränderungspfade mitzutragen? Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass unsere Gesellschaft insgesamt veränderungsoffener ist, als vielfach behauptet wird. Das gilt übrigens auch für die Ostdeutschen. Ich danke dem Forschungskonsortium des Deutschland-Monitors für den Bericht. Bereits zum dritten Mal haben sie die jährliche repräsentative Befragung zu gesellschaftlichen und politischen Sichtweisen und Einstellungen durchgeführt und ausgewertet – ein Vorhaben, das auf eine Handlungsempfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« zurückgeht.

Ein Ergebnis des diesjährigen Deutschland-Monitors treibt mich in besonderer Weise um: Die Akzeptanz von Veränderungen ist geringer, wenn Menschen bereits einmal negative Erfahrungen mit gesellschaftlichem Wandel gesammelt haben oder mit Sorgen in die Zukunft blicken. Sie steigt dagegen, wenn Menschen über genügend persönliche Ressourcen verfügen und wenn sie den Staat als handlungsfähig wahrnehmen. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Veränderungsbereitschaft in den strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands besonders gering ausfällt. Dort sind die Menschen oft auch weniger zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie und haben ein geringeres Vertrauen in politische Institutionen.

Für mich verdeutlicht der Deutschland-Monitor einmal mehr, dass wir weiter an dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse arbeiten müssen. Das massive Investitionsprogramm der Bundesregierung ist hierfür ein zentraler Hebel. Und die Studie zeigt, dass wir ostdeutsche Biografien sichtbarer machen müssen, etwa indem mehr Ostdeutsche in Führungspositionen aufsteigen. Auch dafür werde ich mich weiter mit ganzer Kraft einsetzen.

Alle Ergebnisse und Analysen des aktuellen Deutschland-Monitors sind, ebenso wie die Berichte 2023 (Schwerpunkt: Stadt und Land) und 2024 (Schwerpunkt: Gewünschte Gesellschaft), auch auf der Internetseite deutschland-monitor.info mit vielen anschaulichen Grafiken einsehbar. Dort finden Sie auch Hintergrundinformationen zu der innovativen Methodik der Studie, mit der die regionalen Besonderheiten in Deutschland besonders verdeutlicht werden.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich viel Freude bei der Lektüre. Und freue mich auf anregende Diskussionen!

Mit den besten Grüßen
Elisabeth Kaiser

Erläuterungen zu den Erhebungen

Die Studie basiert auf drei Erhebungen:

1. Repräsentative Bevölkerungsbefragung

- Fallzahl n = 4.005, repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung des Bundesgebiets ab 16 Jahren
- Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
- Erhebungszeitraum: 23. April bis 30. Mai 2025

2. Regionale Vertiefungserhebung

- Fallzahl n = 4.018, aufgeteilt auf insgesamt 12 Kreise (Landkreise/ kreisfreie Städte) gemäß einer Zufallsauswahl je 3 strukturstarker und strukturschwacher Kreise in Ost- und Westdeutschland (n = jeweils \approx 333). Die Auswahl der Kreiseinheiten erfolgt aufgrund der Kontextfaktoren Teilhabe und Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals, Faktoren der wirtschaftlichen Leistungskraft (ILTIS).
- Ausgewählte Landkreise und kreisfreie Städte: Recklinghausen, Landkreis Birkenfeld, Delmenhorst (West, geringe Prosperität); Augsburg, Memmingen, Landkreis Neu-Ulm (West, hohe Prosperität); Landkreis Barnim, Weimar, Landkreis Potsdam-Mittelmark (Ost, hohe Prosperität); Stendal, Landkreis Prignitz, Wittenberg (Ost, geringe Prosperität)
- Zielpopulation: Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren
- Erhebungsverfahren: offline-rekrutierte Online-Befragung auf Basis einer Einwohnermeldeamtsstichprobe (CAWI)
- Erhebungszeitraum: 23. Juli bis 12. September 2025

3. Fokusgruppendifkussionen

- Teilnehmende: 32; jeweils 8 Diskusstionsteilnehmende in 4 Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung
- jeweils ein strukturstarker und ein strukturschwacher Landkreis bzw. kreisfreie Stadt in Ost- und Westdeutschland: Memmingen, Recklinghausen, Barnim, Stendal
- Zusammensetzung: Streuung der Teilnehmenden nach Alter und höchstem Bildungsabschluss, telefonische Rekrutierung
- Methode: semi-strukturiertes exploratives Brainstorming; moderierte, leitfadengestützte Diskussion
- Dauer: je ca. 120 Minuten
- Erhebungszeitraum: September und Oktober 2025

Projektteam

Das Forschungskonsortium besteht aus:

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg

- Prof. Dr. Everhard Holtmann
- Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Prof. Dr. Marion Reiser
- Dr. Jörg Hebenstreit
- Pierre Zissel M.A.
- Helene Franke M.A.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim

- Prof. Dr. Reinhard Pollak
- Dr. Matthias Sand
- Julia Kozilek
- Antje Bakker M.A.

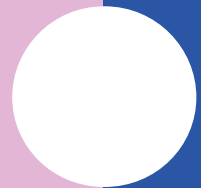
Durchführendes Institut der Bevölkerungsumfragen:

forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

Durchführendes Institut der Fokusgruppendifkussionen:

INFO GmbH Institut für Markt- und Meinungsforschung Berlin

Das Projekt wird gefördert von der Beauftragten
der Bundesregierung für Ostdeutschland.



Einführung

Aktuellen Zeitdiagnosen zufolge ist »Veränderungsmüdigkeit« kennzeichnend für den mentalen Zustand der deutschen Gesellschaft. Der Soziologe Steffen Mau etwa beobachtet eine »Veränderungerschöpfung«: Ein Teil der Gesellschaft beklage, dass er sich von gesellschaftlichen Veränderungen »überrollt fühlt« (Mau 2022). Ähnlich argumentiert der Ökonom Marcel Fratzscher: Die Risikoscheu sei hoch. Traditionell seien Politik und Wirtschaft hierzulande »auf Stabilität und nicht auf Geschwindigkeit ausgerichtet«. Allgemein verbreitet sei die Lesart, »dass wir Veränderungen nicht übers Knie brechen [...], sondern uns Zeit lassen müssten« (Fratzscher 2024).

Für ein solches auf Beharrung fixiertes Zeitgefühl gibt es empirische Belege. So stellt z. B. eine psychologische Studie von 2021 für Deutschland insgesamt wenig Aufbruchsstimmung fest. 37 Prozent schätzen es, ihre »Ruhe zu haben«. 31 Prozent mögen »nicht (mehr) ständig etwas Neues« unternehmen. Zugleich sehen jedoch 80 Prozent den Druck zur »Anpassung an die Krisen« auch als »eine große Chance, wenn wir jetzt anfangen zu handeln« (vgl. Rheingold-Institut 2021, 53, 62). Dieses – auf den ersten Blick widersprüchliche – Ergebnis spricht weniger für eine Veränderungsmüdigkeit, sondern vielmehr dafür, dass ein hoher Anteil der Menschen hierzulande mit Blick auf konkrete Herausforderungen wie z. B. den Klimawandel veränderungsbereit ist (vgl. u. a. Hebestreit et al. 2025, 175; Harfst et al. 2023, 61). Daher fragt der Deutschland-Monitor 2025: Wie veränderungsbereit ist Deutschland?

Infolge der anhaltenden Polykrise – Krieg in der Ukraine und dem Nahen Osten, globale Zollstreitigkeiten, Wachstumsschwächen der Wirtschaft – dürfte sich der jetzt schon hohe Veränderungsdruck künftig noch steigern. Das erhöht zum einen die objektiven Anforderungen an Wirtschaft und Bevölkerung, auf Veränderungsbedarfe flexibel zu reagieren und die Folgen von Wandel zu bewältigen. Zum anderen wachsen die Erwartungen an die Politik, den Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen in vorausschauender, ressourcenschonender und sozial ausgewogener Weise zu steuern. Für ein wirkungsvolles »Change-Management« seitens der Politik, das die laufende und absehbare Transformation angemessen begleiten und gestalten kann, braucht es aktuelle und möglichst präzise Informationen über die Vorstellungen, Sorgen und Wünsche der Bevölkerung. Der Themenschwerpunkt des diesjährigen Deutschland-Monitors trägt diesem Desiderat von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft Rechnung.

Somit untersucht der Deutschland-Monitor in seinem Themenschwerpunkt, wie die Menschen in Deutschland gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen. Werden Ausmaß, Intensität und Geschwindigkeit der Transformationen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik von der Bevölkerung positiv oder negativ eingeschätzt und werden damit eher Chancen oder Risiken verbunden? Werden bereits erfahrene Veränderungen als vorteilhaft oder nachteilig empfunden? Wo und unter welchen Bedingungen sind Menschen bereit, eingeschlagene Veränderungspfade mitzutragen? Und in welchem Zusammenhang steht diese Veränderungsbereitschaft mit politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, etwa mit der Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie oder populistischen Einstellungen?

Diese Fragen verbinden das diesjährige Schwerpunktthema mit dem langfristigen Fokus des Deutschland-Monitors. Dieser Fokus liegt insbesondere auf der Entwicklung der Bewertungen von Demokratie als Idee und Praxis, des Vertrauens in politische Akteure und öffentliche Institutionen, der Rückkopplung der politisch-administrativen Eliten an die Bevölkerung sowie der gesellschaftlichen Einstellungen der Bevölkerung. So ist es zentrale Aufgabe des Deutschland-Monitors,¹ jährlich die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen in der gesamtdeutschen Bevölkerung zu untersuchen, um – zumindest perspektivisch² – die Beständigkeit und die Veränderungen dieser Einstellungen und Werthaltungen in Ost- und Westdeutschland empirisch zu analysieren.

Dabei steht neben individuellen Einflussfaktoren (u. a. Alter, Geschlecht, Bildung) im Deutschland-Monitor insbesondere auch die Frage im Zentrum, wie regionale Lebensumfelder (»Kontexte«) die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der Menschen beeinflussen. Dabei geht der Deutschland-Monitor über die standardmäßige Untersuchung von Ost-West-Unterschieden hinaus und fokussiert insbesondere auch auf die Bedeutung von kleinräumigen Kontextfaktoren, unter anderem durch den Vergleich von strukturschwachen und strukturstarken Regionen. Die Befunde der Deutschland-Monitore 2023 und 2024 weisen darauf hin, dass Regionen aufgrund ihrer spezifischen sozialräumlichen Beschaffenheit eine prägende Wirkung entfalten können. Diese Perspektive ist gerade vor dem Hintergrund des im Grundgesetz verankerten Ziels, trotz der regionalen Vielfalt gleichwertige Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG) sowie räumliche Gerechtigkeit zu sichern, von hoher Relevanz.

Zudem ist diese Fokussierung auf kleinräumige Regionen auch vor dem Hintergrund des Themenschwerpunkts bedeutsam. So stellt sich die Frage, ob und gegebenenfalls wie die Veränderungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger von den lebensweltlichen Kontexten geprägt ist. Inwiefern unterscheidet sich also die Sicht auf Veränderungen zwischen ost- und westdeutschen, zwischen strukturschwachen und -starken, zwischen städtischen und ländlichen Kreisen und Regionen?

- ¹ Der Deutschland-Monitor geht auf eine Empfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020, 16) zurück und wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland gefördert. Er wird seit 2023 von einem Forschungskonsortium in einer zunächst vierjährigen Pilotphase durchgeführt (vgl. dazu ausführlich Holtmann et al. 2024 sowie die Website des Deutschland-Monitors – deutschland-monitor.info). Ziel dieser Pilotphase ist es, den neuen regionalisierten Ansatz mit verschiedenen inhaltlichen und methodischen Vorgehensweisen zu testen ([Kap. 2](#)) und einen Vorschlag für eine langfristige methodisch-konzeptionelle sowie inhaltliche Anlage eines Deutschland-Monitors zu erarbeiten. Eine erste Auswertung des diesjährigen Schwerpunktthemas wurde im September 2025 im Bericht »35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?« der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland veröffentlicht. Aufgrund einer finalen Datenbereinigung weichen die berichteten Ergebnisse in der hier vorliegenden Version teilweise minimal ab, ohne dass sich an den inhaltlichen Aussagen etwas ändert. Die vollständige Fassung des Kurzberichts ist unter deutschland-monitor.info/aktuelles/kurzbericht-2025-vorgestellt abrufbar.
- ² Ziel ist es, aus den jährlich erhobenen Daten sukzessive eine Zeitreihe aufzubauen, die aussagekräftige Längsschnittanalysen ermöglicht.

Um gerade auch diese kleinräumigen Regionen in den Blick nehmen zu können, basiert der Deutschland-Monitor auf einer methodisch innovativen Anlage aus 3 Erhebungen: erstens einer bundesweiten, repräsentativen Befragung von ca. 4.000 Personen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren, zweitens einer regionalen Vertiefungsstudie in zufällig ausgewählten strukturstarken und strukturschwachen Kreisen Ost- und Westdeutschlands, in denen weitere ca. 4.000 Interviews durchgeführt werden. Die Verknüpfung dieser Einstellungsdaten mit kreisbezogenen Strukturdaten erlaubt die vergleichende Untersuchung regionaler Bestimmungsgründe von politischen und gesellschaftlichen Einstellungen. Diese standardisierten Befragungen werden drittens durch qualitative Fokusgruppeninterviews ergänzt. Diese dienen sowohl zur Validierung der Befragungsdaten als auch für ein tieferes Verständnis und damit eine bessere Interpretation der quantitativen Befragungsdaten.

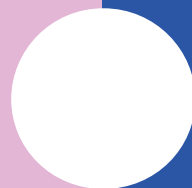
In Kapitel 2 wird dieses methodische Vorgehen durch die Kombination einer für Gesamtdeutschland repräsentativen Bevölkerungsbefragung, einer repräsentativen regionalen Vertiefungsstudie und der Fokusgruppeninterviews detailliert dargelegt und begründet (↗ Kap. 2).

Kapitel 3 widmet sich dem diesjährigen Schwerpunktthema Wie veränderungsbereit ist Deutschland? (↗ Kap. 3). Dabei betrachten wir die Veränderungsbereitschaft einerseits allgemein und andererseits spezifisch für bestimmte Politikfelder: Zunächst wird die allgemeine Veränderungsbereitschaft dahingehend untersucht, wie die Befragten gesellschaftliche Veränderungsprozesse generell wahrnehmen und bewerten (↗ Kap. 3.1). Auf dieser Basis ergeben sich insgesamt 5 Transformationstypen, die sich systematisch in ihrem Blick auf Veränderungen voneinander unterscheiden. Es wird daher untersucht, wie sowohl frühere Erfahrungen in Transformations- und Veränderungsprozessen als auch sozialstrukturelle und politische Faktoren mit dieser allgemeinen Veränderungsbereitschaft zusammenhängen (↗ Kap. 3.2 + Kap. 3.3). Daran anschließend folgt die Analyse, welche Einschätzungen und Wahrnehmungen die Befragten zu Wandel in konkreten Politikfeldern haben. Für diese spezifische Veränderungsbereitschaft fokussiert die Studie auf 6 Bereiche, die aktuell durch Veränderungsprozesse geprägt sind: Migration, Verteidigung, Digitalisierung, Demografie, Wirtschaft und Klima (↗ Kap. 3.4). Auf dieser Grundlage werden sowohl Muster der spezifischen Veränderungsbereitschaft (↗ Kap. 3.5) als auch auf Basis der regionalen Vertiefungsstudie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen (↗ Kap. 3.6) herausgearbeitet. Im Folgenden steht dann die Frage im Zentrum, welche Gelingens- und Akzeptanzbedingungen die Bürgerinnen und Bürger für die Veränderungsbereitschaft sehen (↗ Kap. 3.7).

Kapitel 4 analysiert die politischen Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus in der Bevölkerung, um aktuelle Entwicklungen der politischen Kultur in Deutschland einzuordnen (↗ Kap. 4). Dies ist gerade vor dem Hintergrund der andauernden multiplen Krisen bedeutsam, da diese Krisenerfahrungen zu einer abnehmenden Zufriedenheit mit der spezifischen als auch generellen Unterstützung der Demokratie und ihrer zentralen Institutionen und Akteure führen können. In Kapitel 4.1 werden zunächst die Einstellungen zur Demokratie, das Vertrauen in zentrale politische und gesellschaftliche Institutionen und die Responsivitätswahrnehmung analysiert (↗ Kap. 4.1). Diese Erkenntnisse zur Unterstützung des aktuellen politischen Systems und zu der diesem entgegengebrachten Zufriedenheit werden durch die Analyse der Verbreitung populistischer Einstellungen (↗ Kap. 4.2) und der Einstellungen zu einer autoritären Staatsordnung (↗ Kap. 4.3) komplementiert.

Kapitel 5 widmet sich den gesellschaftlichen Einstellungen und Lebensperspektiven in der Bevölkerung (↗ Kap. 5). In diesem Kontext liegt in diesem Jahr ein Fokus auf den Wahrnehmungen zu Lebenszufriedenheit, zur Lebensbilanz und gesellschaftlichen Wertschätzung (↗ Kap. 5.1) sowie auf den Bewertungen und Einstellungen gegenüber dem lokalen Zusammenhalt (↗ Kap. 5.2). Anschließend wird untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger 35 Jahre nach der Wiedervereinigung auf diese blicken und ob die dabei gezogene Bilanz im Vergleich zu den Vorjahren positiver oder negativer ausfällt (↗ Kap. 5.3).

Kapitel 6 fasst die zentralen Befunde des diesjährigen Deutschland-Monitors zusammen (↗ Kap. 6), gefolgt von detaillierten Informationen zur Datenerhebung und Auswertung (↗ Kap. 7), der Dokumentation des Fragebogens (↗ Kap. 8) sowie dem Literaturverzeichnis (↗ Kap. 9).

A large, bold, white number '2' is centered on the left side of the page. The background is a solid light pink color. To the right of the number, there is a vertical blue bar that extends from the top to the bottom of the page. A white circle is positioned at the bottom of the blue bar, partially overlapping the pink background.

Methodisches Vorgehen

2.0

Methodisches Vorgehen

Der Deutschland-Monitor 2025 unterteilt sich, wie auch in den beiden vorherigen Jahren, in insgesamt 3 Erhebungen: Zum einen wurde eine standardisierte telefonische Befragung durchgeführt. Zusätzlich erfolgte eine offline rekrutierte Online-Erhebung in ausgewählten Regionen mit dem gleichen Frageprogramm. Diese beiden Befragungen bilden die sogenannte Haupterhebung, eine deutschlandweite Repräsentativbefragung der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren (↗ Kap. 2.1), sowie die regionale Vertiefungsstudie der gleichen Grundgesamtheit in ausgewählten Kreisen. Letztere bietet die Grundlage für das im Laufe des Deutschland-Monitors entstehende rollierende regionale Kreispiegel. Dieses wird, ebenso wie die initiale regionale Vertiefungsstudie, näher erläutert (↗ Kap. 2.2). Zum anderen wurden diese quantitativen Erhebungen durch Fokusgruppendifkussionen in 4 ausgewählten Kreisen der regionalen Vertiefungsstudie ergänzt. Diese qualitative Betrachtung erlaubt eine Kontextualisierung und externe Validierung der Ergebnisse (↗ Kap. 2.3).

Die Pilotphase von 2023 bis 2026 dient der methodischen Erprobung und Verfeinerung der Erhebungsmethoden. Neben der telefonisch basierten regionalen Vertiefungsstudie wurde diesbezüglich 2024 erstmals eine Online-Befragung auf Basis einer Stichprobe aus Einwohnermeldedaten für den regionalisierten Ansatz getestet. Diese parallelen Erhebungsansätze werden in einer separaten Veröffentlichung vergleichend analysiert, um den methodischen Rahmen künftiger Datenerhebungen weiter zu optimieren. Auf Basis der Ergebnisse im vergangenen Jahr wurde entschieden, die regionale Vertiefungsstudie im Jahr 2025 als offline-rekrutierte Online-Erhebung basierend auf einer Einwohnermeldeamtsstichprobe durchzuführen. Interessierte können alle Befragungsdaten des Deutschland-Monitors im interaktiven Datenportal des Deutschland-Monitors unter ↗ deutschland-monitor.info/data-exploration einsehen. Zudem werden die Daten als Scientific Use File für die weitere Nutzung über das GESIS Zentral-Archiv zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung erfolgt voraussichtlich im Frühjahr des Jahres 2026.

2.1

Haupterhebung

Die Haupterhebung des Deutschland-Monitors 2025 bildet, wie bereits im vorherigen Jahr, das Kernstück der Studie mit dem Ziel, ein möglichst realitätsnahes Abbild der Einstellungen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren im gesamten Bundesgebiet zu erhalten. Diese Befragung ist als querschnittliche Erhebung konzipiert, um die Lebensverhältnisse, Einstellungen und Wahrnehmungen der Gesellschaft im Jahr 2025 zu erfassen und für die vergleichende Analyse mit den früheren Erhebungen des Deutschland-Monitors nutzbar zu machen.

2.1.1

Feldphase der Haupterhebung

Die Haupterhebung für den Deutschland-Monitor 2025 wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durch das Feldinstitut forsa im Zeitraum vom 23. April bis zum 30. Mai 2025 durchgeführt.

Aufgrund der sinkenden Erreichbarkeit von Personen über das Festnetz sowie der weiten Verbreitung sogenannter Mobile-Only-Haushalte, die ausschließlich über das Mobilfunknetz erreichbar sind, wurde die Haupterhebung des Deutschland-Monitors 2025 als Dual-Frame-Erhebung, bestehend aus einer Festnetz- und einer Mobilfunkstichprobe, konzipiert. Der Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (ADM) empfiehlt seit dem Forschungsbericht der Arbeitsgruppe »Dual-Frame-Ansätze« aus dem Jahr 2012 ein Mischverhältnis von Festnetz- zu Mobilfunkstichprobe von 70 zu 30 (der Nettofallzahl) auf der Grundlage des kosteneffizienten Schätzers (ADM 2012). Auch wenn neuere Literatur wie beispielsweise Sand (2018) oder Strippel und Emmer (2021) aufgrund der Änderungen des Telekommunikationsverhaltens seit der Veröffentlichung dieses Berichtes einen höheren Mobilfunkanteil nahelegen, wurde bei der Empfehlung des ADM verblieben, da ein höherer Mobilfunkanteil mit einer längeren Feldzeit und mit höheren Kosten verbunden gewesen wäre.³

Insgesamt wurden im Hauptfeld 4.005 Interviews über Festnetz und Mobilfunk geführt. Die nach den Vorgaben der American Association of Public Opinion Research (AAPOR) berechnete Response Rate (1) lag in der Haupterhebung bei 11,1 für die Befragung über Festnetz und bei 13,4 bei der Befragung über das Mobilfunknetz. Diese Ausschöpfungsraten sind somit mit den Realisierungsraten aus 2023 (Festnetz 2023: 12,4; Mobilfunk 2023: 13,1) und 2024 (Festnetz 2023: 11,3; Mobilfunk 2023: 12,7) vergleichbar.⁴ Eine genauere Beschreibung des Feldverlaufs, der Berechnung der Ausschöpfungsrate sowie deren Einordnung befindet sich im Anhang (→ Kap. 7.0).

³ Gerade im Hinblick auf die stark rückläufigen Ausschöpfungsquoten bei Mobilfunkstichproben, die sich unter anderem auch durch das geänderte Mobilfunkverhalten und die technischen Möglichkeiten begründen (vgl. Bucher & Sand 2022), ist es daher fraglich, ob ein höherer Mobilfunkanteil von Vorteil gewesen wäre.

⁴ Aufgrund der positiven Erfahrungen im Rahmen der registerbasierten Online-Erhebung wird die Haupterhebung des Deutschland-Monitors 2026 ebenfalls auf der Basis einer Einwohnermeldeamtsstichprobe realisiert.

2.1.2

Gewichtung der repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Die repräsentative Bevölkerungsbefragung des Deutschland-Monitors 2025 basiert auf einer Zufallsstichprobe für telefonische Befragungen. Jedoch handelt es sich nicht um eine einfache Zufallsauswahl, sondern um eine (mehrstufige) komplexe Ziehung, bei der befragte Personen eine unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Um dies zu kompensieren und nach Möglichkeit unverzerrt schätzen zu können, ist eine Designgewichtung notwendig. Hinzu kommt, dass es im Zuge der Erhebung immer wieder zu (systematischen) Antwortausfällen kommt, die sich zumindest teilweise anhand bestimmter soziodemografischer Merkmale begründen lassen. Zur Reduktion des Einflusses der Antwortausfälle auf die Ergebnisse der Erhebung wurde daher zusätzlich ein Anpassungsgewicht für jede Person berechnet, in Abhängigkeit davon, ob diese zu einer Personengruppe gehört, die in der Erhebung unter- oder überrepräsentiert ist. Beide Gewichte wurden für die repräsentative Bevölkerungsbefragung des Deutschland-Monitors berechnet. Im Fall der Anpassungsgewichtung wurde dabei an die Verteilung nach Alter, Geschlecht, des höchsten schulischen Abschlusses und an die regionale Verteilung nach Bundesland gemäß den Daten des Mikrozensus 2024 angepasst. Zuletzt wurde ein gemeinsames Gewicht als Produkt beider Gewichte errechnet. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens liegt vor ([↗ Kap. 7.3](#)).

2.1.3

Erhebungsinstrument

Beim Deutschland-Monitor handelt es sich um eine klassische Mehrthemenumfrage, die sich in drei grundlegende Abschnitte gliedert: Schwerpunkt, Standbein sowie Soziodemografie. Das jährlich wechselnde Schwerpunktthema rückt jeweils einen konkreten Themenaspekt ins Zentrum des Forschungsinteresses, der vertiefend untersucht wird. Zur Beantwortung des diesjährigen Themenschwerpunktes »Wie veränderungsbereit ist Deutschland?« wurden neben einer allgemeinen Veränderungsbereitschaft auch spezifische Einstellungen zu den Veränderungsbedingungen in sechs relevanten Politikfeldern erhoben ([↗ Kap. 8.1](#)). Ebenso wurden weiterführende Erklärungsfaktoren wie die allgemeine Lebenszufriedenheit, die wahrgenommene Anomie sowie verschiedene Wertorientierungen (»Schwartz Values«) untersucht. Das Erhebungsinstrument, das im Anhang ([↗ Kap. 8](#)) vollständig abgebildet ist, greift aufgrund seines standardisierten Charakters weit überwiegend auf geschlossene Fragen zurück. Insbesondere im Rahmen des aktuellen Schwerpunktthemas wurden jedoch – zusätzlich zu den ebenfalls durchgeführten Fokusgruppendifkussionen ([↗ Kap. 2.3](#)) – auch offene Fragen gestellt zur Wahrnehmung der Veränderungen sowie zu den Gelingens- und Akzeptanzbedingungen (vgl. neben Frage 5 insbesondere die Fragen 12, 16, 20, 25, 29 und 33).

Auf Grundlage eines randomisierten Fragesplits wurde jeweils ein Sechstel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer darum gebeten, auszuführen, unter welchen konkreten politikfeldspezifischen Bedingungen sie veränderungsbereit wären (↗ Kap. 3.4). Die jährlich untersuchten politischen und gesellschaftlichen Einstellungen (↗ Kap. 4, Kap. 5 + Kap. 8.2) ebenso wie die Fragen zur Soziodemografie (↗ Kap. 8.3) wurden mittels in der empirischen Sozialforschung etablierter Fragen bzw. Aussagen erhoben.

2.2

Regionale Vertiefungsstudie

Die regionale Vertiefungsstudie ist ein zentrales und innovatives Merkmal des Deutschland-Monitors und dient der Betrachtung der Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Einstellungen auf regionaler Ebene. Von besonderem Interesse ist, wie sich die Kontexte in kreisfreien Städten bzw. Landkreisen auf die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung auswirken. Dafür fokussiert sich der Deutschland-Monitor seit der Erhebung 2023 auf die Entwicklung in strukturstarken und -schwachen Regionen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf der regionalen Ebene besser beurteilen zu können. Dazu wurde ein mehrdimensionaler Indikator (↗ Kap. 2.2.1) zur Messung der Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS) in einem Kreis entwickelt, um auf dieser Basis strukturstarke und -schwache Kreise zu identifizieren, aus denen die Regionen für die regionale Vertiefungsstudie ausgewählt werden.

2.2.1

Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)

Um die Mehrdimensionalität der Prosperität einer Region besser erfassen zu können, wurde für den Deutschland-Monitor der Index ILTIS (Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur) erarbeitet (↗ Abb. 1; vgl. dazu ausführlich Holtmann et al. 2024). Ein wichtiger Fokus im Kontext des Deutschland-Monitors ist die Abkehr von einem vermeintlich einfachen Vergleich von ost- und westdeutschen Bundesländern hin zu einem Vergleich der Regionen in Relation zu deren (geografischem) Umfeld. Daher werden die ILTIS-Indikatoren separat für alte und neue Bundesländer berechnet.⁵ Die Aufteilung nach Einzelindikatoren sowie Hauptdimensionen ist in Abb. 1 nachvollziehbar (↗ Abb. 1).

⁵ Die 3 Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind in der deutschlandweiten repräsentativen Befragung enthalten; in der regionalen Vertiefungsstudie in den Landkreisen und kreisfreien Städten wurden sie aufgrund ihrer besonderen Struktur hingegen nicht berücksichtigt.

Abb. 1
Dimensionen und Variablen von ILTIS



Aus dieser Darstellung wird ersichtlich, dass die Beurteilung der Prosperität einer Region anhand der Dimensionen Teilhabe und Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals und wirtschaftliche Outcome-Indikatoren vorgenommen wird.

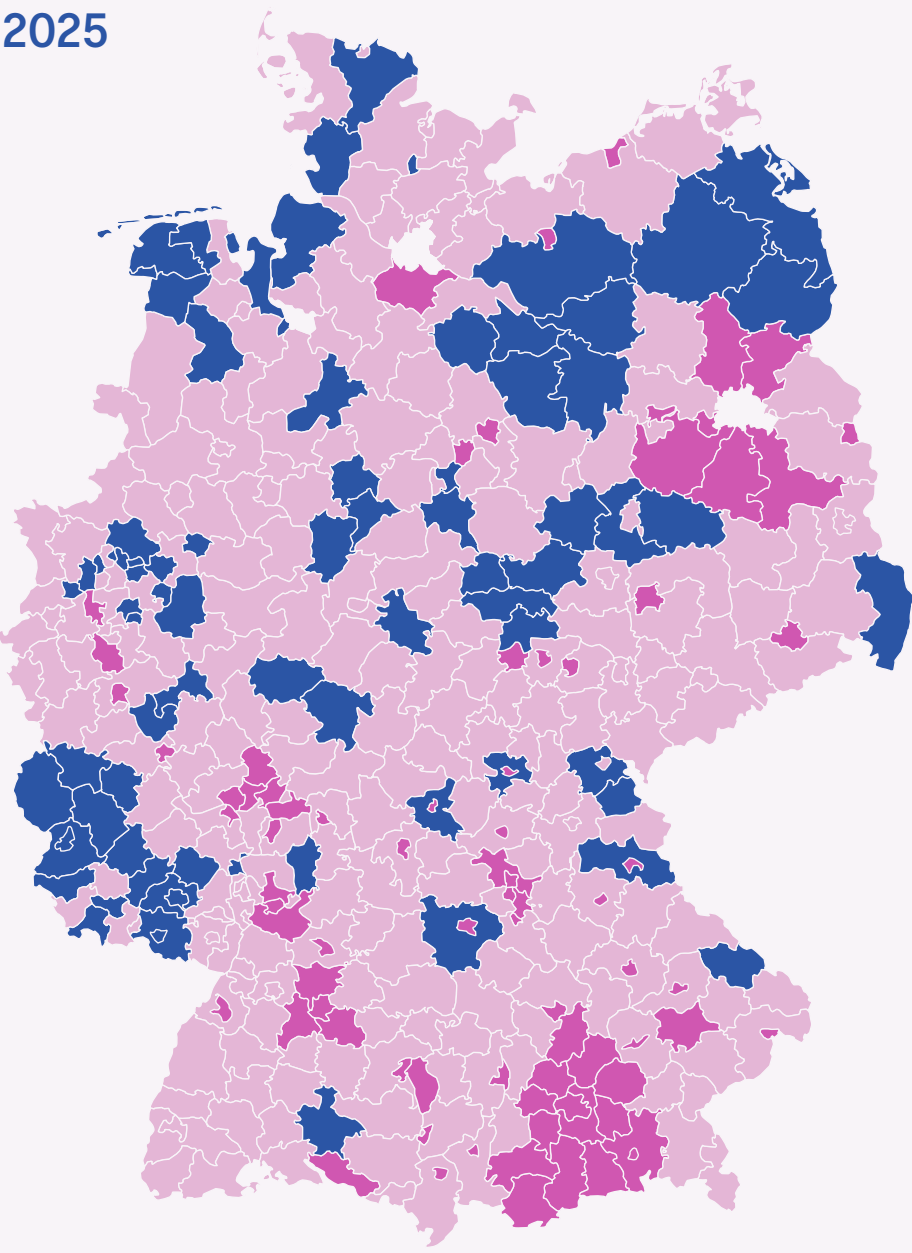
Die dazugehörigen Subdimensionen berechnen sich anhand unterschiedlicher Variablen auf Kreisebene. Diese entstammen den aktuellen Statistiken des Bundesinstituts für Bau- und Stadt- und Raumplanung (BBSR), die in der INKAR-Datenbank abzurufen sind. Die Daten des BBSR werden entsprechend aufbereitet und unter der Verwendung des sogenannten Min-Max-Verfahrens auf einen (möglichen) Wertebereich zwischen 0 und 6 normiert. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens und der verwendeten Daten des BBSR findet sich im Anhang (→ Kap. 7.5).

35 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland nach diesen ILTIS-Indikatoren zum Teil immer noch deutlich. Zur Einordnung von Kreisen hoher, mittlerer und niedrigerer Prosperität wurde daher die Verteilung dieses Gesamtindex' getrennt nach Ost- und Westdeutschland betrachtet. Abweichend von der oftmals verwendeten einfachen Unterscheidung zwischen westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern wird bei der Einteilung der Prosperität ein neuer Ansatz gewählt. Da es sich in den Jahren 2023 bis 2026 um eine Pilotphase des Deutschland-Monitors handelt, wird erprobt, ob die relative Prosperität eines Kreises möglicherweise aussagekräftiger ist als die Lage in Ost- bzw. Westdeutschland. Um dies zu ermöglichen, muss die Prosperität jedoch in Relation zur Prosperität des jeweiligen Bundesgebietes betrachtet werden, um mögliche Unterschiede aufgrund des absoluten Niveaus der beiden Gebiete als Störgröße auszuschließen. Aus diesem Grund wurden für die Einordnung der Prosperität für die regionale Vertiefungsstudie auch Berlin, Hamburg und Bremen ausgeschlossen, da diese jeweils aufgrund ihrer Stellung als Bundesland und Gemeinde das Bild verzerren würden.

Die Zuordnung zu Kreisen hoher und niedriger Prosperität erfolgte anhand von Perzentilgrenzen. Kreise, deren Werte des Gesamtindex' zu den untersten 20 Prozent der Verteilung gehören (getrennt nach Ost und West), werden den Kreisen mit niedriger Prosperität zugeordnet. Kreise, die einen Gesamtindex oberhalb der 80 Prozent der Verteilung haben, werden als Kreise mit hoher Prosperität bezeichnet. Die mittleren 60 Prozent sind entsprechend Kreise mittlerer Prosperität. Dieses im Jahr 2023 entwickelte Vorgehen wird basierend auf aktualisierten Daten jährlich neu berechnet, um Konstanz ebenso wie regionale Dynamiken und Entwicklungen zu erfassen. Entsprechend ist die Kreiseinteilung in den 3 Jahren zwischen 2023 und 2025 teilweise unterschiedlich. Die Verteilung der Prosperität nach Kreisen gemessen nach ILTIS wird in den folgenden Übersichtskarten für Deutschland in den Jahren 2024 und 2025 gegenübergestellt (→ Abb. 2).

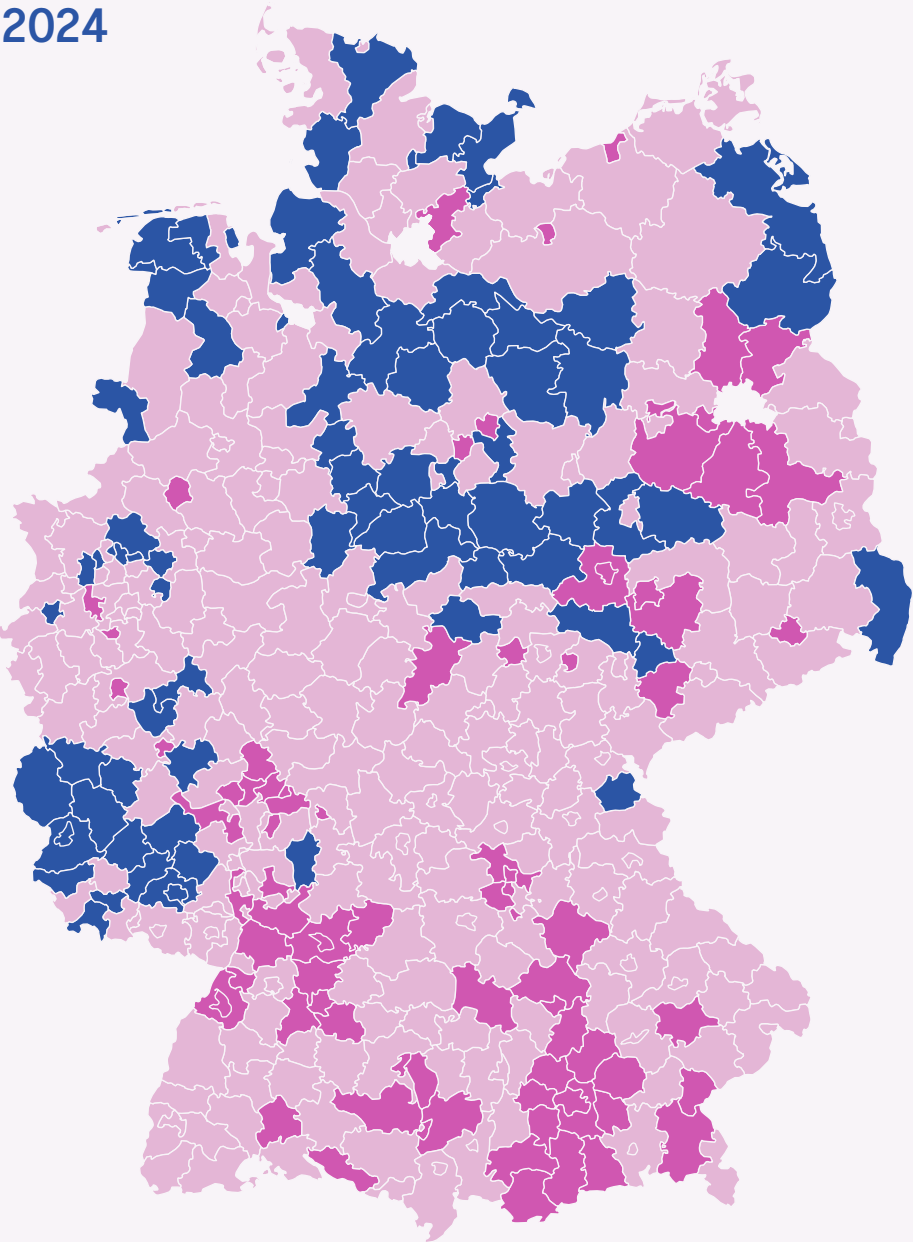
Abb. 2
Kreise nach Prosperität

2025



- Einordnung 20/80
- geringe Prosperität
 - mittlere Prosperität
 - hohe Prosperität

2024



- Einordnung 20/80
- geringe Prosperität
 - mittlere Prosperität
 - hohe Prosperität

2.2.2

Aufbau des rollierenden Kreispanels

Die ILTIS-Indikatoren dienen im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie dazu, ein besseres Verständnis zu bekommen mit Blick auf den Zusammenhang zwischen der Region, aus der eine Person stammt, und dem Antwortverhalten, den Einstellungen und Meinungen dieser Person. Die Grundfrage lautet insofern, welche Bedeutung der kleinräumige Kontext, in dem die Menschen leben, für ihre politischen Einstellungen und Wahrnehmungen hat. Inwieweit prägen also die Strukturmerkmale dieser kleinräumigen Lebenswelten, das heißt ihre ökonomischen, infrastrukturellen, sozialstrukturellen und demografischen Bedingungen, die Bewertung politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte und Vorgänge? Der Deutschland-Monitor untersucht, wie sich die Einstellungen und Wahrnehmungen zwischen stark prosperierenden Kreisen und jenen mit geringer Prosperität unterscheiden.

Darüber hinaus ist auch das Zusammenspiel zwischen der Entwicklung einer Region und den Einstellungen und Meinungen der Befragten von erheblichem Interesse. Um genau diese Punkte besser beobachten und messen zu können, wurde mit der Neuauflage des Deutschland-Monitors im Jahr 2023 das rollierende Kreispanel eingeführt. Die Idee des rollierenden Kreispanels ist zunächst die Verfolgung mehrerer Kreise über einen längeren Zeitraum. Gleichzeitig soll gewährleistet werden, dass Fehlschlüsse über den Einfluss der Prosperität auf Einstellungen und Meinungen von Befragten aufgrund der Eigenheiten bestimmter Regionen möglichst gering gehalten werden. Daher wird ein Vorgehen verfolgt, wie es in der Übersicht in Abbildung 3 dargestellt ist (↗ Abb. 3).

Das rollierende Kreispanel folgt jedem ausgewählten Kreis über den Zeitraum von 3 Jahren. Mit jedem Jahr der Erhebung des Deutschland-Monitors werden neue Kreise für den gleichen Zeitraum aus der Menge der zum Zeitpunkt der Ziehung noch nicht im Kreispanel vorhandenen Kreise ausgewählt. Dieses Vorgehen wird für jedes Jahr des Deutschland-Monitors fortgesetzt. Somit kommen ständig neue Kreise in die regionale Betrachtung, während Kreise, die über 3 Jahre befragt wurden, wieder in die Auswahlgrundlage für zukünftige Ziehungen zurückwandern. Wichtig ist bei diesem Vorgehen, dass nicht die Befragten selbst, sondern lediglich die Kreise für die Dauer von 3 Jahren durchgehend befragt werden. Von Jahr zu Jahr wird also innerhalb der ausgewählten Kreise jeweils eine neue Stichprobe gezogen.

Da der Vergleich der Unterschiede von Kreisen mit hoher und geringer Prosperität von Bedeutung ist, wird für das rollierende Kreispanel eine geschichtete Zufallsauswahl der Kreise gezogen. 4 Schichten sind dabei relevant. Die Trennung erfolgt nach hoher und geringer Prosperität sowie nach Ost- und Westdeutschland. Dadurch befinden sich (seit 2024) in jedem Jahr je 3 Kreise mit hoher und niedriger Prosperität jeweils in Ost- und Westdeutschland in der regionalen Vertiefung (insgesamt 12 Kreise).

Die Auswahl der Kreise erfolgt mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zur Höhe des ILTIS-Gesamtindex innerhalb der jeweiligen Schicht. Die Ziehung der Kreise erfolgt unter der Verwendung des Cox-Algorithmus⁶ für kontrolliertes Runden (vgl. Cox 1987).⁶

⁶ Der Deutschland-Monitor 2023 wich von dem Vorgehen des rollierenden Kreispanels leicht ab. Während in jedem künftigen Erhebungsjahr 4 Kreise neu gezogen werden, wurden, um Vergleiche besser zu ermöglichen, initial 8 Kreise ausgewählt.

Innerhalb jedes dieser Kreise wurde eine Stichprobengröße von 333 Befragten angestrebt, sodass für die regionale Vertiefungsstudie über alle 4 Schichten hinweg ca. 4.000 Personen befragt wurden.

2.2.3

Stichprobenziehung der regionalen Vertiefungsstudie

In den vorherigen beiden Jahren des Deutschland-Monitors wurde die regionale Vertiefungsstudie als CATI-Befragung durchgeführt. Jedoch wurde bereits im Jahr 2024 parallel zur telefonisch durchgeführten regionalen Vertiefungsstudie eine weitere Befragung derselben Kreise mittels offline-rekrutierter Online-Befragung (CAWI) realisiert. Auf Basis der Erkenntnisse, die sich aus dem Vergleich der beiden Erhebungsformen ergeben haben, wurde für das Jahr 2025 auf eine telefonische Befragung verzichtet und anstelle dessen ausschließlich eine CAWI-Erhebung durchgeführt.

Die regionale Erhebung basiert auf einer Einwohnermeldeamtsstichprobe, die durch GESIS, dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, als zweistufige Zufallsauswahl innerhalb der Landkreise und als uneingeschränkte Zufallsauswahl innerhalb der kreisfreien Städte durchgeführt wurde. Die Ziehung der Adressen erfolgte zwischen Januar und April 2025.

Die Kontaktierung der Befragten wurde durch forsa zwischen dem 23. Juli und dem 12. September 2025 durchgeführt. Während der Feldphase erhielten alle Personen der Bruttostichprobe ein Einladungsschreiben mit Link und QR-Code zur Befragung, ein Erinnerungsschreiben nach 3 Wochen sowie ein weiteres Erinnerungsschreiben nach weiteren 4 Wochen. Zusätzlich wurde in 4 der ausgewählten Kreise ein sogenannter sequentieller Mixed-Mode-Ansatz verwendet, bei dem Befragte zusätzlich zum ersten Erinnerungsschreiben noch einen Papierfragebogen inklusive Rücksendecouvert erhielten.⁷

Im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie wurden insgesamt 4.018 vollständige Interviews in 12 kreisfreien Städten und Landkreisen geführt. 8 dieser Kreise waren bereits Teil der regionalen Vertiefung des Deutschland-Monitors 2024. Die Ausschöpfung berechnet nach AAPOR-Standard (AAPOR RR1) lag in dieser Erhebung bei 18,2 und war somit um ca. 8 Punkte höher als 2024 (AAPOR RR1 2024: 10,3). Eine genauere Beschreibung des Feldverlaufs befindet sich im Anhang (↗ Kap. 7.2).

Wie in Abbildung 3 und 4 dargestellt, kamen 4 der Kreise neu hinzu (↗ Abb. 3 + Abb. 4). Dadurch wurden jeweils 3 Kreise innerhalb der Schichten niedrige Prosperität Ostdeutschland, niedrige Prosperität Westdeutschland, hohe Prosperität Ostdeutschland und hohe Prosperität Westdeutschland befragt.

⁷ Dieses Vorgehen erlaubt die Untersuchung, inwiefern durch die Zusendung des Fragebogens die Teilnahmebereitschaft der Befragten erhöht werden kann. Die Ergebnisse aus diesem Experiment dienen der Entscheidungsfindung für die zukünftigen Erhebungen des Deutschland-Monitors.

Abb. 3
Rollierendes Kreispanel

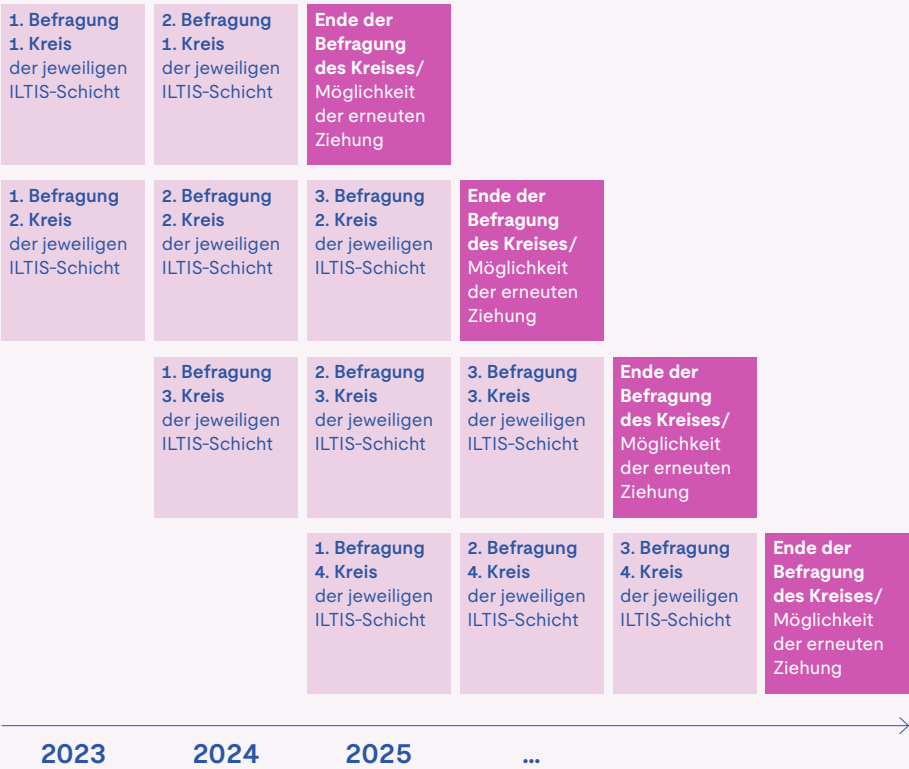


Abb. 4
Kreiseinteilung nach ILTIS-Schicht der regionalen Vertiefung

	Hohe Prosperität	Geringe Prosperität
Westdeutschland	Augsburg, Stadt* Landkreis Neu-Ulm Memmingen, Stadt**	Landkreis Birkenfeld Delmenhorst, Stadt Landkreis Recklinghausen**
Ostdeutschland	Weimar, Stadt* Landkreis Potsdam-Mittelmark Landkreis Barnim**	Salzlandkreis Landkreis Wittenberg Landkreis Stendal**

Für die Kreise, die bereits in den vorherigen Jahren im Deutschland-Monitor befragt wurden, ist die Kreiseinteilung basierend auf den Daten des ersten Ziehungsjahres angegeben. Bei den beiden mit »*« gekennzeichneten Kreisen Weimar und Augsburg veränderte sich die Kreiszuordnung zwischen 2023, 2024 und 2025. In beiden Fällen gehörten die Kreise 2023 zu den Kreisen mit hoher Prosperität, im Jahr 2024 zu den Kreisen mit mittlerer Prosperität und im Jahr 2025 erneut zu den Kreisen mit hoher Prosperität. Mit »**« gekennzeichnete Kreise sind 2025 neu hinzugekommen.

2.2.4

Gewichtung der regionalen Vertiefungsstudie

Die regionale Vertiefungsstudie des Deutschland-Monitors 2025 basiert auf einer (zweistufigen) Zufallsauswahl. Innerhalb der kreisfreien Städte wurde uneingeschränkt zufällig gezogen. In den Landkreisen erfolgte ein sogenannter »selbstgewichtender Ansatz«. Als Resultat haben alle Personen desselben Kreises auch die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit. Diese unterscheidet sich jedoch aufgrund der disproportionalen Aufteilung zwischen den Kreisen.

Hinzu kommt, dass es im Zuge der Erhebung immer zu (systematischen) Antwortausfällen kommt, die sich zumindest teilweise anhand bestimmter soziodemografischer Merkmale begründen lassen. Wie für die Haupterhebung auch, wurde ein Anpassungsgewicht für jede Person berechnet, in Abhängigkeit davon, ob diese zu einer Personengruppe gehört, die in der Erhebung unter- oder überrepräsentiert ist. Aus den Designgewichten und Anpassungsgewichten für die regionale Vertiefungsstudie wurde zudem ein gemeinsames Gewicht als Produkt beider Gewichte errechnet. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens befindet sich im Anhang (↗ Kap. 7.3).

2.3

Fokusgruppendifkussionen

Die dritte Komponente der Datenerhebung für den Deutschland-Monitor – neben der repräsentativen Bevölkerungsbefragung und der regionalen Vertiefungsstudie – sind Fokusgruppendifkussionen. Im September und Oktober 2025 wurden insgesamt 4 Fokusgruppendifkussionen an ausgewählten Standorten in Kreisen der Vertiefungsstudie durchgeführt.⁸

Die Rekrutierung der Teilnehmenden, die Organisation, Durchführung und Moderation der Fokusgruppen sowie die Aufbereitung der Rohtranskripte zu einem Ergebnisbericht erfolgte durch die INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung. Die Entwicklung des Moderationsleitfadens erfolgte in Zusammenarbeit zwischen der INFO GmbH und den Autorinnen und Autoren des Deutschland-Monitors. Der vollständige Ergebnisbericht kann über die Homepage des Deutschland-Monitors eingesehen werden.⁹

Bei der Auswahl der Standorte wurden zu gleichen Teilen ost- und westdeutsche sowie strukturstarke und strukturschwache Kreise berücksichtigt. Die teilnehmenden Personen stammen aus Orten unterschiedlicher Größenklassen innerhalb eines Landkreises (von Dorf bis mittlere Stadt) bzw. aus unterschiedlichen Stadtteilen der einbezogenen kreisfreien Stadt.¹⁰ Der qualitative Teil umfasste dabei eine Auswahl von 32 Personen, die nach den soziodemografischen Merkmalen Alter, Bildung und Geschlecht rekrutiert wurden. Die durchschnittliche Dauer der Fokusgruppendifkussionen betrug 120 Minuten.

⁸ Die Diskussionsstandorte waren: Memmingen (Bayern), Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen), Barnim (Brandenburg), Stendal (Sachsen-Anhalt).

⁹ ↗ deutschland-monitor.info/ergebnisbericht-fokusgruppen-2025

¹⁰ Im Falle der kreisfreien Stadt Memmingen (Bayern) wurde wegen der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl der Rekrutierungsradius auf das Gebiet des Landkreises Unterallgäu ausgeweitet.

Für die Gesamterhebung wird ein explanativ-sequenzielles Design angewendet. Die Durchführung der Fokusgruppendifkussionen erfolgte also nach der Erhebung der diesjährigen Umfragedaten. Ziel der Fokusgruppendifkussionen ist zum einen eine Vertiefung und Ergänzung der Befunde der standardisierten Befragungen. Die Fokusgruppendifkussionen ermöglichen es, ein besseres Verständnis für die Hintergründe der erhobenen Einstellungsdaten zu gewinnen, indem sie individuelle Erfahrungen, Argumentationslinien und Abwägungen der Teilnehmenden offenlegen. Dies stützt die Interpretation der quantitativ gewonnen Daten (vgl. Blatter et al. 2018, 81). Der Moderationsleitfaden wurde dazu zielgerichtet mit den ersten Auswertungen der standardisierten Befragung abgestimmt. Weiterhin helfen die Fokusgruppendifkussionen dabei, die sogenannte interne Validität der im Fragebogen angewendeten Items zu prüfen. Anders gesagt: Die Diskussionen zeigen, ob die standardisierte Befragung auch das misst, was sie messen soll. Fokusgruppendifkussionen können zudem Hinweise auf unerwartete Zusammenhänge geben, die in der Folge eine zielgerichtete Auswertung der Umfragedaten ermöglichen.

Zum anderen zielten die Fokusgruppendifkussion darauf ab, neue und zusätzliche Aspekte zu erheben, die im Rahmen von standardisierten Befragungen nicht erfasst werden können. In diesem Jahr standen die Bedingungen des Gelingens und der Akzeptanz gesellschaftlicher Veränderungen aus Perspektive der Bevölkerung im Mittelpunkt der Fokusgruppendifkussionen. Ziel war es, in den Fokusgruppen diskursiv Szenarien für ein stärkeres »Mitnehmen« der Menschen zu erarbeiten.

Der Ablauf der Gruppengespräche folgte einer klaren Struktur: Zu Beginn wurden die Teilnehmenden eingeladen, ihre spontanen Assoziationen zu sowie ihre persönlichen Erfahrungen mit umfassenden gesellschaftlichen Wandlungsprozessen zu äußern. Daran anschließend erfolgte eine vertiefte, thematisch strukturierte Diskussion zu den Politikfeldern Klima, Migration, Verteidigung, Wirtschaft, demografischer Wandel und Digitalisierung. Im Zentrum standen dabei die Wahrnehmungen und Deutungen der Teilnehmenden hinsichtlich der Ursachen, Notwendigkeit, Verantwortlichkeiten und Auswirkungen dieser Veränderungen – sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene – sowie deren Bewertung im Spannungsfeld von Chancen und Risiken, Zuversicht und Besorgnis. Ein besonderer Fokus lag zudem auf den Bedingungen, die beeinflussen, ob politische Anpassungs- und Veränderungsprozesse aktiv unterstützt, passiv mitgetragen oder ihnen ablehnend begegnet wird. Auch die Frage, inwieweit bzw. unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Veränderungen mit der Umstellung der eigenen Lebensgewohnheiten oder finanziellen Belastungen einhergehen dürfen, wurde diskutiert. Abschließend wurde die Rolle und Leistungsfähigkeit des demokratisch-politischen Systems im Umgang mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen reflektiert. Punktuell wurden ausgewählte Ergebnisse der quantitativen Befragung als Stimulus eingesetzt.

3.

Wie
veränderungs-
bereit ist
Deutschland?

3.0

Wie veränderungsbereit ist Deutschland?

In seinem diesjährigen Schwerpunktthema fragt der Deutschland-Monitor: Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Wie nehmen also die Menschen in Deutschland gesellschaftliche Veränderungen wahr? Werden Ausmaß, Intensität und Geschwindigkeit des Wandels von der Bevölkerung positiv oder negativ eingeschätzt und werden damit eher Chancen oder Risiken verbunden? Inwiefern wirken sich Erfahrungen in und mit Transformationsprozessen – wie der Deutschen Einheit – vorteilhaft oder nachteilig auf die Veränderungsbereitschaft aus? Und unter welchen Bedingungen sind die Menschen bereit, eingeschlagene Veränderungspfade mitzutragen?

Diese Fragen sind für Gesellschaft und Politik in Deutschland hochbedeutsam. Aktuell und auch zukünftig sind zahlreiche gesellschaftliche Bereiche von tiefgreifenden Veränderungen betroffen – unter anderem die Bereiche Wirtschaft, Verteidigung, Migration, Digitalisierung, demografischer Wandel und Klima. Diese gesellschaftlichen Veränderungen sind für die Bürgerinnen und Bürger häufig bereits im Alltag spürbar und beeinflussen ihr Dasein unmittelbar. Angesichts der anhaltenden Polykrise ist zudem davon auszugehen, dass der ohnehin hohe Veränderungsdruck weiter zunehmen wird. Zugleich steht dieser hohe Veränderungsdruck in einem Spannungsverhältnis zu der vielfach diagnostizierten Veränderungsmüdigkeit bzw. »Veränderungerschöpfung« (Mau 2022, 1; vgl. auch Fratzscher 2024) der deutschen Gesellschaft. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass ein hoher Anteil der Menschen mit Blick auf konkrete Herausforderungen, wie z. B. durch den Klimawandel oder die Digitalisierung, durchaus veränderungsbereit ist (vgl. u. a. Harfst et al. 2023, 61; Hebenstreit et al. 2025, 175; Reiser et al. 2024). Angesichts dieser widersprüchlichen Diagnosen und Erkenntnisse untersucht der Deutschland-Monitor die aktuelle Veränderungsbereitschaft und ihre individuellen und strukturellen Bedingungen vertieft und differenziert. Ziel ist es, aktuelle und präzise Informationen über die Vorstellungen, Sorgen und Wünsche der Bevölkerung zu erhalten. Dies kann zudem dazu beitragen, laufende und zukünftige gesellschaftliche Veränderungsprozesse erfolgreich und für die Bevölkerung akzeptabel zu gestalten.

Dazu betrachten wir die Veränderungsbereitschaft sowohl allgemein als auch spezifisch für bestimmte Politikfelder: Die allgemeine Veränderungsbereitschaft zeigt, wie die Befragten gesellschaftliche Veränderungsprozesse generell wahrnehmen und bewerten ([↗ Kap. 3.1](#)). Hierbei werden 5 Transformationstypen herausgearbeitet, die sich systematisch in ihrem Blick auf Veränderungen voneinander unterscheiden. Zudem wird untersucht, wie sowohl frühere Erfahrungen in Transformations- und Veränderungsprozessen als auch sozialstrukturelle und politische Faktoren mit dieser allgemeinen Veränderungsbereitschaft zusammenhängen ([↗ Kap. 3.2](#)). Für die Betrachtung der spezifischen Veränderungsbereitschaft nimmt die Studie 6 Bereiche in den Blick, die aktuell durch weitreichende Veränderungsprozesse geprägt sind: Migration, Verteidigung, Digitalisierung, Demografie, Wirtschaft und Klima ([↗ Kap. 3.4](#)).

Analysiert werden sowohl Muster der Veränderungsbereitschaft (↗ Kap. 3.5) als auch auf Basis der regionalen Vertiefungsstudie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen (↗ Kap. 3.6). Abschließend wird herausgearbeitet, welche Gelingensbedingungen und Faktoren für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, damit sie bereit sind, gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu akzeptieren und mitzutragen (↗ Kap. 3.7).

3.1

Allgemeine Veränderungsbereitschaft

Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Für die Untersuchung schließen wir theoretisch-konzeptionell an die Organisationsforschung und das Konzept der »Change Fatigue« an. Diese erfasst angesichts umfassender und vielfältiger Reformen und Veränderungen in bestimmten Bereichen und Organisationen, ob es in der Wahrnehmung und Bewertung der betroffenen Personen »zu viele« und »zu tiefgreifende« Veränderungen und ebensolchen Wandel gibt (vgl. u. a. Bernerth et al. 2011).¹¹ Daran anknüpfend unterscheiden wir 4 Dimensionen der Veränderungsbereitschaft, um die Abstufungen von Veränderungsoffenheit und Veränderungsmüdigkeit in der Gesellschaft erkennbar zu machen (↗ Tab. 1). So ist relevant, wie gesellschaftlicher Wandel von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und individuell bewertet wird. Diese individuelle Wahrnehmung kann sich auf 4 Dimensionen beziehen: Erstens auf die Geschwindigkeit des Wandels, ob also der Wandel als zu langsam oder zu schnell wahrgenommen wird. Zweitens auf die Breite des Wandels, ob also in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zu viele oder zu wenige gesellschaftliche Bereiche einem Wandel unterliegen. Und drittens auf die Tiefe des Wandels, ob also der Wandel als zu tiefgreifend oder zu oberflächlich wahrgenommen und bewertet wird. Eine vierte Dimension bezieht sich darauf, ob der Wandel von dem jeweiligen Individuum eher als Chance oder als Risiko angesehen wird.

Mit Blick auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen zeigt sich ein differenziertes Meinungsbild in der Bevölkerung (↗ Abb. 5). Vorherrschend ist dabei ein ambivalentes Einstellungsmuster: In Bezug auf die Tiefe der Veränderungen äußert sich knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) ausgewogen, während rund 4 von 10 Befragten den Wandel als »(zu) tiefgreifend« empfinden (39 Prozent). Hinsichtlich der Breite fällt die Einschätzung ähnlich aus: Knapp die Hälfte (47 Prozent) ist der Auffassung, dass Veränderungen weder zu viele noch zu wenige Bereiche betreffen. 29 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Veränderungen betreffen eher »zu viele Bereiche«.

¹¹ Die Organisationsforschung hat herausgearbeitet, dass häufige oder kontinuierliche Reformen und Veränderungen in bestimmten Organisationen zu einem anhaltenden Veränderungsdruck für die Mitarbeitenden führen. Von ihnen wird erwartet, ihre Arbeitsweise stetig anzupassen und zahlreiche miteinander konkurrierende Prioritäten auszubalancieren. Dies trägt zu einem Phänomen bei, das als »Change Fatigue« bezeichnet wird. Dazu zählen u. a. ein Verlust von Kontrolle und Stabilität sowie daraus resultierende Unsicherheit, Distanzierung oder Apathie (vgl. Brown & Cregan 2008; Bruce & English 2020; de Vries & de Vries 2021; Wynen et al. 2019). Dies wirkt sich nicht nur nachteilig auf die Betroffenen aus, sondern gefährdet auch den Erfolg von Veränderungsprozessen (vgl. u. a. Beaulieu et al. 2023). Der Deutschland-Monitor greift dieses Konzept der Organisationsforschung auf und modifiziert es so, dass es die Analyse der Veränderungsbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern im Kontext gesellschaftlicher Transformationsprozesse ermöglicht.

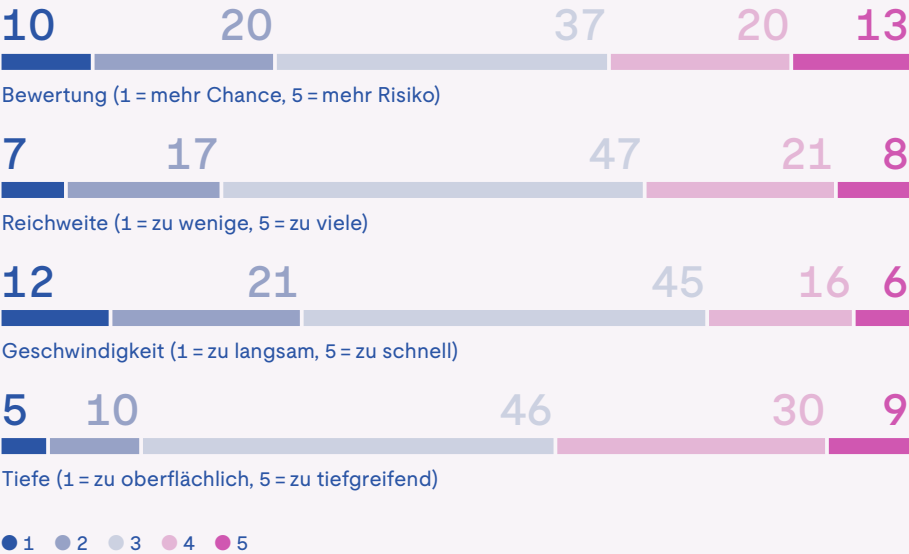
Tab. 1

4 Dimensionen von Veränderungsbereitschaft

	Kennzeichen	Skala
1. Bewertung des Wandels	Wird gesellschaftlicher Wandel eher als positiv (Chance) oder negativ (Risiko) empfunden?	Risiko ↕ Chance
2. Geschwindigkeit des Wandels	Wird Wandel als zu langsam oder zu schnell wahrgenommen?	zu langsam ↕ zu schnell
3. Reichweite des Wandels	Wird Wandel als zu viele Bereiche betreffend oder zu wenige Bereiche betreffend wahrgenommen?	zu wenige Bereiche ↕ zu viele Bereiche
4. Tiefe des Wandels	Wird Wandel als kaum zu spüren oder als zu tiefgreifend wahrgenommen?	kaum zu spüren ↕ zu tiefgreifend

Abb. 5

Einschätzung der wahrgenommenen Veränderungen nach Bewertung, Reichweite, Geschwindigkeit und Tiefe (Angaben in Prozent)



Die Variablen Reichweite, Geschwindigkeit und Tiefe wurden von einem Wertebereich von 0 bis 10 für die Vergleichbarkeit in einen von 1 bis 5 umkodiert.

Dagegen meinen 24 Prozent, dass gesellschaftliche Veränderungen eher »zu wenige Bereiche« betreffen. Bei der Geschwindigkeit dominiert ebenfalls die mittlere Position (45 Prozent). Bemerkenswert ist, dass deutlich mehr Befragte die Veränderungen als »(zu) langsam« (33 Prozent) empfinden denn als »(zu) schnell« (22 Prozent).¹²

Für die Bewertung von Veränderungen im Allgemeinen zeigt sich: Etwa ein Drittel sieht vor allem Risiken (33 Prozent) und ein weiteres Drittel Chancen (30 Prozent). 37 Prozent bringen eine Ausgewogenheit zwischen Risiko und Chance zum Ausdruck (→ Abb. 5). Die Erkenntnisse aus den Fokusgruppen deuten darauf hin, dass sich in dieser Ambivalenz eine weit verbreitete Grundhaltung widerspiegelt: Zwar wird die Notwendigkeit von Veränderungen grundsätzlich anerkannt, doch ist die Bereitschaft der Befragten, solche Veränderungen mitzutragen, an bestimmte Voraussetzungen geknüpft (→ Kap. 3.7).

Ost-West-Differenzen treten bei der allgemeinen Einschätzung wahrgenommener Veränderungen nur minimal auf. Einzige die Bewertung als Chance oder Risiko ist in Ostdeutschland etwas negativer ausgeprägt. Dort nehmen 27 Prozent der Befragten Veränderungen als Chance wahr, während es im Westen 31 Prozent sind. Gleichzeitig verbinden etwa 35 Prozent der Ostdeutschen mit Veränderungen eher Risiken. In Westdeutschland liegt der Anteil mit 32 Prozent geringfügig darunter. Während im Westen also gleich große Bevölkerungsanteile Chancen bzw. Risiken mit Veränderungen verbinden, neigt sich die Waagschale im Osten leicht zu einer häufigeren Risikowahrnehmung.

3.2

5 Transformationstypen

Die 4 Dimensionen der Veränderungsbereitschaft (→ Kap. 3.1) sind nicht unabhängig voneinander, sondern zeigen in ihrer Kombination das Ausmaß der Veränderungsbereitschaft an. Auch empirisch hängt die Wahrnehmung grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen als Risiko oder Chance mit der Bewertung von Tiefe, Breite und Geschwindigkeit des Wandels zusammen.¹³ Das heißt: Nimmt jemand die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen als »zu tiefgreifend«, »zu schnell« und »zu umfassend« wahr, geht dies mit einer höheren Besorgnis einher, dass die Veränderungen eher ein gesellschaftliches Risiko bedeuten. Hierin drückt sich somit eine Veränderungsskepsis bzw. Transformationsmüdigkeit aus. Umgekehrt sehen diejenigen, die den realen Gang der Veränderungen aktuell eher als zu oberflächlich, zu langsam und zu gering empfinden, Veränderungen eher als Chance für die Zukunft Deutschlands an. In dieser Bewertung äußert sich folglich Veränderungsoffenheit bzw. eine hohe Veränderungsbereitschaft. Anhand unterschiedlicher Verteilungsmuster, die sich bei Kombinationen der Bewertungen der 4 Dimensionen von Veränderungsbereitschaft offenbaren, können 5 »Transformationstypen« unterschieden werden (→ Tab. 2).

¹² Dieses Ergebnis weicht dabei von den Ergebnissen einer zeitgleich durchgeführten Ipsos-Umfrage von Mai/Juni 2025 ab, der zufolge in Deutschland 82 Prozent der Befragten das Tempo der Veränderungen als zu hoch ansehen (vgl. Ipsos 2025).

¹³ Eine Faktorenanalyse bestätigt: Alle 4 Variablen laden deutlich auf einer Dimension, die im Folgenden als »Veränderungsbereitschaft« bezeichnet wird. Die Reliabilität der gebildeten Skala ist gewährleistet ($\alpha = 0,61$). Die neu gebildete Mittelwertskala hat eine Spannweite von 1 »bewahrungsorientiert« bis 5 »transformationsbefürwortend«.

Die »Transformationsbefürworter« (Typ 1) sehen Wandel als notwendig, chancenreich und gestaltbar an. Sie sind offen für tiefgreifende Veränderungen und empfinden die Geschwindigkeit als mindestens moderat oder gar als zu langsam. Diesem Typ lässt sich ein Zehntel der Befragten in Ost (9 Prozent) wie West (10 Prozent) zuordnen. Die »Transformationsoffenen« (Typ 2) erkennen Wandel prinzipiell an, möchten Veränderungen aber überschaubar wissen. Hierzu zählen 13 Prozent der Befragten. Im Osten ist dieser Anteil etwas geringer (9 Prozent) als im Westen (13 Prozent). »Transformationsambivalente« (Typ 3) haben keine eindeutige Wahrnehmung und Bewertung der gesellschaftlichen Veränderungen. Beispielsweise schätzen sie die Geschwindigkeit und die Breite des Wandels als zu gering ein, sehen jedoch gleichzeitig ein hohes Risiko durch die Veränderungen. Sie unterscheiden sich von den anderen 4 Transformationstypen aufgrund dieser ambivalenten und abwägenden Einstellung. Da sie die Veränderungen unter anderem als weder zu schnell noch zu langsam bewerten, also gegebenenfalls genau richtig, gehören zu diesem Typus auch Personen, die mit den gegenwärtigen Veränderungen einverstanden sind. Diesem dritten Typ wird mit 52 Prozent etwas mehr als die Hälfte der Befragten zugeordnet. Die große Verbreitung dieses ambivalenten Einstellungsmusters bestätigt sich auch in den Fokusgruppendiskussionen (vgl. INFO 2025, 12).

»Transformationskritiker« (Typ 4) stehen gesellschaftlichem Wandel eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie nehmen diesen überwiegend als zu schnell, zu umfassend, zu tiefgreifend und eher risikobehaftet wahr. Knapp ein Fünftel kann im Osten (20 Prozent) und Westen (19 Prozent) Deutschlands diesem Transformationstyp zugeordnet werden. Die »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) stehen gesellschaftlichen Veränderungen am skeptischsten gegenüber. Sie bewerten aktuelle Veränderungen durchweg als zu tiefgreifend, zu schnell, zu umfassend und ausnahmslos als risikobeladen. Damit signalisieren sie eine deutliche Präferenz für die Bewahrung des Status quo und stehen gesellschaftlichem Wandel grundsätzlich sehr kritisch gegenüber. So nehmen sie im Unterschied zu »Transformationskritikern« (Typ 4) in keiner der 4 Dimensionen eine neutrale Position ein. Diese Gruppe ist mit einem Anteil von 7 Prozent zahlenmäßig die kleinste.

Betrachtet man die Verteilung der 5 Transformationstypen getrennt für Ost- und Westdeutschland, zeigt sich ein bemerkenswert ähnliches Gesamtbild der Veränderungsbereitschaft. Die grundlegende Haltung zum gesellschaftlichen Wandel unterscheidet sich zwischen den beiden Landesteilen damit deutlich weniger als häufig angenommen wird (↗ Abb. 6). Allerdings zeigen sich Unterschiede zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland (↗ Kap. 3.6).

Tab. 2

5 Transformationstypen und ihre Wahrnehmung von gesellschaftlichen Veränderungen

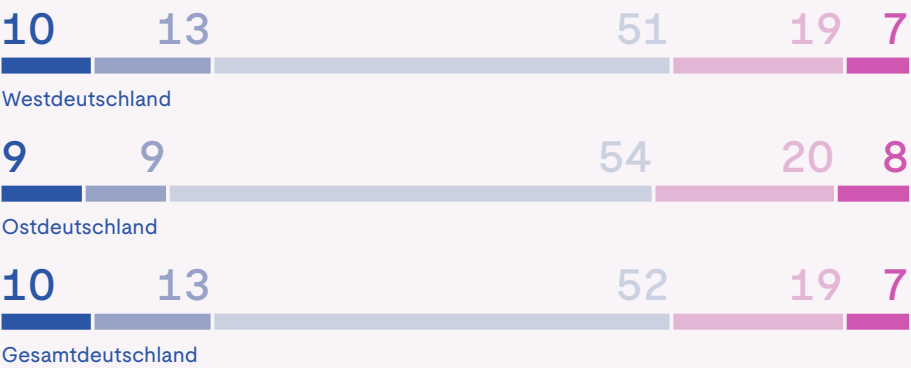
	Tiefe	Tempo	Reichweite	Bewertung
Typ 1 Transformations- befürworter	neutral bis zu oberflächlich, viel zu oberflächlich	eher zu langsam, viel zu langsam	neutral bis zu wenig, viel zu wenig	eher, sehr positiv
Typ 2 Transformations- offene*	neutral bis zu oberflächlich	neutral bis zu langsam	neutral bis zu wenig	neutral bis eher positiv
Typ 3 Transformations- ambivalente**	Ambivalentes oder neutrales Meinungsbild			
Typ 4 Transformations- kritiker***	neutral bis zu tiefgreifend	neutral bis zu schnell	neutral bis zu viel	neutral bis eher negativ
Typ 5 Bewahrungs- orientierte	neutral bis zu tiefgreifend, viel zu tiefgreifend	eher zu, viel zu schnell	neutral bis zu viel, viel zu viel	eher, sehr negativ

* Personen dieses Typs haben maximal dreimal neutral und mindestens einmal positiv geantwortet.

** »Transformationsambivalente« (Typ 3) sind Personen, die die 4 Dimensionen des Wandels uneinheitlich wahrnehmen. Dies sind also z. B. Personen, die das Risiko als hoch einschätzen, aber die Geschwindigkeit und Breite als zu gering einschätzen. Ein neutrales Meinungsbild heißt, dass alle 4 Dimensionen neutral beantwortet wurden.

*** Personen dieses Typs haben maximal dreimal neutral und mindestens einmal negativ geantwortet.

Abb. 6
Transformationstypen in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
(Angaben in Prozent)



- Transformationsbefürworter (Typ 1)
- Transformationsoffene (Typ 2)
- Transformationsambivalente (Typ 3)
- Transformationskritiker (Typ 4)
- Bewahrungsorientierte (Typ 5)

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

3.3

Allgemeine Veränderungsbereitschaft nach individuellen Faktoren

Im Folgenden steht die Frage im Zentrum, welche individuellen Faktoren systematisch mit der allgemeinen Veränderungsbereitschaft der Befragten zusammenhängen, und in welchen Bevölkerungsgruppen allgemeine Veränderungsbereitschaft bzw. Veränderungsskepsis verbreitet sind. Dazu beleuchten wir zunächst soziodemografische Merkmale (↗ Kap. 3.3.1), individuelle Erfahrungen mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen (↗ Kap. 3.3.2), die wirtschaftliche Lagebewertung und Zukunftserwartungen (↗ Kap. 3.3.3) sowie die Bedeutung sozialpsychologischer Faktoren (↗ Kap. 3.3.4). Abschließend wird der Blick darauf gelenkt, wie sich Veränderungsbereitschaft unter den Anhängerinnen und Anhängern der unterschiedlichen politischen Parteien strukturiert. Dabei fokussieren wir uns jeweils auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den 5 Transformationstypen.¹⁴

3.3.1

Soziodemografie

Die 5 Transformationstypen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach Alter, Bildung, Einkommen und Geschlecht. Die »Transformationsbefürworter« (Typ 1) und die »Transformationsoffenen« (Typ 2) sind im Mittel durchschnittlich knapp 49 Jahren etwa 3 Jahre jünger als die anderen 3 Transformationstypen. Angesichts dieses vergleichsweise geringen Unterschieds gibt es keinen Hinweis auf eine deutlich größere Veränderungsskepsis im Alter. In Bezug auf die Bildungszusammensetzung zeigt sich, dass die ersten beiden Transformationstypen mit 42 Prozent und 37 Prozent die höchsten Anteile an Personen mit der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) haben, während die anderen Transformationstypen deutlich geringere Anteile an Personen mit Abitur aufweisen.¹⁵ Beim Einkommen heben sich lediglich die »Transformationsbefürworter« (Typ 1) ab, die ein deutlich höheres Äquivalenzeinkommen haben als die anderen 4 Typen. Mit Blick auf das Geschlecht zeigen sich deutlich unterschiedliche Anteile in den Transformationstypen. Der Anteil der Frauen ist bei den »Transformationsbefürwortern« (Typ 1) am geringsten (37 Prozent) und bei den »Transformationskritikern« (Typ 4) am höchsten (61 Prozent). In der Tendenz sind Frauen etwas weniger veränderungsbereit als Männer, ohne dass sich aber hier ein klares Muster über die Transformationstypen hinweg ergibt.

¹⁴ Zusätzlich haben wir den Einfluss dieser Faktoren auf die allgemeine Veränderungsbereitschaft im Rahmen von multivariaten linearen Regressionen untersucht. Abhängige Variable ist der Mittelwertindex »Veränderungsbereitschaft«, der sich aus den 4 Dimensionen Bewertung, Geschwindigkeit, Breite und Tiefe zusammensetzt (↗ Tab. 1 + Fn. 13).

¹⁵ Da sich eine höhere Bildung aber gerade im Osten positiv auf die Transformationserfahrungen auswirkt, wäre eine indirekte Wirkung auf die Transformationsbereitschaft denkbar.

Insgesamt zeigt sich, dass sich die Transformationstypen hinsichtlich der soziodemografischen Zusammensetzung nicht sehr stark unterscheiden. In der Tendenz zeigen Menschen mit mehr Ressourcen (Bildung, Einkommen) etwas positivere Einstellungen zu gesellschaftlichen Veränderungen als Personen, die weniger Bildung oder ein geringeres Einkommen haben. Allerdings sind dies nur Beschreibungen der Typen. Wenn man, wie im Folgenden, weitere Merkmale für die Transformationsbereitschaft oder Transformationsmüdigkeit berücksichtigt, so treten die soziodemografischen Merkmale mit Ausnahme des Geschlechts deutlich in den Hintergrund.

3.3.2

Transformationserfahrungen

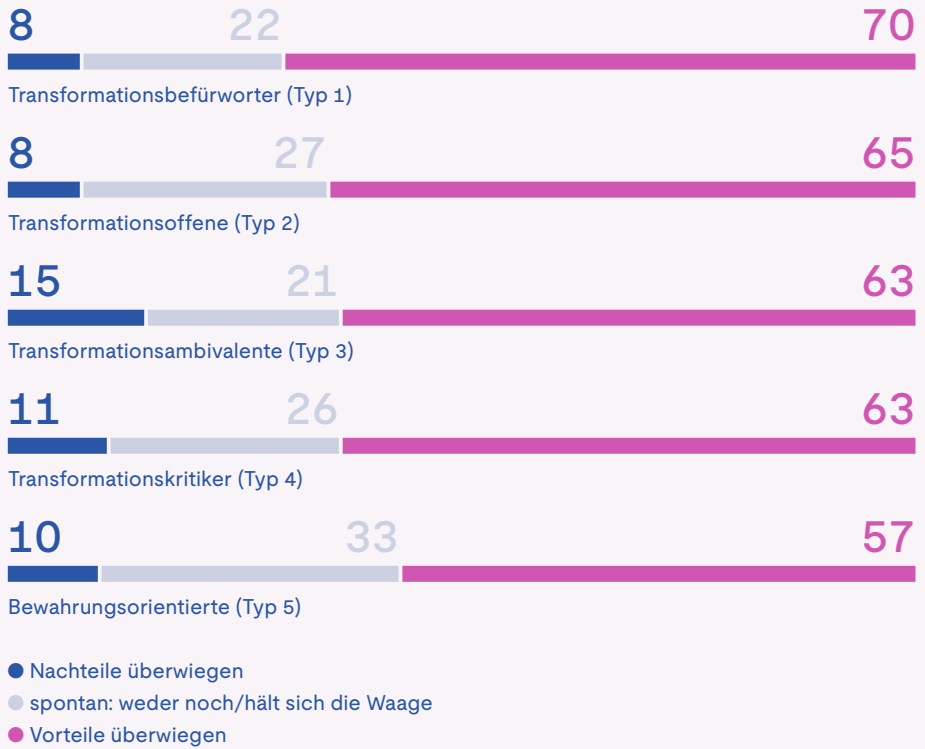
Eine zentrale Frage ist, ob und wenn ja, wie die Aufgeschlossenheit gegenüber aktuellem und zukünftigem Wandel mit bereits gesammelten – positiven und/oder negativen – Transformationserfahrungen zusammenhängt. So wird mit Blick auf die spezifischen Erfahrungen der Ostdeutschen während der Umbruchs- und Transformationszeit der 1990er Jahre in der Literatur kontrovers diskutiert, ob diese Erfahrungen zu einer größeren Resilienz und Transformationsbereitschaft führen oder aber eher Transformationsmüdigkeit verstärken. Grundsätzlich wird angenommen, dass positive Transformationserfahrungen die Offenheit für Veränderungen tendenziell erhöhen, während negative Erfahrungen mit Veränderungen in der Vergangenheit, wie z. B. einem Arbeitsplatzverlust, die Bereitschaft für aktuelle und zukünftige Transformationen eher senken (vgl. u. a. Lettrari 2019; Mau 2024; Ragnitz 2025). Der Deutschland-Monitor hat die Transformationserfahrung in zweifacher Hinsicht gemessen: erstens in Bezug auf die persönliche Wendebilanz, also inwiefern für die Befragten persönlich eher die Vor- oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung Deutschlands überwiegen. Zweitens haben wir danach gefragt, wie die Deutschen die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 10 Jahre erlebt haben, und zwar für sich persönlich, bezogen auf ihr näheres Umfeld (Familie, Nachbarschaft, Freunde), sowie mit Blick auf Deutschland insgesamt.

Die Wiedervereinigung verbinden bundesweit 64 Prozent der Befragten persönlich eher mit Vorteilen. 12 Prozent hingegen sehen eher Nachteile (→ Kap. 5.3). Die Daten des Deutschland-Monitors zeigen erwartungsgemäß, dass »Bewahrungsorientierte« (Typ 5) etwas seltener eine dezidiert positive persönliche Bilanz der Wiedervereinigung ziehen. »Transformationsbefürworter« (Typ 1) hingegen verbinden die Wiedervereinigung etwas öfter als der Durchschnitt mit Vorteilen für das eigene Leben (→ Abb. 7).¹⁶ Bemerkenswert ist, dass jener Zusammenhang dabei nicht stärker in Ostdeutschland nachzuweisen ist.

¹⁶ Ein entsprechender Zusammenhang bestätigt sich auch im multivariaten Regressionsmodell (vgl. dazu Fn. 14).

Abb. 7

Transformationstypen nach persönlicher Bilanz der Wiedervereinigung (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 8

Verteilung der Variablen zur Messung der Transformations-
erfahrung auf 3 Ebenen (Angaben in Prozent)



In Bezug auf die letzten 10 Jahre zeigt sich (→ Abb. 8), dass 29 Prozent der Befragten weder selbst noch im näheren Umfeld die gesellschaftlichen Veränderungen als vorteilhaft oder nachteilig empfunden haben.¹⁷ Ein vergleichbarer Anteil betrachtet die Veränderungen der vergangenen 10 Jahre für sich selbst (31 Prozent) oder das eigene Umfeld (33 Prozent) als eher nachteilsbehaftet. Etwa 4 von 10 Befragten äußern für sich (40 Prozent) bzw. das eigene Umfeld (38 Prozent) eine positive Veränderungsbilanz. Im Mittel fallen die auf Deutschland insgesamt bezogenen Erfahrungen etwas schlechter aus als diejenigen, die auf die eigene Person bzw. das nähere Umfeld abheben. Diese Abstufung ähnelt dem bekannten Muster, dass die persönliche ökonomische Situation in der Regel deutlich besser eingeschätzt wird als die Wirtschaftslage Deutschlands.¹⁸

Insgesamt zeigen sich nur geringe Ost-West-Unterschiede. Die persönlichen Transformationserfahrungen der vergangenen 10 Jahre werden in Ostdeutschland nur geringfügig negativer bewertet. Etwas deutlicher treten diese Divergenzen zutage, wenn die Befragten nach ihrer Sozialisation vor 1990 in der ehemaligen DDR bzw. der alten Bundesrepublik unterschieden werden. Bei jüngeren Befragten, die nach der Wiedervereinigung sozialisiert worden sind, finden sich hingegen keine Differenzen zwischen Ost und West. Diese unterschiedlichen positiven bzw. negativen Erfahrungen in den letzten 10 Jahren hängen systematisch mit den 5 Transformationstypen zusammen.

So verfügen die beiden Transformationstypen, die aktuellen und zukünftigen Veränderungen am offensten gegenüberstehen – die »Transformationsoffenen« (Typ 2) und die »Transformationsbefürworter« (Typ 1) –, durchschnittlich über die positivsten Transformationserfahrungen während der letzten 10 Jahre. Die »Transformationskritiker« (Typ 4) und die »Transformationsambivalenten« (Typ 3) haben neutrale bzw. leicht negative Erfahrungen. Am sichtbarsten heben sich jedoch die »Bewahrungsorientierten« ab: Sie berichten deutlich negative Transformationserfahrungen in den vergangenen Jahren, was ihr Bedürfnis nach Stabilität sowie ihre ablehnende Position zu aktuellem und zukünftigem Wandel (mit-)erklärt. So ist gerade auch aufgrund der nachteiligen Erfahrungen in den vergangenen 10 Jahren verständlich, warum sie Veränderungen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen und diese als gesellschaftliches Risiko wahrnehmen. Insgesamt bestätigt dies somit die Annahmen in der Literatur, dass negative Transformationserfahrungen ein wesentlicher Erklärungsfaktor für Veränderungsmüdigkeit sind.¹⁹

¹⁷ Diejenigen Personen, die auf der 11-stufigen Skala die Mittelkategorie (Wert »6«) gewählt haben, haben die Veränderungen der letzten 10 Jahre weder als vorteilhaft, noch als nachteilsbehaftet wahrgenommen. Als nachteilsbehaftet wurden die Werte 1–5 und als vorteilsbehaftet die Werte 7–11 zugeordnet (→ Abb. 8).

¹⁸ Im Deutschland-Monitor 2025 wird die eigene wirtschaftliche Lage von 66 Prozent der Befragten als sehr gut/eher gut eingeschätzt, diejenige Gesamtdeutschlands hingegen nur von 13 Prozent.

¹⁹ So bestätigt sich der Zusammenhang zwischen Veränderungsbereitschaft und Transformationserfahrung auch im multivariaten Regressionsmodell (→ Fn. 14). Je positiver die Erfahrungen der letzten 10 Jahre eingeschätzt werden, desto höher ist die Offenheit für aktuelle und zukünftige Veränderungen.

3.3.3

Wirtschaftliche Lagebewertung und Zukunftserwartung

Ein drittes Bündel an individuellen Faktoren bezieht sich auf die Bewertung der bundesweiten wirtschaftlichen Lage und die Zukunftserwartung. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage steht in einem Zusammenhang mit den Transformationstypen. Die beiden Typen »Transformationsoffene« (Typ 2) und »Transformationsbefürworter« (Typ 1), die einem gesellschaftlichen Wandel am offensten gegenüberstehen, bewerten die allgemeine wirtschaftliche Lage im Durchschnitt besser als die Gesamtbevölkerung. Die »Transformationsambivalenten« (Typ 3) und »Transformationskritiker« (Typ 4) bewerten die allgemeine ökonomische Situation durchschnittlich, während die »Bewahrungsorientierten« deutlich abweichen: Sie bewerten sowohl die allgemeine wirtschaftliche Lage als auch ihre eigene ökonomische Situation deutlich negativer als alle anderen Typen. Ihre transformationsskeptische Haltung speist sich damit auch aus einer als prekär wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage, die das Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität verstärkt und die Skepsis gegenüber gesellschaftlichem Wandel begünstigt (→ Kap. 3.3.4).²⁰

Die Typen unterscheiden sich zudem signifikant nach den Erwartungen für die Zukunft. Die Befragten wurden hinsichtlich der Zukunftsperspektive sowohl in Bezug auf ihre persönliche Zukunft²¹ als auch auf die Zukunft Deutschlands befragt.²² Unter »Transformationsbefürwortern« (Typ 1) blickt man mehrheitlich (58 Prozent) zuversichtlich in die persönliche Zukunft. Immerhin gut ein Fünftel (22 Prozent) dieses Typus schätzt auch die Zukunft Deutschlands positiv ein. Gänzlich anders fällt die Bewertung der Zukunft bei den »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) aus. Von diesen bekunden lediglich 18 Prozent einen positiven Blick auf die persönliche Zukunft. Unter ihnen rechnet auch kaum jemand (3 Prozent) damit, dass Deutschland künftig eine positive Entwicklung nimmt. Zwischen beiden Polen positionieren sich die »Transformationsoffenen« (Typ 2; 50 Prozent persönlich, 19 Prozent generell zuversichtlich), die »Ambivalenten« (Typ 3; 37 Prozent bzw. 11 Prozent) und die »Transformationskritiker« (Typ 4; 36 Prozent bzw. 6 Prozent). Ein zuversichtlicher Blick in die Zukunft ist folglich ungleich verteilt. Er tritt vor allem bei jenen Transformationstypen auf, die dem gesellschaftlichen Wandel positiv und offen gegenüberstehen. Hingegen finden sich persönliche und gesamtgesellschaftliche Zukunftssorgen stark bei den Transformationstypen, die gesellschaftlichen Wandel als Risiko sehen und diesen skeptisch bewerten.

²⁰ Der Zusammenhang zwischen der Veränderungsbereitschaft und der Bewertung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands ist auch im multivariaten Regressionsmodell statistisch signifikant (→ Fn. 14).

²¹ Die konkrete Frage lautete: »Ganz allgemein gesprochen, sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft mit Zuversicht oder mit Sorgen entgegen? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 bedeutet, dass Sie große Zuversicht haben und 10 bedeutet, dass Sie große Sorgen haben.«

²² Die konkrete Frage lautete: »Und wenn Sie an die Zukunft Deutschlands im Allgemeinen denken: Sehen Sie der Zukunft Deutschlands eher mit Zuversicht oder mit Sorgen entgegen?«

Insgesamt zeigt sich zudem, dass die Zukunftsperspektive deutlich stärker mit der Veränderungsbereitschaft und den Transformationstypen zusammenhängt als mit den rückblickenden Transformationserfahrungen und auch der Wahrnehmung der aktuellen wirtschaftlichen Lage.²³

3.3.4

Sozialpsychologische Faktoren

Der Deutschland-Monitor 2025 untersucht zudem den Einfluss sozialpsychologischer Faktoren auf die Transformationstypen. Dazu haben wir die Bedeutung von Anomie und Selbstwirksamkeit als mögliche Treiber oder Barrieren für die Bereitschaft zu gesellschaftlichem Wandel untersucht. Ergänzend wurden die Werteorientierungen Sicherheit, Konformität und Tradition auf ihre Zusammenhänge mit den Transformationstypen analysiert, da diese die Orientierung zur Bewahrung des Bestehenden bzw. Offenheit erfassen.

Anomie²⁴ ist eine individuelle Wahrnehmung, die das Gefühl eines gesellschaftlichen Ordnungs- und Kontrollverlusts umfasst. Die Items zur Anomie erfassen Gefühle von Unsicherheit, Ordnungsverlust und Schicksalsabhängigkeit (↗ Abb. 9).²⁵ Betrachtet man die Transformationstypen, so zeigen sich Unterschiede in Bezug auf das Gefühl der Anomie: »Transformationsbefürworter« (Typ 1) und »Transformationsoffene« (Typ 2) fühlen sich deutlich weniger von Unwägbarkeiten oder unübersichtlichen gesellschaftlichen Verhältnissen betroffen. »Bewahrungsorientierte« (Typ 5) weisen die signifikant höchsten Anomiewerte auf.

Dieses Muster zeigt sich auch hinsichtlich der Selbstwirksamkeit. Eine hohe Selbstwirksamkeit bedeutet ein hohes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Herausforderungen zu meistern und das eigene Leben in schwierigen Situationen aus eigener Kraft steuern zu können (↗ Abb. 9). So erleben »Transformationsbefürworter« (Typ 1) und »Transformationsoffene« (Typ 2) im Durchschnitt die höchste und »Bewahrungsorientierte« (Typ 5) eine signifikant niedrigere Selbstwirksamkeit. »Transformationsambivalente« (Typ 3) und »Transformationskritiker« (Typ 4) ordnen sich – wie auch bei der Anomie – zwischen diesen Polen ein. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse somit, dass die positiven bzw. negativen Haltungen zu gesellschaftlichem Wandel von Erfahrungen und Gefühlen der Selbstwirksamkeit und Kontrolle beeinflusst sind.²⁶

Die Werteorientierungen Sicherheit, Konformität und Tradition wurden als weitere mögliche Einflussfaktoren auf die Transformationstypen untersucht. Dies sind 3 der 10 von Shalom Schwartz identifizierten universellen Werte (Motivationsziele). Sie bilden die Subdimension »Conservation« (Bewahrung) der sogenannten Schwartz-Values ab (vgl. Schwartz 1992).

²³ Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch im multivariaten Regressionsmodell (↗ Fn. 14).

²⁴ Der Begriff der Anomie geht ursprünglich zurück auf Emile Durkheim und wurde von Robert K. Merton weiterentwickelt. Vgl. hierzu Messelken 1989, 19 ff.

²⁵ Die Zuordnung des Items »Meine Pläne werden oft vom Schicksal durchkreuzt« zur Anomie ist das Ergebnis einer explorativen Faktorenanalyse.

²⁶ Unterstützt wird dieser Befund durch das multivariate Regressionsmodell (↗ Fn. 14). Sowohl Anomieempfinden als auch Selbstwirksamkeit erweisen sich hierbei als hochsignifikante Erklärungsfaktoren für die Veränderungsbereitschaft.

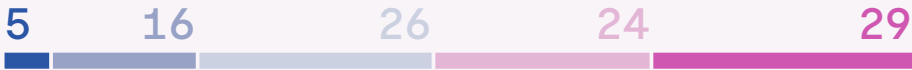
Abb. 9

Aussagen zur Messung von Anomie- und Selbstwirksamkeitsempfinden (Angaben in Prozent)

Anomie



Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht.



In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss.



Meine Pläne werden oft vom Schicksal durchkreuzt.

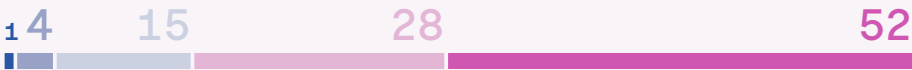
Selbstwirksamkeit



Egal ob privat oder im Beruf: Mein Leben wird nicht zum großen Teil von anderen bestimmt.*



In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.



Ich habe mein Leben selbst in der Hand.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

*Der originale Wortlaut der Aussage »Egal ob privat oder im Beruf: Mein Leben wird zum großen Teil von anderen bestimmt« wurde aus Gründen einer einfacheren Interpretation invertiert. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

So meint Sicherheit »Schutz, Harmonie und Stabilität der Gesellschaft, von persönlichen Beziehungen und der eigenen Person«, Konformität »bei anderen Menschen möglichst nicht anzuecken oder aufzufallen« und Tradition »Respekt, Verpflichtung und Akzeptanz von Bräuchen und Meinungen, die die Tradition oder Religion vorschreibt«. Es ist anzunehmen, dass jene Wertorientierungen mit einer Offenheit für gesellschaftlichen Wandel bzw. einer Bewahrung des Bewährten zusammenhängen.

Unsere Untersuchung zeigt, dass Sicherheit für alle 5 Transformationstypen ein bedeutsamer Wert ist – für die »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) gilt dies umso stärker. Etwas deutlicher fällt die Differenzierung für »Tradition« aus. Dieser Wertorientierung messen »Transformationsbefürworter« (Typ 1), mit leichtem Abstand gefolgt von den »Transformationsoffenen« (Typ 2), den geringsten Stellenwert bei. »Bewahrungsorientierte« (Typ 5) äußern sich eher traditionsbewusst, abgeschwächt auch »Transformationskritiker« (Typ 4). Hinsichtlich des Wunsches nach Konformität unterscheiden sich die Transformationstypen hingegen kaum. Betrachtet man die 3 Werteorientierungen gemeinsam, so erweisen sich diese insgesamt als erklärungsstark.²⁷

3.3.5 Parteinähe

Ein weiteres Erkenntnisinteresse ist die Frage, inwiefern sich die Parteinähe der Transformationstypen unterscheidet. Damit kann untersucht werden, inwiefern die Perspektiven und Sichtweisen auf Transformation politisch polarisiert sind. Die Analyse zeigt sehr deutlich, dass Parteinähe und Zugehörigkeit zu einem Transformationstypus systematisch zusammenhängen. Insbesondere weicht der Typus der »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) von den anderen Typen ab. Besonders auffällig ist – mit 39 Prozent – der sehr hohe Anteil derjenigen, die der AfD nahestehen. In den übrigen Typen sind Anhängerinnen und Anhänger der AfD mit weniger als 10 Prozent vertreten. Gleichzeitig ist der Anteil der Parteiungebundenen bedeutend niedriger als bei den anderen Gruppen, was auf eine stärkere Parteipolitisierung dieses Transformationstypus hinweist.

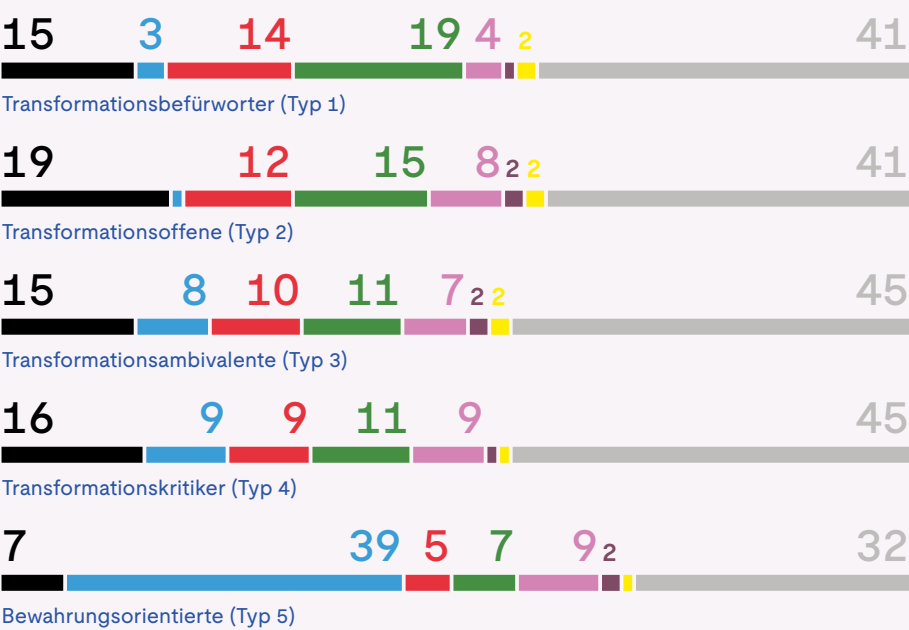
Hingegen sind Unions-, Grünen- und SPD-Anhängerinnen und -Anhänger systematisch weniger vertreten als bei den anderen Typen. Die »Transformationsbefürworter« (Typ 1) bilden den Gegenpol. Hier sind die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen (19 Prozent), der SPD (14 Prozent) und der Unionsparteien (15 Prozent) dominant, während insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der AfD und (weit nachgelagert) der Partei Die Linke in diesem Transformationstypus kaum vorzufinden sind.

Dieses Muster spiegelt sich auch in den Diskussionen der Fokusgruppen wider. Darin zeigt sich ein Zusammenhang zwischen einer Nähe zu etablierten Parteien und Institutionen einerseits und einer Offenheit für Veränderungen andererseits, während systemkritisch-populistische Haltungen eher mit Veränderungskepsis einhergehen (vgl. INFO 2025, 5, 13). Dies steht zudem im Einklang mit Erkenntnissen, dass Parteibindungen mit spezifischen Sichtweisen auf zentrale gesellschaftliche Transformationen verbunden sind (↗ Kap. 3.5.3, Kap. 3.6 + Kap. 4.2) (siehe dazu grundlegend die Cleavage-Theorie, Lipset & Rokkan 1967; vgl.: Dilger & Lengfeld 2025; Hebenstreit et al. 2025, 42; Reiser et al. 2025).

²⁷ Dies bestätigt sich auch in der multivariaten Analyse, die einen hochsignifikanten Effekt ausweist (↗ Fn. 14).

Abb. 10

Transformationstypen nach Parteidentifikation
(Angaben in Prozent)



- CDU/CSU
- AfD
- SPD
- Bündnis 90/Die Grünen
- Die Linke
- BSW
- FDP
- keine Partei

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

3.3.6

Transformationstypen und ihre Merkmale

Die Analysen zu den individuellen Faktoren, die mit den Transformationstypen zusammenhängen (↗ Kap. 3.3.1 bis Kap. 3.3.5), werden nachfolgend insgesamt betrachtet. Dabei zeigen sich spezifische Merkmalsprofile der 5 Transformationstypen (↗ Tab. 3).

Transformationsbefürworter (Typ 1)

»Transformationsbefürworter« stehen gesellschaftlichem Wandel offen und zuversichtlich gegenüber. Sie machen mit 10 Prozent eine kleinere, aber distinkte Gruppe aus, die sich in ihrem Merkmalsprofil von den anderen Gruppen deutlich unterscheidet:

Personen, die diesem Typus angehören, sind überwiegend ressourcenstark mit einem überdurchschnittlichen Bildungsgrad und Einkommen. Überdurchschnittlich häufig sind es Männer. Angehörige dieser Gruppe berichten überwiegend positive Transformationserfahrungen und auch mit Blick auf die Zukunft dominieren Zuversicht und Vertrauen: 58 Prozent blicken optimistisch auf die persönliche Zukunft, wenn auch nur 22 Prozent auf die Zukunft Deutschlands. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands schätzen sie besser ein als die anderen Transformationstypen. Parteipolitisch tritt eine Nähe zu Bündnis 90/Die Grünen und zur SPD am häufigsten auf. Bewahrungsbezogene Werteorientierungen wie Tradition spielen eine geringere Rolle. Zudem zeichnet sich dieser Typ durch hohe wahrgenommene Selbstwirksamkeit und ein geringes Anomieempfinden aus.

Transformationsoffene (Typ 2)

»Transformationsoffene« stehen Wandel ebenfalls grundsätzlich offen gegenüber, möchten Veränderungen aber überschaubar wissen. Sie stellen 13 Prozent der Befragten. Im Osten ist der Anteil mit 9 Prozent etwas geringer. Sie zählen im Vergleich auch zu den eher ressourcenstärkeren Personengruppen – wenn auch weniger ausgeprägt als bei den »Transformationsbefürwortern« (Typ 1). Dies gilt insbesondere für die formale Bildung. Frauen sind hier leicht überrepräsentiert (57 Prozent). Transformationserfahrungen fallen ebenso wie die Zukunftserwartungen, sowohl für die eigene persönliche Zukunft als auch für die Zukunft Deutschlands, überdurchschnittlich positiv aus – erneut etwas weniger stark als bei den »Transformationsbefürwortern« (Typ 1). Selbiges Muster zeigt sich auch für Selbstwirksamkeit, Anomie und die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Parteipolitisch neigt dieser Typus am häufigsten zu den Unionsparteien (19 Prozent) sowie zu Bündnis 90/Die Grünen (15 Prozent).

Transformationsambivalente (Typ 3)

Der Typus der »Transformationsambivalenten« ist laut unserer Erhebung der am weitesten verbreitete. Ihm gehört über die Hälfte aller Befragten (52 Prozent) an. Er unterscheidet sich von allen anderen Gruppen dadurch, dass er keine eindeutige, sondern abwägende und ambivalente Haltung zu Veränderungen äußert. Die ambivalente Mitte steht zwischen den befürwortenden und den bewahrenden Polen. Gestützt wird dies durch Diskussionsbeiträge in den Fokusgruppen.

Dort zeigen sich häufig »ambivalente, ungefestigte oder unentschiedene Haltungen«, sodass Veränderungsbereitschaft weder »eindeutig vorhanden oder nicht vorhanden« sei und »häufig an zahlreiche [...] Bedingungen geknüpft« werde (INFO 2025, 12) (→ Kap. 3.7). Allein aus ihrer relativen Mehrheit folgend, sind die »Transformationsambivalenten« (Typ 3) entscheidend für die Tragfähigkeit gesellschaftlicher Transformationen. In ihren soziodemografischen, sozioökonomischen und sozialpsychologischen Merkmalen spiegeln sie in etwa den Bevölkerungsdurchschnitt wider. Auch in ihren Einstellungen und dem parteipolitischen Profil nehmen sie eine Mittelposition ein.

Transformationskritiker (Typ 4)

»Transformationskritiker« stehen Wandel distanziert bis ablehnend gegenüber. Allerdings erfolgt diese Positionierung weniger eindeutig als bei den »Bewahrungsorientierten« (Typ 5). Mit knapp 19 Prozent stellen sie die zweitgrößte Gruppe der Transformationstypen. In ihrem soziodemografischen und sozioökonomischen Profil entsprechen sie weitgehend dem Durchschnitt der Befragten und somit auch dem Profil der »Transformationsambivalenten« (Typ 3). Dies gilt auch für die Transformationserfahrung und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Sie bewerten allerdings die Zukunftserwartungen für Deutschland signifikant schlechter als der Durchschnitt. Sie äußern zudem eine durchschnittliche Selbstwirksamkeit und ein durchschnittliches Anomieempfinden. Ihr parteipolitisches Profil entspricht dem bundesweiten Durchschnitt.

Bewahrungsorientierte (Typ 5)

Die »Bewahrungsorientierten« sind mit 7 Prozent die kleinste und zugleich mit Abstand skeptischste Gruppe und lehnen den gesellschaftlichen Wandel am entschiedensten ab. Auch in ihrem Merkmalsprofil bilden sie den Gegenpol zu den »Transformationsbefürwortern« (Typ 1). Sie verfügen über die wenigsten sozioökonomischen Ressourcen und schätzen auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands am schlechtesten ein.

Die subjektiven Transformationserfahrungen fallen gegenüber den anderen Transformationstypen bedeutend schlechter aus. 54 Prozent äußern Sorgen um ihre persönliche Zukunft, nur 18 Prozent blicken zuversichtlich nach vorn. Für Deutschland sehen lediglich 3 Prozent eine positive Entwicklung voraus, 82 Prozent äußern sich diesbezüglich sorgenvoll. Insgesamt zeichnet sich diese Gruppe somit durch eine extrem pessimistische Sicht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus. Ihre transformations skeptische Haltung speist sich demnach auch aus einer als prekär erfahrenen und wahrgenommenen Lage, die das Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität verstärkt und die Skepsis gegenüber gesellschaftlichem Wandel begünstigt. Entsprechend bilden auch Sicherheit und Tradition für diese Gruppe eine zentrale Bezugsgröße. Verbunden damit erleben sie die schwächste Selbstwirksamkeit und das stärkste Anomiegefühl. Parteipolitisch stehen sie mit Abstand am häufigsten der AfD nahe (39 Prozent).

Tab. 3

Transformationstypen und ihre Merkmale

	Trans- formations- befürworter (Typ 1)	Trans- formations- offene (Typ 2)	Trans- formations- ambivalente (Typ 3)	Trans- formations- kritiker (Typ 4)	Bewahrungs- orientierte (Typ 5)	Alle Befragten
Alter (Ø)	48,4	48,9	51,3	52,1	51,4	51,0
Bildung (Abiturquote)	42 %	37 %	31 %	32 %	26 %	32,9 %
Äquivalenz- einkommen (Ø)	2.839 €	2.451 €	2.539 €	2.503 €	2.359 €	2.540 €
Geschlecht (Frauenanteil)	37 %	57 %	49 %	61 %	55 %	52 %
Beurteilung wirt. Lage Deutschlands (1 gut – 5 schlecht)	3,2	3,1	3,4	3,3	3,8	3,3
Transformations- erfahrungen (1 negativ – 11 positiv)	6,2	6,3	5,7	6,0	4,7	5,8
Zukunftserwartung persönlich (Anteil »zuversichtlich«)	58 %	50 %	37 %	36 %	18 %	39 %
Zukunftserwartung für Deutschland (Anteil »zuversichtlich«)	22 %	19 %	11 %	6 %	3 %	12 %
Konservatismus (1 stark – 5 schwach)	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2	2,4
Selbstwirksamkeit (1 hoch – 5 niedrig)	1,7	1,9	1,9	2,0	2,1	1,9
Anomiegefühl (1 hoch – 5 niedrig)	3,3	3,1	2,9	2,9	2,5	3,0
Parteinähe (häufigste Nennung, ohne Parteilose und Kleinparteien)	Bündnis 90/ Die Grünen (33 %)	CDU/CSU (32 %)	CDU/CSU (27 %)	CDU/CSU (28 %)	AfD (57 %)	CDU/CSU (26 %)

3.4

Einstellungen zu Veränderungen in zentralen Politikfeldern

Die zuvor skizzierten Befunde zur allgemeinen Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen bilden den Ausgangspunkt für die spezifische Veränderungsbereitschaft in konkreten gesellschaftlichen Bereichen, die aktuell und künftig von Veränderungen betroffen sind und in denen Veränderungen alltäglich erfahrbar sind. Auf die Frage, in welchen Bereichen die Bevölkerung gegenwärtig die größten Veränderungen sieht, zeigt sich, dass es in der Wahrnehmung der Bevölkerung aktuell nicht den einen veränderungsstarken Politikbereich gibt, sondern dass in mehreren Bereichen größere Veränderungen registriert werden: Am häufigsten werden die Bereiche Verteidigung bzw. äußere Sicherheit (22 Prozent), Zuwanderung (19 Prozent) und Wirtschaft (15 Prozent) genannt (↗ Abb. 11). Dies sind Bereiche, die gegenwärtig allesamt große öffentliche und politische Aufmerksamkeit erfahren. Dahinter folgen mit 11 Prozent Umwelt und Klima (-schutz) sowie mit je 10 Prozent der demografische Wandel und die Digitalisierung.

In Bezug auf die zentralen Themenbereiche Verteidigung, Zuwanderung, Wirtschaft, Klima, Digitalisierung und demografischer Wandel gibt ein hoher Anteil der Befragten der repräsentativen Bevölkerungsbefragung an, dass sie die aktuellen Veränderungen als »eher schnell« oder »zu schnell« wahrzunehmen – je nach Politikfeld äußern dies zwischen 36 und 44 Prozent der Befragten. Dabei werden die Entwicklungen insbesondere in den Bereichen Migration und Klimapolitik als zu schnell empfunden. Dies bedeutet, dass die Befragten die spezifische Veränderungsgeschwindigkeit in den konkreten Politikfeldern im Durchschnitt häufiger als »eher zu schnell« oder »zu schnell« einschätzen als sie dies bei der allgemeinen Veränderungsgeschwindigkeit (22 Prozent) angeben (↗ Abb. 5, ↗ Kap. 3.1).

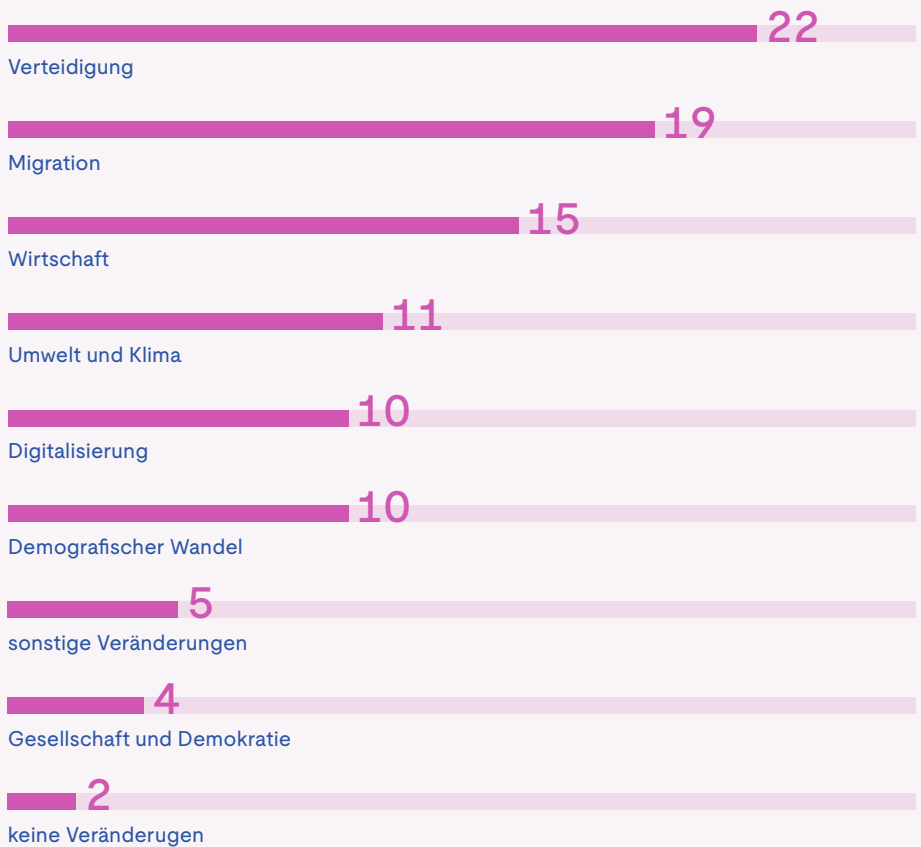
Zahlenmäßig größer ist jedoch jeweils der Anteil derjenigen, denen die Veränderungen weder als zu schnell noch als zu langsam vorkommen, sondern als moderate Geschwindigkeit – und womöglich als »gerade richtig«. Dies sind je nach Politikfeld zwischen 34 und 50 Prozent. Dass Veränderungen als zu langsam wahrgenommen werden, zeigt sich besonders in den Bereichen Digitalisierung, Klimapolitik und Verteidigung, wo jeweils mehr als 20 Prozent diese Einschätzung äußern. Insbesondere im Bereich Digitalisierung ist sich die Bevölkerung uneins, ob die Veränderungen (zu) schnell oder (zu) langsam vorstattengehen (↗ Abb. 12).

Regionale Differenzen hinsichtlich der wahrgenommenen Veränderungsgeschwindigkeit fallen zwischen Ost- und Westdeutschland insgesamt gering aus, zeigen sich jedoch insbesondere in den Bereichen Klima und Wirtschaft.

Im Bereich der Klimapolitik nehmen Ostdeutsche im Durchschnitt eine etwas geringere Veränderungsgeschwindigkeit wahr als Westdeutsche. Da Ostdeutsche zugleich einen geringeren Bedarf an Klimaschutzmaßnahmen sehen (Ost: 56 Prozent, West: 63 Prozent), was auch den Ergebnissen des Deutschland-Monitors 2024 entspricht (vgl. Hebenstreit et al. 2025), ist zu vermuten, dass sie vor allem den Klimawandel als nur sehr langsam voranschreitendes Problem und deswegen auch seltener als dringliches Problem einschätzen.

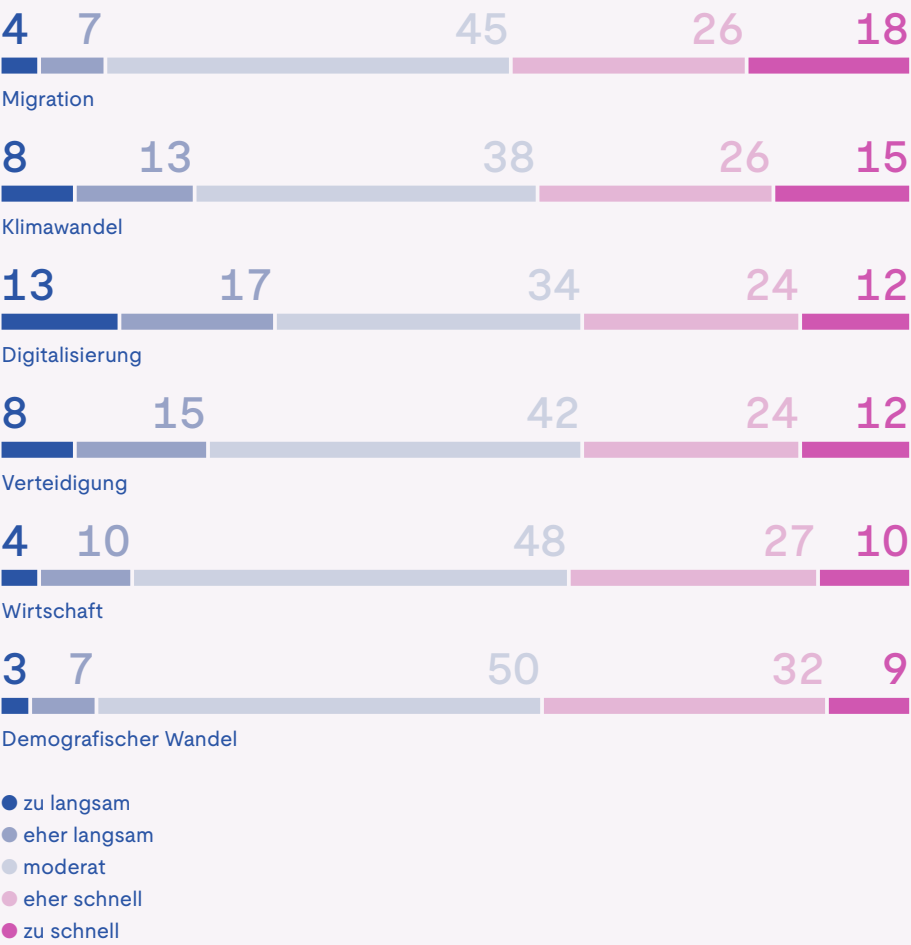
Abb. 11

Bereiche mit den größten Veränderungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung (Angaben in Prozent)



Die offene Fragestellung lautete: »Aktuell wird viel über grundlegende Veränderungen gesprochen, zum Beispiel beim Klima, in der Wirtschaft, bei Zuwanderung, bei Digitalisierung, bei Verteidigung oder weil die Gesellschaft älter wird. Wo sehen Sie derzeit die größten Veränderungen in Deutschland?« Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung wird der Wertebereich der X-Achse nur ausschnittsweise abgebildet.

Abb. 12
Wahrgenommene Veränderungsgeschwindigkeit
in ausgewählten Politikbereichen (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung wurde die ursprüngliche Endpunktskalierung von 0 (»zu langsam«) bis 10 (»zu schnell«) in die vorliegenden Kategorien überführt: (0 + 1) »zu langsam«; (2 + 3) »eher langsam«; (4–6) »moderat«; (7 + 8) »eher schnell«; (9 + 10) »zu schnell«.

Auch die Veränderungen im Kontext des ökonomischen Strukturwandels – bzw. die Anpassungen an denselben – nehmen Ostdeutsche häufiger als »eher« bzw. »zu langsam« wahr als Westdeutsche (Ost: 18 Prozent, West: 14 Prozent). Gleichzeitig spüren Ostdeutsche in ihrem Umfeld häufiger die negativen Folgen des Strukturwandels (Ost: 36 Prozent, West: 31 Prozent) und fordern häufiger eine stärkere Unterstützung durch die Politik für vom Wandel betroffene Regionen (Ost: 70 Prozent, West: 62 Prozent).

Die spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikbereichen hängt nicht allein davon ab, ob Wandel als zu umfangreich, als zu langsam bzw. zu schnell erfahren wird. Von Bedeutung ist auch, inwieweit politikfeldspezifische Veränderungen im Alltag der Bevölkerung als notwendig wahrgenommen und damit verbundene Einschränkungen oder Umstellungen als Zumutung empfunden werden. Unter anderem unter Rückgriff auf das Konzept der Zumutungsaversion (vgl. Bergmann & Diermeier 2024) wird im Folgenden die Veränderungsbereitschaft in den gesellschaftlichen Bereichen vertieft untersucht. Dabei werden die Problemwahrnehmung im eigenen Umfeld und Widerstände gegenüber als belastend empfundenen politischen Veränderungsmaßnahmen beleuchtet. Ein besonderer Fokus liegt zudem auf den Akzeptanzbedingungen für die Veränderungsbereitschaft seitens der Bevölkerung – unter welchen Bedingungen also die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, größere Veränderungen in diesen 6 gesellschaftlichen Bereichen mitzutragen. Dazu wurden sie im Rahmen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung offen nach diesen Bedingungen gefragt; zudem wurden diese Bedingungen im Rahmen der Fokusgruppendifkussionen vertieft.

3.4.1

Verteidigung

Verteidigungspolitik hat spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Die Sorge vor kriegerischen Konflikten ist bei einem erheblichen Teil der Befragten präsent: 43 Prozent fühlen sich persönlich durch den Krieg in Europa bedroht. Deutlich weniger (32 Prozent) nehmen keine solche Bedrohung wahr. Unterschiedliche Auffassungen zeigen sich auch bei der Beurteilung von Einschnitten im eigenen Alltag: 38 Prozent würden es als Zumutung betrachten, für Verteidigungsausgaben höhere Steuern zahlen zu müssen. Etwa ebenso viele sehen darin keine Zumutung (36 Prozent) (→ Abb. 13). Erstere Auffassung ist insbesondere unter Ostdeutschen verbreitet, hier sind es 45 Prozent.

Die gegenwärtigen Debatten zur Verteidigungspolitik drehen sich vor allem um die Frage, wie stark sich Deutschland im Rahmen der veränderten weltpolitischen Lage militärisch engagieren sollte.²⁸ Erwartbar nimmt in den Fokusgruppendifkussionen insbesondere der Krieg Russlands in der Ukraine und die Position Deutschlands in diesem Konflikt eine zentrale Stellung ein (vgl. INFO 2025, 44 ff.). Dabei zeigt sich, dass veränderungsoptimistische Gesprächsteilnehmende, einem erhöhten verteidigungspolitischen Engagement eher positiv gegenüberstehen, während veränderungsaverse Personen dem eher ablehnend gegenüberstehen.

²⁸ Hierfür wurde eine Skala aus den oberen 3 Items der Abb. 12 gebildet (Cronbachs Alpha = 0,60).

Außerdem erklären soziodemografische und ökonomische Unterschiede die Einstellungen zu einem verstärkten verteidigungspolitischen Engagement. Jüngere Menschen sind skeptischer eingestellt als Ältere. Dieser Befund schließt an jüngere Forschungsergebnisse an (vgl. Graf 2025). Dies kommt auch in den Fokusgruppendifkussionen deutlich zum Ausdruck und geht mit der Sorge vor einer eigenen Verpflichtung zum Dienst in der Bundeswehr einher (vgl. INFO 2025, 15 f.; 58 ff.). In der standardisierten Befragung stehen jüngere Personen auch der Idee einer europäischen Armee signifikant häufiger mit Vorbehalten gegenüber als ältere (unter 35 Jahren: 43 Prozent Zustimmung; 35 Jahre oder älter: 61 Prozent Zustimmung). Zudem sind es insbesondere westdeutsche, männliche Befragte sowie solche mit höheren Bildungsabschlüssen, die gegenüber einem verstärkten verteidigungspolitischen Engagement aufgeschlossener sind. Auch in einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen ist die Bereitschaft, die Stärkung der Bundeswehr – etwa in Form einer höheren Steuerlast für Verteidigungsausgaben – mitzutragen, stärker verbreitet als bei einkommensschwächeren.

Hinsichtlich der Akzeptanz- und Gelingensbedingungen zeigt sich in den offenen Fragen²⁹ der repräsentativen Bevölkerungsbefragung und den Fokusgruppendifkussionen, dass das Politikfeld Verteidigung stark zwischen primär sicherheitsorientierten und primär friedensorientierten Haltungen polarisiert ist.³⁰ Sicherheitsorientierte Perspektiven sind unter anderem durch Aufrüstungs- und Modernisierungsforderungen, dem Wunsch nach einer stärkeren gesellschaftlichen Anerkennung der Bundeswehr und der Forderung eines verpflichtenden Wehrdiensts gekennzeichnet. Mit primär friedensorientierten Positionen verbinden sich demgegenüber unter anderem Forderungen nach Diplomatie und Abrüstung und die Ablehnung von Pflichtdiensten. In den Fokusgruppendifkussionen zeigt sich, dass hier vor allem auch eine Nähe bzw. Distanz zu politischen Akteuren und eine unterschiedliche Deutung der Hintergründe der gegenwärtigen europäischen Sicherheitslage zum Ausdruck kommt. Eher »sicherheitsorientierte« Personen, die mit den gegenwärtigen Veränderungspfaden der Bundesregierung einverstanden sind, folgen dabei eher der Diagnose einer klaren Verantwortungszuschreibung Russlands für den Krieg in der Ukraine und der Argumentation, dass durch den zügigen Ausbau militärischer Kapazitäten einer (weiteren) kriegerischen Eskalation in Europa präventiv entgegengewirkt werden müsse.

29 Wie bereits in Kapitel 2.1 erwähnt, wurden im Zuge der Haupterhebung neben geschlossenen Items auch zusätzlich offene Fragen zur individuellen Veränderungsbereitschaft in den sechs tiefergehend untersuchten Politikfeldern erhoben. Auf Grundlage eines randomisierten Fragesplits wurde jeweils ein Sechstel der Teilnehmenden darum gebeten, auszuführen, unter welchen konkreten politikfeldbezogenen Bedingungen sie veränderungsbereit wären. Die für alle Politikbereiche systematisch gestellte Frage lautete wie folgt: »Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen. Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich [Verteidigung] tun, damit Sie sagen: ›Okay diese Veränderungen trage ich mit.‹?«.

30 Zweifelsohne stehen beide Pole in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis: Friedenssicherung setzt Sicherheitsewährleistung voraus, während nachhaltige Sicherheit ohne friedensorientierte Maßnahmen – etwa Konfliktprävention und Kooperation – nicht stabil zu erreichen ist. Unterschiede zwischen den Deutungen ergeben sich somit weniger aus einer Trennung der beiden Prinzipien, sondern aus ihrer hierarchischen Gewichtung. Kurz gesagt unterscheiden sich die Grundhaltungen vor allem danach, ob sie eher Sicherheit als Bedingung für Frieden oder eher Frieden als Bedingung für Sicherheit ein stärkeres Gewicht einräumen.

Abb. 13

Aussagen zur Verteidigungspolitik

(Angaben in Prozent)



Die Bundeswehr sollte Teil einer neuen europäischen Armee sein.



Deutschland sollte sich aus der Weltpolitik heraushalten.



Für mich wäre es eine Zumutung, wenn ich für Verteidigung mehr Steuern zahlen müsste.



Ich fühle mich persönlich durch den Krieg in Europa bedroht.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Gleichzeitig besteht jedoch auch in dieser Deutungsrichtung Sorge, dass die gegenwärtigen Anstrengungen nicht ausreichen, um die äußere Sicherheit Deutschlands mittelfristig zu gewährleisten (vgl. INFO 2025, 45 ff.).

»Ich sehe den Ansatz positiv, dass wir in die Richtung investieren. Wir müssen Stärke zeigen, damit wir wahrgenommen werden und die Möglichkeit haben, wenn es zu einem Aufeinandertreffen käme, dass wir uns verteidigen können. Und nicht nur reagieren, sondern auch mal einen Schritt nach vorne gehen, damit es gar nicht erst zu einer Provokation kommt.«

(m, 50–59 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

»Ich habe das Gefühl, dass wir uns aufrüsten, aber man eigentlich ahnt, wir haben gar nicht die Ressourcen dafür. Das ist ein Vakuum zwischen Wunsch und Realität. Und man kommt irgendwie nicht vom Fleck weg [...].«

(m, 50–59 J., LK Recklinghausen)

Die primär »friedensorientierte« Position folgt hingegen der Logik, dass eine Stärkung des verteidigungspolitischen Engagements Deutschlands und insbesondere die Unterstützung der Ukraine als Provokation wahrgenommen werden und Deutschland in einen fremden Konflikt »hineinziehen« könne. Die Deutungen folgen dabei unter anderem auch antiwestlichen Argumentationsmustern, die etwa der Ukraine oder der NATO eine Mitverantwortung am Krieg in der Ukraine geben. Als Schlüssel für nachhaltige Sicherheit gelten hier vor allem Diplomatie und wirtschaftliche Kooperation (vgl. INFO 2025, 47).

»Man kann nicht zu einem Frieden kommen, wenn man eine Seite unterstützt und die andere dagegen ist. Man muss neutral bleiben, um den Krieg zu beenden. Ich finde, man sollte Gespräche führen, wie man den Krieg beenden kann – und nicht, wie man ihn weiter finanziert. Vor ein paar Jahren, da hat man noch Verträge gehabt, Handelsverträge, das ist auch gut für unsere Wirtschaft.«

(m, 50–59 J., LK Barnim)

Die Fokusgruppen zeigen, dass die Positionen der Befragten nicht in erster Linie am »sicherheitsorientierten« Pol oder am »friedensorientierten« Pol liegen. Stattdessen prägen abwägende und ambivalente Positionen einen großen Teil der Sichtweisen der Befragten – auch vor dem Hintergrund dessen, dass viele Diskussionsteilnehmenden nach eigenen Angaben keine tiefe inhaltliche Involvierung in das Thema haben (vgl. INFO 2025, 51 f.).

»Ich kann dazu auch nicht so viel sagen. Man fragt sich: Was passiert jetzt, wie gehe ich damit um? Ich weiß es nicht. Manchmal gucke ich Nachrichten und denke: ›Okay, die machen das richtig.‹ Dann wieder: ›Nee, lieber nicht, was machen die da?!‹ Mal ist es so, mal so [...]. Ich glaube, die wissen selber gar nicht mehr, was sie machen sollen.«
(w, 20–29 J., LK Recklinghausen)

Die abwägenden Positionen spiegeln Elemente der oben genannten Pole wider: Einerseits wird militärische Stärke als wichtiges Mittel zur präventiven Abschreckung betrachtet, weshalb der Ausbau der deutschen Verteidigungsfähigkeit grundsätzlich Zustimmung findet. Andererseits ist gleichzeitig eine deutliche Sorge spürbar, dass genau diese Zurschaustellung von Stärke – in Kombination mit der militärischen Unterstützung der Ukraine – Russland provozieren und zu einer Involvierung Deutschlands in militärische Konflikte führen könnte. Diese Ambivalenz zeigt sich unter anderem in Aussagen wie der folgenden:

»Wir müssen auch verteidigungsfähig sein. Man muss schon den Zahn zeigen können, mit dem man zubeißt. Ich will keinen Krieg, aber es schützt mich, wenn einer sieht, dass man scharfe Zähne hat. Wir brauchen aber auch eine Politik, die nachdenkt und keine Schnellschüsse macht, die Russland provozieren. Das ist im Moment meiner Meinung nach nicht gegeben.«
(m, 60–69 J., LK Stendal)

Auch, dass aufgrund der finanziellen Belastungen entsprechende finanzielle Ressourcen an anderer Stelle (etwa Bildung) fehlen könnten, ist Teil dieser ambivalenten Positionen (vgl. INFO 2025, 52 ff.). Zudem verweisen die Ergebnisse darauf, dass die aktuellen Veränderungen im Bereich Verteidigung von vielen als zu unkoordiniert oder zu wenig nachvollziehbar empfunden werden, weniger als grundsätzlich zu schnell. Oftmals sehen die Befragten nicht, dass Risiken des Veränderungspfadades ausreichend mitgedacht werden. Akzeptanz entsteht unter anderem durch klare Sicherheitsstrategien, europäische Kooperation sowie glaubwürdige politische Führung. Nicht zuletzt wird als wichtige Akzeptanzbedingung die faire Verteilung von finanziellen Belastungen herausgestellt, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

»Ich denke, wenn die Bürger wahrnehmen würden, dass mehr Gerechtigkeit herrscht – gerade finanziell –, wäre man sicher eher bereit, höhere Ausgaben oder Steuern für Verteidigung zu akzeptieren. Aber das ist leider nicht so. Diese ganze Reichenbesteuerung wird von der Politik sofort abgeschmettert – da will man überhaupt nichts von hören.«
(w, 60–69 J., LK Barnim)

3.4.2

Digitalisierung

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien erzeugt ein Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, Schritt zu halten, und der Sorge, dass bestimmte Bevölkerungsteile abgehängt werden könnten (vgl. Europäische Kommission 2022; DFA 2025). Insgesamt zeigen die Daten des Deutschland-Monitors 2025 eine große Bereitschaft der Bevölkerung zur digitalen Transformation. 45 Prozent haben das Gefühl, dass ihr Alltag durch die Digitalisierung erleichtert wird. Deutlich weniger (24 Prozent) empfinden das anders. Wenn alltägliche Dinge nur noch digital erledigt werden könnten, würden 37 Prozent der Befragten das als Zumutung empfinden, 42 Prozent hingegen nicht (Abb. 14).

Wird der Einfluss der allgemeinen Transformationsbereitschaft auf den wahrgenommenen Bedarf und die konkrete Bereitschaft, die Digitalisierung des Staates und des öffentlichen Lebens voranzutreiben,³¹ betrachtet, so wird deutlich, dass Personen mit einer bewahrungsorientierten Grundhaltung einer weiteren Digitalisierung häufiger ablehnend gegenüberstehen als für Wandel Aufgeschlossene. Die Zustimmung Ersterer zur Ausweitung digitaler Transformation fällt signifikant geringer aus. Demgegenüber nehmen »Transformationsbefürworter« (Typ 1) eine wohlwollendere Position zur Digitalisierung von Staat und Gesellschaft ein. Die übrigen Transformationstypen reihen sich dazwischen ein (Abb. 19).

Auch das Alter und sozioökonomische Faktoren wirken sich deutlich auf die Digitalisierungsakzeptanz aus. Ältere Personen sind seltener bereit bzw. sehen sich seltener dazu in der Lage, sich an den digitalen Alltag anzupassen (vgl. Störk-Bieber et al. 2020, 30). Das spiegelt sich auch in Beiträgen der Fokusgruppendifussionen wider:

»Bei der Behörde, wo ich gearbeitet habe, wurde uns irgendein Computersystem [...] übergestülpt, so nach dem Motto ›Macht mal. Viele Ältere scheuen sich aber vielleicht oder kapieren das nicht. Klar, was tut das, aber ich hoffe immer, dass mir irgendjemand hilft.«
(w, 60–69 J., LK Barnim)

Höheres Einkommen, höhere Bildung sowie das männliche Geschlecht hängen systematisch mit einer größeren Offenheit gegenüber einer weiteren Digitalisierung des Staates und der Gesellschaft zusammen. Somit zeigt sich, dass sich vor allem ressourcenstarke Personen in der Lage sehen, sich dem digitalen Wandel anzupassen. Zudem fordern sie eine stärkere und schnellere Digitalisierung.

Digitalisierung wird in den Fokusgruppendifussionen, anders als die anderen Veränderungsfelder, nicht in erster Linie als Krisenphänomen wahrgenommen. Mit ihr verbinden sich aus Sicht der Teilnehmenden vielschichtige Chancen wie auch Risiken (vgl. INFO 2025, 76). Bei den Teilnehmenden überwiegt insgesamt die Einschätzung, dass Deutschland bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich bedeutende Nachholbedarfe aufweise. Diese Diagnose wird dabei oft mit ausufernder Bürokratie verbunden (vgl. INFO 2025, 77 f.).

³¹ Hierfür wurde eine Skala aus den unteren 3 Items der Abb. 18 gebildet (Cronbachs Alpha = 0,68).

Die Perspektiven aus den Fokusgruppendifkussionen und den Antworten auf die offene Frage zu den Gelingensbedingungen der Veränderungsbereitschaft im Politikfeld »Digitalisierung« verdichten sich zu zentralen Spannungslinien des Politikfelds: Das Eintreten für mehr Tempo und Innovation steht Sorgen um Überforderung, Kontrollverlust und Zumutbarkeit entgegen. Datenschutz als Grundwert kollidiert mit Datenschutz als bürokratischem Hemmnis (DSGVO). Kosteneinsparungen stehen in einem Spannungsverhältnis mit der Sorge vor Arbeitsplatzabbau. Gewünschte Wahlfreiheit und Berücksichtigung individueller Kompetenzen liegen quer zu dem Wunsch nach einheitlichen Standards. Die folgenden Zitate zeigen diese Spannungslinien exemplarisch:

»Ich möchte nicht mehr ohne digital sein. Es macht so vieles einfacher. Ich möchte zum Beispiel nicht mehr ohne Online-Banking!«
(w, 40–49 J., LK Recklinghausen)

»Die Entwicklungen gehen so schnell voran. Man müsste laufend eine Schulung bekommen, um das Neue immer wieder aufzufrischen.«
(w, 60–69 J., LK Stendal)

»Die Digitalisierung hat Vor- und Nachteile. Ich nutze sie ja auch: Ich kaufe mir online eine Angelkarte und muss nicht warten, bis ein Laden öffnet. Das finde ich prima. Aber bezogen auf meinen Job sehe ich vor allem Nachteile. Es geht um Arbeitsplatzabbau – alles kann digital gemacht werden. [...] am Ende werden zwei Stellen gestrichen.«
(w, 40–49 J., LK Barnim)

Die Aussagen der Befragten verdeutlichen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich für digitale Veränderungen bereit ist – vorausgesetzt, zentrale Bedingungen werden erfüllt. Dazu gehören eine verlässliche Datensicherheit, fair verteilte Kosten, funktionierende digitale Dienste sowie ein spürbarer persönlicher Nutzen, etwa durch erleichterte Behördengänge, Bürokratieabbau oder Zeitersparnis (vgl. INFO 2025, 81 f.; vgl. auch Demary 2024, 126; Reiser et al. 2024). Eng damit verbunden ist die Forderung nach einheitlichen System- und Sicherheitsstandards. Dazu gehört insbesondere auch die Resilienz staatlicher Infrastruktur. Ein weiterer wichtiger Faktor für Akzeptanz ist für viele Menschen – insbesondere ältere und ressourcenärmere – die technische Wahlfreiheit: Digitalisierung ja, aber ohne Zwang – also weiterhin mit analogen Alternativen, wie das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

»Ich möchte mich als Privatperson entscheiden können, wenn es um staatliche Sachen geht und eigentlich um alle anderen, ob ich das digital machen möchte oder in Papierform. Weil das meine Entscheidungsfreiheit ist, weil ich dann weniger digitale Spuren im Netz hinterlasse, die sonst jemand hacken könnte.«
(m, 30–39 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Abb. 14

Aussagen zur Digitalisierung

(Angaben in Prozent)



Der Einsatz künstlicher Intelligenz zur Erstellung von Bildern und Texten braucht sehr strenge Regeln.



Die Politik sollte den Ausbau der digitalen Infrastruktur noch stärker vorantreiben.



Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich alltägliche Dinge nur noch digital erledigen kann.



Ich habe das Gefühl, dass mein Alltag durch die Digitalisierung einfacher wird.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Ebenso entscheidend ist ein niedrigschwelliger Zugang zu digitalen Angeboten bzw. eine verlässliche Unterstützung, insbesondere für ältere Personen. Im Bereich der künstlichen Intelligenz wünschen sich die Befragten klare staatliche Rahmenbedingungen, die Risiken für Bürgerinnen und Bürger begrenzen und Orientierung bieten. Auch die glaubhafte Resilienz der staatlichen digitalen Infrastruktur gilt vielen als zentrale Voraussetzung für Zustimmung (vgl. INFO 2025, 82 f.), wie die Aussage eines Befragten verdeutlicht:

»Das sind ja sehr persönliche Daten, die man da bei staatlichen Stellen abgibt, wenn man digital einen Antrag stellt auf irgendwas. Wenn das irgendjemand hackt und mir irgendwas, keine Ahnung, was Böses antun möchte, das gefällt mir gar nicht. Da weiß man nicht, wie gut das abgesichert ist.«

(m, 20–29 J., LK Barnim)

Unter diesen Bedingungen wird Digitalisierung vom Gros der Bürgerinnen und Bürger nicht als Belastung wahrgenommen, sondern als gestaltbarer und gesellschaftlich nützlicher Fortschritt.

3.4.3

Klimawandel

Der anthropogene Klimawandel wird von der Naturwissenschaft nahezu einmütig als zentrale Bedrohung für das Leben auf der Erde angesehen (vgl. Cook et al. 2016; Lee et al. 2023). Knapp die Hälfte der im Deutschland-Monitor 2025 Befragten (47 Prozent) nimmt die negativen Folgen des Klimawandels in ihrem Alltag wahr; weitere 23 Prozent sind teilweise dieser Ansicht. Die überwiegende Mehrheit (62 Prozent) ist der Meinung, die Politik müsse mehr Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Nur 16 Prozent lehnen dies ab (→ Abb. 15). Auch in den Fokusgruppen wird der Handlungsbedarf wegen des Klimawandels anerkannt.

»Ich finde das schon ein wichtiges Thema. Wenn man sieht, was jedes Jahr Tiere aus unserer Welt einfach komplett verschwinden, weil der Mensch sich verhält wie ein Schwein. Dann finde ich das abartig traurig. Auch für unsere Nachkommen. Uns alle gibt es nicht mehr, wenn wir unsere Welt jetzt zerstören.«

(w, 30–39 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Die konkreten Maßnahmen zur Dekarbonisierung, etwa der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger in Stromerzeugung, Heizung und Verkehr ist jedoch umstritten. Besonders im Verkehrsbereich gehen die Meinungen auseinander: 39 Prozent würden es als Zumutung empfinden, aus Klimaschutzgründen auf Verbrenner-PKWs zu verzichten, während 43 Prozent darin keine Zumutung sehen würden.

Die allgemeine Veränderungsbereitschaft (→ Kap. 3.2) spiegelt sich auch in der unterschiedlichen Einschätzung der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen und der Offenheit dafür wider.³² Vor allem »Bewahrungsorientierte«, also Personen, die gesellschaftlichem Wandel grundsätzlich sehr kritisch gegenüberstehen, äußern größere Vorbehalte gegenüber weiterführendem Klimaschutz und benennen auch seltener negative Folgen des Klimawandels im eigenen Umfeld. »Transformationsbefürworter« (Typ 1) und »Transformationsoffene« (Typ 2), das heißt, Personen, die gesellschaftlichem Wandel grundsätzlich positiv gegenüberstehen und Wandel auch als Chance begreifen, zeigen sich hingegen aufgeschlossener für Klimaschutzmaßnahmen (→ Abb. 19).

Klimaschutzmaßnahmen sind stark politisierte und polarisierte Themen im öffentlichen Diskurs (vgl. Mau et al. 2023; Teney et al. 2024; Hebenstreit et al. 2025, 42 ff.; Canzler 2025, 117). Dies geht auch aus den aktuellen Daten des Deutschland-Monitors hervor. Je weiter rechts sich jemand politisch selbst verortet, desto geringer werden negative Folgen des Klimawandels im Alltag wahrgenommen und desto größer sind die Vorbehalte gegenüber Klimaschutz. Neben der politischen Selbstverortung zeigt sich zudem ein deutlicher Zusammenhang mit der formalen Bildung: Höhere Bildung begünstigt die Sensibilität für den Klimawandel.

Die Perspektiven der Befragten in den 4 Fokusgruppendifkussionen und der offenen Frage zu den Gelingensbedingungen für Veränderungen im Bereich »Klima« vervollständigen das Bild. Sie verdeutlichen, dass sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Klimapolitik v. a. anhand des Zielkonflikts zwischen ökologischer Notwendigkeit und sozioökonomischer Verträglichkeit strukturiert: Klimaschutz wird mehrheitlich befürwortet, verliert aber an Akzeptanz, sobald Maßnahmen als ungerecht, bevormundend sowie insbesondere wirtschaftlich belastend erlebt werden (vgl. auch Mau et al. 2023; Schulz & Trappmann 2024). Gerade auch die Energiewende wird von vielen Teilnehmenden der Fokusgruppendifkussionen als nicht gelungen bewertet. Die Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Wirtschaft werden gegenüber dem ökologischen Nutzen oft als nicht angemessen betrachtet.

»Ich finde, das ganze Thema Klima wirkt sich ziemlich stark auf den Bürger und auf die Industrie und vor allem auf die Arbeitsplätze aus. Jeder von uns hat gemerkt, dass die Strompreise gestiegen sind und insgesamt wird alles teurer. Wir haben die Energiewende begonnen, aber eben einfach falsch: Wenn man auf einmal alle Kernkraft abschaltet und dann nicht genug Energie hat, dann wird die natürlich teuer.«
(m, 20–29 J., LK Barnim)

Viele Bürgerinnen und Bürger fordern Verlässlichkeit und Transparenz, um Wandel als akzeptabel statt als Bedrohung wahrzunehmen. Eine weitere Bruchlinie verläuft zwischen nationalem Gestaltungsanspruch und globaler Wirksamkeit: Klimapolitik wird nur dann als legitim empfunden, wenn sie in internationale Zusammenhänge eingebettet ist und nicht als »deutscher Sonderweg« erscheint (vgl. INFO 2025, 26), wie das folgende Zitat zeigt:

³² Hierfür wurde eine Skala aus den 3 Items der Abb. 14 gebildet (Cronbachs Alpha = 0,69).

Abb. 15

Aussagen zu Klimawandel und Klimaschutz

(Angaben in Prozent)



Die Politik muss mehr für den Klimaschutz tun.



Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich für den Klimaschutz kein Auto mit Verbrenner-Motor mehr fahren darf.



Ich kann die negativen Auswirkungen des Klimawandels schon jetzt in meinem Alltag spüren.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

»Wir haben ein Dilemma, dass es Industriestaaten gibt, die wirklich großen Verschmutzer, die sich gar nicht an solche Regelungen halten, wohingegen wir in Deutschland nur einen Bruchteil dessen ausmachen, aber wir tragen hohe Kosten, um ein besseres Klima zu erreichen, was wir aber nicht erreichen können, weil wir zu klein dafür sind.«

(m, 50–59 J., LK Recklinghausen)

Weiterhin berichten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer von mangelnder Selbstwirksamkeit, wenn sie den eigenen Verzicht durch klimaschädliches Handeln großer Konzerne relativiert sehen oder nicht wahrnehmen, dass klimafreundliches Handeln in der Gesellschaft kollektiv getragen wird:

»Die Unternehmen, zum Beispiel bei Fast Fashion, die produzieren so viel Umweltverschmutzung. Wie das hergestellt wird und dann wird alles aus Asien hierher verschifft, was soll ich da als einzelne Person machen?«

(w, 16–19 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Auch das Verhältnis von staatlicher Steuerung zu individueller Verantwortung ist umstritten – Bürgerinnen und Bürger erwarten politische Führung, wollen aber oftmals nicht bevormundet werden. Andere sehen strengere Regulierungen als Notwendigkeit und bemängeln zu zögerliche politische Maßnahmen (vgl. INFO 2025, 36).

»Es müsste mehr Vorgaben von der Politik geben. Zum Beispiel Tempolimit auf der Autobahn. Mit Tempo 100 oder 110 könnte man von heute auf morgen 11 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, gar kein Problem. Aber es werden immer wieder Sachen zum Klimaschutz ausgebremst, um wieder gewählt zu werden. Es wird keine Politik gemacht, um wirklich ernsthaft etwas zu ändern.«

(m, 60–69 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

»Fördermöglichkeiten sind in Ordnung. Aber ich bin gegen Verbote, weil der Markt entscheidet. Wenn einer dann einen Verbrenner haben will und das am teuersten ist, ok, aber dann soll er es trotzdem noch kaufen können, aber man kann es nicht verbieten.«

(m, 40–49 J., LK Barnim)

Die Ergebnisse zeigen, dass es für die Veränderungsbereitschaft wichtig ist, dass sich Menschen einbezogen fühlen, die Verteilung von Lasten als gerecht wahrgenommen wird und politische Maßnahmen nachvollziehbar sowie alltagsnah kommuniziert werden. Sie wird gestärkt, wenn ihr Nutzen spürbar ist, Selbstwirksamkeit ermöglicht wird und realistische, bezahlbare Alternativen – etwa im Bereich Mobilität und Energie – bestehen. Für die Bedeutung der Selbstwirksamkeit steht stellvertretend das folgende Zitat:

»Nehmen wir das Recycling. [...] Das ist heute ganz normal. Das war auch irgendwann mal unbequem. Aber irgendwann hat es jeder gemacht und jeder hatte ein gutes Gefühl dabei, wenn er es macht. Klar, es darf natürlich am Ende nicht sinnlos sein, weil es dann irgendwo wieder zusammengeschmissen wird ... aber das ist so ein gutes Beispiel von Veränderung.«

(m, 30–39 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Zudem kann eine transparente Kommunikation über Ziele, Kosten und Nutzen als Voraussetzung gelten, um Vertrauen in politische Entscheidungen zu stärken (vgl. auch Renn 2024). Ein erster Beitrag hierzu könnte, so eine Teilnehmerin, auch sein, das politisch Verantwortliche sich selbst klimaschonend verhalten:

»Was ich von der Politik brauche, ist, dass sie sich offen beteiligen am Klimaschutz, dass sie nicht medienwirksam mit dem Zug fahren, aber vorher mit dem Auto chauffiert wurden. Oder uns predigen, wir sollen E-Auto fahren, selber fährt aber keiner von denen. Ich brauche sichtbare Aktionen aus der Politik. Dann wäre man vielleicht auch eher bereit, auf eine Reise oder einen Flug zu verzichten.«

(w, 40–49 J., LK Recklinghausen)

Es ist für die Veränderungsbereitschaft zentral, dass es der Politik gelingt, den Zielkonflikt – dass einige Bürger den Klimaschutz als Chance für Modernisierung sehen, ihn andere aber als sozioökonomische Zumutung empfinden – für alle fair und gerecht auszubalancieren (vgl. auch Fröhlich et al. 2022, 26; Göpel & Ziesenitz 2024, 168 f.). Dazu werden in den Fokusgruppendifkussionen unter anderem niedrigschwellige Förder- und Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen, die es für Bürgerinnen und Bürger attraktiver machen, sich klimafreundlich zu verhalten, z. B. durch die Subventionierung von Elektroautos, oder es ihnen erlauben, etwa durch Energiegenossenschaften, von der Dekarbonisierung aktiv zu profitieren, wie die folgenden Aussagen verdeutlichen:

»Ich finde immer, das ist alles nur eine Frage, wie es subventioniert wird. Wenn man wirklich die Elektromobilität haben möchte, dann muss man das anders fördern. Man muss es subventionieren, damit jeder sich so etwas leisten kann.«

(m, 50–59 J., LK Stendal)

»Es gibt ja sowas auch, dass Gemeinden Photovoltaikanlagen errichten, wo dann die Gemeinde der Träger ist und sie dann sagen: Ok, unsere Gemeinde gibt das Geld, wir profitieren davon und gehen dann auch runter für die Strompreise und haben nicht einen privaten Anbieter, der die Gewinne einstreicht und die Preise diktiert.«

(m, 50–59 J., LK Barnim)

3.4.4

Migration

Migration als Folge globaler Ungleichheiten, geopolitischer Krisen, gewaltsamer Konflikte sowie individueller Wanderungsentscheidungen geht mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen einher. In gegenwärtigen politischen Debatten nimmt das Thema Migration einen erheblichen Stellenwert ein und war etwa bei der Bundestagswahl 2025 eines der dominierenden Wahlkampf- und Wahlentscheidungsthemen (vgl. Schroeder & Bruns 2025, 618, 636). Der Aussage, dass sich durch Migration in ihrem Umfeld vieles zum Schlechten verändert habe, stimmen bundesweit 28 Prozent der Befragten zu. Eine Mehrheit von 51 Prozent ist jedoch anderer Meinung. Die Unterbringung von Geflüchteten im eigenen Wohnumfeld würden 22 Prozent als Zumutung betrachten. Mit 52 Prozent lehnt aber wiederum mehr als die Hälfte diese Sichtweise ab. Auch hier zeigt sich: Die gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft ist differenziert und fällt erkennbar positiver aus, als es öffentlich-mediale Diskurse mitunter nahelegen (vgl. Heide 2025, 248 f.). Gerade die Haltung zur Frage, ob Migration vieles zum Schlechten verändert hat, erweist sich jedoch als ein polarisierender Faktor (→ Abb. 16).

Auch im Themenfeld Migration zeigt sich der Zusammenhang zwischen allgemeiner und spezifischer Veränderungsbereitschaft. Je offener Personen allgemein gegenüber Veränderungen eingestellt sind, desto weniger bringen sie zum Ausdruck, sich durch Migration überfordert zu fühlen.³³ Ein deutlicher Zusammenhang besteht zudem mit der politischen Selbstverortung: Je weiter links sich eine Person positioniert, desto offener zeigt sie sich für Migration. Wer sich weiter rechts verortet, äußert häufiger Vorbehalte gegenüber Zuwanderung. Ferner zeigt sich ein mäßiger Zusammenhang mit dem Landesteil: Die Bevölkerung in Ostdeutschland ist im Durchschnitt etwas migrations skeptischer eingestellt (vgl. Hebenstreit et al. 2025, 45; Arzheimer & Bernemann 2024).

Bemerkenswert ist: Bundesweit meinen die Befragten mehrheitlich, dass stärker in Integrationsmaßnahmen investiert (59 Prozent) und der Zuzug von Fachkräften gefördert werden müsse (68 Prozent). Wer diese Auffassungen teilt, zeigt sich offener für mit Migration einhergehendem Wandel.

Die Auswertung der offenen Frage und der Fokusgruppendifkussionen zum Thema Zuwanderung zeigen dieses Spannungsfeld zwischen einer Skepsis gegenüber Migration und einer Offenheit für Migration. So äußert sich eine migrations skeptische Position unter anderem in dem Wunsch nach einem Begrenzen der Zuwanderung und einer sorgfältigen Prüfung der Asylverfahren sowie im Gebrauch von Missbrauchs- und Sicherheitsnarrativen.

³³ Hierfür wurde eine Skala aus den Items zur Messung der Veränderungsbreite und -geschwindigkeit im Politikfeld Migration sowie den Aussageitems: »In meinem unmittelbaren Umfeld nehme ich wahr, dass sich durch die Zuwanderung vieles zum Schlechten verändert.« Und »Für mich ist es eine Zumutung, wenn in meiner Nachbarschaft eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet wird.« gebildet (Cronbachs Alpha = 0,80).

Eine Offenheit für Migration äußert sich unter anderem in einem Plädoyer für eine bedarfsorientierte Öffnung, für humanitären Schutz, Abbau von Integrationshürden sowie für eine Beschleunigung der Verfahren. Zudem zeigen sich in den Fokusgruppendifkussionen auch unterschiedliche Präferenzen für eine nationale Steuerung oder gemeinsame europäische Lösungen.³⁴

Mit dem Stichwort Migration verbindet sich für viele Personen der Eindruck eines staatlichen Kontrollverlusts – sowohl mit Blick auf die Aufnahmekapazitäten als auch die gesamtgesellschaftlichen Folgen von Einwanderung (vgl. INFO 2025, 60 ff.).

»Menschen kommen vom Ausland und werden aufgenommen, obwohl die hier gar nicht alle aufgenommen werden können. Und die müssen sich ja hier auch benehmen, das ist aber nicht der Fall.«
(m, 30–39 J., LK Recklinghausen)

»Es gibt viele, die hier eigentlich gar nicht bleiben dürfen, die aber nicht wieder zurückgehen und die wir mit durchfüttern. Da besteht sehr viel Unmut in der Bevölkerung.«
(w, 60–69 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Der Vergleich mit der quantitativen Befragung – die bei weiten Teilen der Befragten eben keine ausgesprochen negativen Erfahrungen mit Migration im eigenen Umfeld bezeugt – legt aber gleichsam nahe, dass dieser Eindruck häufig nicht aus dem Erleben im eigenen Nahbereich, sondern beispielsweise aus dem Medienkonsum, folgt (vgl. Erhard et al. 2021). Erkennbar sind der Wunsch nach wirksamer Zuwanderungssteuerung (»mit Maß« bis hin zu Obergrenzen), eine Differenzierung zwischen schutzbedürftigen und vorwiegend wirtschaftlich motivierten Migrantinnen und Migranten sowie eine konsequente, aber pragmatische und früh einsetzende Integrations- und Arbeitsmarktpolitik (vgl. INFO 2025, 68 f.). Migration dürfe sich aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger nicht (weiter) zum Nachteil der inneren Sicherheit auswirken.

»Man sieht immer mehr Kriminalität, Messerstecherei von denen, die jetzt hierher kommen ... dann sollen die Leute zu ihrer Heimat zurückgehen. Ich bin auch, also meine Eltern sind eingewandert ... aber ich bin hier geboren und ich halte mich an die Gesetze.«
(w, 40–49 J., LK Recklinghausen)

Akzeptanz entsteht in aller Regel dort, wo Politik wirksam steuert und nachvollziehbar erklärt. Unsere quantitativen wie qualitativen Daten deuten darauf hin, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung Migration nicht per se ablehnt, aber wirksame Steuerung fordert – dies gilt sowohl für migrationsskeptische als auch für befürwortende Personen. Beispiele, die in den Fokusgruppen für eine solche Steuerung genannt werden, sind unter anderem transparente Aufnahmekriterien, Kontrollen an den Grenzen und die konsequente Anwendung der bestehenden Regelungen des Asyl- und Aufenthaltsgesetzes.

³⁴ Die Ergebnisse der Fokusgruppendifkussionen können nicht für die Gesamtbevölkerung generalisiert werden. In den Fokusgruppendifkussionen überwogen migrationsskeptische Positionen.

Abb. 16

Aussagen zur Migration

(Angaben in Prozent)



Deutschland sollte den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland fördern.



Deutschland sollte mehr für die Integration von Zuwanderern tun.



Für mich ist es eine Zumutung, wenn in meiner Nachbarschaft eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet wird.



In meinem unmittelbaren Umfeld nehme ich wahr, dass sich durch die Zuwanderung vieles zum Schlechten verändert.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

In Bezug auf eine schnelle und bessere Integration wurde unter anderem ein früherer Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sprach- und Orientierungskursen sowie eine zügige Anerkennung von Abschlüssen genannt. Beispielhaft dafür steht das folgende Zitat:

»Wenn jemand fähig ist, sollte viel schneller die Genehmigung zum Arbeiten da sein. Man kann ja engmaschig prüfen, was sie können. Es gibt genug Arbeitgeber, die froh wären, Leute einzustellen. Aber die Hürden sind zu groß – das ist für mich ein großes Problem. Je länger man nicht arbeitet, desto träger wird man – oder überlegt, wie man sonst an Geld kommt.«

(m, 50–59 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Als fair gilt, wenn Leistungen an Mitwirkung gekoppelt und Kommunen spürbar unterstützt werden. Zudem fordern Bürgerinnen und Bürger klare Zuständigkeiten, nachvollziehbare Regeln und sichtbare Sanktionen bei Regelverstößen (vgl. INFO 2025, 68 ff.).

»Man muss gleich gezielter Leute mit guter Ausbildung holen, sie vorziehen und schneller anerkennen.«

(m, 20–29 J., LK Stendal)

»Es sind sicherlich nicht alle, aber die, die sich danebenbenehmen, da müssen die Gesetze auch konsequent angewendet werden.«

(w, 60–69 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

Integration gilt als Bedingung und Versprechen zugleich: Menschen mit Bleibeperspektive sollen arbeiten, die deutsche Sprache lernen, die Werte des Grundgesetzes achten und gesellschaftlich teilhaben können – unterstützt durch effiziente Verfahren, Bildungsangebote und entbürokratisierte Anerkennungsprozesse. Daneben wird eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten als Chance zur Integration gewertet:

»Ich wäre bereit für eine Flüchtlingsunterkunft in meiner Nähe, wenn die Leute gut verteilt werden, zum Beispiel mit maximal 17 Personen. Ich wäre auch bereit, beim Deutschlernen zu helfen oder Anträge auszufüllen, wenn ich wüsste, der Staat hat das im Griff und es ist auch sehr gut organisiert. Dann können wir alle ein bisschen was dazu beitragen, dass wir super integrierte Flüchtlinge haben.«

(m, 20–29 J., LK Barnim)

Vor dem Hintergrund unserer Leitfrage »Wie veränderungsbereit ist Deutschland?« gilt: Die Bereitschaft, Veränderungen im Bereich Migration mitzutragen, steigt, wenn Regeln klar, Verfahren zügig und die Vorteile für Gesellschaft und Wirtschaft sichtbar werden – bei gleichzeitiger Sicherung von Ordnung, Fairness und Grundwerten. Fehlende politische Steuerung wird dagegen als Kontrollverlust gedeutet, hemmt das Vertrauen in politische Handlungsfähigkeit und senkt die Akzeptanz von Migration.

3.4.5

Demografischer Wandel

Deutschland altert: Während die Zahl der unter 18-Jährigen bis 2060 voraussichtlich auf rund 13,4 Millionen sinkt, wird die Zahl der über 67-Jährigen auf über 21 Millionen ansteigen (vgl. Lang et al. 2022, 2). Damit verschiebt sich das demografische Gefälle dauerhaft in Richtung der älteren Generation.

Auch unter den Befragten ist die Überalterung der Gesellschaft präsent: 63 Prozent nehmen in ihrem unmittelbaren Umfeld immer mehr ältere Menschen wahr. Nach Angaben der Teilnehmenden der Fokusgruppen sei der demografische Wandel insbesondere durch einen Mangel an Arbeitskräften, etwa im Dienstleistungs- und Pflegebereich, im Alltag erfahrbar. Zudem sorgen sich die Teilnehmenden um die Stabilität und Finanzierbarkeit des Renten- und Pflegesystems (vgl. INFO 2025, 69 f.).

»Es gibt weniger junge Leute, die arbeiten. Ich habe mir das vor meiner Ausbildung auch anders vorgestellt. In der Kfz-Werkstatt, wo ich arbeite, habe ich noch meinen Altgesellen kennengelernt – der ist erst vor ein paar Jahren in Rente gegangen und hat länger gearbeitet, als er musste. Ich glaube, ich bin der Jüngste bei uns.«
(m, 20–29 J., LK Recklinghausen)

»[Eine] älter werdende Gesellschaft macht ganz schön Sorge, wenn man das so sieht, die Rentner sind ja alle jetzt in Altersarmut. Viele Rentner gehen zur Tafel. Ich fange jetzt in der Pflege an und sehe auch viele ältere Menschen, die sich das nicht leisten können, die von einem Pflegedienst versorgt werden müssen.«
(w, 50–59 J., LK Recklinghausen)

Umstritten ist – so zeigt die repräsentative Bevölkerungsbefragung –, wie die Gesellschaft die (finanziellen) Folgen des demografischen Wandels abfedern soll. Mit 58 Prozent würden es mehr als die Hälfte der Befragten als Zumutung empfinden, länger für die Rente arbeiten zu müssen (→ Abb. 17). Gerade Personen, die schon im Rentenalter sind oder kurz davorstehen, haben mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters seltener Probleme. Die Daten deuten zudem darauf hin, dass Generationengerechtigkeit ein wichtiger Wert für die Bevölkerung ist: Nur eine Minderheit (11 Prozent) ist der Meinung, dass die Interessen der jüngeren Generationen gegenüber der älteren im Streitfall Vorrang haben sollten.³⁵ Dies spiegelt sich auch in den Fokusgruppendifkussionen und offenen Antworten der Befragten wider: So wird deutlich, dass soziale Sicherheit, Fairness zwischen den Generationen und Verlässlichkeit politischer Entscheidungen für den Umgang mit dem demografischen Wandel als wichtig erachtet werden. Unter jüngeren Personen tritt hierbei oft das Gefühl hervor, die Politik agiere aus wahlstrategischen Erwägungen eher im Interesse älterer Generationen (vgl. INFO 2025, 71).

³⁵ Dies gilt in allen Altersgruppen, wobei der zustimmende Anteil bei Personen unter 30 Jahren höher liegt (22 Prozent).

»Bei der Rente werden von der Politik vor allem die Älteren zufriedengestellt, weil die am meisten Wählerstimmen haben, da gibt man denen Garantien für was weiß ich, die nächsten fünf Jahre und dann steigen für die, die arbeiten, die Sozialausgaben irgendwann auf 50 Prozent oder wie? Da fragt man sich auch irgendwann so, ›Hä!?!‹«

(m, 20–29 J., LK Barnim)

Zentral ist die Erwartung einer tragfähigen und gerechten Rentenpolitik, die alle Berufsgruppen einschließt und finanzielle Sicherheit im Alter garantiert – insbesondere dann, wenn viele Jahre in das Solidarsystem eingezahlt wurde. Hierzu werden auch grundlegende Reformen des Rentensystems eingefordert. Die vorgeschlagenen Maßnahmen decken unterschiedliche Zugänge ab, wie die nachfolgenden Zitate zeigen:

»Ich finde, dass man auch wenn man älter ist, in Deutschland nicht in Armut leben soll. Deutschland ist in Europa eines der reichsten Länder vom Sozialstaat her. Die Rentner, die früher gearbeitet haben, sollten so viel Geld bekommen, dass man davon leben kann, sowas wie eine Grundsicherung für alle.«

(m, 30–39 J., LK Recklinghausen)

»Das Geld muss ganz anders angelegt werden. Das muss, genau wie zum Beispiel bei den nordischen Ländern, an die Börse. Da wird das irgendwie staatlich gemacht. Das Stichwort ist Rendite.«

(m, 60–69 J., LK Stendal)

»Das Sozialsystem muss neu überdacht werden – Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, das muss gerechter werden. Alle müssen mit einzahlen: Beamte, Politiker, Selbstständige!«

(m, 60–69 J., LK Recklinghausen)

Als ebenso wichtig werden eine gute Pflegeinfrastruktur, faire Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen sowie die Unterstützung pflegender Angehöriger eingestuft. Spannungslinien verlaufen zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Fürsorge, zwischen dem Wunsch nach Solidarität von Jung und Alt und einer wechselseitigen Anspruchshaltung zwischen den Generationen. Auch die Zuwanderung von Fachkräften wird teils als notwendige Lösung, teils aber auch als Belastung wahrgenommen – ein Beispiel für unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie gesellschaftlicher Ausgleich gelingen kann (→ Kap. 3.4.4). Hierbei kommen auch unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen darüber, wer welche Leistungen nach wie viel Beitragszeit erhalten sollte, zum Tragen (vgl. auch Mau et al. 2023). Generell wird ein handlungsfähiger Staat gefordert, der Renten, Pflege und Gesundheitsversorgung absichert und dabei sowohl die Interessen älterer Generationen als auch die Belastbarkeit Jüngerer im Blick behält (vgl. auch Hebens-treit et al. 2025, 165).

Abb. 17

Aussagen zum demografischen Wandel
(Angaben in Prozent)



Die Politik sollte im Streitfall nur die Interessen der Jüngeren berücksichtigen.



Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich für die gleiche Höhe der Rente länger arbeiten muss.



Ich merke in meinem unmittelbaren Umfeld, dass es immer mehr ältere Menschen gibt.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

3.4.6

Wirtschaftlicher Strukturwandel

Die Bundesrepublik befindet sich in einem anhaltenden und einschneidenden wirtschaftlichen Strukturwandel (vgl. z. B. Blöcker et al. 2020), was der Bevölkerung durchaus bewusst ist: 32 Prozent der Befragten bestätigen, dass die Nachteile dieses Wandels in ihrem Umfeld deutlich spürbar seien. 29 Prozent stimmen dem teilweise zu. 39 Prozent sehen (eher) keine negativen Auswirkungen in ihrem Umfeld. Ostdeutsche und die Bevölkerung weniger prosperierender Regionen nehmen Nachteile des wirtschaftlichen Umbruchs signifikant häufiger wahr (→ Abb. 18).

Wirtschaftlicher Strukturwandel kann mit Existenzsorgen und der Suche nach neuen Arbeitsplätzen, unter Umständen in anderen Branchen, einhergehen. So verbinden die Teilnehmenden der Fokusgruppen – dabei verstärkt in den weniger prosperierenden Regionen – mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel v. a. Abstiegssorgen, den drohenden Wegfall von Industriezweigen und Arbeitsplätzen sowie Verbraucherpreissteigerungen (vgl. INFO 2025, 38)

»Was für mich im Vordergrund steht bei den Veränderungen ist, dass die Industrie es schwer hat, in Deutschland sichere Arbeitsplätze zu schaffen.«
(w, 60–69 J., LK Recklinghausen)

»Alles wird teurer, die Preise steigen. Was allein die Butter zwischendurch schon gekostet hat, das ist Wahnsinn. Das läuft einfach immer so weiter.«
(w, 50–59 J., LK Stendal)

Fast die Hälfte der Befragten der repräsentativen Bevölkerungsbefragung (46 Prozent) äußert, dass sie für eine berufliche Neuorientierung offen sind. Nur 31 Prozent würden es erklärtermaßen als Zumutung empfinden, sich gegebenenfalls beruflich neu orientieren zu müssen.³⁶ Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen hierbei nicht. Dabei zeigt sich erneut, dass vor allem Personen aus der Gruppe der »Bewahrungsorientierten« (Typ 5), also derjenigen, die gesellschaftlichem Wandel grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen und ihn mit Risiken verbinden (→ Kap. 3.2), Vorbehalte gegenüber beruflichen Neuanfängen hegen. In dieser Gruppe würden 44 Prozent darin eine Zumutung sehen. Die Fokusgruppendifkussionen verdeutlichen, dass die Bereitschaft zur Umorientierung vor allem aus der Notwendigkeit hervorgeht, den Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu sichern und dadurch soziale Teilhabe zu ermöglichen (vgl. INFO 2025, 42).

»Ja, man würde sich umorientieren, weil Arbeit entscheidet über die Teilhabe an der Gesellschaft. Wenn ich keine Arbeit habe, hat man ein soziales Manko und ist nicht so integriert in die Gesellschaft.«
(m, 60–69 J., LK Stendal)

³⁶ Diese Frage wurde nur Personen gestellt, die nicht bereits in Rente oder Pension sind.

Dabei kann ein Teil der Befragten auch auf frühere Erfahrungen mit Arbeitsplatzwechseln durch gesellschaftliche Umbrüche zurückgreifen – unter anderem in der Zeit nach der Wiedervereinigung, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

»Zur Wendezeit ging man dann los, ich war Anfang 20, nach der NVA, da habe ich verschiedene Stellen ausprobiert, bin dorthin gegangen, wo Arbeit war, habe mich durchgeschlagen und gelernt, was nötig war. Es war eine Chance. Ich habe sie genutzt. Man hat es einfach gemacht.«
(m, 50–59 J., LK Stendal)

Einzelne Regionen stehen infolge des Strukturwandels besonders unter Druck. Die überwiegende Mehrheit der Befragten bundesweit (63 Prozent) ist der Meinung, dass diese Regionen finanzielle Hilfen erhalten sollten. Nur 7 Prozent sprechen sich gegen gezielte regionale Unterstützungsmaßnahmen aus. In Ostdeutschland – und dort insbesondere in weniger prosperierenden Regionen – ist der Wunsch nach finanzieller Unterstützung für vom wirtschaftlichen Wandel betroffene Regionen nochmal stärker ausgeprägt (vgl. auch Hebenstreit et al. 2025, 171).

Sowohl die repräsentative Bevölkerungsbefragung als auch die Fokusgruppendifkussionen verweisen darauf, dass die Bevölkerung zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels v. a. die Politik in der Pflicht sieht (vgl. INFO 2025, 41; Hebenstreit et al. 2025, 165 f.). Dabei besteht der Wunsch, dass sich die Wirtschaftspolitik durch ein stimmiges Zusammenspiel von ökonomischer Weitsicht, sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit auszeichnet. Erhoben werden Forderungen nach planbaren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, einer Stärkung des Mittelstands und des Arbeitsmarkts sowie nach einer verlässlichen Energieversorgung, die sowohl preiswert als auch ökologisch tragfähig ist. Als Akzeptanzbedingungen werden zudem faire Löhne und Steuerstrukturen genannt, die Leistungsanreize enthalten und Belastungen gerecht verteilen. Betont werden zudem die Bedeutung von Innovation, Bildung (Aus- und Weiterbildungen eingeschlossen), Fachkräftegewinnung, Investitionen in die Infrastruktur sowie Forschung als Grundlage für langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig wird von der Politik weniger Einfluss von Lobbygruppen und mehr Fachkompetenz eingefordert.

»Jobs in der Pflege zum Beispiel müssen attraktiver werden. Vielleicht sollte man auch nicht immer nur das Mindeste vom Mindesten bezahlen, sondern auch einfach sagen, hey, passt auf, ihr macht auch gute Arbeit, das ist einfach mehr Geld wert. Dass man den Lohn auch erhöht.«
(m, 20–29 J., LK Stendal)

Abb. 18

Aussagen zum wirtschaftlichen Strukturwandel

(Angaben in Prozent)



Regionen, die stark vom wirtschaftlichen Wandel betroffen sind, sollten viel Unterstützung bekommen.



Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich mich beruflich neu orientieren muss.



In meinem unmittelbaren Umfeld sind die Nachteile des wirtschaftlichen Strukturwandels deutlich spürbar.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Die angeführten Aspekte spiegeln grundlegende Spannungslinien des wirtschaftlichen Strukturwandels wider: zwischen ökonomischer Dynamik und sozialer Absicherung, ökologischer Transformation und industrieller Substanz, staatlicher Steuerung und individueller Eigenverantwortung.³⁷ Vor allem in den Fokusgruppendifkussionen dominiert der Wunsch nach einem handlungsfähigen Staat, der Risiken und Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher im wirtschaftlichen Strukturwandel kompensatorisch abfedert.

»Die Politik reagiert darauf geföhlt gar nicht. Diese Herstellungskosten, die Industriekosten oder Energiekosten, das muss alles günstiger werden. Die Löhne würde ich aber schützen, dass die nicht niedriger werden, dass wir die Kaufkraft noch behalten können.«
(m, 50–59 J., LK Recklinghausen)

In praktisch allen Bereichen wird zudem eine Steigerung von Effizienz gefordert: also weniger Bürokratie, schnellere Verfahren sowie ein kräftiger Schub bei der Digitalisierung. In der Bevölkerung besteht die Bereitschaft, wirtschaftlichen Wandel mitzutragen, wenn spürbar ist, dass Lasten gerecht verteilt, regionale Besonderheiten beachtet und konkrete Vorteile sichtbar werden, etwa in Form sicherer Arbeitsplätze, stabiler Energiepreise oder einer verbesserten Infrastruktur. Wird Veränderung hingegen als bürokratisch, ineffizient oder ungerecht wahrgenommen, überwiegt Skepsis.

3.5

Muster der Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern

Auf Basis der Analyse der Veränderungsbereitschaft in den verschiedenen Politikfeldern zeigen sich sowohl Spezifika einzelner Politikbereiche als auch politikfeldübergreifende Muster. Diese werden im Folgenden gebündelt, um ein besseres Verständnis über die Veränderungsbereitschaft und Gelingenbedingungen für gesellschaftlichen Wandel in diesen unterschiedlichen Bereichen abzuleiten.

³⁷ Die Ergebnisse der Fokusgruppendifkussionen können nicht für die Gesamtbevölkerung generalisiert werden.

3.5.1

Politikfeldübergreifender Zusammenhang zwischen allgemeiner und politikfeldspezifischer Transformationsbereitschaft

Es zeigt sich politikfeldübergreifend, dass sich die allgemeine Transformationsbereitschaft (↗ Kap. 3.1) – also die generelle Sicht auf gesellschaftliche Veränderungen – auf die spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern auswirkt.³⁸ So spiegelt sich bei den »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) ihr generell skeptischer Blick auf gesellschaftliche Veränderungen erwartungsgemäß auch in ihrer Positionierung zu Veränderungen in jedem konkret betrachteten Politikfeld wider (↗ Abb. 19).

»Transformationsbefürworter« (Typ 1), die gesellschaftlichen Änderungen grundsätzlich positiv gegenüberstehen und v. a. Chancen damit verbinden, positionieren sich hingegen in allen Bereichen aufgeschlossen gegenüber weiterführenden politikfeldspezifischen Veränderungen. Die übrigen 3 Transformationstypen bewegen sich zwischen diesen Polen. Auffallend ist jedoch (↗ Kap. 3.5.1), dass der Typ der »Bewahrungsorientierten« nochmals deutlich skeptischer ist als alle anderen Transformationstypen – und dies besonders stark im Politikfeld Migration sowie bei Klimafragen und der Verteidigung ausgeprägt ist. Der deutliche Zusammenhang zwischen den beiden Formen bestätigt, dass die allgemeine Veränderungsbereitschaft eine Grunddisposition zur Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen beinhaltet.

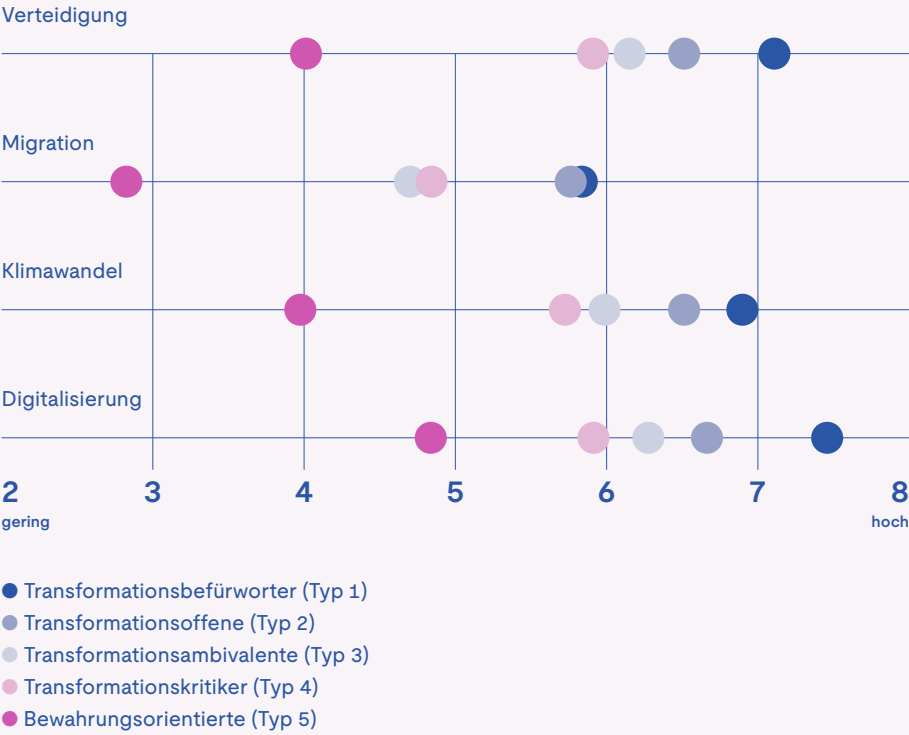
3.5.2

Individuelle Ressourcen: Digitalisierung und Verteidigung

Insgesamt zeigt sich, dass individuelle Ressourcen für Veränderungsbereitschaft förderlich sind. Personen mit höherem Bildungsniveau stehen Veränderungen offener gegenüber als solche mit mittlerem und niedrigerem Bildungsniveau. In den Bereichen Digitalisierung und Verteidigung wirken sich zudem das Alter und das Einkommen auf die Veränderungsbereitschaft aus. Jüngere Befragte sind offener für einen Ausbau der Digitalisierung in Staat und Gesellschaft. Sie bewerten die aktuelle Veränderungsgeschwindigkeit häufiger als »zu langsam«. Ein geringeres Alter wirkt insofern als Ressource, als der Umgang mit digitalen Medien von der Generation der »digital natives« nicht erst später erlernt werden musste, sondern ihre Sozialisation begleitet hat. Daher begegnen sie digitalen Technologien mit größerer Selbstverständlichkeit und mehr Vertrauen (vgl. Störk-Bieber et al. 2020, 30; Lythreitis et al. 2022).

³⁸ Für die Themenfelder Demografischer Wandel und Wirtschaftlicher Strukturwandel konnten aus den vorliegenden Items keine konsistenten Skalen zur Messung der Veränderungsbereitschaft gebildet werden, weshalb sie in der Abb. 19 sowie den folgenden Ausführungen nicht berücksichtigt werden können.

Abb. 19
Spezifische Veränderungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern nach Transformationstypen



Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung wird der Wertebereich der X-Achse nur ausschnittsweise abgebildet. Die spezifische Veränderungsbereitschaft kann Werte im Bereich von 0 (gering) bis 10 (hoch) einnehmen. Abgetragen sind jeweils die arithmetischen Mittelwerte. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Im Bereich Verteidigung wirkt sich ein geringeres Alter gegenteilig aus: Jüngere Personen positionieren sich skeptischer gegenüber einem erweiterten militärischen Engagement der Bundeswehr. Eine naheliegende Interpretation ist, dass ältere Menschen aufgrund ihres Alters weniger Sorge haben, für militärische Einsätze eingezogen zu werden. So erklären sich in anderen Umfragen jüngere Befragte skeptischer bzw. ablehnender gegenüber der Wiedereinführung der Wehrpflicht (vgl. Infratest dimap 2025; Brettfeld 2025). In beiden Politikfeldern gilt zudem: Je höher das Nettoäquivalenzeinkommen, desto höher die Bereitschaft, einen Ausbau der Digitalisierung sowie ein verstärktes verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands mitzutragen (→ Abb. 20).

Auch aus den Fokusgruppen geht hervor, dass ressourcenstarke Personen mit höherem Bildungs- und Einkommensniveau Veränderungen auf diesen beiden Feldern eher als verkraftbar und gestaltbar erkennen. In ressourcenärmeren Gruppen werden gesellschaftliche Veränderungen – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Preisentwicklung der letzten Jahre – mit den damit einhergehenden Belastungen im eigenen Alltag und mit Existenzsorgen verbunden (vgl. INFO 2025, 15).

3.5.3

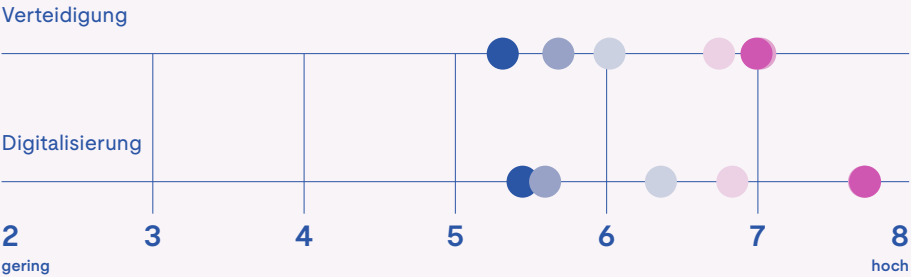
Politische Lagerzugehörigkeiten: Migration und Klimaschutz

Die Einstellungen in den Politikfeldern Migration und Klima gruppieren sich, vor der Folie der allgemeinen Veränderungsdisposition, v. a. anhand politischer Lagerzugehörigkeiten. Je weiter rechts sich jemand politisch verortet, desto größer fallen die Vorbehalte gegenüber Migration und Klimaschutz aus. Personen, die sich im politischen Spektrum eher links ansiedeln, haben hingegen weniger Vorbehalte gegenüber Zuwanderung nach Deutschland und wünschen sich mehr Klimaschutz (→ Abb. 21). Dies spiegelt sich auch in den Fokusgruppendifkussionen wider (vgl. INFO 2025, 29, 63). Die politische Verortung hat auch Aussagekraft für die Beurteilung der Grenzen der Belastbarkeit der eigenen Lebensumstände: Wer sich politisch weiter rechts verortet, stimmt eher zu, dass Migration negative Auswirkungen auf das Lebensumfeld habe und sieht seltener nachteilige Folgen des Klimawandels im eigenen Alltag. Dies findet auch in der Parteinähe Niederschlag: Wer den Grünen oder der Partei Die Linke nahesteht, hat in der Regel weniger Vorbehalte gegenüber Migration und verstärktem Klimaschutz. Wer mit der AfD sympathisiert, wünscht sich hingegen weniger Zuwanderung und Klimaschutz.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern stechen Migration und Klima somit als besonders politisch aufgeladen und polarisiert hervor. Die Analyse zeigt deutlich, dass Veränderungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen nicht generell polarisieren, sondern vor allem bei bestimmten emotional aufgeladenen »Triggerpunkten« innerhalb jener Politikfelder (Mau et al. 2023). Damit schließen die Ergebnisse an bisherige Forschungserkenntnisse an (vgl. Teney et al. 2024; Bergmann & Diermeier 2024; Reiser et al. 2025; Hebenstreit et al. 2025).

Abb. 20

Spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern
Verteidigung und Digitalisierung nach Einkommensgruppen

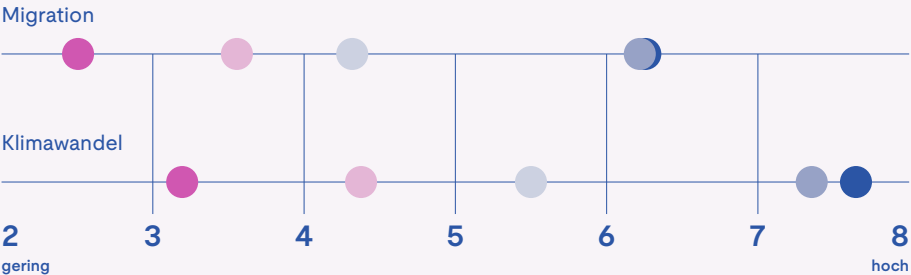


Äquivalenzeinkommen:

- unter 1.000 Euro
- 1.000 bis 2.000 Euro
- 2.001 bis 3.000 Euro
- 3.001 bis 4.000 Euro
- 4.001 bis 6.000 Euro
- über 6.000 Euro

Abb. 21

Spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikbereichen
Migration und Klima nach politischer Selbstverortung



- sehr links
- links
- mitte
- rechts
- sehr rechts

Zur besseren Lesbarkeit der Abbildungen wird der Wertebereich der X-Achse nur ausschnittsweise abgebildet. Die spezifische Veränderungsbereitschaft kann Werte im Bereich von 0 (gering) bis 10 (hoch) einnehmen. Abgetragen sind jeweils die arithmetischen Mittelwerte. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

3.6

Veränderungsbereitschaft in struktur- starken und -schwachen Regionen: Ergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie

Im Folgenden werden die allgemeine Veränderungsbereitschaft sowie die spezifische Veränderungs- und Zumutungsbereitschaft in den Politikfeldern auf mögliche Unterschiede zwischen prosperierenden und weniger prosperierenden Regionen in Ost- und Westdeutschland hin untersucht. Grundlage hierfür ist die regionale Vertiefungsstudie (↗ Kap. 2.2).

In Bezug auf die allgemeine Veränderungsbereitschaft zeigt sich ein differenzierteres Bild. Wie gezeigt (↗ Kap. 3.2), unterscheidet sich die Verbreitung der Transformationstypen kaum zwischen Ost- und Westdeutschland. Allerdings treten innerhalb Ostdeutschlands deutliche Unterschiede zwischen prosperierenden und nicht-prosperierenden Räumen zutage: In den strukturstarken Kreisen liegt der Anteil der »Transformationsbefürworter« (Typ 1) bei 10 Prozent – und damit 6 Prozentpunkte höher als in strukturschwachen Regionen, wo dies nur 4 Prozent der Befragten sind. Umgekehrt sind in dem strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands die »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) überproportional vertreten. Mit einem Anteil von 25 Prozent stellen sie dort sogar die zweitgrößte Gruppe. Damit liegt der Anteil deutlich über jenem in den prosperierenden ostdeutschen Kreisen (17 Prozent). Im Westen finden sich solche Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen hingegen nicht. Die Verteilung der Typen ähnelt dort durchweg dem Muster prosperierender ostdeutscher Regionen (↗ Abb. 22).³⁹

Eine mögliche Erklärung für die Unterschiede in Ostdeutschland könnte darin liegen, dass die Bevölkerung in strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland diese häufig als Verliererregionen der Transformation nach dem Systemumbruch verstehen (vgl. Brachert et al. 2020, 9 f.) und sich als »abgehängt« wahrnehmen (vgl. u. a. Hebens-treit et al. 2024). Dies spiegelt sich auch in der Bilanzierung der Wiedervereinigung wider (↗ Kap. 5.3).

Dieses Muster zeigt sich auch für die spezifische Veränderungsbereitschaft in nahezu allen Politikfeldern (↗ Abb. 23 + Abb. 24). Eine Ausnahme bildet lediglich das Politikfeld des wirtschaftlichen Strukturwandels, in dem sich dieser Unterschied nicht feststellen lässt. In Westdeutschland wirkt sich eine geringe Prosperität einer Region hingegen, wie auch bei der allgemeinen Veränderungsbereitschaft, nicht in gleicher Weise auf die spezifische Veränderungsbereitschaft aus.

³⁹ Dieses Muster, dass es einerseits in Ostdeutschland systematische Unterschiede zwischen strukturstarken und -schwachen Kreisen gibt und andererseits keine zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen in Westdeutschland, zeigt sich, u. a. auch in Bezug auf die Einstellungen zur Demokratie und ihren Akteuren (↗ Kap. 4.1.4) oder bei populistischen und diktaturaffinen Einstellungen (↗ Kap. 4.2 + Kap. 4.3).

Nur in den Politikfeldern Klima und Digitalisierung ist auch in westdeutschen strukturschwachen Kreisen eine signifikant geringere Veränderungsbereitschaft als in prosperierenden Regionen feststellbar, wobei dieser Unterschied insgesamt deutlich schwächer als in strukturschwachen ostdeutschen Regionen ausfällt.⁴⁰

Im Politikfeld Verteidigung zeigt sich eine »spezifisch ostdeutsche« Veränderungsskepsis, die in Regionen hoher und niedriger Prosperität signifikant stärker verbreitet ist als in den westdeutschen Vergleichsregionen. Die Veränderungsskepsis ist hierbei jedoch in strukturschwachen Regionen nochmals signifikant stärker ausgeprägt, was sich unter anderem durch den dort höheren Anteil an Ostsozialisierten – also Personen, die in der ehemaligen DDR oder Ostdeutschland aufgewachsen sind – erklären lässt. Dies schließt an bisherige Erkenntnisse aus der Forschung an, die darauf hinweisen, dass Menschen in Ostdeutschland skeptischer gegenüber aktiver Außenpolitik und dem Einsatz militärischer Mittel eingestellt sind (vgl. Steinbrecher 2022), so dass dies für Sozialisationseffekte spricht.

Welche Faktoren erklären die geringere Veränderungs- und Zumutungsbereitschaft in ostdeutschen strukturschwachen Regionen? Die Analysen der regionalen Vertiefungsstudie zeigen,⁴¹ dass sozialstrukturelle Merkmale allein das konsistente Muster geringerer Bereitschaft, politische und gesellschaftliche Veränderungen mitzutragen, nicht hinreichend erklären können. Die geringere Veränderungsbereitschaft insbesondere in den weniger prosperierenden Regionen Ostdeutschlands ist also kaum auf Kompositionseffekte zurückzuführen. Der regionale Unterschied lässt sich vielmehr vor allem durch sozialpsychologische und erfahrungsbezogene Faktoren begründen, die hemmend auf die Veränderungsbereitschaft wirken.

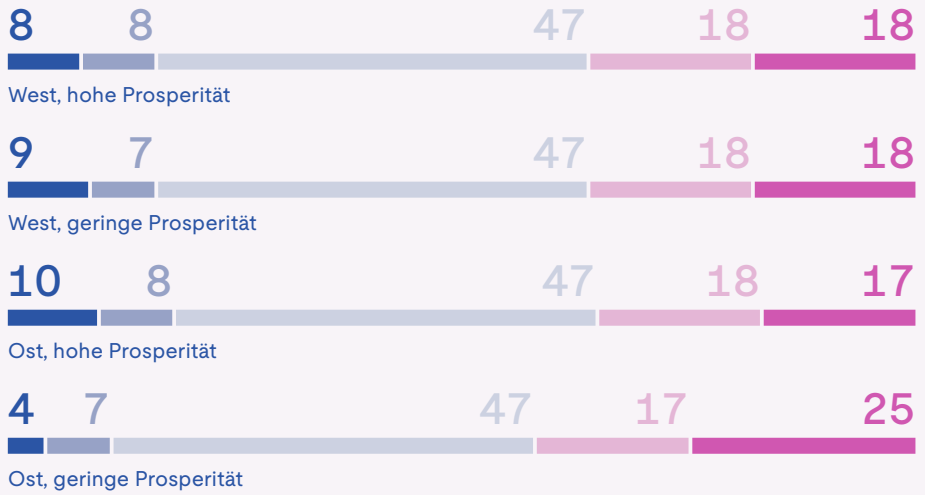
In nahezu allen Politikfeldern zeigen sich negative persönliche Transformationserfahrungen als wesentlicher Hemmfaktor. Solche Erfahrungen sind in den ostdeutschen strukturschwachen Regionen überdurchschnittlich verbreitet. Dort gibt mit 52 Prozent die Mehrheit der Befragten an, dass die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen 10 Jahre für sie persönlich (eher) nachteilig waren (↗ Kap. 3.3.2 + Kap. 5.3). Dies schließt an bisherige Befunde an, dass negative Veränderungsbilanzen mit Sorgen über künftige Transformationen einhergehen (vgl. Lettrari 2019; Mau 2024; Ragnitz 2025).

40 Zudem lässt sich feststellen, dass die geringere Veränderungsbereitschaft in westdeutschen strukturschwachen Regionen durch Bildung, Altersstruktur und die politische Rechts-Links-Verortung der Befragten erklärt werden kann. Somit kann wenigstens in Teilen von einem Kompositionseffekt gesprochen werden. Von einem Kompositionseffekt wird gesprochen, wenn sich regionale Unterschiede bei bestimmten Merkmalen (hier: politischen Einstellungen zu Veränderungen) auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung – etwa nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund oder Bildungsstand – zurückführen lassen.

41 Um die zugrunde liegenden Ursachen der regionalen Unterschiede zu identifizieren, wurde ein iteratives Regressionsverfahren eingesetzt, das schrittweise relevante erklärende Variablen einbezieht und deren Einfluss auf die Veränderungsbereitschaft in den jeweiligen Politikfeldern überprüft. Dabei wurden neben soziostrukturellen Faktoren (Alter, Geschlecht, Haushaltsäquivalenzeinkommen, Bildungsstand) und politischen Faktoren (Rechts-Links-Selbstverortung) folgende Einflussfaktoren in den statistischen Modellen berücksichtigt: die allgemeine Transformationsbereitschaft (↗ Kap. 3.1), die Einschätzung der persönlichen sowie gesamtdeutschen wirtschaftlichen Situation, »Gefühle des Abgehängtseins«, Wahrnehmung eines persönlichen bzw. eines gesellschaftlichen Kontrollverlusts, Deprivationsgefühle, Statusverlustangst, Werteorientierungen (Tradition, Sicherheit, Konformität) sowie persönliche und gesellschaftliche Transformationserfahrungen.

Abb. 22

Verteilung der Transformationstypen nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)



- Transformationsbefürworter (Typ 1)
- Transformationsoffene (Typ 2)
- Transformationsambivalente (Typ 3)
- Transformationskritiker (Typ 4)
- Bewahrungsorientierte (Typ 5)

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,05$ signifikant.

Abb. 23
Spezifische Veränderungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie

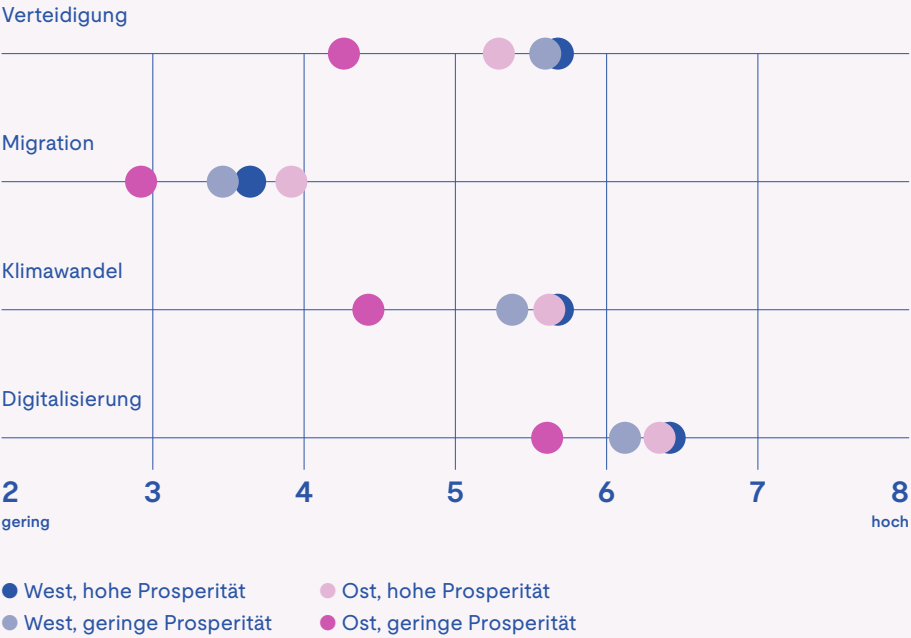
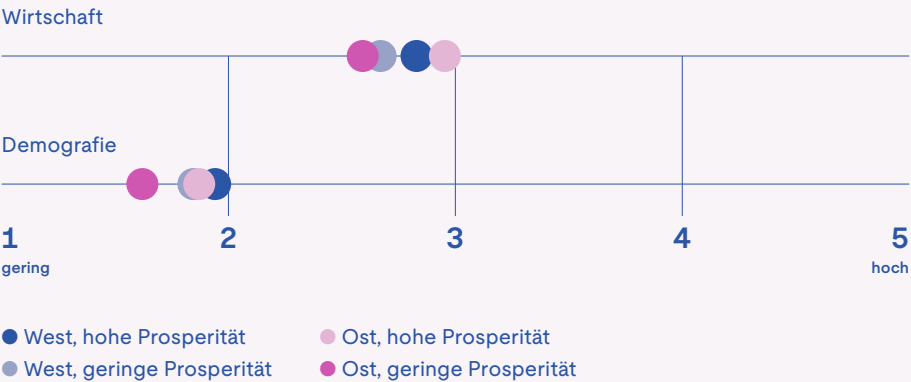


Abb. 24
Zumutungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern nach Prosperität



Zur besseren Lesbarkeit der Abbildungen wird der Wertebereich der X-Achse nur ausschnittsweise abgebildet. Die spezifische Veränderungsbereitschaft kann Werte im Bereich von 0 (gering) bis 10 (hoch) einnehmen. Abgetragen sind jeweils die arithmetischen Mittelwerte. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Darüber hinaus kann die geringe Veränderungsbereitschaft in strukturschwachen ostdeutschen Regionen mit dem dort weiter verbreiteten Gefühl einer kollektiven Benachteiligung der eigenen Region (»Gefühl des Abgehängtseins«) (↗ Kap. 4.1.7) erklärt werden. Menschen aus strukturschwachen Regionen fühlen sich häufiger politisch und gesellschaftlich übergangen. Dabei spielen neben Verteilungsfragen auch Teilhabechancen eine Rolle (vgl. Fröhlich et al. 2022). Wer das Gefühl hat, von politischen Entscheidungsprozessen, Wohlstandszuwächsen und kultureller Repräsentation ausgeschlossen zu sein, erlebt gesellschaftliche Veränderungen häufig als zusätzliche Bedrohung oder Belastung. Bemerkenswert ist, dass die Ergebnisse auch zeigen, dass das »Gefühl des Abgehängtseins« im Politikfeld Digitalisierung einen leicht positiven Einfluss auf die Veränderungsbereitschaft hat. Dies deutet darauf hin, dass wahrgenommene politische Vernachlässigung das Bedürfnis nach Digitalisierung in der Region stärkt bzw. auch umgekehrt eine wahrgenommene ausbleibende Digitalisierung ein »Gefühl des Abgehängtseins« befördert (vgl. auch Hebenstreit et al. 2024, 93).

Die in ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität stärker verbreiteten populistischen Einstellungen (↗ Kap. 4.2) hängen verstärkt mit einer geringeren Veränderungsbereitschaft in den einzelnen Politikfeldern zusammen. Populisten knüpfen an bestehende Ängste vor Veränderungen an, verstärken diese und schüren Misstrauen gegenüber politischen Eliten. Die hier untersuchten Transformationsprozesse betreffen Politikfelder wie Migration, Klima und Verteidigung, die in populistischen Diskursen eine bedeutende Rolle einnehmen. Zudem gehen sie in der Regel mit einer Reihe staatlicher Steuerungsmaßnahmen einher. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Menschen, die populistischen Deutungsmustern folgen, skeptisch gegenüber politischen Veränderungen sind, die von eben diesen Eliten initiiert oder in die Tat umgesetzt werden.

Die geringere Veränderungs- und Zumutungsbereitschaft in ostdeutschen strukturschwachen Regionen kann somit als Ausdruck eines spezifischen Erfahrungs- und Wahrnehmungshintergrunds verstanden werden, der von der eigenen und kollektiven Erfahrung sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung geprägt ist (↗ Kap. 3.3.6).

3.7

Gelingens- und Akzeptanzbedingungen für gesellschaftliche Veränderungen

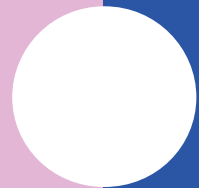
Ein zentraler Fokus des diesjährigen Themenschwerpunkts liegt darauf, die Bedingungen für das Gelingen und die gesellschaftliche Akzeptanz von Veränderungen zu untersuchen. Die Analysen zu den verschiedenen Politikfeldern (↗ Kap. 3.4) verweisen auf wichtige politikfeld- und zielgruppenspezifische Maßnahmen, die die Bereitschaft erhöhen können, gesellschaftliche Veränderungsprozesse mitzutragen. Dazu gehören etwa altersgerechte (Unterstützungs-)Angebote und analoge Alternativen im Bereich der Digitalisierung, eine frühzeitige Öffnung des Arbeitsmarkts für Zugewanderte bei gleichzeitig wirksamer Steuerung von Migration oder die gezielte Förderung ökologisch nachhaltiger Energieträger und Verkehrsmittel.

Die vielfältigen und je nach gesellschaftlichem Bereich unterschiedlichen Aspekte verweisen darauf, dass es kein »one-size-fits-all«-Modell zur Herstellung von allgemeiner Veränderungsbereitschaft und -akzeptanz gibt. Dennoch zeigen sich politikfeldübergreifend insbesondere zwei grundlegende Dimensionen mit Einfluss auf die Veränderungsbereitschaft und -akzeptanz:

Erstens ist die Output- bzw. Leistungsdimension, also das Ergebnis der Veränderungsprozesse und die ergriffenen politischen Maßnahmen, relevant. Bereitschaft zur Veränderung wird also dann zum Ausdruck gebracht, wenn mit den Veränderungen und Maßnahmen der eigenen politischen Präferenz entsprochen wird. Allerdings sind sämtliche Politikfelder von gleich mehreren inhaltlichen Spannungsfeldern durchzogen, so dass dies nur bedingt möglich ist (→ Kap. 3.4 + Kap. 3.5.1). Unabhängig von den jeweiligen politischen Präferenzen zeigt sich in dieser Output-Dimension jedoch auch ein grundsätzlicher Wunsch nach wirksamer politischer Steuerung: Herausforderungen sollen also aktiv von staatlicher Seite adressiert und auch gelöst werden. Hierin kann – wie die Fokusgruppendifkussionen zeigen –, in bestimmten Bevölkerungsgruppen auch ein Schlüssel dafür liegen, verloren gegangenes Vertrauen in demokratische Institutionen wiederzugewinnen (→ Kap. 4.1.2). Dabei sollte einerseits nicht der Eindruck zögerlichen Handelns entstehen, andererseits möchten die Bürgerinnen und Bürger auch nicht das Gefühl bekommen, durch rigide Top-Down-Prozesse in ihren Interessen unberücksichtigt zu bleiben. Als zentrales Leitmotiv erweist sich in nahezu allen Politikfeldern der Aspekt der Sicherheit, sei es eine sichere Rente, Energiesicherheit, Datensicherheit, innere Sicherheit in Bezug auf Migration oder die physische Sicherheit im Bereich der Verteidigungspolitik. Akzeptiert wird Veränderung zudem, wenn für alle gesellschaftlichen Gruppen eine faire und gerechte Lastenverteilung gefunden werden kann, die sowohl Bedürfnisse als auch erbrachte Leistungen berücksichtigt und gerecht ausbalanciert. Schließlich sollten Veränderungen bestenfalls mit unbürokratischen Lösungen beziehungsweise mit einem Abbau bestehender bürokratischer Regularien einhergehen. Ebenfalls auf der Output-Ebene angesiedelt ist der Befund, dass die Bürgerinnen und Bürger Veränderungen – auch in den eigenen Lebensgewohnheiten – v. a. dann akzeptieren, wenn sie dadurch ein Gefühl der individuellen und auch kollektiven Selbstwirksamkeit erlangen, also die »Früchte« des eigenen Handelns spürbar erleben.

Zweitens ist neben dem Output für die Bürgerinnen und Bürger die Prozess-Dimension bedeutsam. In dieser wird deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger sowohl im Willensbildungs- als auch Gesetzgebungsprozess die Chance der Mitgestaltung und insofern eine Einbindung in die politischen Entscheidungsprozesse fordern (vgl. auch Fröhlich et al. 2022, 28; Renn 2024). Veränderungsbereitschaft wird zudem prozedural durch transparente Prozesse sowie die Erklärung von politischen Richtungsentscheidungen – inklusive der transparenten Kommunikation von Notwendigkeiten, Zielen sowie Vor- und Nachteilen – erhöht. Herausfordernd wird es sein, diese anspruchsvollen prozessleitenden Aspekte mit dem Wunsch nach einem effizienten und handlungsfähigen Staat (»Output-Dimension«) zu verbinden. Die Ergebnisse der Fokusgruppendifkussionen und der offenen Fragen verdeutlichen, dass von Politikerinnen und Politikern in Zeiten grundlegenden Wandels insbesondere Glaubwürdigkeit, Integrität und Berechenbarkeit sowie eine stetige Rückkopplung an die Sorgen, Wünsche und Interessen der Bevölkerung erwartet wird (→ Kap. 4.1.2 + Kap. 4.1.3).

4



Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus

4.0

Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus

Die jährliche Untersuchung der Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System der Bundesrepublik und dessen zugrundeliegenden Prinzipien und seinen Akteuren ist eine zentrale Aufgabe des Deutschland-Monitors. Neben der Verbreitung und Entwicklung demokratischer Einstellungen fokussiert der Deutschland-Monitor dabei auch auf aktuelle Herausforderungen der Demokratie sowie demokratiegefährdende Einstellungen. Aufbauend auf die empirische politische Kulturforschung (vgl. Almond & Verba 1963; Easton 1965) werden im Folgenden zunächst die Einstellungen zur Demokratie und zum politischen System mit seinen Akteuren ([Kap. 4.1](#)) dargelegt, bevor populistische Einstellungen ([Kap. 4.2](#)) und Einstellungen zu einer autoritären Staatsführung ([Kap. 4.3](#)) vertieft analysiert werden.

4.1

Einstellungen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und zur Rückkopplung innerhalb des politischen Systems

Demokratische politische Systeme bedürfen der zentralen Annahme der politischen Kulturforschung folgend eines Mindestmaßes an politischer Unterstützung durch ihre Mitglieder, um stabil zu bestehen (vgl. Easton 1965; Claassen 2020). Dabei wird zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung unterschieden. Die diffuse Unterstützung bezieht sich auf die prinzipielle und langfristig angelegte Anerkennung der politischen Ordnung und ihrer grundlegenden Werten und Prinzipien, das heißt der Demokratie als Regierungsform. Die spezifische Unterstützung ist hingegen stärker leistungs- und outputorientiert und bezieht sich auf die Bewertung politischer Akteure, ihres Handelns, der erzielten politischen Ergebnisse und der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Easton 1975). Daher unterliegt diese spezifische Unterstützung in der Regel kurzfristigeren Schwankungen. Eine langanhaltende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie kann sich auf die diffuse Systemunterstützung auswirken, etwa wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl bekommen, die (liberale) Demokratie sei nicht geeignet, ihre Wünsche und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Neuere Ansätze verstehen spezifische und diffuse Systemunterstützung als Extrempole eines Kontinuums (vgl. Norris 2011; Zmerli 2016, 261; Seyd 2024, 50).

Im Anschluss daran wird im Deutschland-Monitor die Unterstützung des politischen Systems auf Basis der Einstellungen zur Demokratie (↗ Kap. 4.1.1), des Vertrauens in politische Institutionen (↗ Kap. 4.1.2) sowie der wahrgenommenen Rückkopplung der Politikerinnen und Politiker an die Wünsche der Bevölkerung (↗ Kap. 4.1.3) untersucht. Diese werden sodann in der Zusammenschau als Einstellungssyndrom (↗ Kap. 4.1.4) beleuchtet, und es wird untersucht, welche individuellen (↗ Kap. 4.1.5) und regionalen (↗ Kap. 4.1.7) Faktoren mit der politischen Unterstützung zusammenhängen. Dabei werden auch die Zusammenhänge zwischen der allgemeinen Veränderungsbereitschaft und den Einstellungen zur Demokratie und ihren Akteuren beleuchtet (↗ Kap. 4.1.6).

4.1.1

Einstellungen zur Demokratie

Bei den Einstellungen zur Demokratie werden 3 Dimensionen untersucht: die Werte-, die Ordnungs- und die Performanzdimension (vgl. Norris 2011, 58 ff.). In der Werte-dimension drückt sich die Unterstützung der Demokratie als Staatsform im Allgemeinen aus, losgelöst von ihrer konkreten Ausgestaltung.⁴² Zur Messung dieser Dimension werden die Befragten im Deutschland-Monitor gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung zur »Idee der Demokratie« auf einer vierstufigen Antwortskala auszudrücken. Die Ordnungsdimension bezieht sich auf die Unterstützung der Verfassungsordnung des Grundgesetzes als parlamentarisch-repräsentatives, föderales, sozial- und rechtsstaatliches System. Die dritte Dimension, jene der Leistungsfähigkeit (Performanz) hebt auf das konkrete Funktionieren der Demokratie in der Wahrnehmung der Bevölkerung ab.

Die Untersuchung zeigt in Übereinstimmung mit anderen Analysen große Bewertungsunterschiede zwischen den Demokratiedimensionen (↗ Abb. 25). Die Unterstützung der Demokratie als Staatsform ist in Deutschland ungebrochen hoch: Weniger als 2 Prozent positionieren sich explizit gegen die Demokratie. Dabei äußern sich knapp drei Viertel (74 Prozent) »entschieden für die Demokratie«, ein weiteres Viertel (24 Prozent) bringt mit der Antwortoption »eher für die Demokratie« Unterstützung mit Vorbehalten zum Ausdruck. Die Zahlen entsprechen weitgehend denen der Vorjahre. Dabei setzt sich der Trend fort, dass der Anteil derjenigen, die sich »eher« für die Demokratie aussprechen, in Ostdeutschland etwas höher liegt als in Westdeutschland. Ausdrücklich ablehnende Positionen zur Idee der Demokratie finden sich in beiden Landesteilen, wie in früheren Befragungen des Deutschland-Monitors, nur sehr vereinzelt (unter 3 Prozent).⁴³

⁴² Obwohl es unzählige unterschiedliche Konzepte einer demokratischen Herrschaft gibt, ist die konkrete Ausgestaltung in der ersten Dimension bewusst offengelassen, da hier die Unterstützung der Demokratie als abstrakte Staatsidee gegenüber anderen Staatsformen von Interesse ist.

⁴³ Die hohe Unterstützung der Demokratie als Staatsform wird ferner dadurch bekräftigt, dass auch die Aussage, dass »die Demokratie [...] das politische System [ist], das am besten zu unserer Gesellschaft passt«, von 93 Prozent der Befragten unterstützt wird.

Auch die bundesdeutsche Verfassungsordnung genießt bei der Mehrheit der Bevölkerung hohes Ansehen. Bundesweit äußern sich 80 Prozent der Befragten eher zufrieden oder sehr zufrieden mit der »politischen Ordnung, so wie sie in der Verfassung festgelegt ist«. Nur jede/r Fünfte ist unzufrieden, wobei 5 Prozent sehr unzufrieden mit dem Grundgesetz sind. Dabei ist die Bevölkerung in Westdeutschland zufriedener mit der Verfassungsordnung als jene in Ostdeutschland. Die Differenz zwischen beiden Landesteilen beträgt 11 Prozentpunkte. Wie die Unterstützung der Idee der Demokratie, bleibt auch die Unterstützung der Verfassungsordnung seit den erstmals 2023 erhobenen Daten des Deutschland-Monitors auf einem nahezu unveränderten Niveau (→ Abb. 26).⁴⁴

Das tatsächliche Funktionieren der Demokratie als Form der spezifischen Unterstützung wird in der Regel skeptischer beurteilt als die abstrakte Vorstellung der Demokratieidee oder die Verfassungsordnung, die stärker auf die diffuse Unterstützung abzielen (vgl. Fuchs & Roller 2018). So ist es dem demokratischen System inhärent, dass an seiner Performanz legitimerweise Kritik geübt wird, da solche Kritik als treibende Kraft für demokratische Reformen gilt (vgl. Niedermayer 2009, 396). Bundesweit sind gegenwärtig immerhin 3 von 5 Personen (60 Prozent) mit dem Funktionieren der Demokratie »eher« oder »voll und ganz zufrieden« – wobei allerdings nur 7 Prozent voll und ganz zufrieden sind. Demgegenüber äußern 40 Prozent Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis in Deutschland. Übereinstimmend mit dem Forschungsstand zur politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland wird das Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland skeptischer beurteilt als in Westdeutschland (vgl. u. a. Tausendpfund 2018; Holtmann 2020; Pickel & Pickel 2023). Allerdings zeigt sich in Ostdeutschland gegenüber dem Erhebungsjahr 2023 eine deutlich höhere Zufriedenheit (+8 Prozentpunkte) (→ Abb. 26). Spätere Erhebungen werden zeigen, ob und inwieweit sich hier ein Trend zu einer höheren Zufriedenheit in Ostdeutschland bzw. zu einer konvergierenden Zufriedenheit in beiden Landesteilen fortsetzt.⁴⁵ Während die regionalen Unterschiede bei der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland (gemessen anhand des gegenwärtigen Wohnortes) 11 Prozentpunkte betragen, fallen sie mit 15 Prozentpunkten etwas größer aus, wenn anhand der Region der Sozialisation, also dem Ort, an dem die Befragten überwiegend ihre Jugend verbrachten, unterschieden wird.

Angelehnt an Niedermayer (2009) und in Fortschreibung der vorausgegangenen Deutschland-Monitore lassen sich aus den oben abgebildeten Einstellungen zur Demokratie 4 Typen demokratischer Orientierung bilden (→ Tab. 4 + Abb. 27): »Zufriedene Demokraten« unterstützen die Idee der Demokratie und zeigen sich gleichzeitig zufrieden mit der Verfassungsordnung und dem Funktionieren der Demokratie.

⁴⁴ Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass geringfügige Abweichungen von 3 Prozentpunkten oder weniger statistischem Zufall folgen. Das betrifft insbesondere den Vergleich zum Erhebungsjahr 2024, für welches wegen eines variierten Fragebogens die Demokratie-Fragen nur in verminderter Fallzahl vergleichbar vorliegen.

⁴⁵ Es ist z. B. auch denkbar, dass die niedrigeren Zustimmungswerte im Jahr 2023 noch durch die Coronapandemie geprägt sind und seitdem eine gewisse »Normalisierung« der Zufriedenheitswerte eintritt.

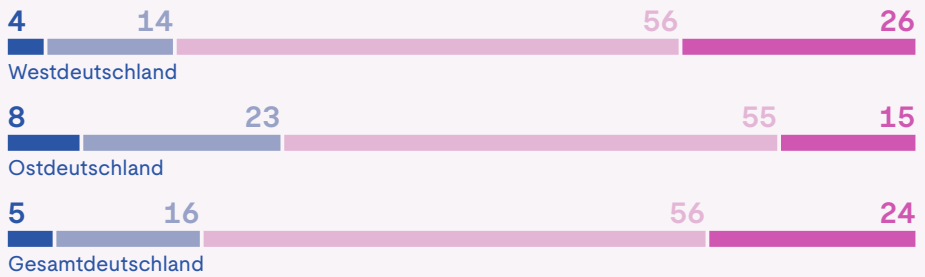
Abb. 25

Einstellungen zur Demokratie in Ost-, West- und
Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)

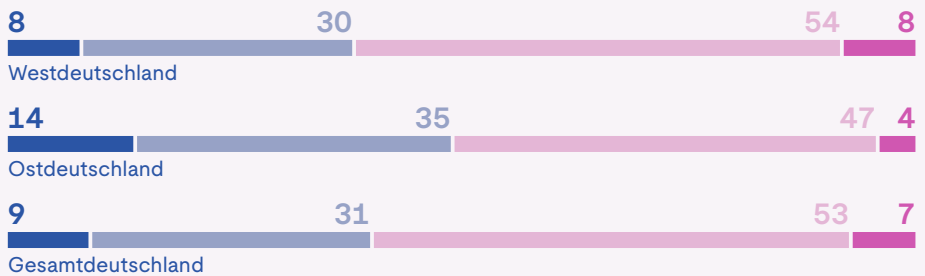
Demokratieidee



Verfassungsordnung



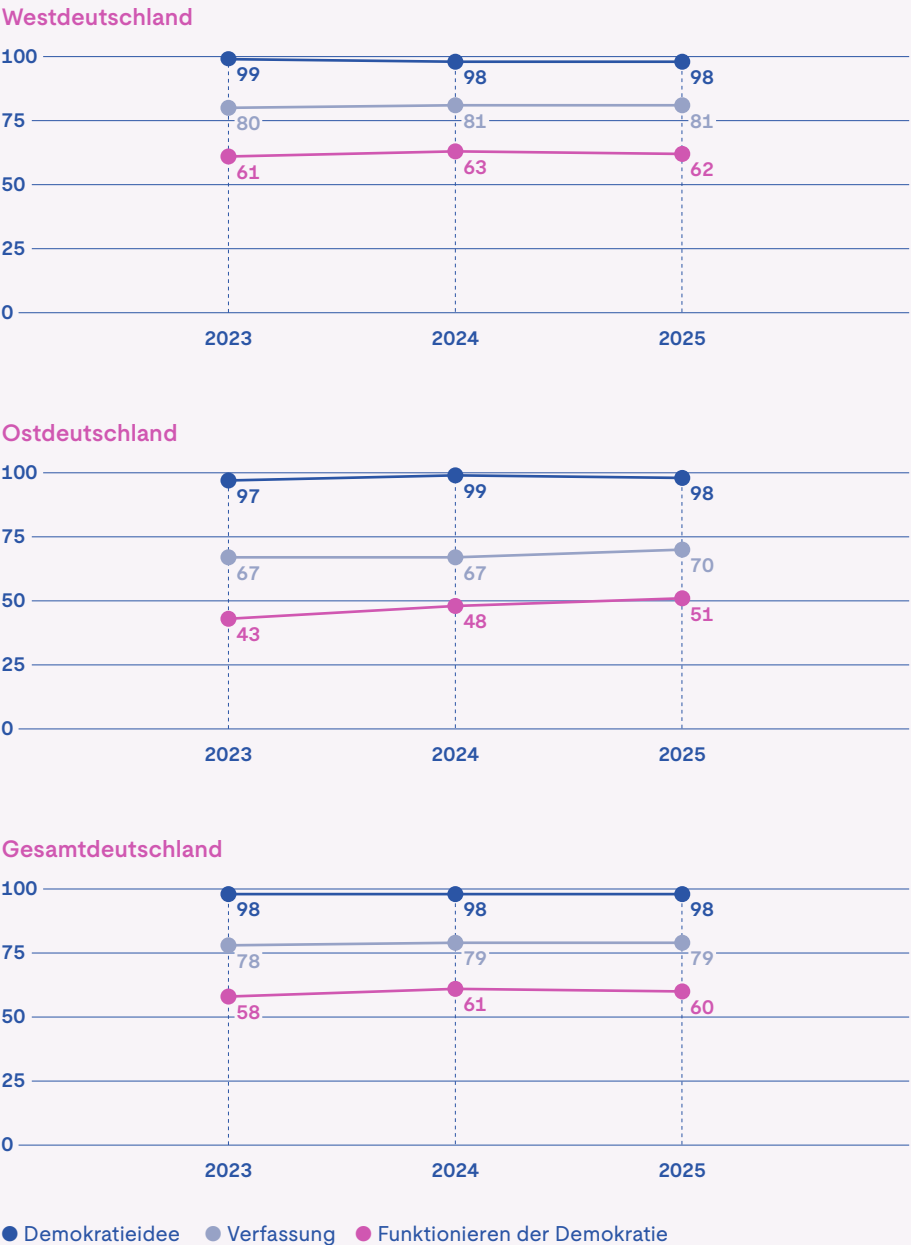
Funktionieren der Demokratie



- sehr unzufrieden
- eher unzufrieden
- eher zufrieden
- sehr zufrieden

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Die Antwortkategorien zur Demokratieidee lauteten »entschieden für Demokratie«, »eher für Demokratie«, »eher gegen Demokratie« und »entschieden gegen Demokratie«. Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 26
Zustimmung zu 3 Demokratie-Dimensionen 2023–2025
 (Angaben in Prozent)



Abgebildet sind jeweils die kumulierten Werte für »eher zufrieden« und »sehr zufrieden« bzw. »eher für Demokratie« und »entschieden für Demokratie«.

Diesem Typ lassen sich bundesweit 60 Prozent zuordnen. In Ostdeutschland sind es mit 51 Prozent knapp die Hälfte. »Politikkritische Demokraten« sind mit der Werte- und Ordnungsdimension einverstanden, aber mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande unzufrieden. Bundesweit sind dies 22 Prozent. »Systemkritische Demokraten« hingegen stimmen zwar der Idee der Demokratie zu, sind aber sowohl mit der Verfassungsordnung als auch dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Der Anteil systemkritischer Demokraten in der Bevölkerung beträgt 17 Prozent, ist aber in Ostdeutschland (26 Prozent) deutlich größer als in Westdeutschland (15 Prozent). Erwähnenswert ist, dass sich Personen, die diesem Typus zuzurechnen sind, deutlich häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt für mehr direkte Demokratie in Deutschland aussprechen (66 Prozent vs. 42 Prozent) und auch häufiger populistische Einstellungen aufweisen (↗ Kap. 4.2).

Wer alle 3 Dimensionen ablehnend beurteilt, gilt der Typologie zufolge als »Antidemokrat«. Nur ein marginaler Anteil von einem Prozent bundesweit nimmt eine konsistent antidemokratische Position ein. Bei der Interpretation dieses Wertes gilt es zu beachten, dass die bloße Zustimmung zur Idee der Demokratie nicht notwendigerweise die Zustimmung zu den Kernelementen einer modernen demokratischen Ordnung (etwa Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Minderheitenschutz) bedeutet (vgl. Claassen et al. 2025) (↗ Kap. 4.3).⁴⁶

Die Verbreitung der Demokratietypen nach Parteianhängerschaften eröffnet einen ersten Einblick, in welchen politischen Milieus verstärkte Unzufriedenheit mit der Verfassungsordnung und dem Funktionieren der Demokratie auftritt (↗ Kap. 4.1.5. + Abb. 28). Hierbei zeigt sich ein Muster, das sich mit der Vorjahreserhebung deckt: Die Anhängerschaften von AfD und BSW äußern sich am seltensten zufrieden mit der Verfassungsordnung oder dem Funktionieren der Demokratie. Dies ist nicht überraschend, da diese Parteien als populistisch (bzw. im Falle der AfD in weiten Teilen extremistisch) gelten, womit auch eine Skepsis gegenüber dem repräsentativ-demokratischen System und seinen Akteuren einhergeht (vgl. Lewandowsky 2025; Wurthmann & Decker 2025; Lemp et al. 2025, 166 f.; Bundesministerium des Innern 2025, 101 ff.) (↗ Kap. 4.2). Der Anteil »zufriedener Demokraten« beträgt bei den Anhängerinnen und Anhängern dieser Parteien nur 10 (AfD) bzw. 22 Prozent (BSW). Mehr als die Hälfte der AfD-Anhängerschaft kann auf Basis der in Tab. 4 dargelegten Kriterien den »systemkritischen Demokraten« zugeordnet werden.

⁴⁶ Ein weit verbreiteter Einwand ist hierzu zudem, dass die Zustimmung zur Idee der Demokratie durch Effekte der sozialen Erwünschtheit beeinflusst wird und demzufolge in Umfragen zu hoch eingeschätzt wird. So wird etwa dem Begriff der Demokratie eine »affektiv-positive Ladung« unterstellt (Uppendahl 1981, 123). Eine jüngere Studie konnte hierfür allerdings keine Evidenz finden (vgl. Magalhães & Aarslew 2025).

Bei den Anhängerinnen und Anhängern der anderen größeren Parteien ist die Zufriedenheit mit der verfassungsmäßigen Ordnung und dem Funktionieren der Demokratie deutlich weiter verbreitet. Auch bei Personen, die der Partei Die Linke nahestehen, deren Rolle im Parteiensystem als ambivalent zwischen systemtragend und systemoppositionell eingeordnet wird (vgl. Lempp et al. 2025, 140), liegt der Anteil »zufriedener Demokraten« mit 63 Prozent geringfügig über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die größte Zufriedenheit mit der Performanz und zugleich die geringste Skepsis gegenüber der politischen Ordnung des politischen Systems findet sich, wie in den Vorjahren, bei den Anhängerschaften der Grünen und der SPD, gefolgt von den Anhängerinnen und Anhängern der Unionsparteien (vgl. auch Hebenstreit et al. 2025, 103).

Somit weisen die Daten des Deutschland-Monitors für die Jahre 2023 bis 2025 eine bundesweit stagnierende und in Ostdeutschland sogar zunehmende Demokratiezufriedenheit aus (s. o.). Insgesamt ziehen die Befragten im Erhebungsjahr 2025 jedoch mehrheitlich eine negative Bilanz der mittel- bis langfristigen Entwicklung der Demokratie hierzulande. So wurde um eine Einschätzung gebeten, wie sich die Demokratie in den letzten 10 Jahren in Deutschland entwickelt habe. Demnach sind 7 von 10 Personen (71 Prozent) der Meinung, dass sich die Demokratie eher zum Schlechten entwickelt habe. Nur 13 Prozent sehen eine positive Entwicklung. Selbst unter denjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie (wenigstens eher) zufrieden sind, teilt mehr als die Hälfte (57 Prozent) die Auffassung, dass das Funktionieren der Demokratie in der letzten Dekade gelitten hat (vgl. für ähnliche Ergebnisse auch: Best et al. 2023, 19).

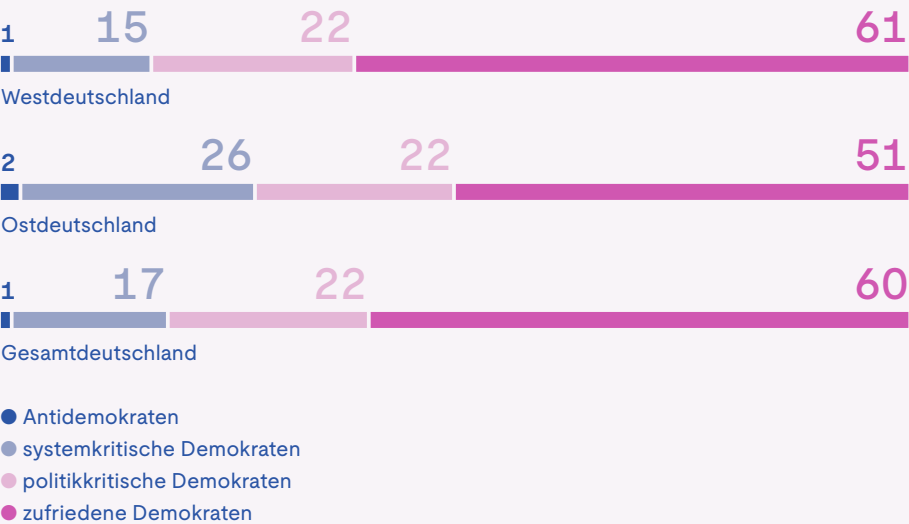
Eine mehrheitlich pessimistische Sicht auf die Entwicklung der Demokratie wird in allen Bevölkerungsschichten, unabhängig von der soziodemografischen, sozioökonomischen und politischen Gruppenzugehörigkeit, geteilt. Diese ist jedoch tendenziell bei jenen höher, die mit dem Funktionieren des politischen Systems unzufrieden sind. Die Fokusgruppendifkussionen verdeutlichen, dass die pessimistische Bewertung der demokratischen Entwicklung auf sehr unterschiedlichen Sichtweisen beruht. Während einige unter anderem den Ausschluss der AfD aus Mehrheitsbildungsprozessen als problematisch erachten, sehen andere gerade im Aufstieg (rechts)populistischer Kräfte wie der AfD ein Zeichen demokratischer Erosion (vgl. INFO 2025, 87 f.).

Tab. 4
Typologie demokratischer Orientierungen

	Anti-demokraten	systemkritische Demokraten	politikkritische Demokraten	zufriedene Demokraten
Orientierung gegenüber der ...				
Idee	-	+	+	+
Verfassung	-	-	+	+
Funktion	-	-	-	+

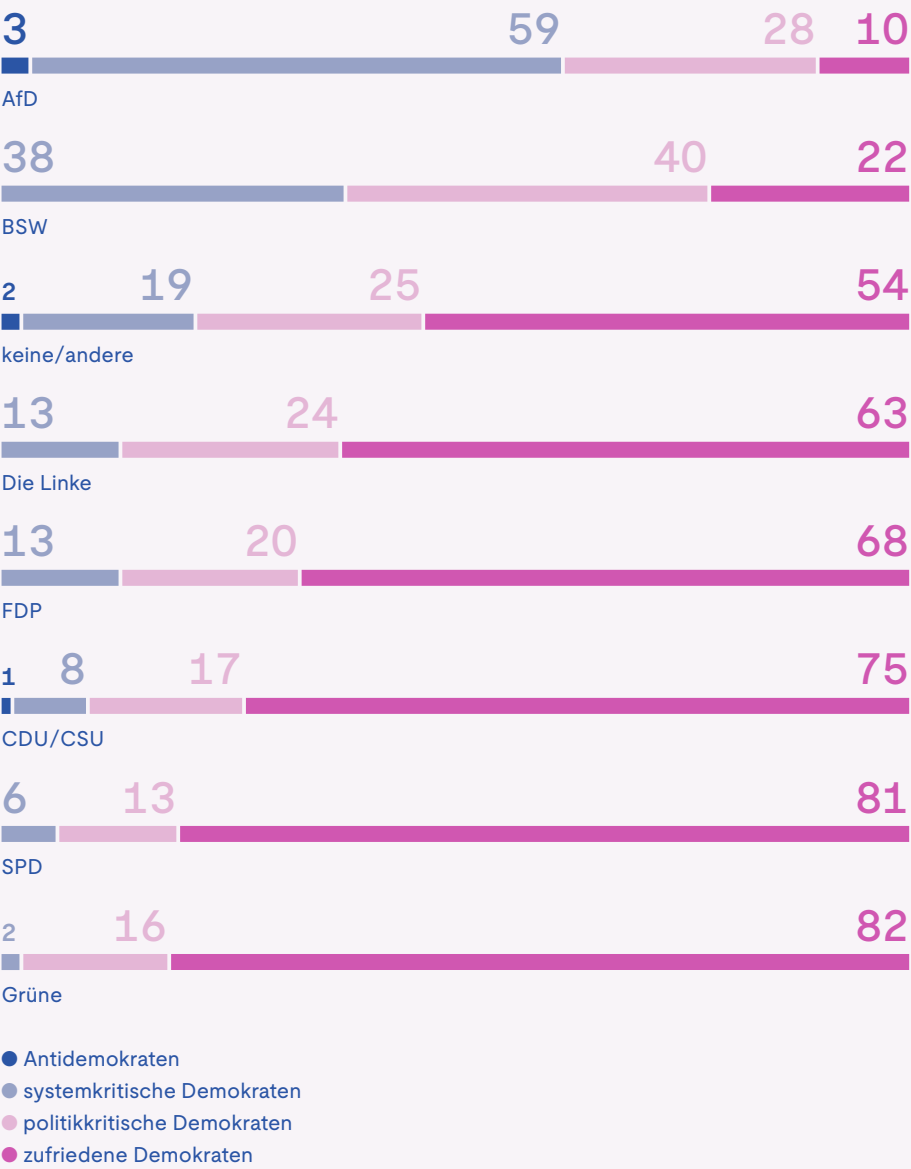
Angelehnt an Niedermayer 2009, 394 und Hebenstreit et al. 2024, 152.

Abb. 27
Typen demokratischer Orientierung in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Befragte, die sich gemäß Tab. 4 nicht eindeutig zuordnen lassen, wurden aus der vorliegenden Abbildung ausgeschlossen. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtstichprobe beträgt 4 Prozent. Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 28
Typen demokratischer Orientierung nach Parteinähe
 (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Befragte, die sich gemäß Tab. 4 nicht eindeutig zuordnen lassen, wurden aus der vorliegenden Abbildung ausgeschlossen. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtstichprobe beträgt 4 Prozent.

4.1.2

Vertrauen in politische Institutionen

Neben den Einstellungen zur Demokratie ist das Vertrauen in ihre tragenden Institutionen ein wichtiger Indikator politischer Unterstützung.⁴⁷ Es ist Ausdruck der Einschätzung, ob und inwieweit politische Akteure als kompetent, integer, berechenbar, verantwortlich und fürsorglich wahrgenommen werden (vgl. van der Meer 2010, 519; Seyd 2024, 24).

Im Deutschland-Monitor 2025 wird das Vertrauen in 4 zentrale Institutionen des politischen Systems erhoben.⁴⁸ Mit der Bundesregierung, dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und den jeweiligen Bürgermeistern bzw. Bürgermeisterinnen des Wohnorts der Befragten wird die Erhebung dreier Institutionen aus den Vorjahresuntersuchungen fortgeschrieben. Erstmals wird in diesem Jahr zudem das Vertrauen in den Bundestag als gesetzgebende Institution und »Herzkammer« der parlamentarischen Demokratie auf Bundesebene erhoben. Damit werden sowohl die Bundesebene mit allen 3 Gewalten als auch die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung berücksichtigt.⁴⁹ Zudem werden sowohl von parteipolitischem Wettbewerb geprägte repräsentative Institutionen (Bundesregierung und Bundestag) als auch regulative, also unparteiische und allein dem Gesetz verpflichtete, Institutionen (Bundesverfassungsgericht) erfasst.

Wie bereits in früheren Erhebungen gezeigt wurde, genießen regulative Institutionen und jene auf unteren politischen Ebenen mehr Vertrauen als repräsentative Institutionen und solche auf politisch höheren Ebenen (vgl. Hebenstreit et al. 2025, 103; Zmerli 2019, 259; Best et al. 2023, 26). Dieses Muster bestätigt sich auch im Deutschland-Monitor 2025. So genießt das Bundesverfassungsgericht bei knapp zwei Dritteln (65 Prozent) der deutschen Bevölkerung Vertrauen. Auch den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wird mehrheitlich Vertrauen innerhalb der Bevölkerung entgegengebracht (54 Prozent). Deutlicher niedriger liegt das Vertrauen in Bundestag (31 Prozent) und Bundesregierung (27 Prozent).⁵⁰ Allerdings bekunden jeweils knapp 40 Prozent, dass sie diesen Institutionen zumindest teilweise vertrauen.

⁴⁷ In der Forschung wird das politische Vertrauen überwiegend als hybride bzw. gemischte Form von spezifischer und diffuser Unterstützung interpretiert (vgl. Seyd 2024, 49 f.).

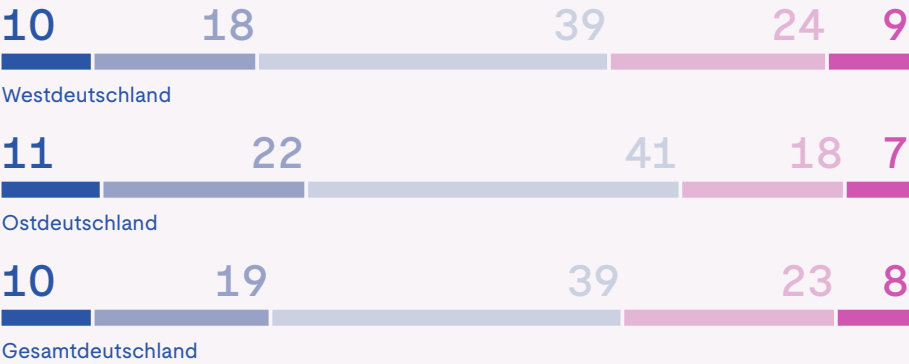
⁴⁸ Der Deutschland-Monitor hat das Ziel, das Vertrauen in politische Institutionen breit und langfristig abzubilden. Das Vertrauen in bestimmte Institutionen wird dabei jährlich erhoben (z. B. Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht), während das Vertrauen in andere Institutionen (z. B. Europäische Union, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister) wiederkehrend im 2- bis 3-Jahresrhythmus erhoben wird. Wegen der begrenzten Befragungszeit in telefonischen Umfragen ist es nicht möglich, alle relevanten Institutionen jährlich zu erheben. Zudem zeigen Längsschnitterhebungen, dass das Vertrauen in insbesondere unparteiische regulative Institutionen weniger kurzfristigen Schwankungen unterliegt (vgl. Zmerli 2019, 259).

⁴⁹ Die Landes- und Europaebene wurden im Vorjahr untersucht (siehe Hebenstreit et al., 2025, 104 ff.).

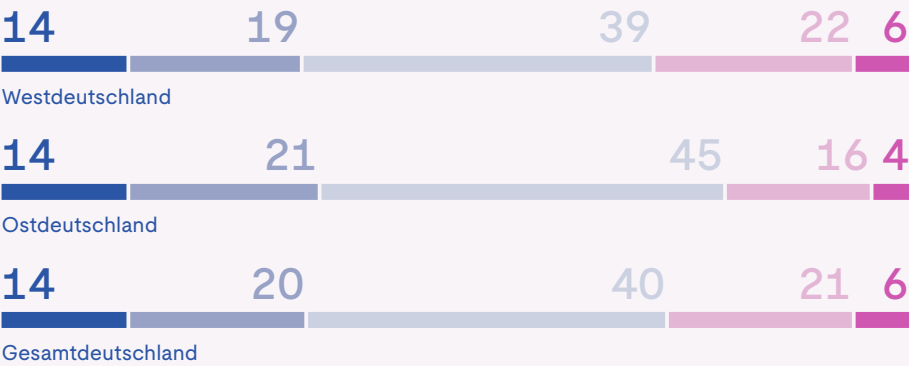
⁵⁰ Die Wahl des neuen Bundeskanzlers Merz und die Ernennung der neuen Bundesregierung am 6. Mai 2025 fiel in den Erhebungszeitraum der Haupterhebung vom 23. April 2025 bis 30. Mai 2025. Bei der Auswertung wurde geprüft, ob das Vertrauen mit der Erhebung vor und nach dem 6. Mai 2025 zusammenhängt. Hierbei konnten keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden. Dies gilt für die Stichprobe insgesamt wie auch für die Anhängerinnen und Anhänger der Unionsparteien, der Grünen oder der SPD, deren zugehörige Parteien im Zuge dessen in Regierungsverantwortung kamen, aus dieser entlassen wurden oder den Kanzlerposten verloren.

Abb. 29
Vertrauen in politische Institutionen in Ost-, West- und
Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)

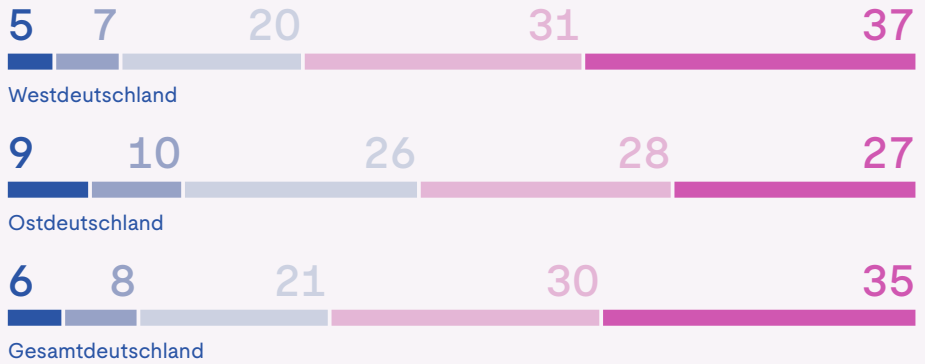
Bundestag*



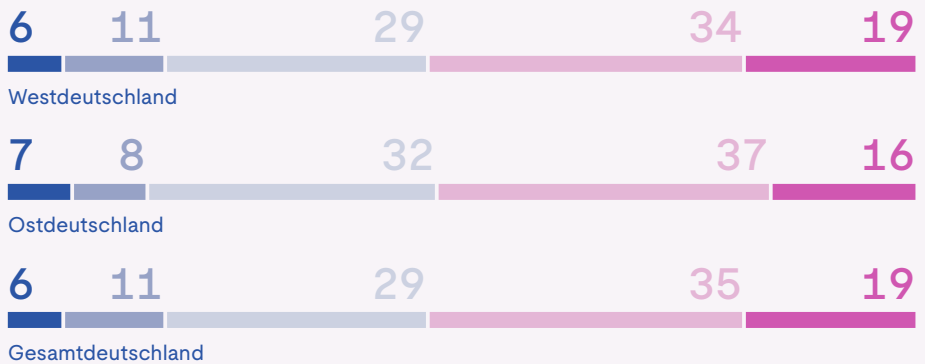
Bundesregierung*



Bundesverfassungsgericht***



Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister



- überhaupt kein Vertrauen
- eher kein Vertrauen
- teilweise Vertrauen
- eher Vertrauen
- großes Vertrauen

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
 Das Signifikanzniveau bezieht sich auf den Unterschied zwischen
 Ost- und Westdeutschland: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$.

Dabei bestätigt der Deutschland-Monitor 2025, dass Institutionen, die für die politische Willensbildung und Gesetzgebung zentral sind, in Ostdeutschland weniger Vertrauen erhalten als in Westdeutschland (↗ Abb. 29) (siehe auch Zmerli 2019, 259; Eder & Reinl 2022, 74; Pickel & Pickel 2023).⁵¹ Dies gilt insbesondere für die Institutionen der Bundesebene, während die Unterschiede bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geringer ausfallen und statistisch nicht signifikant sind.

Im Vergleich zu den Erhebungen der Jahre 2023 und 2024 zeigt sich, dass das Vertrauen in Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht sowie in kommunale Führungspersonen im Zeitverlauf signifikant abgenommen hat (↗ Abb. 30). Während der Vertrauensverlust beim Bundesverfassungsgericht in beiden Landesteilen nahezu parallel verläuft, nähert sich das Vertrauen in Bundesregierung und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Westdeutschland dem niedrigeren ostdeutschen Niveau an. Das insgesamt rückläufige Institutionenvertrauen reiht sich in andere Beobachtungen ein, die einen (über längere Zeit) abnehmenden Trend politischen Vertrauens in westlichen Demokratien feststellen (vgl. Valgarðsson et al. 2025; Seyd 2024, 98 ff.).

Weitergehende statistische Analysen zeigen: Wer einer Institution vertraut, vertraut auch eher den anderen Institutionen.⁵² Dies gilt insbesondere für die 3 Bundesinstitutionen (↗ Kap. 4.1.5), während das Vertrauen in die Stadt- und Gemeindeoberhäupter davon in Teilen abgekoppelt ist.⁵³

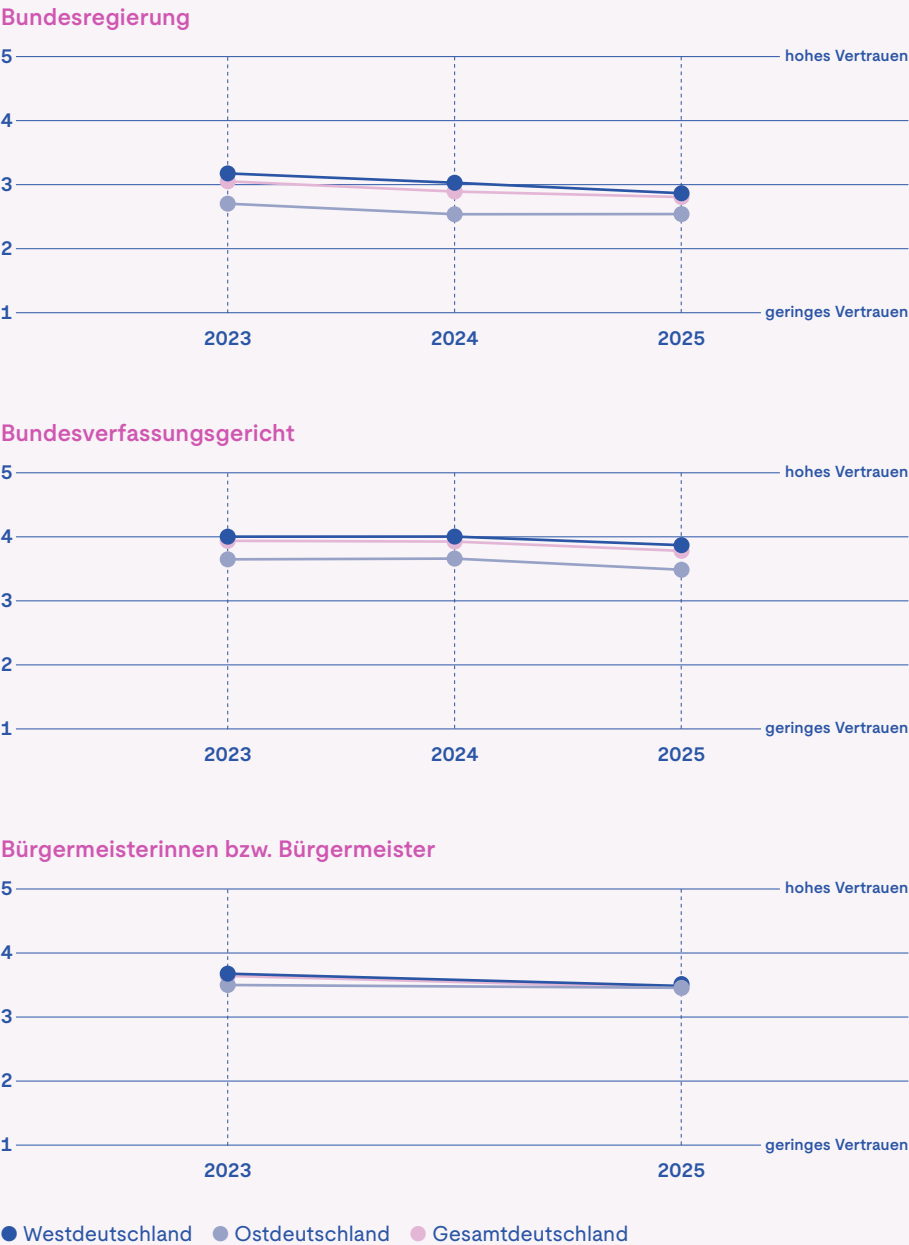
Daher wird im Folgenden das Vertrauen in die Institutionen des Bundes aggregiert untersucht, also zu einer Variablen zusammengefasst (↗ Kap. 4.1.5). Die übernächste Abbildung (↗ Abb. 31) zeigt dieses aggregierte Institutionenvertrauen für die genannten Institutionen des Bundes in Ost-, West- und Gesamtdeutschland. Auch hier wird ersichtlich, dass 78 Prozent der Bevölkerung, dabei etwas weniger in Ostdeutschland, den Institutionen des Bundes zumindest teilweise vertrauen.

⁵¹ Dabei bleibt die Differenz weitestgehend stabil, wenn statt nach dem gegenwärtigen Wohnort, nach der jeweiligen Sozialisationsregion der Befragten unterschieden wird.

⁵² Das entspricht dem Forschungsstand zur Generalisierung von Vertrauen (vgl. auch Hooghe 2011; Eder & Reinl 2022, 64).

⁵³ Spearmans rho (alle Institutionen) $\geq 0,26$; Spearmans rho (ohne Bürgermeister) $\geq 0,53$. Besonders stark sind der Bundestag und die Bundesregierung miteinander korreliert (Spearmans rho = 0,70). Dass das Vertrauen in Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vom bundespolitischen Vertrauen in Teilen abgekoppelt ist, entspricht dem Forschungsstand und erklärt sich u. a. aus der starken Bedeutung des lokalen Sozialkapitals und der Nähebeziehung auf der lokalen Ebene (vgl. Schnaudt 2013). Zur weiteren Analyse wurde aus den Bundesinstitutionen ein Index gebildet (Cronbachs alpha = 0,84), der zur vereinfachten Darstellung in 5 Klassen unterteilt wurde. Diese entsprechen inhaltlich den Antwortkategorien der Originalfragen. Jene neu gebildete Variable erlaubt keinen Vergleich mit den Kategorien zum Institutionenvertrauen im Deutschland-Monitor 2024, da diesem in Teilen andere Variablen zugrunde liegen.

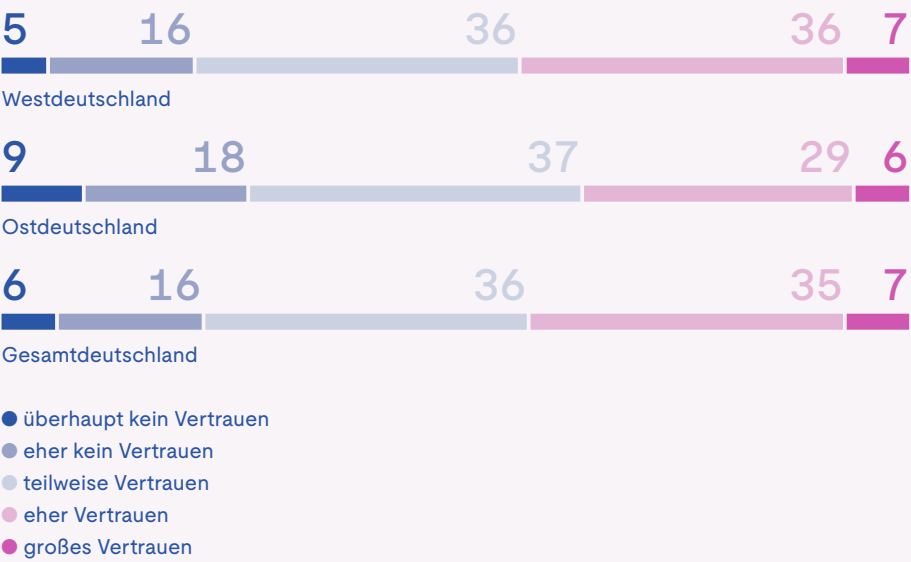
Abb. 30
Entwicklung des Institutionenvertrauens 2023–2025



Die Antwortkategorien (↗ Abb. 29) wurden in eine numerische Skala von 1 (vertraue überhaupt nicht) bis 5 (vertraue voll und ganz) überführt. Abgetragen sind jeweils die arithmetischen Mittelwerte. Das Vertrauen in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister war im Erhebungsjahr 2024 nicht Gegenstand der Befragung.

Abb. 31

Vertrauen in ausgewählte Institutionen des Bundes (aggregiert)
in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind auf einem Niveau von $p \leq 0,05$ signifikant.

4.1.3

Wahrgenommene Rückkopplung der Politik an die Bürgerinnen und Bürger

Ein wesentliches Versprechen repräsentativ-demokratischer Systeme liegt in der stetigen Rückkopplung politischen Handelns an die Bevölkerung (»Responsivität«). Responsivität bedeutet die Fähigkeit und Bereitschaft der Repräsentationsorgane, die Wünsche, Erwartungen und Interessen der Bevölkerung zu erfahren und bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen (vgl. Pitkin 1967; Esaiasson et al. 2015; Pickel 2018, 175). Für die politische Unterstützung ist Responsivität auch deshalb eine Schlüsselgröße, da sie dazu beiträgt, einen Vertrauensvorschluss aufzubauen, der die Systemunterstützung auch dann stabil hält, wenn die Politik unpopuläre Entscheidungen treffen muss (vgl. Linde & Peters 2020).

Im Deutschland-Monitor 2025 wird die wahrgenommene Responsivität mehrdimensional mit 3 Aussagen erhoben, wobei die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Antwortskala ausdrücken können.⁵⁴ Die wahrgenommene Responsivität fällt differenziert aus. Jeweils etwa 30 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, dass die Politikerinnen und Politiker in Deutschland die Interessen der Bevölkerung vertreten und sich darum kümmern, was die Bevölkerung denkt. Ein etwa ebenso großer Teil der Bevölkerung teilt diese Einschätzungen nicht. Der relativ größte Teil der Bevölkerung bezieht mit der Antwortoption »teils/teils« eine ambivalente Position. Skeptischer fällt die Einschätzung bundesweit hinsichtlich der Aussage »Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung« aus. Hier finden sich nur geringe Zustimmungsraten. Mehr als die Hälfte meint hingegen, Politikerinnen und Politiker suchten (eher) nicht die Nähe zur Bevölkerung. Gegenüber den Vorjahres-Monitoren gibt es im Durchschnitt keine Veränderung (vgl. Hebenstreit et al. 2025).

Betrachtet man die 3 Aussagen zur Responsivität zusammengefasst,⁵⁵ wird ersichtlich, dass nur jede/r Fünfte mit der Rückkopplungsleistung der Politik an die Bevölkerung zufrieden ist (↗ Abb. 33). Lediglich 2 Prozent sind bundesweit damit vollends einverstanden. Mehr als 30 Prozent zeigen sich unzufrieden oder sehr unzufrieden, und knapp die Hälfte der Bevölkerung nimmt nur eine partielle Rückkopplung wahr. Weiterhin zeigt sich in Übereinstimmung mit den Einzelaussagen (↗ Abb. 32) ein konsistentes Bild dahingehend, dass Befragte in Ostdeutschland mit der Rückkopplungsleistung der Politik weniger zufrieden sind als jene in Westdeutschland. Besonders Personen, die ihre Jugend in Ostdeutschland oder der ehemaligen DDR verbracht haben, bekunden häufiger Unzufriedenheit.

⁵⁴ So zeigt die neuere Responsivitätsforschung, dass unterschiedliche Dimensionen der Responsivität unterschieden werden können (vgl. auch Esaiasson et al. 2015).

⁵⁵ Aus den Aussagen lässt sich eine konsistente Skala bilden (Cronbachs alpha = 0,75). Die Bildung der aggregierten Responsivitätsvariablen erfolgt analog zum Institutionenvertrauen (s. o.).

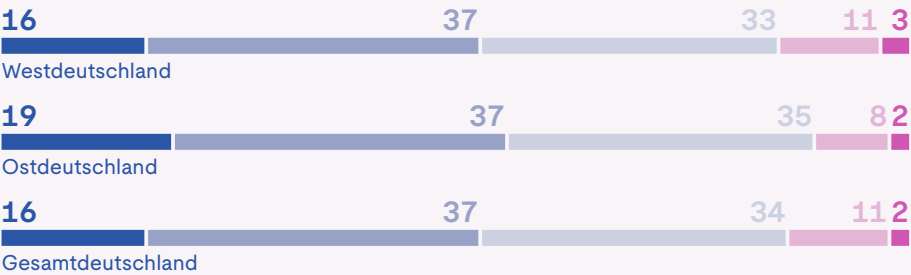
Abb. 32

Wahrgenommene Responsivität in Ost-, West- und
Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)

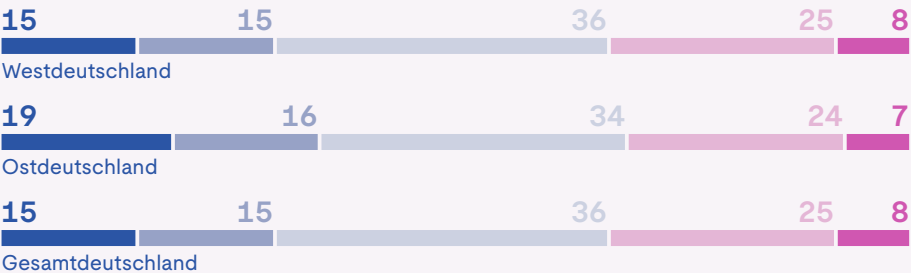
Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum,
die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.*



Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.



Die Politiker kümmern sich darum, was die Bürgerinnen und Bürger denken.°

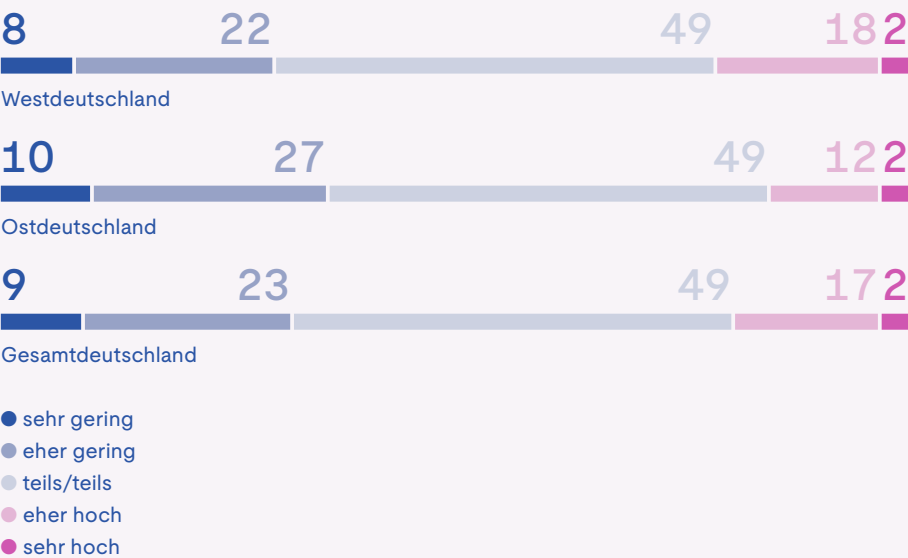


- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Das Signifikanzniveau bezieht sich auf den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland: *p ≤ 0,05 / **p ≤ 0,01 / ***p ≤ 0,001.

° Der originale Wortlaut der Aussage »Die Politiker kümmern sich nicht darum, was die Bürgerinnen und Bürger denken« wurde aus Gründen einer einfacheren Interpretation invertiert.

Abb. 33
Wahrgenommene Responsivität (aggregiert) in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind auf einem Niveau von $p \leq 0,05$ signifikant.

Tab. 5
Zusammenhang zwischen den Indikatoren politischer Unterstützung

	Institutionen- vertrauen (Bund)	Responsivitäts- wahrnehmung	Demokratie- zufriedenheit
Institutionenvertrauen (Bund)	1		
Responsivitätswahrnehmung	0,65***	1	
Demokratiezufriedenheit	0,61***	0,50***	1

Pearson Korrelationskoeffizienten. Die Variablen zum Institutionenvertrauen und zur Responsivitätswahrnehmung beziehen sich auf die jeweilige Indexvariable. Die Demokratiezufriedenheit bezieht sich auf die Performanzdimension (»Funktionieren der Demokratie«). Signifikanzniveau: *** $p \leq 0,001$.

Über die Hintergründe, woraus ein solches empfundenes Rückkopplungsdefizit entspringen kann, geben die Fokusgruppendifkussionen Hinweise: Insgesamt spiegeln sich hier wahrgenommene Leistungs-Defizite, also das Verlusterleben von Sicherheit und Wohlstand wider. Teilnehmende monieren zur Rückkopplung der Politik auch, dass Politikerinnen und Politiker oft anders handelten als sie es – etwa in Wahlkämpfen – angekündigt haben, dass die Interessen finanzkräftiger wirtschaftlicher Akteure oder parteipolitische Erwägungen nach ihrem Erleben oftmals schwerer wögen als die Interessen der Bevölkerung (vgl. INFO 2025, 84 ff.).

»Ich möchte, dass Lobbyismus weniger Einfluss hat. Also, dass die Wirtschaft sich gefälligst aus der Politik raushält und nicht die Politiker in Aufsichtsräte mit reinzieht oder sonst was.«

(w, 60–69 J., LK Recklinghausen)

4.1.4

Einstellungen zur Demokratie und ihren Akteuren als Einstellungssyndrom

Die vorhergehenden Abschnitte zeigen, dass die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee ungebrochen hoch ist. Auch die geltende Verfassungsordnung wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, wobei in Ostdeutschland jedoch mehr als ein Viertel der Befragten (26 Prozent) unzufrieden ist. Gleichzeitig zeigt die Analyse aber weiterhin eine vergleichsweise hohe Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, eine oftmals als defizitär wahrgenommene Rückkopplung der Politik an die Bevölkerung und ein geringes Vertrauen in Bundesregierung und Bundestag. Unterstrichen wird dies durch die bundesweit rückläufige Tendenz beim Institutionenvertrauen und die mehrheitlich negative Bilanz in Bezug auf die (subjektive) Demokratieentwicklung.

Diese Einstellungen zum politischen System und seinen Akteuren sind empirisch eng miteinander verknüpft. Wer etwa den politischen Institutionen wenig Vertrauen entgegenbringt, ist auch weniger mit der Rückkopplungsleistung der Politik oder dem Funktionieren der Demokratie einverstanden (↗ Tab. 5).⁵⁶

Daher betrachten wir, wie schon im Deutschland-Monitor 2024 diese als ein Einstellungssyndrom, also ein zusammenhängendes Muster von politischen Einstellungen (vgl. Hebenstreit et al. 2025, 112).

⁵⁶ Vergleichbare Ergebnisse liefert auch eine explorative Faktorenanalyse, die aus den zugrundeliegenden Einzelitems eine latente Struktur aus zwei untereinander stark korrelierten Faktoren ausmacht ((1) Responsivität und (2) Institutionenvertrauen + Demokratiezufriedenheit, Korrelationskoeffizient $r = 0,8$)

Entsprechend wird im Folgenden untersucht, welche individuellen und räumlichen Bestimmungsfaktoren mit diesen Formen der politischen Unterstützung (bzw. den Entzug derselben) zusammenhängen. In welchen Bevölkerungsgruppen ist ein hohes oder niedriges Niveau politischer Unterstützung besonders verbreitet? Gibt es bestimmte sozialpsychologische Einstellungsmerkmale, die den Entzug politischer Unterstützung erklären können, oder erklären sich Unterschiede vielmehr durch den regionalen Kontext? Entsprechende Erkenntnisse können Anhaltspunkte dafür liefern, wie die Unterstützung der Demokratie und des politischen Systems (zurück-)gewonnen werden kann.

4.1.5

Individuelle Bestimmungsfaktoren politischer Unterstützung

Die folgenden Abschnitte lenken den Blick auf die individuellen Bestimmungsfaktoren politischer Unterstützung für die 3 Aspekte der Unterstützung: Funktionieren der Demokratie, Institutionenvertrauen und Responsivitätswahrnehmung.⁵⁷ Zur vereinfachten Darstellung werden in den folgenden Abbildungen die Ergebnisse exemplarisch anhand des Indikators des Institutionenvertrauens dargestellt. Die berichteten Ergebnisse sind dabei – sofern nicht anders ausgewiesen – auch unter Berücksichtigung von Drittvariablen statistisch signifikant.

In Bezug auf die soziodemografischen Merkmale zeigt das Geschlecht einer Person keinen bedeutenden Zusammenhang mit den Indikatoren politischer Unterstützung. Männer oder Frauen sind also politischen Akteuren nicht per se stärker bzw. weniger stark zugewandt.⁵⁸ Hinsichtlich des Alters wird über alle 3 Indikatoren hinweg ein Zusammenhang ersichtlich, wonach in der ältesten Altersgruppe (bis einschließlich Jahrgang 1949) die größte Zufriedenheit herrscht. Jüngere Personen zeigen sich demgegenüber signifikant unzufriedener.

In Übereinstimmung mit der Forschungslage ist weiterhin die formale Bildung einer Person eine wichtige Bestimmungsgröße für die (spezifische) politische Unterstützung (vgl. Gabriel 2019, 239). Bei allen 3 Indikatoren äußern sich formal höher Gebildete zufriedener mit dem politischen System, seinen Akteuren und Institutionen. Menschen mit mittlerem und niedrigem Bildungsabschluss unterscheiden sich nur graduell (→ Abb. 34).

⁵⁷ Die Analysen fußen auf multivariaten Regressionsanalysen. Analyseverfahren für das Institutionenvertrauen und die Responsivität ist die multivariate OLS-Regression mit den jeweiligen Mittelwertindizes (s. o.) als abhängige Variable. Für die Demokratiezufriedenheit wird die Variable zur Performanzdimension dichotomisiert und mit Hilfe einer multivariaten binomialen Logit-Regression ausgewertet. Dabei wurden stets dieselben unabhängigen Variablen herangezogen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den 3 Teildimensionen sichtbar zu machen.

⁵⁸ Über Personen, die sich außerhalb des binären Geschlechterschemas identifizieren, kann aufgrund der geringen Fallzahl keine belastbare Aussage getroffen werden (Haupterhebung: n = 4; Regionale Vertiefungsstudie: n = 18).

In der Literatur wird der oftmals beobachtete positive Zusammenhang zwischen politischer Unterstützung und Bildungsniveau unter anderem darauf zurückgeführt, dass höher gebildete Menschen oftmals ein besseres Verständnis für politische Prozesse haben und über mehr Ressourcen verfügen, um ökonomische Herausforderungen (z. B. infolge der Globalisierung) besser zu bewältigen (vgl. Rippl & Seipel 2018; Aarts et al. 2017; Tausendpfund 2021).⁵⁹ Insofern liegt auch die Annahme nahe, dass Personen mit einer besseren ökonomischen Ressourcenausstattung eine höhere Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems und mit seinen Akteuren äußern. In der Tat äußern Befragte mit einem höheren Äquivalenzeinkommen (über 3.000 €) ein größeres politisches Vertrauen, mehr Demokratiezufriedenheit und eine stärkere Responsivitätswahrnehmung als Personen mit niedrigerem Einkommen. Unter Berücksichtigung von weiteren Erklärungsgrößen zeigt sich aber, dass Einkommen an sich keinen signifikanten Erklärungsbeitrag leistet. In erster Linie prägen nicht das Einkommen als objektives Merkmal, sondern damit verbundene subjektive Statuswahrnehmungen die politische Unterstützung.

Empirisch ersichtlich wird das z. B. an der Wahrnehmung, im Vergleich zu anderen nicht den gesellschaftlich »gerechten Anteil« zu erhalten (relative Deprivation), oder der Befürchtung, zukünftig »auf die Verliererseite des Lebens zu geraten« (Statusverlustangst). Diese erwiesen sich bereits in den Deutschland-Monitoren 2023 und 2024 als relevante Erklärungsfaktoren für die politische Unterstützung (vgl. Hebenstreit et al. 2025, 116; vgl. auch Jungkunz 2023, 204 f.; Hebenstreit & Reiser 2023, 753 f.). Unter Personen, die meinen, dass ihnen nicht der gesellschaftlich gerechte Anteil zuteil wird, sind nur 41 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Unter denjenigen, die bejahen, dass sie den gerechten Anteil (oder mehr) erhalten, sind es hingegen 69 Prozent. Demgegenüber ist die allgemeine Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage den statistischen Modellen zufolge nicht von Bedeutung. Es ist also die relative Wahrnehmung der eigenen Position im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft und die eigene Zukunftsperspektive, die die politische Unterstützung prägt (vgl. auch Pickel & Pickel 2023, 38).

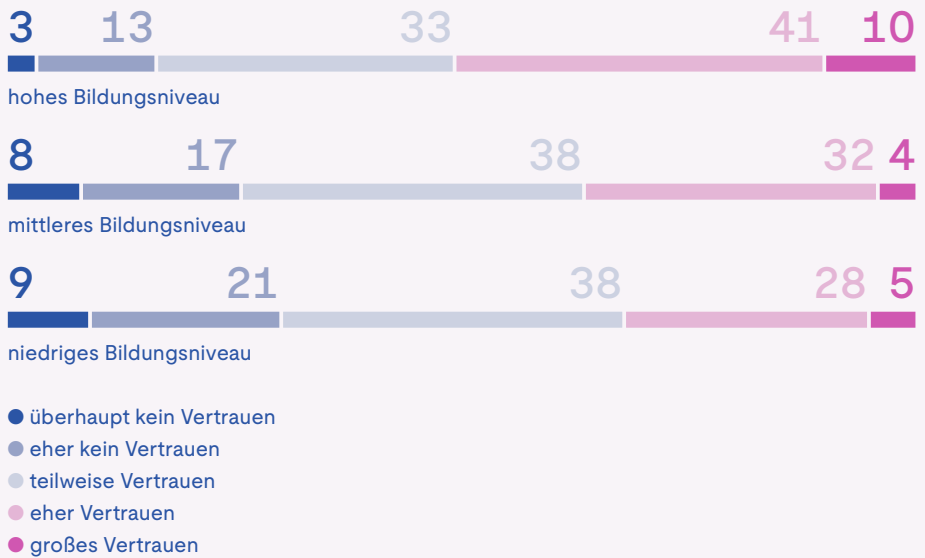
Auch Transformationserfahrung wirkt sich auf die politische Unterstützung aus: Wer eine schlechtere Bilanz erlebter Veränderungen zieht, ist auch weniger zufrieden mit den Leistungen des politischen Systems und dessen Akteuren. Dabei ist es vornehmlich die Veränderungsbilanz, die für Deutschland als Ganzes gezogen wird, welche die politische Unterstützung prägt. Die persönliche Veränderungsbilanz steht hingegen nur schwach und lediglich bei einzelnen Indikatoren in signifikantem Zusammenhang mit der politischen Unterstützung. Dass Menschen, die negative Transformationserfahrungen gemacht haben, auch die Performanz der Demokratie schlechter bewerten, ist naheliegend. Möglicherweise ist es dem Staat bei diesem Personenkreis nicht gelungen, den Erwartungen an die Ausgestaltung von gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden.

⁵⁹ Unter statistischer Berücksichtigung sozialpsychologischer Merkmale (etwa Deprivation, Statusverlustangst, politische Selbstverortung) ist der Einfluss der Bildung nur noch bei den Indikatoren Institutionenvertrauen und Responsivität signifikant.

Abb. 34

Institutionenvertrauen in Abhängigkeit der formalen Bildung

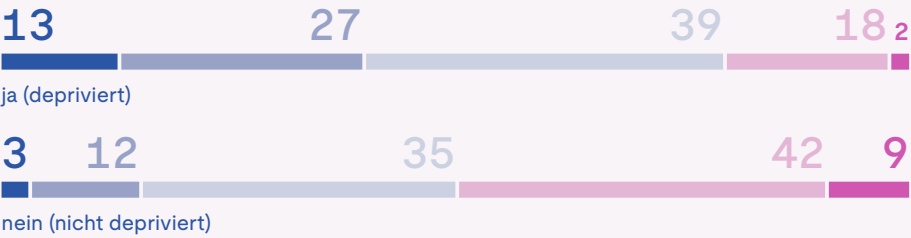
(Angaben in Prozent)



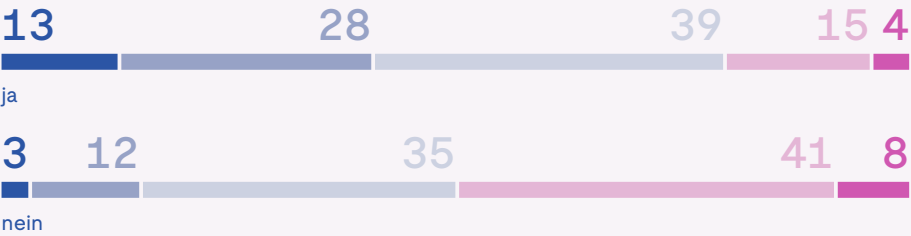
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant. Niedriges formales Bildungsniveau: kein Schulabschluss, Hauptschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss; mittleres formales Bildungsniveau: Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss; hohes formales Bildungsniveau: Abitur, Fachabitur oder vergleichbarer Abschluss. Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in Schulausbildung befinden, werden entsprechend ihres angestrebten Schulabschlusses codiert.

Abb. 35
Ausgewählte Bestimmungsfaktoren spezifischer politischer Unterstützung
am Beispiel des Institutionenvertrauens (Angaben in Prozent)

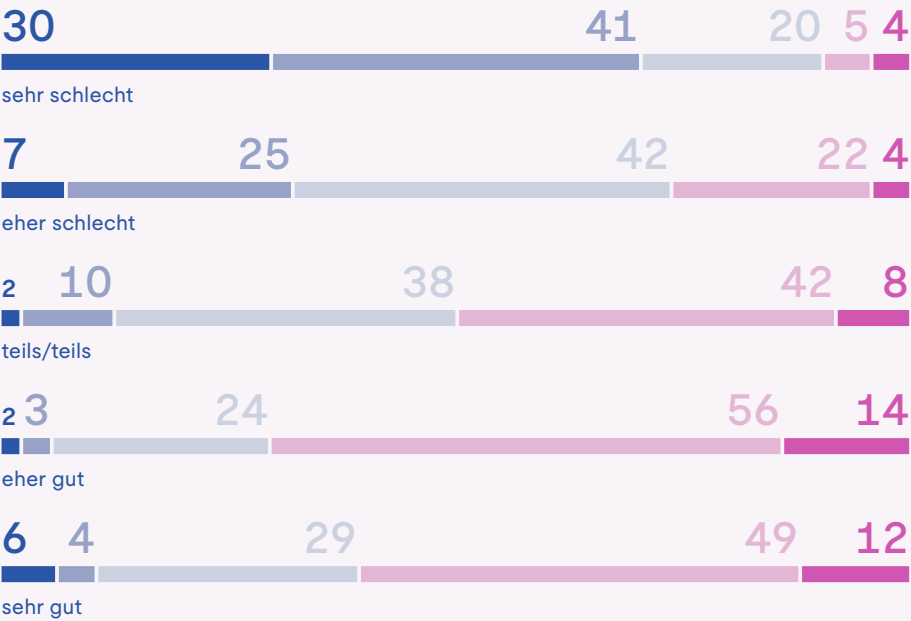
Relative Deprivation



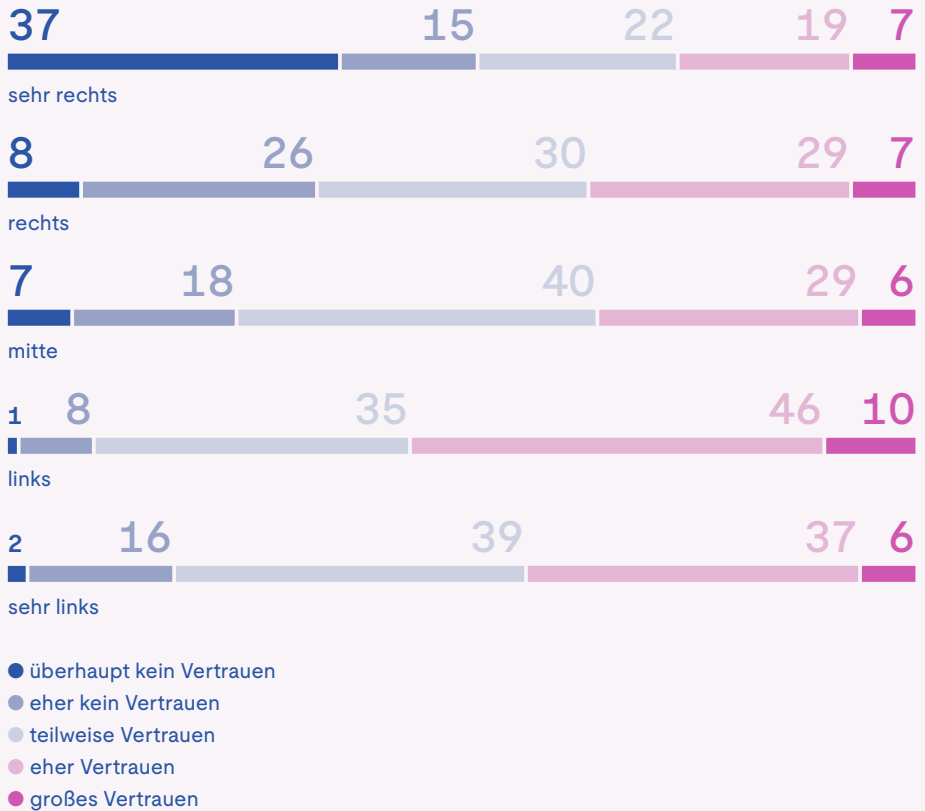
Statusverlustangst



Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands



Politische Selbstverortung



Personen mit Statusverlustangst wurden als solche codiert, wenn sie der entsprechenden Aussage wenigstens »eher« zustimmen. Zugrunde liegt jeweils das aggregierte Institutionenvertrauen (→ Abb. 31). Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Die Daten weisen außerdem auf, dass wahrgenommene gesellschaftliche Unsicherheiten auf die politische Unterstützung abfärben. Hieran zeigt sich eine Bewertung der Performanz des Systems. Das wird zum einen anhand der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands ersichtlich: Wer diese als gut beurteilt, ist auch eher zufrieden mit den Leistungen des Systems und seiner Akteure. Wer hingegen die wirtschaftliche Lage Deutschlands als schlecht beurteilt, äußert häufiger Skepsis (↗ Abb. 35).

Neben der wirtschaftlichen Lagebewertung hängt auch Anomie, also das Gefühl eines gesellschaftlichen Ordnungs- und Kontrollverlustes, stark mit dem Entzug spezifischer Unterstützung zusammen. Dahinter liegt die subjektive Deutung, dass wichtige Leistungen des politischen Systems, wie etwa die Ermöglichung individuellen und gesellschaftlichen Wohlstands oder die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, nicht oder nur unzureichend erbracht werden und politische Akteure insofern ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.⁶⁰ Unter Personen, die eher oder voll und ganz zustimmen, dass heute »alles so in Unordnung geraten [ist], dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht«, sind lediglich 51 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Unter Befragten, die dieser Aussage nicht oder nur in Teilen zustimmen, liegt die Demokratiezufriedenheit hingegen bei 71 Prozent. Insofern spiegeln sich hier auch Eindrücke aus den Fokusgruppendiskussionen: Das Funktionieren der Demokratie wird vielfach an ihrem »Output«, also den Leistungen, gemessen. Die Wahrnehmung ist dabei aber stark geprägt durch die wahrgenommene negative Entwicklung des Landes – v. a. in den Bereichen Wohlstand, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Sicherheit (innen wie außen) (vgl. INFO 2025, 84; siehe auch Tausendpfund 2018, 33).

»Eigentlich gibt es keinen Bereich in Deutschland, der sich nicht zum Schlechten verändert: Die Wirtschaft geht bergab, Gesundheitssystem, Pflege und Bahn ... und wir müssen uns offensichtlich auf einen Krieg vorbereiten.« (m, 20–29 J., LK Barnim)

Auch die allgemeine Veränderungsbereitschaft (↗ Kap. 3.1 + Abb. 5) erweist sich als starker Erklärungsfaktor für die politische Unterstützung. Die Vorhersageleistung der Transformationstypen fällt sogar größer aus als die der oben diskutierten Einflussfaktoren (↗ Kap. 4.1.6).

⁶⁰ Vergleichbare Argumente wurden auch in den Fokusgruppen des Vorjahres-Monitors geäußert (vgl. INFO 2024, 12, 28).

4.1.6

Politische Unterstützung und allgemeine Veränderungsbereitschaft

In seinem Schwerpunktthema untersucht der diesjährige Deutschland-Monitor die Veränderungsbereitschaft in Deutschland. Der Analyse zufolge gibt es 5 unterschiedliche Transformationstypen, die gesellschaftlichem Wandel stark unterschiedlich wahrnehmen und bewerten (→ Kap. 3). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern es einen Zusammenhang zwischen der Veränderungsbereitschaft und der Unterstützung des politischen Systems gibt. Die Analyse zeigt hier einen starken Zusammenhang (→ Abb. 36). So sind Menschen, die für gesellschaftlichen Wandel aufgeschlossen sind, mit dem politischen System und seinen Akteuren überdurchschnittlich zufrieden. Unzufriedenheit in dieser Hinsicht wird von »Transformationsoffenen« (Typ 2) und »Transformationsbefürwortern« (Typ 1) außerordentlich selten geäußert. »Bewahrungsorientierte« (Typ 5), die gesellschaftlichem Wandel negativ gegenüberstehen und diesen vor allem mit Risiken verbinden, äußern wiederum überdurchschnittlich häufig Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und den Leistungen des politischen Systems und seinen Akteuren (vgl. auch Holz et al. 2025). Ebenso ist die Unterstützung der bundesdeutschen Verfassungsordnung bei den »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) mit 53 Prozent besonders gering, während sie bei »Transformationsoffenen« (Typ 2) und »Transformationsbefürwortern« (Typ 1) mit knapp 90 Prozent überdurchschnittlich hoch liegt. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass ein Großteil der »Bewahrungsorientierten« (Typ 5) für politisch initiierte Transformationsprozesse nur schwer erreichbar ist. In dieser Gruppe besteht eine ausgeprägte Skepsis gegenüber politischen Entscheidungsträgern und der Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen. Die Gruppen der Transformationsskeptiker und der »Transformationsambivalenten« (Typ 3) – die nicht unbedingt mit gesellschaftlichen Veränderungen sympathisieren – sind hingegen nicht durch eine unverhältnismäßig größere Ferne zum politischen System und seinen Akteuren gekennzeichnet und scheinen demzufolge auch grundsätzlich für die »Mitnahme« durch die Politik erreichbar.

Der Zusammenhang zwischen einer allgemeinen Distanz zum politischen System und seinen Akteuren (bzw. einem affekthaft aufgeladenen Unmut gegenüber der Politik) sowie einer grundsätzlich veränderungsaversen Grundhaltung zeigt sich auch in den Fokusgruppen immer wieder. So glauben diese Teilnehmenden, dass die politischen Verantwortungsträger entweder nicht Willens oder nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Veränderungen durch politische Entscheidungen positiv zu gestalten. Zugleich werden die gewählten Politikerinnen und Politiker oftmals selbst als Ursache des Problems betrachtet, da sie aus Sicht dieser Teilnehmenden politische Maßnahmen anstoßen, die (belastende) gesellschaftliche Veränderungen erst hervorbringen und damit als negativ wahrgenommene Abwärtsentwicklungen auslösen (vgl. INFO 2025, 13 f.). Ein prägnanter O-Ton dazu lautet:

»Bei jedem Problem, über das wir hier sprechen ... ist letztendlich die Politik schuld. Es muss ein Wechsel her. Es müssen endlich vernünftige Menschen da hin!« (w, 50–59 J., LK Barnim)

Hierin spiegelt sich oft auch ein erlebtes Repräsentationsdefizit bei vielen Teilnehmenden der Fokusgruppen wider (ebd., 85). Gleichzeitig bescheinigen die Fokusgruppendifkussionen, dass v. a. Personen, die – etwa durch eine Nähe zu etablierten politischen Parteien – besser in das politische System integriert sind, auch einen optimistischeren Blick auf gesellschaftliche Veränderungen haben (ebd. 88):

»Wenn man das mit allen anderen Ländern vergleicht, sind wir von der Demokratie schon ziemlich weit oben. Ich finde, dass wir in Deutschland verhältnismäßig – klar, es geht immer besser – aber, dass wir insgesamt gut dastehen. Natürlich ist das mit den Veränderungen schwierig, wir kommen vielleicht nicht so schnell voran, wie es gut wäre, aber wir sind auf dem richtigen Weg.«
(m, 60–69 J., LK Stendal)

Ist die Demokratie das richtige System, um Transformationen gut zu bewältigen? In den Fokusgruppendifkussionen des diesjährigen Deutschland-Monitors wird die »Transformationskompetenz« der Demokratie nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Doch besteht vielerorts Zweifel daran, dass die Demokratie hierzulande und ihre handelnden Akteure den transformativen Herausforderungen der Gegenwart gewachsen sind. Neben den oben genannten monierten Repräsentationsdefiziten werden hierbei unter anderem Effizienzsteigerungen und klare Verbindlichkeiten, eine bessere Kommunikation und Rückkopplung an die Bevölkerung (s. o.) sowie vereinzelt Reformen des Regierungssystems (wie mehr direktdemokratische Beteiligungs- und Entscheidungsformate oder Amtszeitbegrenzungen) vorgeschlagen (vgl. INFO 2025, 88 ff.).⁶¹

»Ich möchte, dass mehr wahrheitsgemäß gesprochen wird – auch wenn es dem Bürger unbequem ist. Nicht dieses Geschwafel und jedem nach dem Mund reden. Manchmal tut die Wahrheit weh, aber dann sollte man sie auch sagen: dass die Rentenkasse leer ist oder das Geld fehlt. Dann muss man kreativ werden und überlegen, wie man es löst. Aber die Politiker sollten ehrlicher sein.«
(w, 60–69 J., LK Recklinghausen)

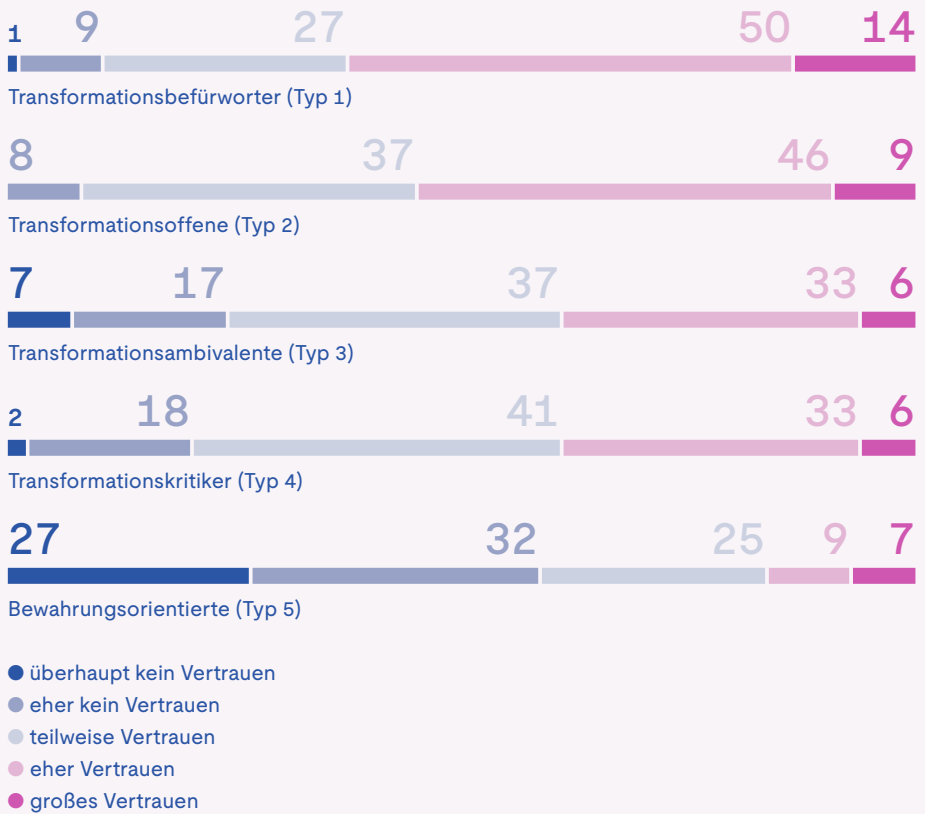
»Dieses System ist meiner Meinung nach nicht mehr darauf ausgelegt, dass die optimale Lösung für die meisten rauskommt. Wir sollten erstmal anfangen, Demokratie wirklich umzusetzen – mit mehr direkter Mitbestimmung, Bürgerinitiativen, mehr Eigenverantwortung. Ich sage immer: Nehmt die Energie raus aus der Politik und kommt selbst ins Tun. Es gibt ja das Subsidiaritätsprinzip – was auf kleinerer Ebene entschieden werden kann, sollte auch dort entschieden werden. Aber das passiert nicht, weil sich die Behörde darauflegt.«
(m, 30–39 J., KS Memmingen/LK Unterallgäu)

⁶¹ Zu vergleichbaren Befunden siehe auch: Fröhlich et al. (2022).

Abb. 36

Institutionenvertrauen nach Transformationstypen

(Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

4.1.7

Politische Unterstützung im Kontext: Ergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie

Ein zentraler Fokus des Deutschland-Monitors ist die Untersuchung der Wirkung regionaler Lebensumfelder (Kontexte) auf politische Einstellungen. Wie bereits erläutert (↗ Kap. 4.1.1, Kap. 4.1.2 + Kap. 4.1.3), bestehen Unterschiede im Ausmaß der politischen Unterstützung zwischen Ost- und Westdeutschland. So sind die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und der Responsivität sowie das Vertrauen in die politischen Institutionen auf Bundesebene in Ostdeutschland niedriger als im Westen. Zu bemerken ist, dass sich hierbei nach Berücksichtigung soziodemografischer, sozioökonomischer und sozialpsychologischer Variablen (↗ Kap. 4.1.5) bei den meisten Indikatoren keine signifikanten Unterschiede bei der spezifischen Unterstützung ausmachen lassen (Ausnahme bildet das Institutionenvertrauen). Zusätzlich verweisen die Ergebnisse auf Sozialisationseffekte. So gibt es einen robusten Zusammenhang bei Differenzierung nach dem Ort der Sozialisation: Personen die in Ostdeutschland oder der ehemaligen DDR aufgewachsen sind, sind auch unter Berücksichtigung der oben genannten individuellen soziodemografischen und sozialpsychologischen Merkmale unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie, ihren Institutionen und Akteuren, als jene, die nicht in der ehemaligen DDR oder Ostdeutschland sozialisiert sind.

Um jenseits der Ost-West-Dichotomie die Auswirkungen kleinräumiger Kontexte auf die Einstellungen zur Demokratie und ihren Akteuren untersuchen zu können, fokussiert der Deutschland-Monitor in einer regionalen Vertiefungsstudie (↗ Kap. 2.2) auf die Spezifika in strukturstarken und -schwachen Kreisen. Zu erwarten wäre, dass in strukturstarken Regionen Wohnende im Durchschnitt zufriedener mit dem Funktionieren des politischen Systems sind als die Bevölkerung in strukturschwachen Regionen. Denn in prosperierenden Regionen gibt es in der Regel einen höheren individuellen wie auch kollektiven Wohlstand, besser bezahlte Arbeitsplätze, leistungsfähigere Infrastruktur und oftmals auch weniger sichtbare Gewaltkriminalität (↗ Kap. 2.2.1) (Neubacher & Bögelein 2021). Insofern liegt es nahe, dass die Bevölkerung in prosperierenden Regionen ein positiveres Bild von der Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Akteure gewinnt.⁶² Auch Studien zu sogenannten »abgehängten« Regionen verweisen darauf, dass Menschen in strukturschwachen, vom ökonomischen und industriellen Niedergang betroffenen Regionen häufiger mit der politischen Lage unzufrieden sind, was sich auch im Wahlerfolg populistischer Parteien widerspiegeln kann (vgl. u. a. Rodríguez-Pose 2018, Bayerlein et al. 2025; Hebenstreit et al. 2024).

⁶² So zeigten schon frühere Studien einen negativen Zusammenhang zwischen regionaler Ungleichheit und politischem Vertrauen (vgl. Lipps & Schraff 2021).

Diese Annahme findet in den Daten des diesjährigen Deutschland-Monitors nur in Teilen Bestätigung. Abb. 37 bildet die Indikatoren politischer Unterstützung für die strukturschwachen und strukturstarken Regionen in Ost- und Westdeutschland (→ Kap. 2.2) in der regionalen Vertiefungsstudie ab. Hier zeigt sich deutlich, dass die Zufriedenheit v. a. in den ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität schwächer ausfällt als in übrigen Regionen. Hingegen treten insbesondere für das Institutionenvertrauen und die Responsivitätswahrnehmung keine Unterschiede zwischen westdeutschen Kreisen mit hoher und niedriger Prosperität und ostdeutschen Kreisen mit hoher Prosperität auf. Auch bei der Demokratiezufriedenheit und der Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung (→ Kap. 4.1.1) bestehen in Westdeutschland keine Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kreisen; im Vergleich zu den prosperierenden ostdeutschen Kreisen treten lediglich geringe Abweichungen auf.

Dies deutet darauf hin, dass die politische Unterstützung in den westdeutschen Bundesländern von der regionalen Prosperität nahezu abgekoppelt ist. Anders in Ostdeutschland: In den dortigen weniger prosperierenden Regionen fällt die politische Unterstützung sowohl in Bezug auf die Verfassungsordnung als auch in Bezug auf die spezifische Bewertung des politischen Systems und seiner Akteure bedeutend niedriger aus als in prosperierenden Regionen dieses Landesteils.

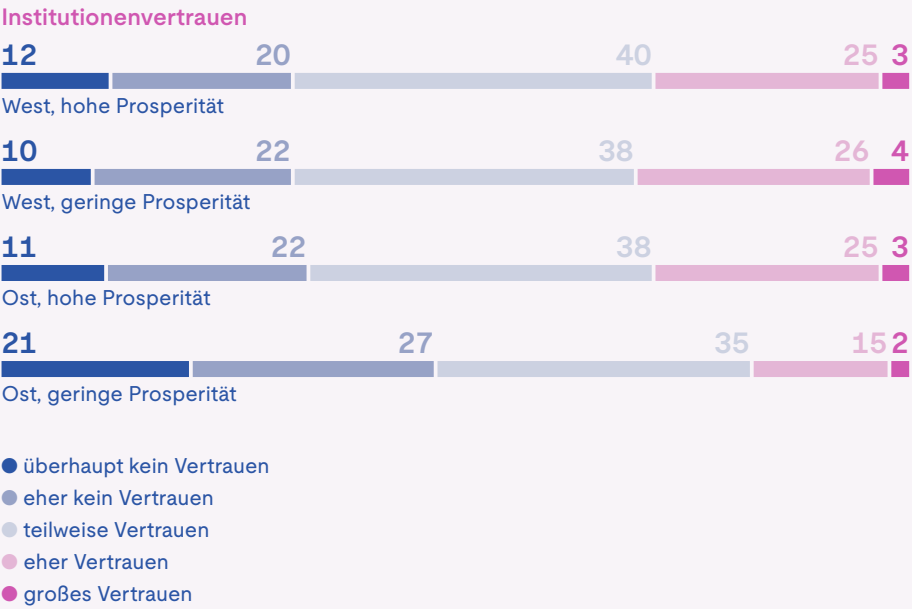
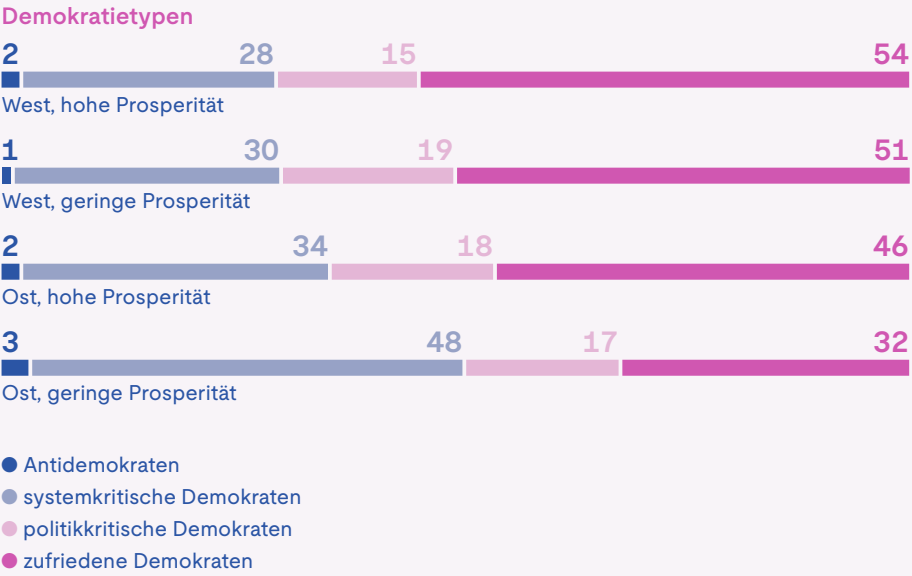
Unabhängig davon ist die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie als Idee in allen Kreistypen nahezu ungeteilt hoch (> 96 Prozent). Hierbei werden nur graduelle Unterschiede deutlich: Eine zurückhaltende Zustimmung zur Idee der Demokratie (»eher für die Demokratie«) (→ Abb. 37) ist in Ostdeutschland, und dort insbesondere in Regionen mit geringer Prosperität (27 Prozent bzw. 35 Prozent), signifikant weiter verbreitet als in den westdeutschen Regionen der Vertiefungsstudie (jeweils 21 Prozent).⁶³ Es scheint also, dass die regionale Prosperität für die spezifische Unterstützung v. a. in Ostdeutschland, nicht aber in Westdeutschland von Bedeutung ist. Ein ähnliches Muster wurde bereits im Deutschland-Monitor des Vorjahres ersichtlich (Hebenstreit et al. 2025, 121) und zeigt sich auch beim gesellschaftlichen Wandel und der Wendebilanz (→ Kap. 3.2 + Kap. 5.3).

Die Frage stellt sich, worin dieses Muster begründet liegt. Eine naheliegende Annahme ist, dass soziodemografische Kriterien die Unterschiede bei politischen Einstellungen erklären. Tatsächlich fallen unter Berücksichtigung der Soziodemografie die gemessenen Unterschiede zwischen den strukturstarken und -schwachen Regionen in Ost und West etwas geringer aus, insbesondere, wenn auch die Sozialisation in einem der beiden Landesteile berücksichtigt wird. Auch Bildung und (Nettoäquivalenz-)Einkommen tragen geringfügig zur Erklärung bei.⁶⁴

⁶³ Ein vergleichbares Muster zeigt sich bei der Aussage »Die Demokratie ist die Staatsform, die am besten zu uns passt«: Dieser Aussage stimmten in allen Prosperitätsgruppen über 91 Prozent zu, wobei die Zustimmung in den westdeutschen Kreisen durchschnittlich um knapp 3 Prozentpunkte geringfügig höher ist als in den ostdeutschen Kreisen.

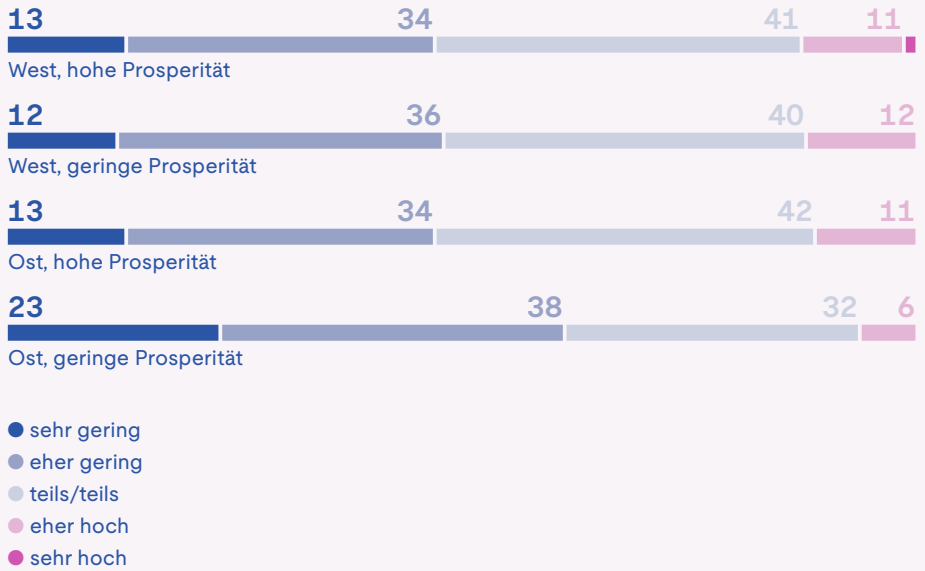
⁶⁴ Weiterführende Analysen sollten die Ursachen für die Abweichungen in den strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland noch stärker vertiefen (Hebenstreit et al. 2025, 124).

Abb. 37
Indikatoren politischer Unterstützung nach Prosperität anhand
der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
 Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Responsivitätsempfinden



Gegenüber der Hauptstichprobe zeigen sich in den Indikatoren teils große Unterschiede, wonach die politische Unterstützung in der Vertiefungsstudie schlechter ausfällt. Vergleichsanalysen mit den Erhebungen des Jahres 2024 zeigen, dass dies neben den unterschiedlichen Grundgesamtheiten unter anderem auch aus den unterschiedlichen Erhebungsmodi folgt. Befragte in selbstadministrierten Interviews (wie in der vorliegenden Vertiefungsstichprobe) äußern sich kritischer gegenüber dem politischen System und seinen Akteuren. Studien deuten darauf hin, dass Befragte in selbst-administrierten Befragungen weniger zu sozial erwünschtem Antwortverhalten neigen (vgl. Aichholzer 2018; Liedl & Steiber 2024). Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Die Analysen verweisen jedoch darauf, dass es weniger die soziale Zusammensetzung und die Sozialisationserfahrungen in diesen Regionen sind, als vielmehr die Wahrnehmung individueller oder kollektiver Benachteiligung, die die unterschiedlichen politischen Einstellungen zur Demokratie und ihren Akteuren erklärt (vgl. Pickel & Pickel 2023; Reiser & Reiter 2023). Wirksamkeit entfaltet insbesondere das »Gefühl des Abgehängtseins« (↗ Abb. 38). Dieses »Gefühl des Abgehängtseins« wurde bereits im Deutschland-Monitor 2023 (Schwerpunktthema »Stadt und Land«; vgl. Hebenstreit et al. 2024, 85) näher untersucht.⁶⁵ Gemeint ist die Wahrnehmung, dass die eigene Region gegenüber anderen Regionen des Landes kollektiv benachteiligt ist (vgl. Munis 2022, Rodríguez-Pose 2018). Jenes Gefühl kann sich auf die wirtschaftliche Dimension, die politisch-repräsentative Dimension und die kulturelle Dimension beziehen.⁶⁶ Dass jenes Gefühl oftmals mit dem Entzug spezifischer Unterstützung einhergeht – insbesondere, wenn die jeweiligen Regionen in negativer Weise von Globalisierung und Deindustrialisierung betroffen sind – ist inzwischen gut belegt (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 92; Borwein & Lucas 2023; Hegewald 2024; Bayerlein et al. 2025). Dies bestätigt sich auch in der diesjährigen Untersuchung (↗ Abb. 39).

Ebenfalls erweisen sich die Angst vor einem individuellen gesellschaftlichen Statusverlust und die Einschätzung, im Vergleich zu anderen nicht den gerechten Anteil zu erhalten (relative Deprivation) als Erklärungsfaktoren für die in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands geringere politische Unterstützung (↗ Abb. 37). Aber auch die unterschiedliche Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage sowie das Gefühl eines gesamtgesellschaftlichen Kontrollverlusts (Anomie) können einen Teil der regionalen Unterschiede erklären.

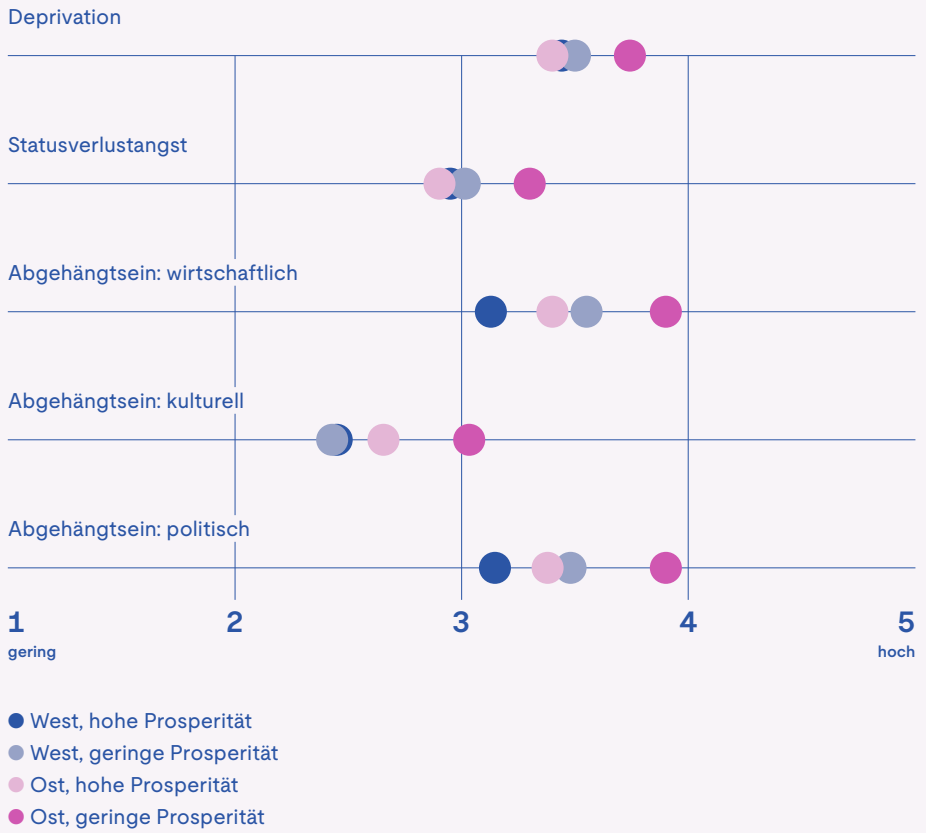
Übereinstimmend damit fällt auch die persönliche und kollektive Wiedervereinigungsbilanz in den ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität schlechter aus als in den ostdeutschen Regionen mit hoher Prosperität (↗ Kap. 5.3). Dass dieses Gefühl verstärkt in ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität anzutreffen ist, stimmt darüber hinaus mit Studien überein, die eine sogenannte Ostdeprivation – also das Gefühl, als Ostdeutsche kollektiv benachteiligt zu sein – ausmachen konnten.

⁶⁵ Aufgrund der begrenzten Befragungszeit, insbesondere bei telefonischen Befragungen, konnte das »Gefühl des Abgehängtseins« im Erhebungsjahr 2025 nur in der regionalen Vertiefungsstudie erhoben werden.

⁶⁶ Gemessen wurde das »Gefühl des Abgehängtseins«, angelehnt an die Erhebung des Jahres 2023 (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 85) und andere internationale Studien (vgl. Lange et al. 2023; Borwein & Lucas 2023), mit 3 Aussagen, zu der sich die Befragten auf einer fünfstufigen Antwortskala (»Stimme voll und ganz zu« bis »Stimme überhaupt nicht zu«) positionieren sollten. Jede dieser Aussagen bezieht sich auf eine Dimension des »Gefühls des Abgehängtseins«: »Die Politikerinnen und Politiker in Berlin interessieren sich nicht für die Region, in der ich lebe« (politisch-repräsentative Dimension), »Die Menschen im Rest von Deutschland respektieren nicht, wie die Menschen hier in unserer Region leben« (kulturelle Dimension), sowie »Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation in meiner Region zu verbessern« (wirtschaftspolitisch-distributive Dimension). Frühere Studien zeigen zudem, dass das »Gefühl des Abgehängtseins« weniger ein Phänomen des ländlichen Raums als von peripheren Regionen ist und dass es verstärkt dort auftritt, wo Abwanderung und eine schlechte Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen moniert wird (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 93; Lange et al. 2023).

Abb. 38

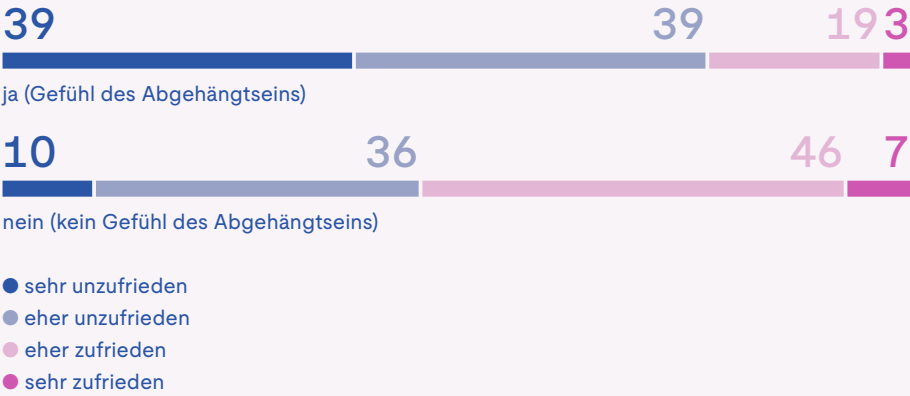
Deprivationswahrnehmung, Statusverlustangst und »Gefühl des Abgehängtseins« nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie



Abgetragen sind jeweils die arithmetischen Mittelwerte.
Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 39

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in
Abhängigkeit eines »Gefühls des Abgehängtseins«
(Regionale Vertiefungsstudie, Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Mit »ja« wurden diejenigen Personen codiert, die allen Aussagen zur Messung des »Gefühls des Abgehängtseins« mehrheitlich zustimmten. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Ostdeprivation erweist sich dabei als Erklärungsfaktor für Unzufriedenheit mit der Demokratie und ein geringes Institutionenvertrauen (vgl. Hebenstreit & Reiser 2023). Ostdeprivation als sozialpsychologischer Moderator bzw. »Katalysator« kann womöglich auch erklären, weshalb keine Unterschiede zwischen den strukturstarken und -schwachen Regionen in Westdeutschland auftreten.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie, dass politische Einstellungen keinesfalls von den regionalen Lebensbedingungen abgekoppelt sind. Eine gezielte Regionalförderung im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse kann insofern dazu beitragen, politischen Frustgefühlen entgegenzuwirken (vgl. auch Rodríguez-Pose 2018). Dass dies vor allem strukturschwache ostdeutsche Regionen und Menschen mit ostdeutscher Sozialisation betrifft, weist zudem darauf hin, dass zugunsten einer resilienten politischen Kultur noch mehr für die Anerkennung von Lebensleistungen ostdeutscher Biografien getan werden sollte.

4.2

Populistische Einstellungen: Verbreitung und Muster antipluralistischer Elitenkritik

Eine weitere Aufgabe des Deutschland-Monitors ist die Langzeituntersuchung populistischer Einstellungen in der Bevölkerung. In öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten wird immer wieder auf die zunehmende Bedeutung populistischer Parteien sowie die starke Verbreitung populistischer Einstellungs- und Diskursmuster hingewiesen (vgl. Lewandowsky 2022, 10 f.). Oftmals wird in diesem Zusammenhang auch vom (neuen) »age of populism« (Zeitalter des Populismus) (z. B. Oswald et al. 2022) gesprochen.

In einer verbreiteten Lesart nach Cas Mudde (2004; siehe auch Mudde 2017 und Mudde 2021) gilt Populismus als Ideologiebaustein, wonach die Gesellschaft in zwei homogene gegensätzliche Gruppen unterteilt ist: einerseits existiert das »wahre« und moralisch gute Volk, andererseits gibt es eine korrupte, dem Volk entfremdete Elite. Dem Volk wird dabei ein gemeinsamer Volkswille bzw. ein »gesunder Menschenverstand« zugeschrieben, welchen die Elite fortwährend missachte (vgl. auch Lewandowsky 2022, 18 f.). Als zentrale Merkmale populistischer Einstellungen gelten Antielitismus, Antipluralismus, Manichäismus – also die Vorstellung, dass die Gesellschaft in »Gut« und »Böse« geteilt werden kann –, ein Antiinstitutionalismus, der die Legitimität repräsentativer oder rechtsstaatlicher Institutionen infrage stellt, sowie die Präferenz für eine direkte Demokratie (vgl. Akkermann et al. 2014; Müller 2017; Lewandowsky 2022, 123). Anschaulich illustriert werden populistische Einstellungen etwa durch folgendes Zitat aus den Fokusgruppendifkussionen:

»Unsere Politiker sind alle Berufspolitiker. Eine Krähe hackt der anderen das Auge nicht aus. Sie sehen alle nur zu, dass sie irgendwie über die Legislaturperiode kommen. Es ist egal, wer sich hier als demokratische Mitte unserer Demokratie bezeichnet. Sie setzen nicht um, was der Wähler möchte.« (m, 50–59 J., LK Stendal)

Populistische Einstellungen können nicht mit Extremismus oder einer generellen Ablehnung der Demokratie (↗ Kap. 4.2 + Kap. 4.3) gleichgesetzt werden. Sie können aber dennoch für liberale Demokratien eine Herausforderung darstellen: Denn der populistische Deutungsrahmen ignoriert den Pluralismus moderner Gesellschaften und delegitimiert zentrale Institutionen sowie Prinzipien der liberalen Demokratie, indem er sich auf einen vermeintlich einheitlichen und offensichtlich gegebenen Volkswillen beruft (vgl. Mudde 2021, 579).

Im Deutschland-Monitor werden populistische Einstellungen anhand einer weitgehend etablierten Messung nach Akkermann et al. (2014) erhoben (vgl. auch Castanho Silva et al. 2020). Den Befragten werden dabei 7 Aussagen vorgelegt, die die Dimensionen populistischer Einstellungen abbilden (↗ Abb. 40). Die Zustimmung oder Ablehnung erfolgt über eine fünfstufige Antwortskala.

Wie schon 2024 erfahren insbesondere anti-elitistische Aussagen eine breite Zustimmung in der Bevölkerung (↗ Abb. 40) (vgl. auch Hebenstreit et al. 2025, 126; Westle 2020; Zick et al. 2023, 118 f.). So kritisiert eine deutliche Mehrheit (64 Prozent), dass Politikerinnen und Politiker zu viel reden und zu wenig handeln würden. Der Aussage, dass sich Politikerinnen und Politiker nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen kümmern würden, stimmt nur knapp jede/r Dritte (32 Prozent) zu; weitere 36 Prozent stimmen teilweise zu. 29 Prozent sagen, dass »einfache Bürger« bessere Interessenvertreter seien als Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker. Hinsichtlich der plebiszitären Forderung, dass wichtige Entscheidungen direkt von der Bevölkerung getroffen werden sollten, herrscht weniger Einigkeit (41 Prozent Zustimmung). Jeweils ein Viertel bejaht, dass die in einer Demokratie praktizierten Kompromisse ein Verrat an Prinzipien seien und dass es einen einheitlichen Volkswillen gebe. Eine relative Mehrheit lehnt diese Aussagen ab.

Als populistisch eingestellt gelten Personen, wenn sie diesen 7 Aussagen im Durchschnitt mehrheitlich zustimmen.⁶⁷ Nach dieser Codierung entspricht der Anteil populistisch eingestellter Personen in der repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Deutschland-Monitors 21 Prozent. Dieser Anteil ist von 2024 auf 2025 konstant geblieben (↗ Abb. 41). Das bedeutet umgekehrt, dass knapp 4 von 5 Menschen in Gesamtdeutschland keine populistischen Einstellungen teilen. In Ostdeutschland – vor allem bei Personen, die in Ostdeutschland aufgewachsen sind – sind populistische Einstellungen mit 28 Prozent 2025 etwas weiter verbreitet als in Westdeutschland. Gleichwohl teilt auch hier nur weniger als ein Drittel populistische Einstellungen.⁶⁸

⁶⁷ Auf Basis der gegebenen Antworten wird ein Mittelwertindex berechnet, wobei bis zu eine Antwortverweigerung toleriert wird (Cronbachs Alpha = 0,79). Die Antwortkategorien sind numerisch auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 5 (»stimme voll und ganz zu«) codiert. Personen, die einen Indexwert von mindestens 4 erreichen, werden als populistisch eingestellt eingeordnet (vgl. Hebenstreit et al. 2025, Fn. 48).

⁶⁸ Im Erhebungsjahr 2023 wurde eine andere Aussagebatterie zur Messung populistischer Einstellungen herangezogen. Die Anteile populistischer Einstellungen sind daher methodisch nicht direkt vergleichbar.

Abb. 40

Aussagen zur Messung populistischer Einstellungen

(Angaben in Prozent)



Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.



Die Politiker reden zu viel und machen zu wenig.



Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.



Die Politiker kümmern sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen.



Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.



Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.



Das Volk ist sich im Prinzip darüber einig, was politisch passieren muss.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 41
Verbreitung populistischer Einstellungen 2024 und 2025
(Angaben in Prozent)

Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland



- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Damit liegt der Anteil in Ostdeutschland 2025 zwar um 4 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres. Angesichts der geringen Fallzahl ist die statistische Signifikanz aber nicht gegeben, weshalb dieser Unterschied nicht als verlässlich angesehen werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier tatsächlich ein Trend rückläufiger populistischer Einstellungen abzeichnet.⁶⁹

Die Verbreitung populistischer Einstellungen unterscheidet sich deutlich nach der Parteinähe (↗ Abb. 42). Unter der Anhängerschaft der AfD zeigt sich mit 61 Prozent der vergleichsweise größte Anteil populistisch eingestellter Personen. An zweiter Stelle folgen die dem BSW nahestehenden Befragten mit einem Anteil von 39 Prozent. Diese stärkere Verbreitung entspricht Erkenntnissen, dass beide Parteien in ihrer öffentlichen Kommunikation bevorzugt auf populistische Deutungen zurückgreifen (vgl. Lewandowsky 2025; Wurthmann & Decker 2025). Bei den Anhängerschaften der anderen Parteien ist der Anteil populistischer Einstellungen hingegen deutlich geringer und liegt in der Regel zwischen 11 und 14 Prozent (↗ Abb. 42). Besonders selten finden sich populistische Haltungen unter den Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen, wo lediglich 4 Prozent entsprechende Einstellungen teilen. Unter Befragten ohne Parteibindung oder mit Nähe zu einer Kleinpartei liegt die Verbreitung populistischer Einstellungen mit 24 Prozent knapp über dem Durchschnittswert.

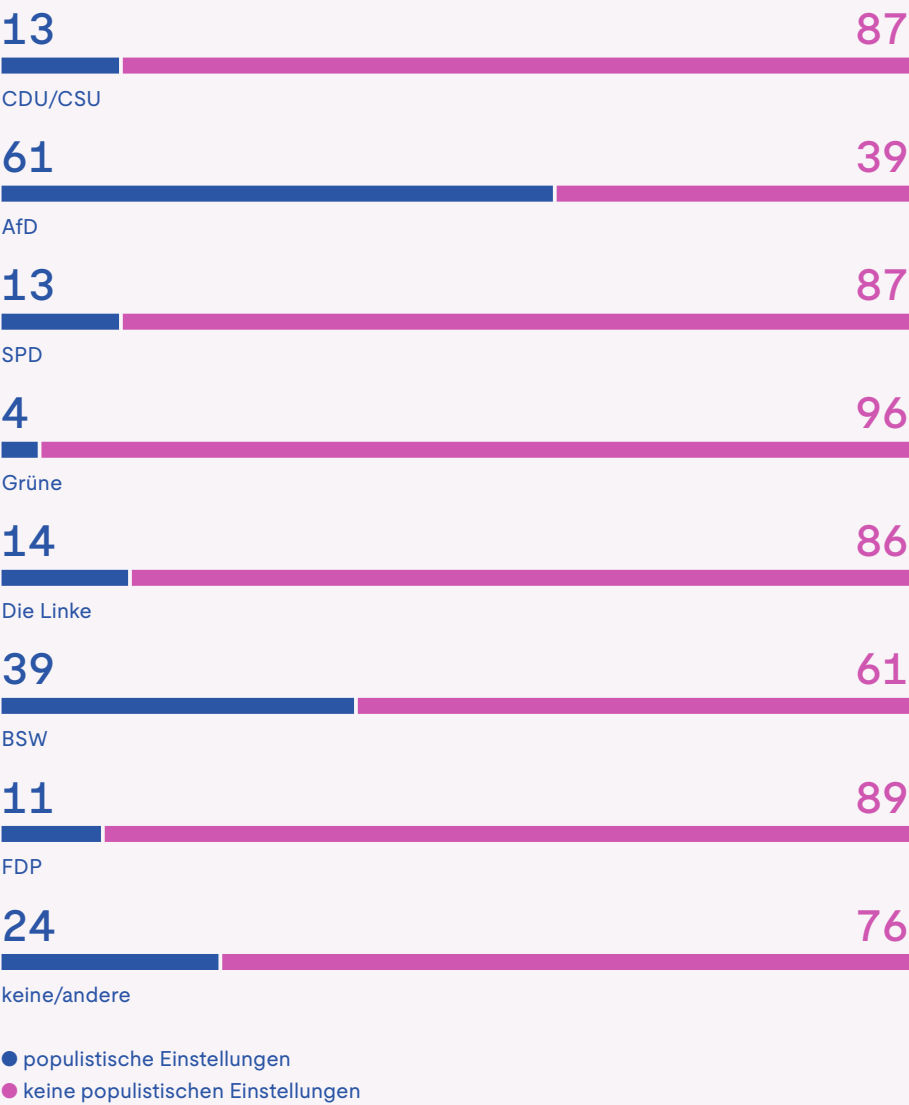
Die Analysen der Daten des Deutschland-Monitors weisen – wie im Vorjahr (vgl. auch Hebenstreit et al. 2025, 131) – einen starken negativen Zusammenhang zwischen Indikatoren politischer Unterstützung und populistischen Einstellungen nach.⁷⁰ Konkret heißt dies, dass der Entzug spezifischer Unterstützung in populistischen Einstellungsmustern Ausdruck findet. Stärker noch als bei den Indikatoren politischer Unterstützung erweist sich die formale Bildung als Erklärungsfaktor populistischer Einstellungen. Menschen mit höherer formaler Bildung haben eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, populistische Einstellungen zu teilen als Personen mit niedriger formaler Bildung (vgl. für ähnliche Ergebnisse: Rovira Kaltwasser & Van Hauwaert 2020; Marcos-Marne et al. 2023). Erklärt werden kann dieser Zusammenhang damit, dass höher gebildete Menschen infolge ihres häufig umfassenderen politischen Wissens weniger empfänglich für vereinfachte elitenfeindliche Deutungen und auch weniger anfällig gegenüber negativen Effekten der Globalisierung sind (vgl. Rippl & Seipel 2018).

Ferner sind auch pessimistische Gesellschaftsdiagnosen und Status-Selbstzuschreibungen signifikante Erklärungsfaktoren für populistische Einstellungen. Wer meint, nicht den gerechten Anteil zu erhalten (relative Deprivation), wer Angst hat, auf die »Verliererseite« des Lebens zu geraten (Statusverlustangst), wer die deutsche Wirtschaftslage als schlecht beurteilt, dem Land insgesamt eine negative Transformationsbilanz attestiert oder die Gesellschaft im Allgemeinen in Unordnung geraten sieht (Anomie) und sich darin selbst als ohnmächtig wahrnimmt, neigt ebenfalls zu populistischen Einstellungen (vgl. auch Spruyt et al. 2016; Marcos-Marne et al. 2023) (↗ Abb. 43).

⁶⁹ Die Aussagen »Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein« und »Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen« wurden in allen 3 Erhebungsjahren abgefragt. Hier kann gegenüber dem Jahr 2023 eine signifikante Zunahme der Zustimmung festgestellt werden.

⁷⁰ Der Index zu populistischen Einstellungen ist mit Pearson-Korrelationen zwischen -0,46 und -0,60 mit den Indikatoren spezifischer Unterstützung korreliert.

Abb. 42
Populistische Einstellungen nach Parteinähe
(Angaben in Prozent)



Populistische Deutungen ermöglichen hierbei in Gestalt der als korrupt wahrgenommenen Eliten eine Verantwortungszuschreibung für individuelle Sorgen und die als negativ bewerteten gesellschaftlichen Entwicklungen (vgl. auch INFO 2025, 13 f.).

Grundlegende Werteorientierungen wie Sicherheit, Konformität und Tradition stehen – unter Berücksichtigung anderer Einflussfaktoren – in keinem signifikanten Zusammenhang zu populistischen Einstellungen. Allerdings sind populistische Einstellungen besonders unter Personen verbreitet, die sich politisch selbst im äußeren rechten Bereich einordnen (↗ Abb. 43). Populistische Einstellungen stehen überdies in einem Zusammenhang mit der Grundhaltung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen. Hier geht mit größeren Vorbehalten gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen eine höhere Wahrscheinlichkeit für populistische Einstellungen einher.⁷¹

Die regionale Verbreitung populistischer Einstellungen in der Vertiefungsstudie zeigt dasselbe Muster wie die Indikatoren politischer Unterstützung (↗ Kap. 4.1.7): Bedeutende Unterschiede zwischen den westdeutschen Regionen und ostdeutschen Regionen mit hoher Prosperität sind nicht nachweisbar. Hingegen nehmen die gering prosperierenden ostdeutschen Regionen mit weit überdurchschnittlich auftretenden populistischen Einstellungen eine Ausreißerposition ein (↗ Abb. 44). Vergleichbar zu den Einstellungen zur Demokratie (↗ Kap. 4.1.7) kann die herausgehobene Anschlussfähigkeit populistischer Einstellungen in den ostdeutschen Regionen mit geringerer Prosperität insbesondere auf ein dort weiter verbreitetes »Gefühl des Abgehängtseins« sowie auf stärker verbreitete Sorgen vor gesellschaftlichem Statusverlust (↗ Abb. 38) zurückgeführt werden.

Auch hier bestätigt sich im Ergebnis unserer Analysen ein generalisierbares Erklärungsmuster: Ostdeutsche Kreisregionen, die ökonomische, sozialstrukturelle und infrastrukturelle Strukturschwächen aufweisen (nachhinkende Prosperität, Langzeitfolgen von Abwanderung, Alterung und Mängel örtlicher Daseinsvorsorge) bewirken bzw. reproduzieren in verstärktem Maße Verlust-, Benachteiligungs- und Zurücksetzungsgefühle, die sich auf der Ebene politischer Einstellungen in besonders starken Abwehrreflexen gegen etablierte Politik und oft auch gegen »das System« niederschlagen.

⁷¹ Die Effektstärke ist hier etwas geringer als bei den Einstellungen zur Demokratie.

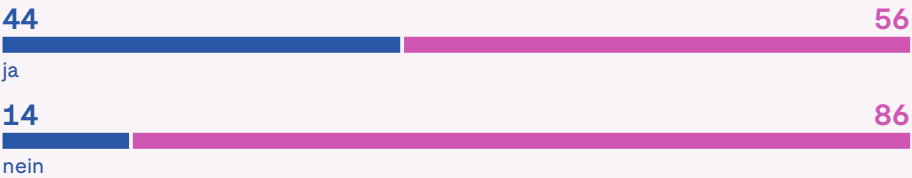
Abb. 43

Ausgewählte Bestimmungsfaktoren populistischer Einstellungen
(Angaben in Prozent)

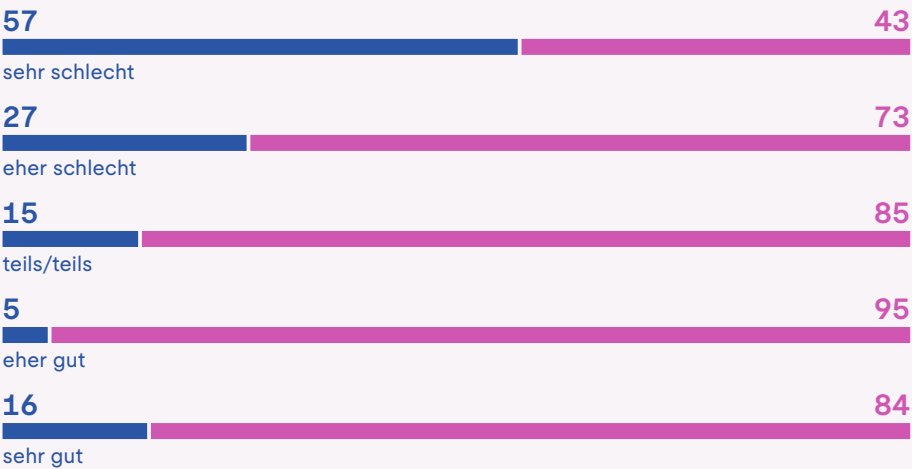
Bildung



Statusverlustangst

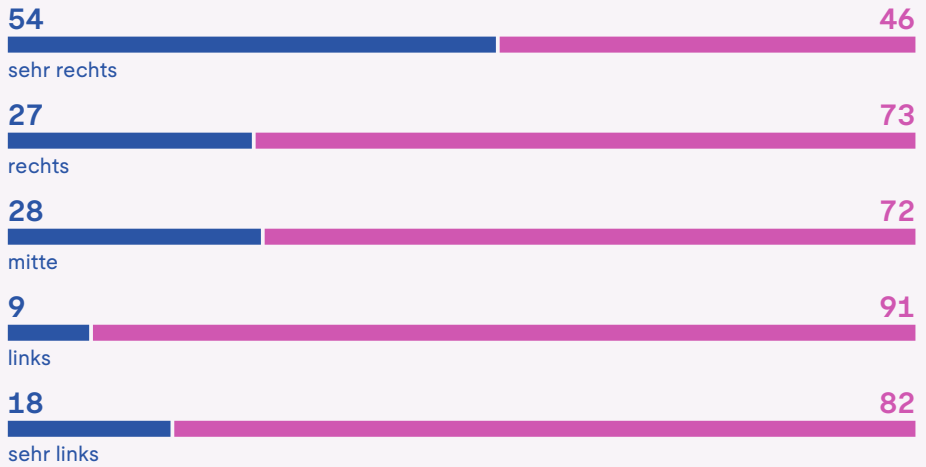


Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands



Niedriges formales Bildungsniveau: kein Schulabschluss, Hauptschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss; mittleres formales Bildungsniveau: Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss; hohes formales Bildungsniveau: Abitur, Fachabitur oder vergleichbarer Abschluss. Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in Schulausbildung befinden, werden entsprechend ihres angestrebten Schulabschlusses codiert.

Politische Selbstverortung

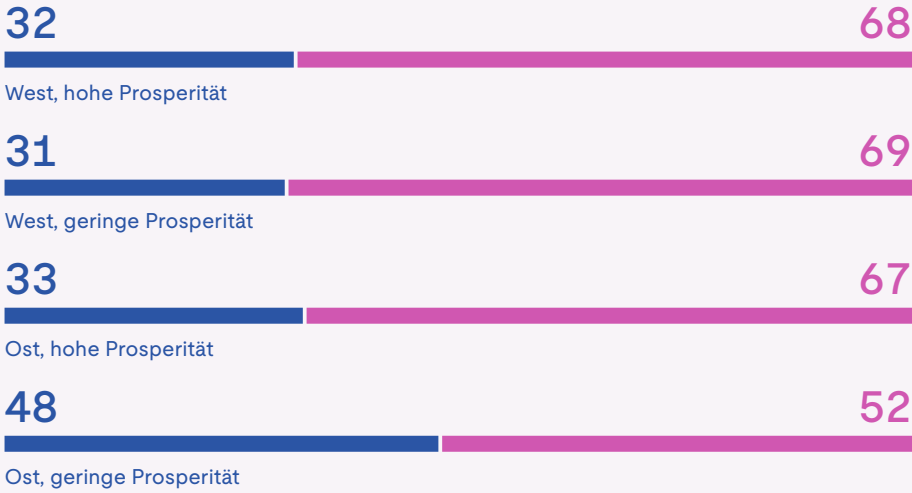


- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Personen mit Statusverlustangst wurden als solche codiert, wenn sie der entsprechenden Aussage wenigstens »eher« zustimmen. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 44

Populistische Einstellungen nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)

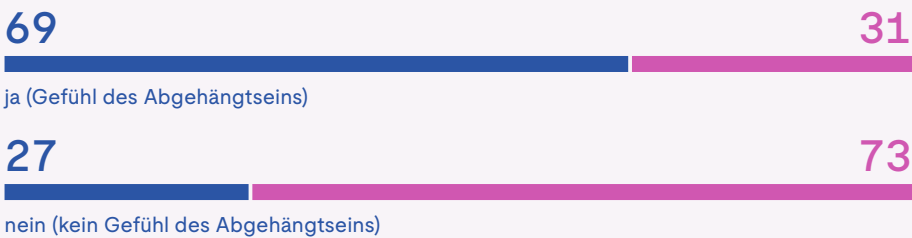


- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Siehe auch die Hinweise zu Abb. 37. Unterschiede zwischen der Gruppe »Ost, geringe Prosperität« und den übrigen Kreistypen sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 45

Populistische Einstellungen in Abhängigkeit eines »Gefühls des Abgehängtseins« anhand der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)



- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Mit »ja« wurden diejenigen Personen codiert, die allen Aussagen zur Messung des »Gefühls des Abgehängtseins« mehrheitlich zustimmten. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

4.3

Diktaturaffine Einstellungen

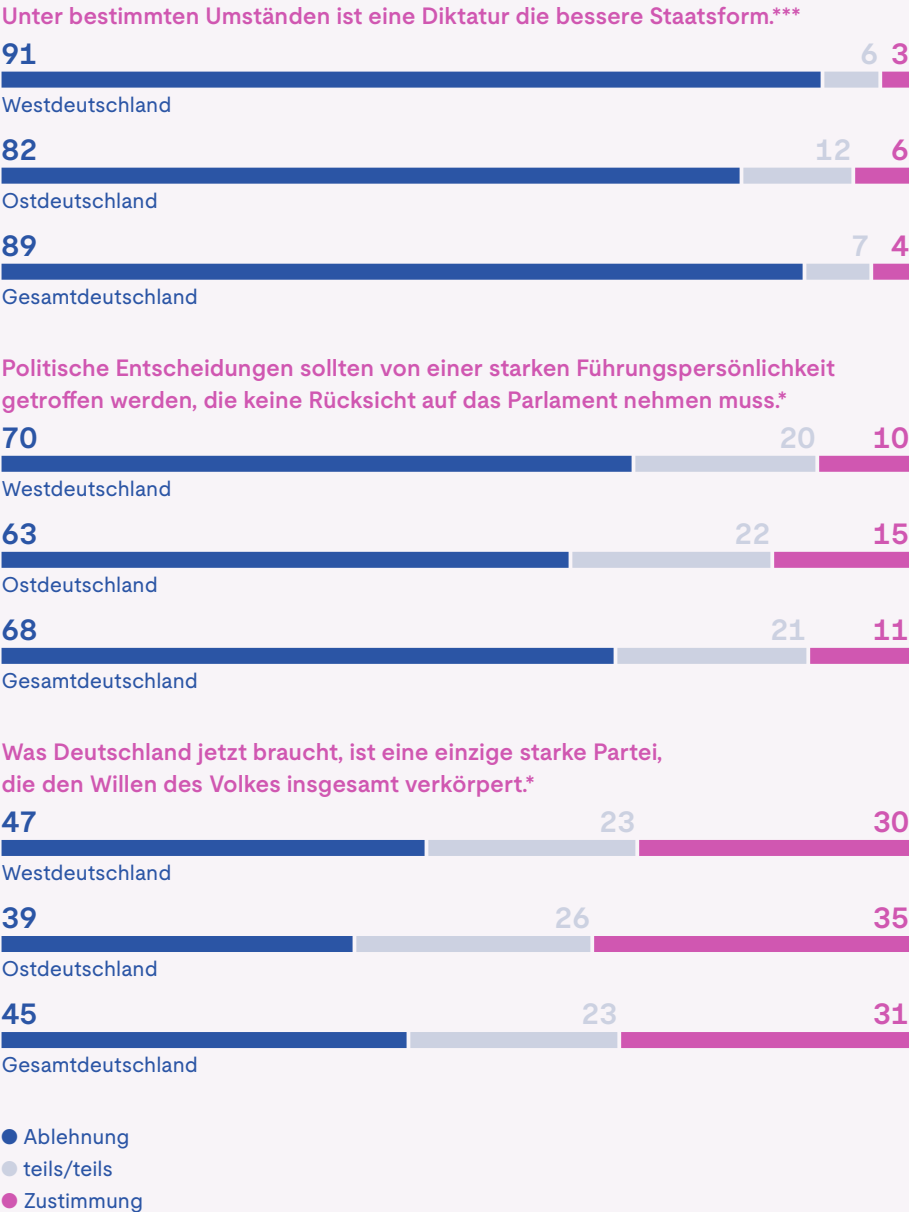
Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2025 zu den Einstellungen zur Demokratie (→ Kap. 4.1.1) zeigen, dass es eine nahezu einhellige Unterstützung der Demokratie als Idee gibt. Doch die ideelle Zustimmung zur Demokratie als Staatsform muss keinesfalls gleichbedeutend mit der Zustimmung zu den Wesensmerkmalen rechtsstaatlicher sozialer und liberaler demokratischer Verfassungsstaaten sein (vgl. Claassen et al. 2025). So weisen die Daten des Deutschland-Monitors nur einen marginalen Anteil von knapp einem Prozent selbsterklärter Antidemokraten aus. Das bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass innerhalb der Bevölkerung Deutschlands niemand eine autokratische bzw. autoritär-staatliche Transformation der Demokratie unterstützt. Daher nimmt der Deutschland-Monitor 2025 auch diesen Grenzbereich von demokratiegefährdenden Einstellungen in den Blick.

Im Zentrum der Messung stehen 3 Aussagen (→ Abb. 46). Zustimmung hierzu bedeutet einen eindeutigen Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats (Art. 20 und 28 GG). Die den Befragten vorgelegten Aussagen basieren auf einer erprobten Messung der Einstellung zu einer rechtsautoritären Diktatur (vgl. Decker et al. 2024, 37 f.; Zick et al. 2023, 63), wurden aber in Teilen umformuliert, um auch für diktaturaffine Einstellungen außerhalb politisch rechter Milieus anschlussfähig zu sein.⁷²

Der Aussage, dass »unter bestimmten Umständen [...] eine Diktatur die bessere Staatsform [ist]«, stimmen bundesweit lediglich 4 Prozent zu. 7 Prozent haben hierzu keine eindeutige Meinung, 89 Prozent lehnen eine Diktatur »unter allen Umständen« ab. Dass »politische Entscheidungen von einer starken Führungspersonlichkeit getroffen werden sollten«, ohne Rücksicht auf ein gewähltes Parlament, unterstützt bundesweit gut jede/r Zehnte (11 Prozent). Weitere 21 Prozent beziehen hierzu keine eindeutige Position. Mit 68 Prozent lehnen etwas mehr als zwei Drittel eine exekutive Führung ohne Beachtung von Parlament und Gewaltenteilung ab. Weniger eindeutig ist das Meinungsbild zur Aussage, Deutschland brauche »eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert«. Eine solche Einparteienherrschaft befürworten 31 Prozent, 25 Prozent zeigen sich unentschieden, und nur 45 Prozent lehnen sie ab. Bei allen 3 Aussagen fällt die Zustimmung in Ostdeutschland geringfügig – aber dennoch signifikant – höher aus.

⁷² Die Entwicklung der Items erfolgte im Rahmen des Netzwerks »Länder-Monitore« in Deutschland und soll durch gemeinsam genutzte Items regional vergleichende Analysen zur politischen Kultur ermöglichen.

Abb. 46
Aussagen zur Messung diktatoraffiner Einstellungen
 (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Zur besseren Übersichtlichkeit der Darstellung wurden bei der Antwortskala von 1 (»stimme voll und ganz zu«) bis 6 (»stimme überhaupt nicht zu«) jeweils zwei Merkmalsausprägungen zu einer Kategorie zusammengefasst. Das Signifikanzniveau bezieht sich auf den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Dass die Präferenz für ein Einparteienregime, gefolgt von der Sympathie für eine nicht-kontrollierte Führungspersönlichkeit, die meiste Zustimmung erfährt, entspricht den Ergebnissen anderer Erhebungen (vgl. Hebenstreit et al. 2025, 141; Decker et al. 2024, 37 f.; Zick et al. 2023, 64 f.).

Nicht schon die Zustimmung zu lediglich einer Aussage bedeutet, dass jemand ein zweifelhaftes Verhältnis zur Demokratie hat oder gar extremistische Einstellungen teilt (vgl. auch INFO 2025, 88 f.). Bei der Bündelung der abgefragten Aussagen zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit (77 Prozent) der Bevölkerung in Deutschland kein autoritäres Staatsverständnis teilt (→ Abb. 47, Balken »Ablehnung«).⁷³ Knapp 2 Prozent stimmen allen 3 Aussagen im Durchschnitt zu (»Zustimmung«), sodass davon auszugehen ist, dass diese ein Gesellschaftsbild haben, das mit der rechtsstaatlichen und pluralistischen Demokratie unvereinbar ist. Ein größerer Teil der Gesellschaft – mit 21 Prozent etwa ein Fünftel bzw. in Ostdeutschland ein Viertel (26 Prozent) – ist für autoritäre Ideen zumindest in Teilen empfänglich (»Graubereich«).⁷⁴

Die statistischen Analysen zeigen, dass diktaturaffine Einstellungen insbesondere unter in Ostdeutschland bzw. der ehemaligen DDR sozialisierten Menschen sowie bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau vermehrt anschlussfähig sind. Auch die Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Kontrollverlusts, eine schlechte Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage und die Sorge vor gesellschaftlichen Statuseinbußen sind wichtige Faktoren zur Erklärung diktaturaffiner Einstellungen.

Der stärkste Erklärungsfaktor ist allerdings die politische Selbstverortung im radikal rechten Spektrum. Unter Personen, die sich sehr weit rechts verorten, sind 61 Prozent wenigstens teilweise empfänglich für diktaturaffine Einstellungen (→ Abb. 48). Damit übereinstimmend geht auch die Nähe zur AfD mit größerer Empfänglichkeit für diktaturaffine Einstellungen einher (50 Prozent). Im linken Spektrum, genauer bei Personen, die Bündnis 90/ Die Grünen, der Partei Die Linke oder der SPD nahestehen, sind diktaturaffine Einstellungen hingegen seltener anschlussfähig als im Bevölkerungsdurchschnitt.

⁷³ Zur Bildung der aggregierten Variablen »autoritäre Einstellungen« wurde in Anlehnung an den Deutschland-Monitor 2024 und die Mitte-Studien folgendes Verfahren angewandt: Jede Antwortkategorie der Einzelvariablen entspricht einem Zahlenwert zwischen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 6 (»stimme voll und ganz zu«). Die Zahlenwerte aller 3 Aussagen werden jeweils kumuliert, sodass man für alle Befragten einen Summenscore mit einem Wertebereich zwischen 3 (Ablehnung aller Aussagen) und 18 (Zustimmung zu allen Aussagen) erhält. Personen, die mindestens eine Antwort verweigerten, wurden bei der Codierung ausgeschlossen. Erreichen die Befragten einen Summenscore zwischen 15 und 18, stimmen sie den Aussagen also eindeutig mehrheitlich zu, gelten sie als autoritär eingestellt (Zustimmung). Erreichen sie einen Summenscore zwischen 10 und 14, werden sie einem Graubereich zugeordnet. Personen mit einem Summenscore von 9 oder weniger gelten als nicht-autoritär eingestellt (vgl. Zick et al. 2023, 63). Die Zuordnung der Grenzwerte erfolgt so, dass sie denen der Vorjahrescodierung nach Min-Max-Transformation entsprechen.

⁷⁴ Wegen der unterschiedlichen Operationalisierung kann zwischen der Verbreitung diktaturaffiner Einstellungen in den Erhebungsjahren 2024 und 2025 kein direkter Vergleich gezogen werden. In der Pilotphase des Deutschland-Monitors (2023–2026) ist die Erprobung unterschiedlicher Erhebungsinstrumente vorgesehen.

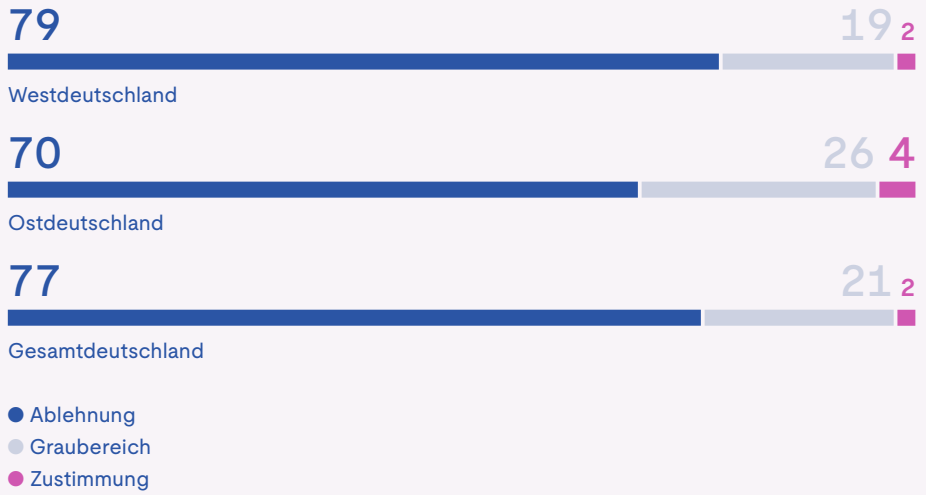
Ist der regionale Kontext von Bedeutung für diktaturaffine Einstellungen? Dass eine in Teilen rechtsextremistische Partei wie die AfD gerade in strukturschwachen Regionen – auch in Westdeutschland – gegenwärtig verstärkt Wahlerfolge erzielt kann, lässt einen Zusammenhang vermuten. Angesichts der Erkenntnisse, dass – beeinflusst durch verstärkte individuelle und kollektive Benachteiligungsgefühle – insbesondere in strukturschwachen ostdeutschen Regionen eine geringere politische Unterstützung besteht, kann dort auch eine häufigere Präferenz für autoritäre Systemalternativen vermutet werden (→ Kap. 4.1.7).

Tatsächlich zeigt die Analyse, dass diese Einstellungsmuster in den ostdeutschen Kreisen mit geringer Prosperität signifikant häufiger vorzufinden sind: So äußern hier 33 Prozent der Befragten – wenigstens in Teilen – Unterstützung für diese diktaturaffinen Einstellungen, während es in den strukturstarken ostdeutschen Kreisen ebenso wie in allen westdeutschen Kreisen – unabhängig von der Strukturstärke – jeweils nur zwischen 21 und 24 Prozent sind, die wenigstens in Teilen für diktaturaffine Einstellungen empfänglich sind. Damit bestätigen sich die Ergebnisse des Vorjahres (vgl. Hebenstreit et al. 2025, 152).

Wie angenommen, erklärt sich auch bei den diktaturaffinen Einstellungen die erhöhte Anschlussfähigkeit in den ostdeutschen Kreisen mit geringer Prosperität zu einem erheblichen Teil durch das dort weiter verbreitete »Gefühl des Abgehängtseins«. Dies unterstreicht die Bedeutung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die gleichwertige Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen für die politische Kultur und die demokratische Resilienz (→ Kap. 4.1.7).

Abb. 47

Diktaturaffine Einstellungen in Ost-, West- und
Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 48
Individuelle Bestimmungsfaktoren diktaturaffiner Einstellungen
(Angaben in Prozent)

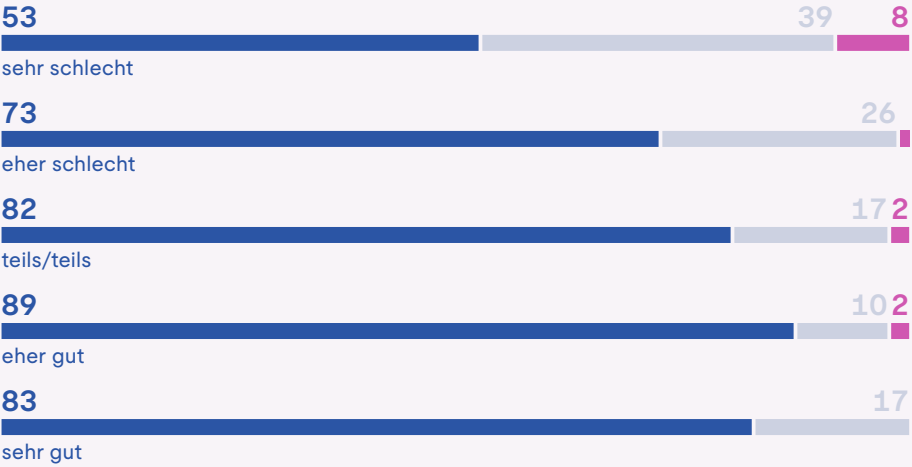
Bildung



Statusverlustangst

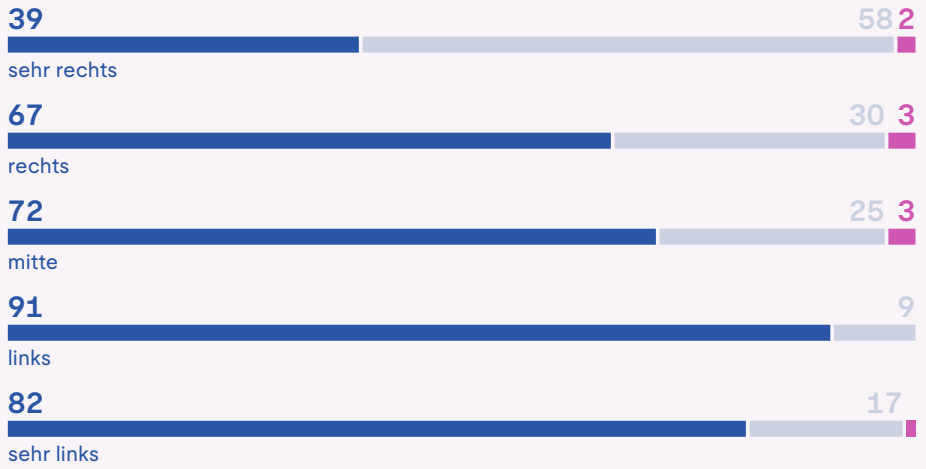


Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands



Niedriges formales Bildungsniveau: kein Schulabschluss, Hauptschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss; mittleres formales Bildungsniveau: Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss; hohes formales Bildungsniveau: Abitur, Fachabitur oder vergleichbarer Abschluss. Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in Schulausbildung befinden, werden entsprechend ihres angestrebten Schulabschlusses codiert.

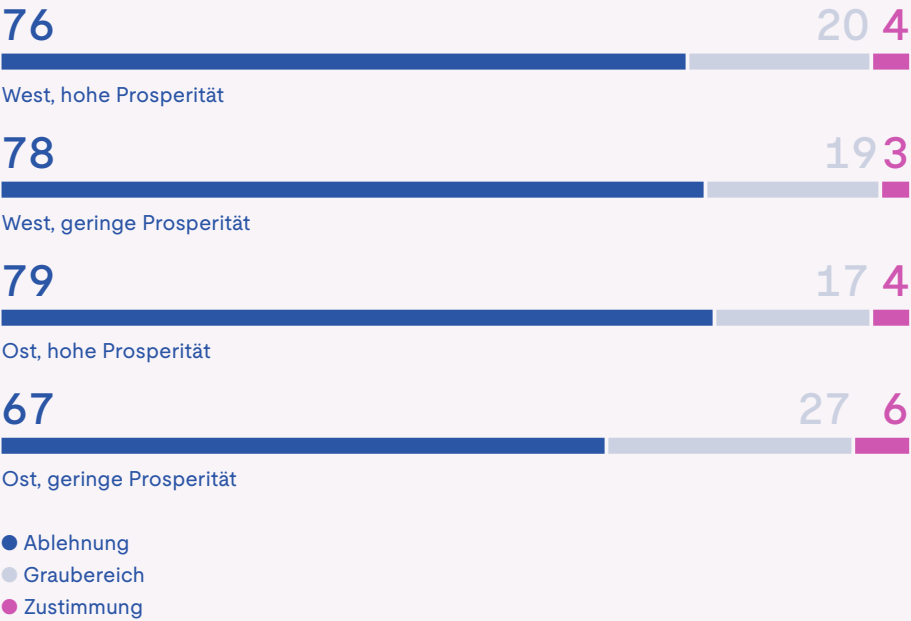
Politische Selbstverortung



- Ablehnung
- Graubereich
- Zustimmung

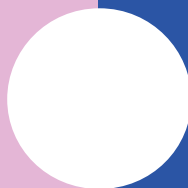
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Personen mit Statusverlustangst wurden als solche codiert, wenn sie der entsprechenden Aussage wenigstens »eher« zustimmen. Unterschiede sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 49
Diktaturaffine Einstellungen nach Prosperität anhand
der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede zwischen der Gruppe »Ost, geringe Prosperität« und den übrigen Kreistypen sind auf einem Niveau von $p \leq 0,01$ signifikant.

5



Gesellschaftliche Einstellungen und Lebenspers- pektiven

5.0

Gesellschaftliche Einstellungen und Lebensperspektiven

Nach der Analyse der politischen Einstellungen in Kapitel 4 stehen im Folgenden die gesellschaftlichen Orientierungen im Zentrum, welche keinen unmittelbaren Politikbezug haben, das Stimmungsbild im Land jedoch gleichwohl (mit)prägen. Betrachtet werden die allgemeine Lebenszufriedenheit, Lebensbilanzierung und wahrgenommene Anerkennung sowie der soziale Zusammenhalt im Wohnumfeld. 35 Jahre nach der Wiedervereinigung liegt zudem ein besonderer Fokus auf der rückblickenden Bewertung der Wiedervereinigung – und zwar sowohl für die persönliche Lebensbilanz als auch für den eigenen Landesteil.

5.1

Lebenszufriedenheit, Lebensbilanz und gesellschaftliche Wertschätzung

Die Lebenszufriedenheit gilt in der Sozialforschung als ein allgemeiner Indikator für subjektives Wohlbefinden. Sie spiegelt die individuelle – häufig aktuelle – Bewertung der eigenen Lebensumstände wider, also das Verhältnis zwischen persönlichen Erwartungen und gemachten Erfahrungen. Meist fokussieren Studien dabei auf die Frage, wie zufrieden die Personen »alles in allem« mit ihrem Leben sind (vgl. Enste & Ewers 2014; Felbermayr et al. 2017; Stobbe 2020). Im aktuellen Deutschland-Monitor wird dieser Ansatz um zwei zusätzliche Dimensionen erweitert: Erstens um eine Frage zur eigenen bisherigen Lebensbilanz, indem die Bürgerinnen und Bürger danach gefragt wurden, ob sie das, was sie sich für ihr bisheriges Leben vorgenommen haben, im Wesentlichen erreicht haben. Zweitens wurden sie danach gefragt, ob in ihrer Wahrnehmung die bisherige Lebensleistung gesellschaftlich wertgeschätzt wird. Mit diesem erweiterten Zugang wird verdeutlicht, dass Lebenszufriedenheit als individuelle Selbstbetrachtung in gesellschaftliche Kontexte eingebettet ist und davon mitbestimmt wird. So ist subjektives Wohlbefinden mit dem Aspekt sozialer Anerkennung verknüpft.

Die Untersuchung zeigt: In der Bevölkerung Deutschlands überwiegt eine allgemeine Lebenszufriedenheit. 79 Prozent der Befragten äußern sich alles in allem zufrieden mit dem eigenen Leben, nur 4 Prozent sind unzufrieden (→ Abb. 50). Es bestehen jedoch – wie auch bereits 2023 – moderate Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Während im Westen gegenwärtig 81 Prozent zufrieden sind, liegt der Anteil in Ostdeutschland bei 72 Prozent. Etwas geringer fällt die Zustimmung bei der Frage aus, ob man mit dem im Leben bisher Erreichten zufrieden ist. Dem stimmen zwei Drittel zu, rund ein Viertel positioniert sich zu dieser Frage unentschieden (»teils/teils«) und nur eine Minderheit ist nicht zufrieden.

Die Ost-West-Unterschiede sind hierbei marginal: So geben in Ostdeutschland 64 Prozent an, im Wesentlichen erreicht zu haben, was sie sich vorgenommen haben, verglichen mit 68 Prozent im Westen.

Zurückhaltender wird die gesellschaftliche Wertschätzung des persönlich Erreichten beurteilt. 59 Prozent sehen ihre bisherige Lebensleistung als gesellschaftlich anerkannt an, etwa ein Siebtel (14 Prozent) empfindet die Würdigung als unzureichend und etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) gibt an, dass die Anerkennung nur teilweise erfolgt ist. Diese Wahrnehmung unterscheidet sich dabei nicht signifikant zwischen Ost- und Westdeutschland. Auch bei der Unterscheidung nach Sozialisation in der ehemaligen BRD oder der DDR zeigen sich keine systematischen Unterschiede.

Insgesamt zeigt sich, dass die persönliche Lebenszufriedenheit und die Bewertung des bisher Erreichten positiver ausfällt als die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Anerkennung. Allerdings ist die Differenz zwischen Selbsteinschätzung und gefühlter Fremdeinschätzung mit 8 Prozentpunkten deutschlandweit nicht besonders groß, und sie liegt auch im Osten des Landes mit 10 Prozentpunkten kaum höher. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert angesichts des im öffentlichen Diskurs häufig vermittelten Narrativ, die Lebensleistung speziell von Ostdeutschen erfahre keine angemessene gesellschaftliche Anerkennung (vgl. Pickel & Pickel 2020; Reiser & Reiter 2023). So äußern sehr viele Ostdeutsche in aktuellen Befragungen, dass sie von Westdeutschen als »Bürger zweiter Klasse« behandelt werden würden (vgl. Weisskircher 2020; infratest dimap 2023). Diese weitverbreitete Wahrnehmung einer kollektiven Benachteiligung steht somit in einem – auf den ersten Blick – Widerspruch zu diesem Ergebnis des Deutschland-Monitors 2025, wonach eine deutliche Mehrheit der – auch ostdeutschen – Bevölkerung angibt, Wertschätzung für die bisherige Lebensleistung zu erfahren. Dieses Ergebnis fügt sich jedoch ein in eine Reihe weiterer Erkenntnisse des Deutschland-Monitors und weiterer Studien, die große Unterschiede zwischen der eigenen Wahrnehmung bzw. des direkt erlebten gesellschaftlichen Umfelds einerseits und andererseits der Beurteilung der (Teil-)Gesellschaft insgesamt zeigen.⁷⁵

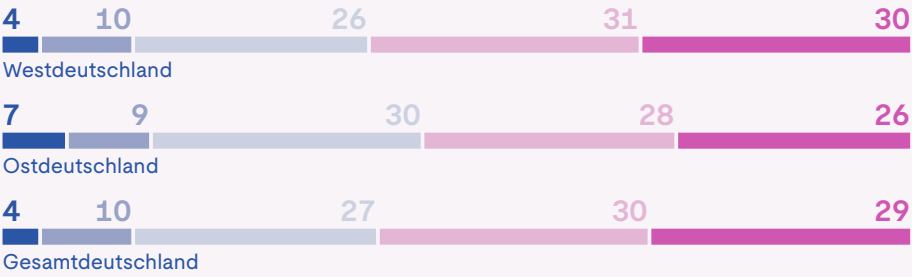
Betrachtet man die 3 Dimensionen der Lebenszufriedenheit – allgemeine Zufriedenheit, persönliche Bilanz und empfundene gesellschaftliche Anerkennung – gemeinsam, zeigt die Analyse, dass ältere Personen, also jene, die vor 1964 geboren sind, insgesamt etwas zufriedener mit ihrem Leben sind. Für die Lebenszufriedenheit ist zudem die eigene ökonomische Lage von Bedeutung: Wer über ein höheres Nettoäquivalenzeinkommen verfügt, ist auch zufriedener mit dem eigenen Leben und der Anerkennung desselben. Daran anknüpfend haben auch Gerechtigkeitsempfinden und Statussicherheit eine hohe Bedeutung: Je stärker Befragte die Sorge äußern, »durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten«, desto schlechter fällt ihre Lebensbilanz insgesamt aus. Die Abbildung (➤ Abb. 51) zeigt, dass Personen, die keine Statusverlustängste äußern, hohe Zufriedenheitswerte erreichen, während diejenigen, die große Ängste haben, über geringe Zufriedenheit in Bezug auf ihre Lebensbilanz berichten.

⁷⁵ Selbiges Muster zeigt sich bei den unterschiedlichen Transformationserfahrungen für einen selbst und das eigene Umfeld im Vergleich zur Transformationserfahrung für Deutschland insgesamt (➤ Kap. 3.3.2), der unterschiedlichen Einschätzungen der eigenen und gesamtgesellschaftlichen wirtschaftlichen Lage und der unterschiedlichen Beurteilung des sozialen Zusammenhalts im eigenen Nahbereich und in Deutschland insgesamt (vgl. Hebenstreit et al. 2025).

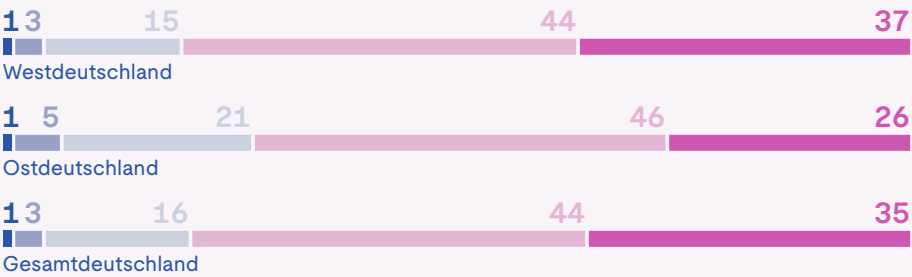
Abb. 50

Lebenszufriedenheit, Lebensbilanz und gesellschaftliche Wertschätzung
in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)

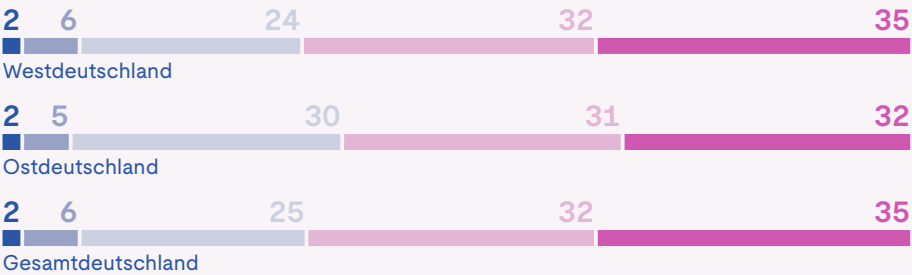
Meine bisherige Lebensleistung wird von der Gesellschaft geschätzt.*



Mit meinem Leben bin ich alles in allem zufrieden.°/**



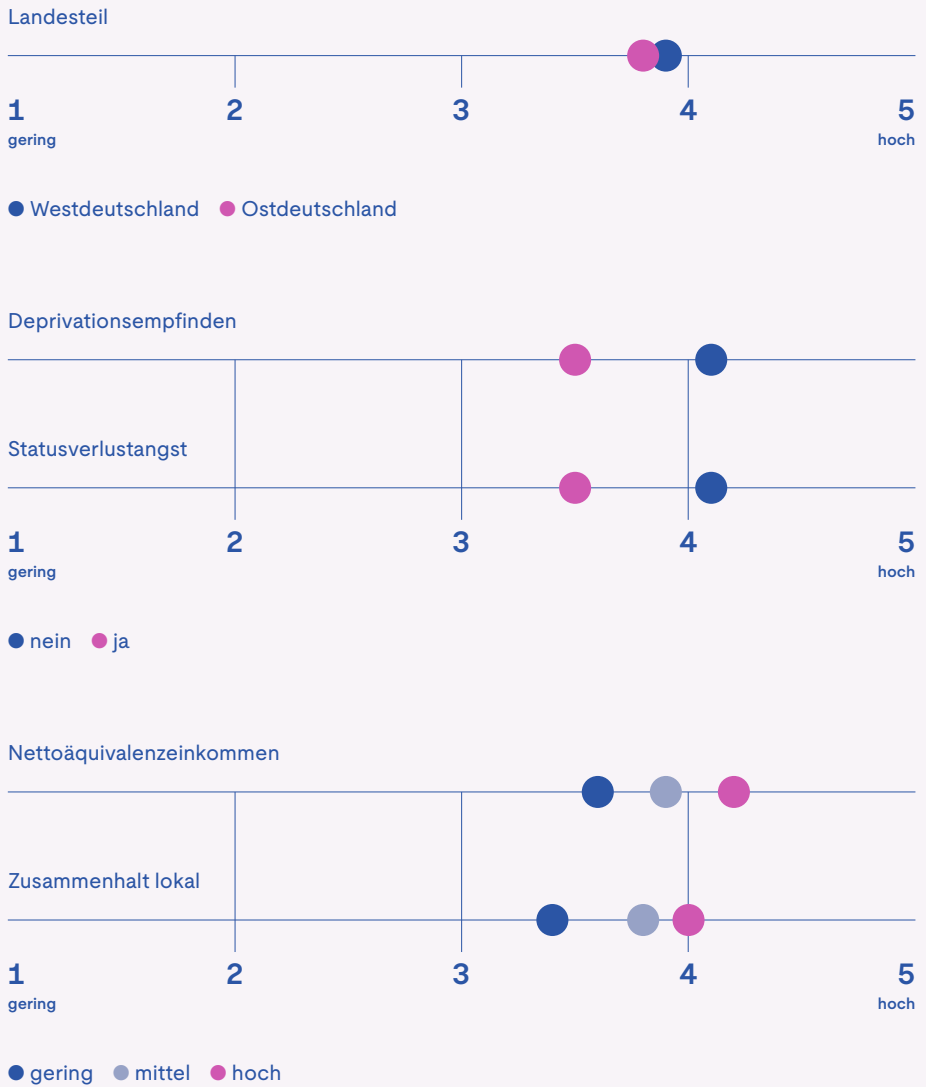
Was ich mir für mein bisheriges Leben vorgenommen
habe, habe ich im Wesentlichen erreicht.



● stimme überhaupt nicht zu ● stimme eher nicht zu ● teils/teils
● stimme eher zu ● stimme voll und ganz zu

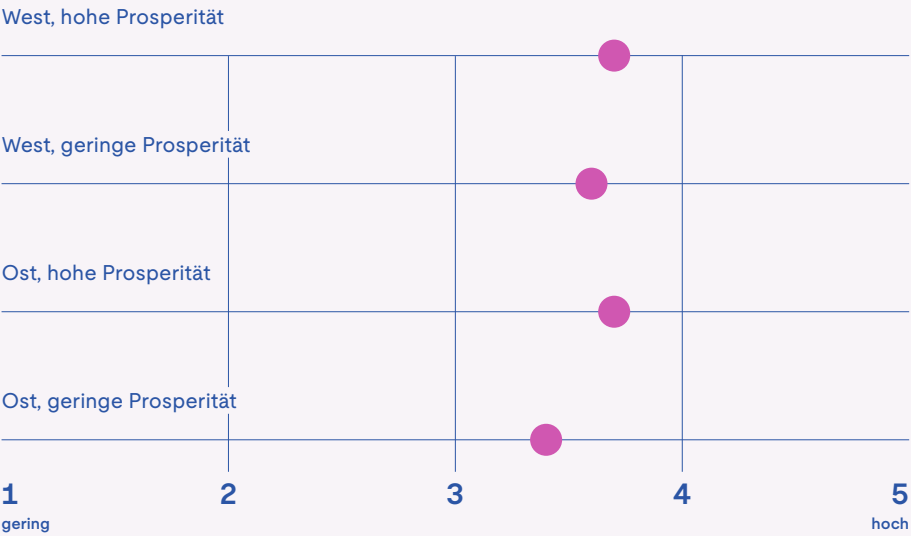
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. ° Die Originalfragestellung lautet »Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben?«. Diese wurde im Rahmen der Abbildung für vergleichbare Antwortkategorien angepasst. Die originalen Antwortkategorien lauten »sehr zufrieden«, »eher zufrieden«, »teils/teils«, »eher unzufrieden« und »sehr unzufrieden«. Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$.

Abb. 51
Lebenszufriedenheit nach
unterschiedlichen Indikatoren



Abgetragen sind jeweils die arithmetischen Mittelwerte. Personen mit Statusverlustangst wurden als solche codiert, wenn sie der entsprechenden Aussage wenigstens »eher« zustimmen. Als depriviert werden Personen codiert, wenn sie äußern, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Nettoäquivalenzeinkommen: 1.500 € oder weniger (gering), 1.501 bis 3.000 € (mittel), über 3.000 € (hoch). Unterschiede aller Gruppenvergleiche sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 52
Lebenszufriedenheit nach Prosperität anhand
der regionalen Vertiefungsstudie



Abgetragen sind die arithmetischen Mittelwerte.
Unterschiede sind auf einem Niveau $p \leq 0,001$ signifikant.

Auch eine relative Deprivationswahrnehmung hängt – nicht überraschend – mit der Lebenszufriedenheit und der gefühlten Anerkennung von Lebensleistung zusammen: So bilanzieren diejenigen, die die Wahrnehmung haben, weniger als den gerechten Anteil zu bekommen, auch ihr Leben merklich schlechter. Interessant ist, dass diejenigen, die in ihrer Wahrnehmung mehr als den gerechten Anteil bekommen, im Vergleich zu jenen, die in ihrer Wahrnehmung den gerechten Anteil erhalten, das gleiche Zufriedenheitsniveau haben. Hier zeigt sich also ein Schwelleneffekt, der verdeutlicht, dass vor allem das Gefühl der Ungerechtigkeit ausschlaggebend ist.

Ebenso zeigt sich auch ein Zusammenhang zwischen der Lebensbilanz und der Bewertung der Wiedervereinigung. Personen, die für sich selbst bzw. für Ost- bzw. Westdeutschland insgesamt eine positive Bilanz der Wiedervereinigung ziehen, bekunden gleichermaßen eine signifikant höhere Zufriedenheit mit dem Leben als diejenigen, die für sich oder für ihren Landesteil Nachteile mit der Wiedervereinigung verbinden.

Hingegen unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche in der Bewertung ihrer Lebensbilanz nur minimal. Auch die regionale Vertiefungsstudie (→ Kap. 2.2) zeigt nur geringe Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen in Ost und West (→ Abb. 52). Die Lebenszufriedenheit in den strukturstarken ostdeutschen Kreisen liegt auf dem gleichen Niveau wie jene in den westdeutschen Kreisen. Allerdings bewerten die Einwohnerinnen und Einwohner der strukturschwachen ostdeutschen Kreise die Lebensbilanz und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Anerkennung signifikant geringer. Dieser Befund legt nahe, dass regionale Kontexte einen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben können (vgl. auch Dittmann & Goebel 2010). Individuelle und soziale Faktoren, wie Statusverlustangst oder lokaler Zusammenhalt, überwiegen deutlich, doch im Osten wirkt die fehlende Prosperität stärker als ein Resonanzraum, in dem sich strukturelle Nachteile stärker subjektiv niederschlagen. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen des Deutschland-Monitors 2023, der zeigte, dass die Einwohnerinnen und Einwohner diese Regionen auch verstärkt als »abhängig« wahrnehmen und sich kollektiv benachteiligt fühlen (vgl. Holtmann et al. 2024).

Dies verdeutlicht, dass dreieinhalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung nicht die regionale Herkunft per se, sondern vor allem die individuellen Lebenslagen und Gegenwartsperspektiven die Zufriedenheitsbilanz prägen. Dazu gehört auch die Einbindung in die soziale Gemeinde und der soziale Zusammenhalt. So ziehen Menschen, die in ihrem unmittelbaren Umfeld sozial eingebunden sind und soziale Stabilität, gegenseitige Unterstützung und gemeinschaftliches Handeln erleben (→ Kap. 5.2), auch eine nachweislich positivere Lebensbilanz.

Die Lebenszufriedenheit ist zudem auch eng verbunden mit den Einstellungen zum politischen System. So zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und jener mit der Praxis der Demokratie in Deutschland – wer mit seinem Leben zufriedener ist, ist auch mit der Praxis der Demokratie in Deutschland zufriedener. Es zeigt sich weiterhin ein parteispezifisches Muster: So äußern insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und der Union eine überdurchschnittliche Zufriedenheit mit der eigenen Lebensbilanz. Die Anhängerinnen und Anhänger der Linken und der AfD zeichnen sich hingegen durch eine unterdurchschnittliche Lebenszufriedenheit aus, während sich jene von Personen ohne Parteibindung und jenen mit einer Parteibindung zu den anderen Parteien im Mittelfeld bewegen.

5.2

Lokaler Zusammenhalt und kollektive Wirksamkeit

Der soziale Zusammenhalt am Wohnort – hier verstanden als gegenseitige Unterstützung im Alltag und das Vertrauen, gemeinsam etwas bewirken zu können – zählt zu den bedeutsamen Indikatoren für die soziale Integration und das gesellschaftliche Miteinander. Im Folgenden wird betrachtet, wie stark diese Einschätzungen in der Bevölkerung ausgeprägt sind und inwieweit sie zwischen Regionen und Altersgruppen variieren. Kennzeichnend für sozialen Zusammenhalt ist, dass »Menschen in Nähebeziehungen« (vgl. Assmann 2025, 7) zueinander treten und sich diese Kontakte in Einstellungen und Lebenspraxen umsetzen (vgl. Groh-Samberg & Schmelzle 2025, 17). Sozialer Zusammenhalt, und insbesondere das damit einhergehende Vertrauen in gemeinsame Handlungsfähigkeit, können als Indikatoren gesellschaftlicher und auch demokratischer Stabilität angesehen werden (zur normativen Aufladung des Begriffs Zusammenhalt, vgl. Groh-Samberg & Schmelzle 2025, 2, 16 f.).

Dass sich vor allem auf lokaler Ebene, und hier gerade im unmittelbaren Wohnumfeld, ein entsprechendes intaktes »Wir-Gefühl« herausbildet, hat bereits der Deutschland-Monitor 2023 aufgezeigt (vgl. Hebenstreit et. al. 2024, 71 ff.). Im aktuellen Deutschland-Monitor 2025 wird die Frage nach aktuellen Erscheinungsformen sozialen Zusammenhalts anhand von zwei zentralen Indikatoren des sogenannten Sozialitätsindex⁷⁶ (vgl. Hebenstreit et. al. 2024, 95 ff.) erneut untersucht: zum einen über die Einschätzung, ob sich Menschen am Wohnort gegenseitig helfen, und zum anderen über die Aussage, ob man gemeinsam etwas vor Ort erreichen kann. In der Auswahl dieser Variablen wird das Spannungsfeld zwischen sozialer Nähe und kollektiver Wirksamkeit, also dem Vertrauen in gemeinsames zielführendes Handeln, sichtbar.

Trotz – oder gegebenenfalls aber gerade aufgrund – der gewachsenen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wird der Zusammenhalt vor Ort weiterhin positiv bewertet. Ein Großteil der Befragten (62 Prozent) gibt an, dass sich Nachbarinnen und Nachbarn gegenseitig unterstützen und man sich im Notfall aufeinander verlassen könne. Dieser Anteil hat sich seit 2023 nicht verändert. Dies gilt auch für die Wahrnehmung, dass man sich vor Ort gegenseitig motiviert, um gemeinsam etwas zu bewegen. Diese äußern im Jahr 2025 zwei Fünftel (42 Prozent) und somit ein etwa gleich großer Anteil wie im Jahr 2023 (41 Prozent).

⁷⁶ Der Sozialitätsindex (SIX) ist ein Erhebungsinstrument zur Messung der örtlichen Wahrnehmung der Lebensqualität, der Standortgüte und des sozialen Zusammenhalts im lokalen Lebensumfeld. In seiner ursprünglichen Fassung beruht er auf 15 Fragenitems, die zu 3 Subdimensionen (Lebensqualität, Standortgüte, sozialer Zusammenhalt) zusammengefasst werden. Die beiden Items, die im Deutschland-Monitor 2025 erhoben wurden, betreffen die Dimension des sozialen Zusammenhalts.

Die individuellen Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen sind minimal.⁷⁷ Auch die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erweisen sich als statistisch nicht signifikant (↗ Abb. 53). Auch die Prosperität eines Kreises wirkt sich nicht signifikant auf den lokalen Zusammenhalt aus. So offenbart die Analyse der regionalen Vertiefungsstudie zwar Unterschiede zwischen einzelnen Kreisen. Diese lassen sich jedoch nicht auf die Strukturstärke und die Zuordnung der Kreise zu Ost- oder Westdeutschland zurückführen, sondern deuten auf lokale Besonderheiten hin, welche nicht Gegenstand der Befragung waren. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass der erlebte lokale Zusammenhalt weniger von demografischen oder strukturellen Merkmalen abhängt, sondern vielmehr von individuellen Bewertungen des unmittelbaren Lebensumfeldes mit seinen lokalen Spezifika geprägt ist. Der Nahraum – Nachbarschaft, Ort, Gemeinschaft – wird offenbar trotz gesellschaftlicher Krisen und Verunsicherungen weiterhin als weitgehend intakt erlebt (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 71). In den Diskussionen der Fokusgruppen wurden indes auch Stimmen hörbar, die den Zusammenhalt auch vor Ort als zunehmend brüchig beschreiben:

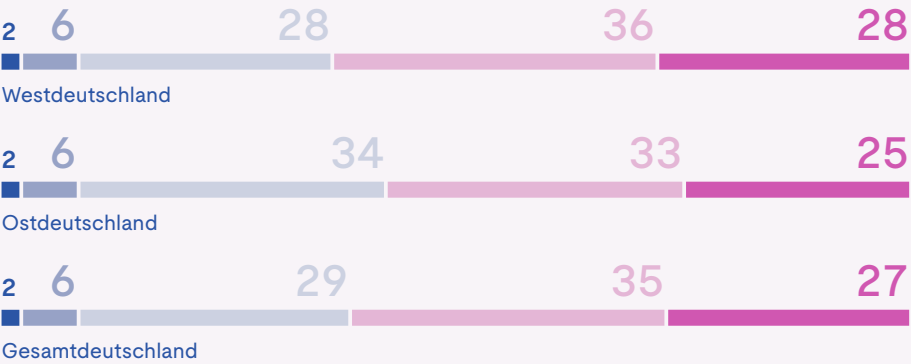
»Es gibt keinen Teamgeist mehr, keine Hilfe. Jeder macht nur seins und versucht, die anderen auszuspielen, zum eigenen Vorteil. Früher hat man zusammengehalten, heute denkt jeder nur noch an sich. Auch unter Nachbarn hilft kaum noch jemand.«
(w, 50–59 J., LK Barnim)

Ersichtlich ist: Soziale Nähe wird im lokalen Umfeld weiterhin als eine wichtige Lebenshilfe geschätzt. Der lokale Zusammenhalt stellt eine stabile soziale Ressource dar, die sich positiv auf die allgemeine Lebenszufriedenheit auswirkt und die gerade angesichts des als gering wahrgenommenen gesamtgesellschaftlichen »Wir-Gefühls« (vgl. dazu Deutschland-Monitor 2024; Hebenstreit et al. 2025) von großer Bedeutung ist. Insgesamt erweist sich der örtliche soziale Zusammenhalt somit als relativ robust gegenüber übergeordneten gesellschaftlichen Spannungen und regionalen Kontextunterschieden.

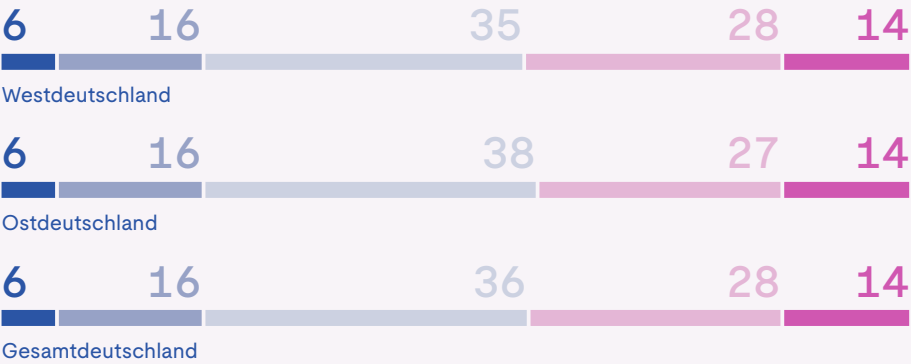
⁷⁷ Für eine ausführlichere Analyse des sogenannten Sozialitätsindex mit seinen Einflussfaktoren siehe den Deutschland-Monitor 2023 (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 96 ff.).

Abb. 53
Lokaler Zusammenhalt in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
(Angaben in Prozent)

Die Leute hier helfen sich gegenseitig.



Die Leute hier motivieren sich gegenseitig, etwas zu erreichen.



- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

5.3

Bilanz der Wiedervereinigung

Die Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen sind, wie schon bei der Betrachtung des gesellschaftlichen Wandels gezeigt wurde (→ Kap. 3.3), nicht nur zukunftsorientiert, sondern immer auch von Erfahrungen und historischen Bezügen geprägt. Ein solcher Bezugspunkt ist nach wie vor die Wiedervereinigung. Die individuelle Bilanzierung dieses Einschnitts 35 Jahre nach der Deutschen Einheit erlaubt Rückschlüsse darauf, ob der in den 1990er Jahren begonnene Transformationsprozess aus heutiger Sicht rückblickend als Erfolg oder als Belastung erlebt wird (vgl. auch Hanf et al. 2011; Heller et al. 2020). Gemessen wird dies im Deutschland-Monitor über die Frage, ob aus Sicht der Befragten die Vorteile oder die Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen. Diese Frage wird zum einen in Bezug zur persönlichen Lebensbilanz und zum anderen mit Blick auf den jeweils selbst bewohnten ost- oder westdeutschen Teil des Landes gestellt.

Die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass sich die Wahrnehmung der Nachwirkungen der Wiedervereinigung auf den heutigen Zustand des eigenen Landesteils in den letzten zwei Jahren verändert hat.⁷⁸ Zwar überwiegt deutschlandweit weiterhin das positive Meinungsbild, doch hat sich dieses abgeschwächt. Gaben 2023 noch fast zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten an, die Vorteile der Wiedervereinigung würden in Ost bzw. West überwiegen, sind es 2025 nur noch 57 Prozent. Der Anteil derjenigen, die eine ausgeglichene Bilanz ziehen (»hält sich die Waage«), ist mit einem Fünftel konstant geblieben. Die Zahl derjenigen, die überwiegend Nachteile sehen, hat sich von 17 (2023) auf nunmehr 23 Prozent erhöht (→ Abb. 54).

Während im Westen, wenn auch etwas schwächer als noch vor 2 Jahren, die positive Sicht (59 Prozent – minus 6 Prozentpunkte) weiterhin klar überwiegt, hat sich das Meinungsbild im Osten mittlerweile deutlich verändert. Nur noch 47 Prozent (2023: 54 Prozent) meinen, dass die Wiedervereinigung alles in allem mehr Vorteile als Nachteile für Ostdeutschland gebracht hat. Zugleich ist im Osten auch der Anteil derjenigen, die ein ausgeglichenes Urteil abgeben, von 20 Prozent (2023) auf 16 (2025) leicht gesunken. Hingegen hat sich die nachteilige Bewertung im Osten für den Osten von 26 (2023) auf 37 Prozent um über 10 Prozentpunkte ersichtlich erhöht. Dies zeigt an, dass sich die Polarisierung zwischen wahrgenommenen »Wendegewinnern« und »Wendeverlierern« unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen weiter verstärkt.

Erkennbar vorteilhafter und weniger kritisch fällt 2025 auch hier die Bewertung der individuellen, persönlichen Vorteils- bzw. Nachteilserfahrungen aus. Annähernd zwei Drittel (64 Prozent) ziehen hierbei deutschlandweit ein positives Fazit. Gegenüber 2023 ist der Wert konstant (2023: 65 Prozent) geblieben.

⁷⁸ Abweichungen zu den hier berichteten Ergebnissen des Jahres 2023 und der damaligen Berichtsfassung (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 166 ff.) ergeben sich aus einer unterschiedlichen Codierung der Wiedervereinigungsbilanz.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich ein leicht gegenläufiger Entwicklungstrend: Westdeutsche äußern eine minimal kritischere persönliche Kosten-Nutzen-Rechnung als noch 2023: Für 62 Prozent [2023: 64 Prozent] überwiegen die Vorteile, für 11 Prozent [2023: 9 Prozent] überwiegen die Nachteile, während der Anteil der Neutralen (»Hält sich die Waage«) mit 27 Prozent gleichgeblieben ist. In Ostdeutschland hat sich die Selbstwahrnehmung leicht verbessert, aber gleichzeitig hat die Polarisierung zwischen »Gewinnern« und »Verlierern« zugenommen. So sagen gegenwärtig 73 Prozent, dass die persönlichen Vorteile für sie selbst überwiegen (2023: 68 Prozent), und 16 Prozent (2023: 13 Prozent), dass die Nachteile überwiegen. Der Anteil derer, die eine ausgeglichene Bilanz ziehen, ist hingegen von 19 auf 11 Prozent zurückgegangen.

Die Befunde zeigen: In Ostdeutschland hat sich zwar die persönliche Wiedervereinigungsbilanz in eine positive Richtung entwickelt, die Bilanz in Bezug auf den Landesteil fällt jedoch negativer aus (vgl. auch Heller et al. 2020). Zugleich hat jedoch die Polarisierung zwischen »Verlierern« und »Gewinnern« zugenommen. Im Westen fallen die Veränderungen etwas moderater aus, weisen teilweise aber in eine andere Richtung.

Hinsichtlich der Frage nach dem Einfluss von soziodemografischen und strukturellen Einflüssen auf die Bewertung der Wiedervereinigung zeigt sich ein erwartbares Muster: Bei Personen, die einen höheren Bildungsgrad und ein höheres Einkommen haben, fällt die Bilanz – sowohl persönlich als auch bezogen auf den eigenen Landesteil – im Durchschnitt etwas positiver aus. Mit zunehmendem Alter nehmen die Anteile negativer Bilanzen dagegen leicht zu. Diese Zusammenhänge finden sich auf beiden Bezugsebenen wieder.

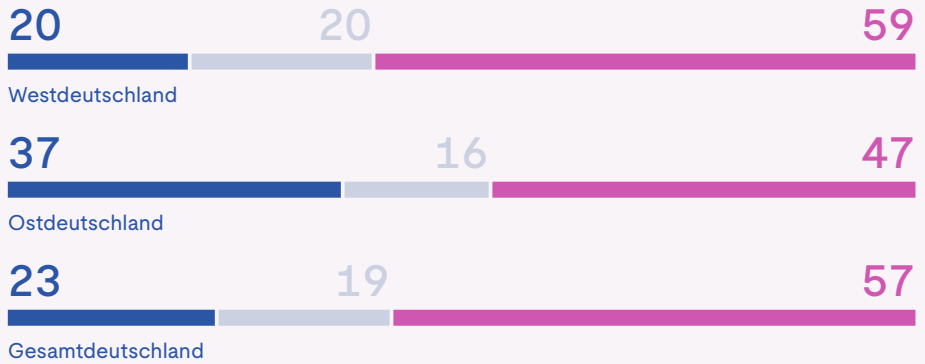
Dies spiegelt sich auch beim Vergleich der Wahrnehmungen in strukturstarken und strukturschwachen Kreisen in Ost- und Westdeutschland im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie wider (↗ Kap. 2.2). So zeigen die Ergebnisse das gleiche Muster wie bei den politischen Einstellungen (↗ Kap. 4.1) und der Lebenszufriedenheit (↗ Kap. 5.1): Die Bewertung der Wiedervereinigung unterscheidet sich in Ostdeutschland stark zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kreisen. In wirtschaftlich starken Kreisen fällt die persönliche Bilanz ausgesprochen positiv aus, während sie in strukturschwachen Kreisen signifikant verhaltener ausfällt. In Bezug auf die Wendebilanz für Ostdeutschland ergeben sich noch stärkere Unterschiede. In prosperierenden Kreisen überwiegt deutlich die Einschätzung, dass die Vorteile der Wiedervereinigung überwiegen. In strukturschwächeren ostdeutschen Regionen fällt die Bilanz dagegen deutlich zurückhaltender aus. Insofern ist die Polarisierung zwischen einzelnen »Gewinnerregionen« und »Verliererregionen« in Ostdeutschland (vgl. Brachert et al. 2020) stark ausgeprägt.

Zwischen den strukturstarken und strukturschwachen Kreisen in Westdeutschland zeigen sich hingegen keine bzw. kaum Unterschiede (↗ Abb. 55). Dies gilt sowohl für die persönliche Ebene als auch für die Wendebilanz für den entsprechenden Landesteil: Sowohl in wirtschaftlich stärkeren als auch in schwächeren Regionen bewegen sich die positiven Bewertungen in Bezug auf Westdeutschland in einem engen Korridor zwischen 50 und 60 Prozent. Differenzen zwischen einzelnen Kreisen lassen sich nicht auf den wirtschaftlichen Status der Region zurückführen.

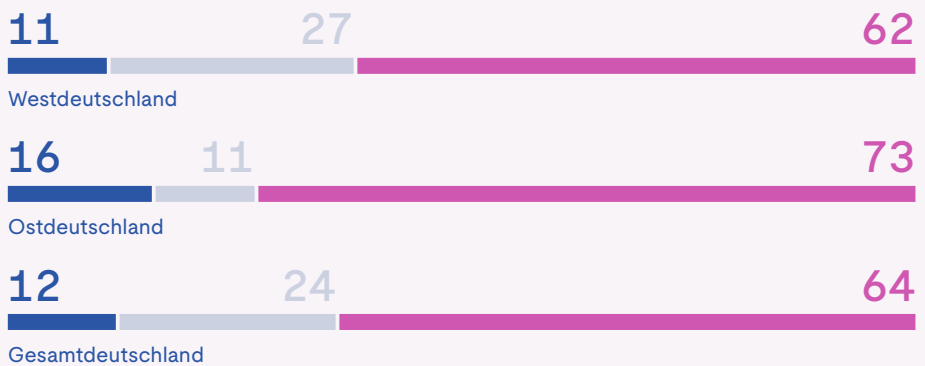
Abb. 54

35 Jahre – Wiedervereinigungsbilanz in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)

Wiedervereinigungsbilanz für Ost- bzw. Westdeutschland



Persönliche Wiedervereinigungsbilanz

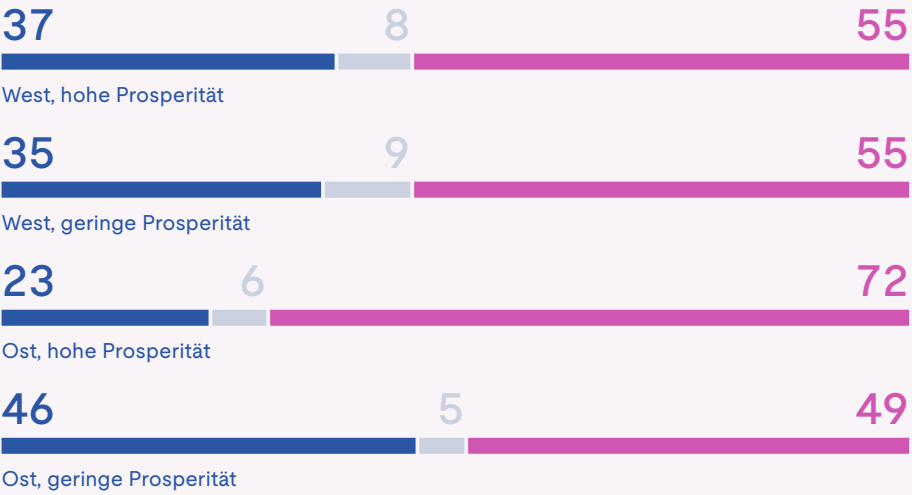


- Nachteile überwiegen
- spontan: weder noch/hält sich die Waage
- Vorteile überwiegen

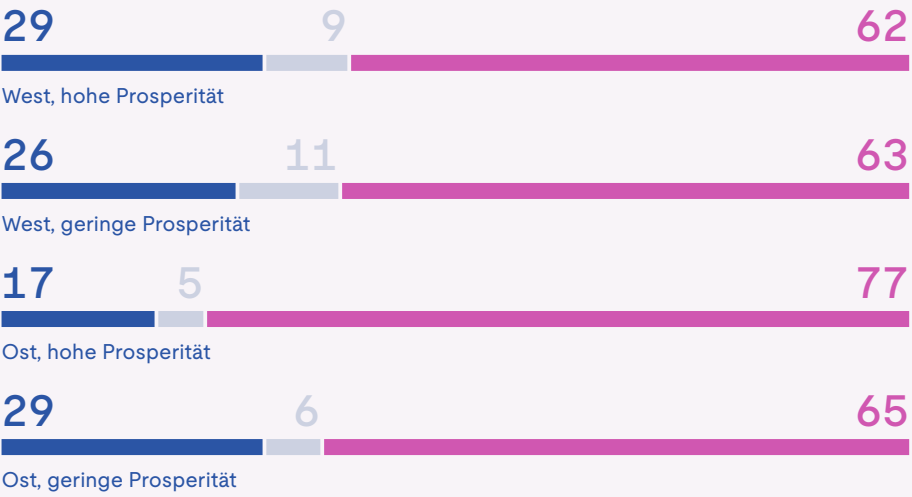
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Unterschiede sind auf einem Niveau $p \leq 0,001$ signifikant.

Abb. 55
Wiedervereinigungsbilanz nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)

Wiedervereinigungsbilanz für Ost- bzw. Westdeutschland



Persönliche Wiedervereinigungsbilanz



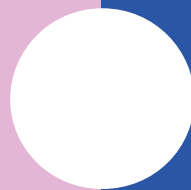
- Nachteile überwiegen
- spontan: weder noch/hält sich die Waage
- Vorteile überwiegen

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Unterschiede sind auf einem Niveau $p \leq 0,001$ signifikant.

Diese Befunde bestätigen die im Typenvergleich gewonnenen Erkenntnisse, dass positive Transformationserfahrungen und Prosperitätsgrad im Osten stärker zusammenwirken als im Westen. Regionen, in denen der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel seit 1990 erfolgreich verlaufen ist, weisen nicht nur höhere Anteile an »Transformationsbefürwortern« (Typ 1) auf ([Kap. 3.6](#)), sondern auch deutlich positivere Bewertungen der Wiedervereinigung ([Abb. 55](#)). Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass in Ostdeutschland die wahrgenommene – positive wie auch negative – Wiedervereinigungsbilanz sich stark zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen unterscheidet. Im Westen hingegen unterscheidet sich die persönliche und allgemeine Wiedervereinigungsbilanz nicht zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen. Angesichts dieser unterschiedlichen Muster in Ost- und Westdeutschland sollten zukünftige Studien den Zusammenhang zwischen Kontextfaktoren, Transformationserfahrung und der Bereitschaft für zukünftige Transformationen vertieft untersuchen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die hier betrachteten grundlegenden gesellschaftlichen Einstellungen – Lebenszufriedenheit, wahrgenommener lokaler Zusammenhalt und Bewertung der Wiedervereinigung – im Zeitvergleich relativ stabil sind. Während der lokale Zusammenhalt sich trotz der anhaltenden Krisenerfahrungen der letzten Jahre als weitgehend robust erweist und das persönliche Lebensumfeld von den meisten als intakt erlebt wird, fällt der Blick auf die gesamtgesellschaftliche Ebene auch in der Gesamtschau des diesjährigen Deutschland-Monitors deutlich kritischer aus. Dieses Spannungsfeld zwischen stabiler Alltagsverankerung und in wachsendem Maße wahrgenommener gesellschaftlicher Sozialitätsdefizite bildet zugleich einen Resonanzraum, in dem Einstellungen zum Wandel entstehen bzw. geprägt werden. Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, welche individuellen, strukturellen und – in Teilen – regionalen Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit gesellschaftliche Transformation als gestaltbar und tragbar erlebt werden kann.

6



Zusammen- fassung zentraler Ergebnisse

6.0

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

6.1

Deutliche Mehrheit der Bevölkerung ist nicht erklärmaßen veränderungsmüde

Deutschland befindet sich nicht in einem Zustand von Veränderungsmüdigkeit. Ein knappes Viertel (23 Prozent) der Befragten ist vielmehr offen und bereit für gesellschaftlichen Wandel und nimmt diesen tendenziell als gesellschaftliche Chance wahr. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) steht dem Wandel ambivalent gegenüber, indem sie weder klar positive noch ausgeprägt negative Bewertungen vornimmt. Ein Viertel (26 Prozent) steht dem Wandel grundsätzlich kritisch bis ablehnend gegenüber und verbindet Veränderungen primär mit gesellschaftlichen Risiken.

6.2

Kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Die allgemeine Veränderungsbereitschaft ist in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich ausgeprägt. Allerdings äußern Bürgerinnen und Bürger in strukturschwachen Gebieten in Ostdeutschland eine deutlich geringere Veränderungsbereitschaft als jene in den strukturstarken Regionen in Ostdeutschland. In diesen strukturstarken ostdeutschen Kreisen liegt die Veränderungsbereitschaft auf demselben Niveau wie in den westdeutschen Kreisen – unabhängig davon, ob diese strukturstark oder strukturschwach sind.

6.3

Allgemeine Veränderungsbereitschaft prägt Veränderungsbereitschaft in einzelnen Politikfeldern

Die allgemeine Veränderungsbereitschaft prägt den Blick auf aktuelle gesellschaftliche Veränderungen in den 6 untersuchten Politikfeldern Verteidigung, Wirtschaft, Digitalisierung, Demografie, Klima und Migration. Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die allgemein veränderungsbereiter sind, unterstützen auch konsistent stärker gegenwärtige und zukünftige Veränderungen in diesen gesellschaftlichen Bereichen.

6.4

Zumutungen können hingenommen werden – außer bei der Rente

Veränderungen gehen in der Regel auch mit Zumutungen einher, z. B. höheren Steuern für Verteidigungsausgaben, Verzicht auf den Verbrenner-Motor für den Klimaschutz oder einem Arbeitsplatzwechsel. Die Bürgerinnen und Bürger sind in den 6 untersuchten Politikfeldern dennoch mehrheitlich bereit, diese Zumutungen ganz oder zumindest teilweise mitzutragen. Eine Ausnahme besteht in Bezug auf die Frage, ob die Befragten angesichts des demografischen Wandels bereit wären, für die gleiche Rentenhöhe länger zu arbeiten. Dies lehnen 58 Prozent der Befragten ab und empfinden es als zu große Zumutung.

6.5

Positive Zukunftserwartungen gehen mit Veränderungs- bereitschaft einher

Menschen, die eher veränderungsbereit sind, verfügen im Durchschnitt über etwas mehr Einkommen und Bildung. Sie bewerten aktuell sowohl ihre persönliche wirtschaftliche Lage als auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands positiver. Wer selbst durch gesellschaftliche Veränderungen negative Erfahrungen gemacht hat, sieht auch zukünftige Veränderungen eher als Risiko denn als Chance. Wichtiger als die Bewertung dieser früheren Erfahrungen ist jedoch die Zukunftserwartung der Bürgerinnen und Bürger. Wer von einer positiven Entwicklung für sich selbst bzw. Deutschland ausgeht, steht den gesellschaftlichen Veränderungen deutlich positiver gegenüber als jene, die mit Sorgen in die Zukunft blicken. Der sorgenvolle Blick in die Zukunft ist also gerade kein Motor für Veränderungsbereitschaft.

6.6

Staatlich gewährleistete Sicherheit, Transparenz und Gerechtigkeit steigern die Akzeptanz von Veränderungen

Politikfeldübergreifend werden Veränderungen eher akzeptiert, wenn der Staat als handlungsfähig und gestaltend empfunden wird, die Entscheidungen nachvollziehbar und transparent kommuniziert und als angemessen bzw. gerecht wahrgenommen werden. Zudem ist Sicherheit für transformationsbereite wie -skeptische Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Bezugsdimension in allen untersuchten Bereichen. Dazu gehören z. B. eine sichere Rente, Energie- oder Datensicherheit sowie die eigene körperliche Sicherheit.

6.7

»Transformationskompetenz« der Demokratie nicht grundsätzlich in Frage gestellt

In den Fokusgruppendifkussionen hat sich gezeigt, dass die »Transformationskompetenz« der Demokratie nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Doch bestehen vielerorts Zweifel daran, dass die Demokratie und ihre handelnden Akteure hierzulande den transformativen Herausforderungen der Gegenwart gewachsen sind. Der Erfolg von Transformationsprozessen hängt somit wesentlich auch davon ab, dass auch die abwägenden und teilweise verunsicherten Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden. Mögliche Ansätze dafür sind unter anderem Effizienzsteigerungen, eine bessere Rückkopplung der Politik an die Bevölkerung und mehr direktdemokratische Beteiligungs- und Entscheidungsformate.

6.8

Weiterhin hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie, Funktionieren der Demo- kratie wird weiterhin kritischer gesehen

Nach wie vor gibt es eine sehr hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie in Deutschland (98 Prozent). Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind deutlich weniger Menschen zufrieden (60 Prozent). Dieser Wert ist für Westdeutschland in den vergangenen 3 Jahren weitgehend stabil. Für Ostdeutschland ist der Grad der Zufriedenheit geringer (51 Prozent), hat aber in den vergangenen Jahren bedeutsam zugenommen (2023: 43 Prozent). Die Zufriedenheit mit der Demokratie, ihren Akteuren und Institutionen hängt insgesamt stark von der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, der wahrgenommenen individuellen Anerkennung sowie den persönlichen Zukunftserwartungen ab.

6.9

Populistisch eingestellte Personen sehen Entwicklung der Demokratie negativer

Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland sehen die Menschen eher kritisch. Insgesamt 71 Prozent der Bevölkerung stellen für die letzten 10 Jahre eher eine negative Entwicklung fest. Populistisch eingestellte Personen sehen die Entwicklung der Demokratie signifikant häufiger negativ (85 Prozent) als Personen, die keine populistischen Einstellungen teilen (67 Prozent).

6.10

Lebenszufriedenheit geprägt durch Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation

Die subjektive Lebenszufriedenheit ist neben objektiven Statusmerkmalen wie Einkommen und Bildung vor allem von Wahrnehmungen der Stabilität der eigenen Lebenslage, sozialer Anerkennung und gefühlter sozialer Gerechtigkeit geprägt. Auch eine positive Bewertung der Wiedervereinigung geht – insbesondere in Ostdeutschland – mit höherer Lebenszufriedenheit einher. Grundsätzlich sind Ost-West-Unterschiede in der Lebenszufriedenheit minimal. In ostdeutschen Kreisen mit niedriger Prosperität fällt jedoch die Lebenszufriedenheit etwas geringer aus.

6.11

Regionale Prägungen politischer und gesellschaftlicher Einstellungen: In Ostdeutschland wirkt Prosperität deutlich stärker – im Westen kaum

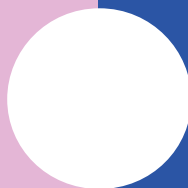
Ein konsistentes Ergebnis der regionalen Vertiefungsstudie ist, dass die Einstellungen in den strukturstarken und -schwachen Regionen Westdeutschlands ebenso wie in den strukturstarken Regionen in Ostdeutschland sehr ähnlich sind. Die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland weichen hiervon jedoch in der Regel deutlich ab. So ist dort unter anderem die Demokratiezufriedenheit signifikant geringer, populistische Einstellungen sind weiter verbreitet, das Gefühl individueller und gesellschaftlicher Anerkennung ist deutlich geringer und Veränderungen werden stärker mit Risiken verbunden. Daher könnten eine gezielte Regionalförderung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und eine stärkere Anerkennung von ostdeutschen Lebensleistungen mögliche Ansatzpunkte sein.

6.12

Die eigene und direkt erfahrbare Lage wird durchweg deutlich besser bewertet als die gesamtgesellschaftliche Situation

Insgesamt zeigt der Deutschland-Monitor erneut das paradoxe Ergebnis, dass die eigene und direkt erfahrbare Situation durchweg – zumeist sogar deutlich – positiver bewertet wird als die gesamtgesellschaftliche Situation. Dies gilt unter anderem sowohl für die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und jener in Deutschland als auch für den sozialen Zusammenhalt vor Ort und im Land. Ebenso werden die eigenen bzw. das eigene Umfeld betreffenden Transformationserfahrungen sehr viel positiver gesehen als jene für Deutschland insgesamt.

7



Methodik und Analysen

7.0

Methodik und Analysen

7.1

Stichprobenziehung und Feldverlauf des Hauptfelds

Insgesamt wurden für die Haupterhebung 4.004 Interviews über Festnetz und Mobilfunk geführt. Zum Erreichen dieser Interviewzahl wurde aus dem ADM-Mastersample eine Festnetzstichprobe von $m^F = 167.181$ Rufnummern gezogen. Aus der Auswahlgrundlage für Mobilfunkstichproben wurden $m^C = 46.173$ Rufnummern zufällig ausgewählt. Das ADM-Mastersample für Festnetznummern, das eine modifizierte Grundlage nach Gabler und Häder (1997) darstellt, umfasste zum Zeitpunkt der Erhebung 148,03 Mio. Rufnummern. Die 353,96 Mio. Rufnummern umfassende Auswahlgrundlage für Mobilfunkstichproben basiert auf einen angepassten Random Digit Dialing-Ansatz (RDD) auf Grundlage der durch die Bundesnetzagentur vergebenen Blöcke für Mobilfunkrufnummern (vgl. Heckel et al. 2014).

Die Auswahl im Rahmen der Festnetzstichprobe ist zweistufig und beginnt mit der Ziehung einer Festnetznummer, gefolgt von einer Auswahl der zu befragenden Person innerhalb des Haushaltes. Zur Personenauswahl wurde das sogenannte »Last-Birthday-Verfahren« angewendet, bei dem die Kontaktperson, die beim ersten Kontakt durch eine Rufnummer erreicht wird, nach derjenigen erhebungsrelevanten Person im Haushalt gefragt wird, die zuletzt Geburtstag hatte. Da ein Mobiltelefon im Gegensatz zu einem Festnetzanschluss als personenbezogener Gegenstand bewertet wird, war ein solcher Schritt bei der Mobilfunkstichprobe nicht notwendig.

Innerhalb der Feldzeit von 5 Wochen führte das Umfrageinstitut forsa zwischen 103 und 187 Interviews pro Tag mit insgesamt ca. 154 Interviewerinnen und Interviewern durch. Die Nettobefragungszeit lag dabei bei ca. 29 Minuten. Rufnummern wurden zwischen ein und 12-mal kontaktiert, durchschnittlich jedoch 1,4-mal. 90 Prozent aller Rufnummern wurden nicht häufiger als 2-mal kontaktiert.

Die aggregierten Ergebnisse der Feldzeit lassen sich anhand der folgenden Tabelle (→ Tab. 6) getrennt nach der Festnetz- und der Mobilfunkstichprobe nachvollziehen. Beginnend ab der initialen Bruttostichprobe werden anhand der Tab. 6 alle stichprobenrelevanten Ergebnisse sowie deren absolute und relative Häufigkeit dargestellt. Die als »stichprobenneutrale Ausfälle« angeführten Ergebnisse beinhalten Kontakte außerhalb der Zielpopulation (z. B. durch Rufnummern von Unternehmen) oder sind nicht-existierende Rufnummern. Gerade letztere sind aufgrund der Auswahlgrundlage bei Telefonstichproben (nach Gabler-Häder-Verfahren) häufig sehr hoch (für nähere Informationen vgl. etwa Gabler & Häder 2009; Sand 2015).

Da diese in der Regel nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, werden sie aus der Bruttostichprobe herausgerechnet, um die bereinigte Bruttostichprobengröße zu ermitteln (vgl. Porst 1996). Daher werden in der Tab. 6 auch zwei Anteile dargestellt, wobei sich der Wert in der Klammer auf den Anteil an der bereinigten Bruttostichprobe bezieht.

Anhand dieser Angaben lassen sich sowohl die Bruttoausschöpfungsraten als auch die Response-Raten nach AAPOR-Vorgabe (American Association for Public Opinion Research) berechnen. Die Bruttoausschöpfung ergibt sich als Quotient der Anzahl der abgeschlossenen Interviews zur tatsächlichen Bruttostichprobe. Im Fall der repräsentativen Bevölkerungsbefragung lag diese bei 1,6 Prozent in der Festnetz- und 2,8 Prozent im Fall der Mobilfunkstichprobe. Die AAPOR »Response Rate 1« berechnet sich auf ähnliche Weise, wobei anstelle der Bruttostichprobengröße das bereinigte Brutto verwendet wird. Bei der AAPOR »Response Rate 5« wird das bereinigte Brutto um die Kontaktergebnisse unbekannter Rückmeldung bereinigt. Diese beinhalten alldiejenigen Ergebnisse, bei denen nicht nachvollziehbar ist, ob sich hinter der gewählten Rufnummer potenziell eine Person der Grundgesamtheit befindet oder nicht. Beide Response-Raten bilden damit die Bandbreite der möglichen Ausschöpfung der Stichprobe (vgl. AAPOR 2023). Die Ergebnisse der Response-Raten, die für RR1 11,1 bzw. 13,4 betragen, scheinen zwar niedrig, sind jedoch für Telefonbefragungen mittlerweile zu erwarten (vgl. Strippel & Emmer 2021; Häder & Sand 2019). Dennoch fallen sie leicht niedriger aus als für den Deutschland-Monitor 2023 und 2024.

7.2

Stichprobenziehung und Feldverlauf der regionalen Vertiefungsstudie

Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Erhebungen des Deutschland-Monitors wurde der Deutschland-Monitor 2025 basierend auf den Erfahrungen der zusätzlichen regionalen Vertiefungsstudie im Jahr 2024 mittels postalisch rekrutierter Online-Erhebung durchgeführt. Die Basis der Erhebung war eine Einwohnermeldeamtsstichprobe. Die Stichprobenziehung erfolgte innerhalb der Landkreise zweistufig. Innerhalb der kreisfreien Städte erfolgte eine uneingeschränkte Zufallsauswahl. Die Rekrutierung für die Online-Befragung (CAWI) erfolgte über ein postalisches Einladungsschreiben. Sofern die Rückmeldung ausblieb, wurde nach 3 Wochen ein Erinnerungsschreiben versandt. Ein weiteres Erinnerungsschreiben erfolgte nach zusätzlichen 4 Wochen. Zusätzlich wurde in den Kreisen Delmenhorst, Barnim, Neu-Ulm sowie Wittenberg mit dem ersten Erinnerungsschreiben ein Papierfragebogen mit Rücksendecouvert verschickt, um die Vorteile eines sequentiellen Mixed-Mode-Ansatzes zu testen. Die Adressakquise über die Einwohnermeldeämter erfolgte vom 7. Januar 2025 bis zum 28. April 2025 durch GESIS, das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Die Einladungen zur Teilnahme wurden durch Forsa am 23. Juli 2025 versendet. Die erste und zweite Erinnerung zur Teilnahme erfolgten am 13. August 2025 und 12. September 2025. Die Feldarbeit wurde am 29. September 2025 abgeschlossen.

Insgesamt wurden 22.688 Adressen über alle Kreise hinweg kontaktiert, mit einer bereinigten Nettostichprobengröße von 4.018 abgeschlossenen Interviews. Hinzu kommen 340 Rückläufe, die entweder nur teilweise bearbeitet wurden oder eine mangelhafte Datenqualität aufweisen. Die aggregierten Ergebnisse der Feldzeit finden sich in Tab. 7.

Die Ausschöpfungsquote insgesamt lag bei 19,2 Prozent bezogen auf das Gesamtbrutto der Erhebung. Unter der Berücksichtigung partiell abgeschlossener Interviews sowie der stichprobenneutralen Ausfälle ergibt sich eine RR1 von 18,2. Diese ist somit deutlich höher als in den vorangegangenen regionalen Vertiefungsstudien der Jahre 2023 (12,9) und 2024 (10,3).

Die Allokation der zu ziehenden Adressen der Bruttostichprobe erfolgte disproportional über alle 12 Kreise hinweg. Pro Kreis wurden 1.950 Adressen angestrebt und insgesamt 83 Gemeinden innerhalb der jeweiligen Kreise für eine Adresslieferung angefragt. 4 Gemeinden konnten zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung keine Adressen liefern. 3 der gezogenen Gemeinden waren nicht in der Lage, die insgesamt dort angefragten Adressen bereitzustellen. Mit der realisierten Bruttostichprobe von 22.688 Adressen wurde, getrennt nach Kreis, die folgende Anzahl an Interviews realisiert.

Die abgeschlossenen Interviews⁷⁹ pro Kreis teilen sich wie folgt auf:

- Augsburg, Stadt: 361 Interviews
- Landkreis Barnim*: 444 Interviews
- Delmenhorst, Stadt: 267 Interviews
- Landkreis Birkenfeld: 279 Interviews
- Landkreis Neu-Ulm: 381 Interviews
- Landkreis Potsdam-Mittelmark: 439 Interviews
- Landkreis Wittenberg: 271 Interviews
- Memmingen, Stadt*: 294 Interviews
- Recklinghausen, Stadt*: 303 Interviews
- Salzlandkreis: 276 Interviews
- Landkreis Stendal*: 273 Interviews
- Weimar, Stadt: 430 Interviews

Die mit »*« gekennzeichneten Kreise kamen im Zuge der Ziehung des Jahres 2025 zusätzlich hinzu.

Im Mittel gingen 343 Rückmeldungen pro Kreis ein. Jedoch zeigt sich, dass die Rückläufe im Vergleich zu den telefonischen Befragungen der Vorjahre deutlich variabler sind. Demnach liegt die Vermutung nahe, dass im Rahmen der Feldarbeit durchfora die Kreise unterschiedlich angesteuert wurden.

⁷⁹ Hier wurden sowohl abgeschlossene Interviews, partielle Interviews als auch diejenigen, die aufgrund mangelhafter Daten (Akquieszenz, »Speeden«, etc.) ausgeschlossen wurden, gelistet.

Tab. 6
Kontaktergebnisse der Haupterhebung

Ergebnis	Festnetz	Anteil Festnetz	Mobilfunk	Anteil Mobilfunk
Bruttostichprobe	167.181	100%	46.173	100%
Kein Anschluss	133.286	79,7%	34.268	74,2%
Kein Privatanschluss	4.868	2,9%	839	1,8%
Fax/Modem	2.438	1,5%	234	0,5%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP kann Interview nicht folgen	1.222	0,7%	170	0,4%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP spricht nicht ausreichend deutsch	826	0,5%	1.061	2,3%
Stichprobenneutrale Ausfälle	142.640	85,3%	36.572	79,2%
Bereinigte Bruttostichprobe	24.541	14,7 % (100%)	9.601	20,8 % (100%)
Offene Terminvereinbarungen	5.380	3,2 % (21,9%)	1.799	3,9 % (18,7%)
Anrufbeantworter	1.443	0,9 % (5,9%)	1.913	4,1 % (19,9%)
Niemand meldet sich	1.394	0,8 % (5,7%)	441	1,0 % (4,6%)
Immer besetzt	55	0 % (0,2%)	212	0,5 % (2,2%)
Unbekannte Rückmeldung	8.272	4,9 % (33,7%)	4.365	9,5 % (45,5%)
Verweigerung	12.887	7,7 % (52,5%)	3.627	7,9 % (37,8%)
Abgebrochenes Interview	659	0,4 % (2,7%)	327	0,7 % (3,4%)
Interview abgeschlossen	2.723	1,6 % (11,1%)	1.281	2,8 % (13,4%)
AAPOR RR1		11,1		13,4
AAPOR RR5		16,7		24,5

Tab. 7
Kontaktergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie

Ergebnis	Anzahl	Anteil
Bruttostichprobe	22.688	100 %
Nicht zustellbar	619	2,7 %
Stichprobenneutrale Ausfälle	619	2,7 %
Bereinigte Bruttostichprobe	22.069	97,3 % (100 %)
Keine Reaktion	17.120	75,5 % (77,6 %)
Sonstige Ausfälle	443	2,0 % (2,0 %)
Explizite Verweigerung	148	0,6 % (0,7 %)
Teilnahme	4.358	19,2 % (19,7 %)
Partielle und mangelhafte Interviews	340	1,5 % (1,5 %)
Interview abgeschlossen	4.018	17,7 % (18,2 %)
AAPOR RR1		18,2
AAPOR RR5		18,6

7.3

Gewichtung des Hauptfelds

Bei der Gewichtung gilt es grundsätzlich zwischen der Design- und Anpassungsgewichtung zu unterscheiden. Erstere ist immer dann notwendig, wenn Erhebungseinheiten (z. B. Personen oder Haushalte) mit unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten gezogen werden (vgl. Sand & Kunz 2020).

Die Auswahl der Rufnummern folgt sowohl im Festnetz als auch für die Mobilfunkstichprobe einer uneingeschränkten Zufallsauswahl. Allerdings gibt es mehrere Faktoren, die dennoch eine Designgewichtung erforderlich machen.

- Durch die Dual-Frame-Erhebung (ohne vorheriges Screening) haben Personen, die sowohl über einen Festnetz- als auch einen Mobilfunkanschluss verfügen, eine höhere Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu gelangen.
- Personen, die über mehr als einen Festnetz- und/oder Mobilfunkanschluss verfügen, haben eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit als Personen mit nur einem Anschluss.
- Durch die zweistufige Auswahl bei der Festnetzstichprobe haben Personen in Haushalten mit weiteren erhebungsrelevanten Personen eine niedrigere Auswahlwahrscheinlichkeit.

Aufgrund der Dual-Frame-Erhebung wird in der Regel der sogenannte Karlton-Anderson-Ansatz empfohlen, dessen Gesamtauswahlwahrscheinlichkeit (π_i) einer Person i sich bei zwei unabhängigen Stichproben aus 2 Auswahlgrundlagen durch

$$\pi_i = \pi_i^A + \pi_i^B - \pi_i^A * \pi_i^B$$

berechnen lässt (vgl. Lohr 2011).

Nach Gabler und Häder (2009) ist der Term $\pi_i^A * \pi_i^B$ im Fall von Dual-Frame-Telefonbefragungen sehr klein, weswegen sich bei dieser Art der Umfragen die Auswahlwahrscheinlichkeit einer Person i mit

$$\pi_i \approx \frac{m^F}{M^F} * \frac{k_i^F}{z_i} + \frac{m^C}{M^C} * k_i^C$$

angeben lässt. M^F und M^C sind dabei die entsprechenden Auswahlrahmengrößen für Festnetz (F) und Mobilfunk (C). m^F und m^C bezeichnen die unbereinigten Bruttostichprobengrößen, während k_i^F und k_i^C die Anzahl der Anschlüsse (Rufnummern) einer Person für Festnetz und Mobilfunk sind. Mit z_i wird die Anzahl der erhebungsrelevanten Personen im Haushalt berücksichtigt.

Dieser Ansatz wurde auch für die Berechnung der Auswahlwahrscheinlichkeiten im Deutschland-Monitor verwendet. Hierbei wurde jedoch die Anzahl der Rufnummern auf den Maximalwert von 4 begrenzt, um starke Ausreißer und unplausible Angaben zu reduzieren. Im Anschluss wurde das Designgewicht d_i als Inverse der Auswahlwahrscheinlichkeit berechnet.

$$d_i = 1/\pi_i$$

Die Anpassungsgewichtung bzw. Kalibrierung dient hingegen dazu, Verzerrungen aufgrund von Antwortverweigerungen zu reduzieren. Die Annahme, die dabei zugrunde liegt, ist, dass die Ausfälle »Missing at Random« (MAR) sind. Dies bedeutet, dass die Ausfälle zwar mit verschiedenen Hilfsvariablen, jedoch nicht mit dem Untersuchungsgegenstand selbst zusammenhängen. Diese Annahme wird in der Regel von den wenigsten Erhebungen tatsächlich erfüllt, jedoch kann das Anpassen der Gewichte anhand von bestimmten (soziodemografischen) Hilfsvariablen zumindest dazu beitragen, eine Verzerrung zu reduzieren (vgl. Sand & Kunz 2020). Als Hilfsvariablen wurden im Fall des Deutschland-Monitors die Verteilung der 16+-Jährigen nach Bundesland, Geschlecht, Alter und höchstem schulischen Abschluss verwendet.

Zur Anpassungsgewichtung können unterschiedliche Vorgehensweisen herangezogen werden. Allen gleich ist jedoch, dass dafür Angaben aus Grundgesamtheit und Stichprobe benötigt werden. Im Fall des Deutschland-Monitors wurde der Mikrozensus 2024 als externe Quelle zur Verteilung der Grundgesamtheit herangezogen.

Als Verfahren selbst wurde ein sogenanntes Raking-Verfahren nach Deming und Stephan (1941) verwendet, bei dem iterativ die Randverteilungen bis zur Konvergenz der Soll- (Grundgesamtheit) und Ist- (designgewichtete Stichprobe) Verteilung angepasst werden.

Das finale Gesamtgewicht wurde dann als Produkt aus Design- und Anpassungsgewicht berechnet. Zur Varianzreduktion des Schätzers wurde zuletzt dieses Gewicht noch auf das 98 Prozent-Perzentil der Verteilung getrimmt.⁸⁰

⁸⁰ Zur Begründung und Abwägung zum Trimmen der Gewichte siehe z. B. Sand & Kunz (2020).

7.4

Gewichtung der regionalen Vertiefungsstudie

Die Designgewichtung der regionalen Vertiefungsstudie unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Haupterhebung. Als Grundlage zur Ziehung erfolgte initial eine disproportionale Allokation der Bruttostichprobe auf die einzelnen Kreise. Dabei wurden jeweils 1.950 Adressen pro Kreis gezogen. Für kreisfreie Städte erfolgte dann eine uneingeschränkte Zufallsauswahl. Die Auswahlwahrscheinlichkeit innerhalb der kreisfreien Städte entspricht daher

$$\pi_i^H = N^h / N^H * m \bar{n}^h / N^h = n^H / N^H$$

mit n^H als Stichprobengröße und N^H als Anzahl der Personen innerhalb des Kreises, die mindestens 16 Jahre alt sind.

Innerhalb der Landkreise wurde ein zweistufiges Ziehungsverfahren verwendet. Dabei wurden auf Stufe 1 »Sample Points« mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zur Größe der innerhalb des Landkreises liegenden Gemeinden gezogen. Auf Stufe 2 erfolgte dann eine Ziehung innerhalb der Gemeinden. Die Wahrscheinlichkeit innerhalb eines »Sample Points« war dabei disproportional zur Bevölkerungsgröße da jeweils die gleiche Anzahl von Adressen pro »Sample Point« angefragt wurde. Aufgrund des sog-Tips-Ansatzes auf Stufe 1 ist es jedoch möglich, dass eine Gemeinde mehrere »Sample Points« enthält. Die Ziehungswahrscheinlichkeit einer Person innerhalb eines Kreises ist daher mit

$$\pi_i^H = N^h / N^H * m \bar{n}^h / N^h = n^H / N^H$$

definiert. m entspricht dabei der Anzahl der zu ziehenden »Sample Points« innerhalb des Kreises. Der Hochindex »h« meint hier eine konkrete Realisation (also eine Gemeinde) innerhalb des Kreises »H«. Da die Anzahl der Adressen pro »Sample Point« konstant ist, entspricht die Anzahl der Adressen eines bestimmten »Sample Points« immer dem Mittelwert. Daher ist die Ziehungswahrscheinlichkeit innerhalb der Landkreise konstant für alle Personen und unterscheidet sich lediglich zwischen den jeweiligen Kreisen (Landkreise und kreisfreie Städte).

Weil mit der regionalen Vertiefungsstudie nicht beabsichtigt wird, einen Schätzwert für Gesamtdeutschland zu erhalten, und lediglich die bereits ausgewählten Kreise miteinander (und mit der Hauptstichprobe) verglichen werden, wurde auf die Berücksichtigung der Auswahlwahrscheinlichkeit der Kreise für die Berechnung der Designgewichte verzichtet. Da weiterhin die beiden Erhebungen jeweils getrennt voneinander und nicht als gemeinsamer Datensatz verwendet werden, wurde ebenfalls darauf verzichtet, ein gemeinsames Designgewicht für beide Erhebungen in einem Datensatz zu berechnen.

Für die Anpassungsgewichtung wurde das gleiche Raking-Verfahren wie in der repräsentativen Bevölkerungsbefragung verwendet. Jedoch unterscheidet sich die Auswahl der Anpassungsvariablen. Diese beschränken sich auf Alter, Geschlecht und den höchsten schulischen Abschluss. Zur Anpassung wurden ebenfalls die Daten des Zensus 2022 sowie der Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2024 verwendet. Die Anpassungsgewichtung erfolgte jedoch auf Kreisebene für die 16+-Jährigen.

Zuletzt wurden, wie auch in der repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die Gesamtgewichte als Produkt von Design- und Anpassungsgewicht auf das 98-Prozent-Perzentil der Verteilung getrimmt.

7.5

Beschreibung der Komponenten des ILTIS-Indikators

Getrennt nach Haupt- und Subdimensionen wurden die folgenden Variablen ausgewählt:

Teilhabe und Infrastruktur



Arbeitsmarkt:

- Beschäftigtenquote: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter
- SGB II-Quote: Anteil Leistungsbeziehende nach SGB II und nach SGB XII je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

Versorgung:

- Ärztinnen und Ärzte: Ärztinnen und Ärzte je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Grundversorgung Supermarkt: Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt/Discounter
- Breitbandversorgung: Anteil der Haushalte mit Breitbandversorgung mit 100 Mbit/s in Prozent
- Kommunale Schulden: Kommunale Schulden in Euro je Einwohner(in)

Entwicklung Humankapital



Quantitative Dimension:

- Median des Gesamtwanderungssaldos der letzten 10 Jahre: Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Median des Berufseinstiegersaldos der letzten 10 Jahre: Binnenwanderungssaldo der Einwohnerinnen und Einwohner von 25 bis unter 30 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Altersgruppe

Qualitative Dimension:

- Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss:
Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Prozent

Wirtschaftlicher Outcome



Regionale Aggregate:

- BIP/Einwohner(in): Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Einwohner(in)
- Bruttowertschöpfung tertiärer Sektor: Anteil Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor an der Bruttowertschöpfung in Prozent

Mikroebene:

- Haushaltseinkommen: Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohner(in)
- Medianeinkommen: Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Euro

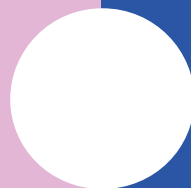
Diese Darstellung zeigt, dass die einzelnen Variablen, die zu Subindizes zusammengefasst werden, stark unterschiedliche Wertebereiche haben. Das einfache Zusammenfassen anhand der Summe der Ausprägungen würde daher zu einer deutlich höheren Bedeutung derjenigen Variablen im (Sub-)Index führen, die den größten Wertebereich haben. Im Rahmen von ILTIS werden die einzelnen Variablen der Subindizes jedoch als gleich-bedeutungsstark bewertet. Deshalb wurden die einzelnen Variablen durch das Min-Max-Verfahren auf den Wertebereich von jeweils 0 bis 1 normiert. Die normierten Variablen (x') berechnen sich dabei nach

$$x' = \frac{x - \min(x)}{\max(x) - \min(x)}$$

Das Min-Max-Verfahren ermöglicht, dass alle Variablen im gleichen Wertebereich sind, während der relative Abstand zweier Ausprägungen vor und nach der Normierung gleich bleibt. Zusätzlich wurde die Richtung der Variablen SGB-II-Quote, Grundversorgung Supermarkt, kommunale Schulden und Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss gedreht, sodass hohe Werte einen schlechteren Wert mit sich führen.

Da die einzelnen Subindikatoren unterschiedlich viele Variablen beinhalten, würde das einfache Aufsummieren der Subindizes zu Indikatoren der Hauptdimension zu einer indirekten Bedeutungsgewichtung der Subdimensionen führen, die sich aus einer Vielzahl von Variablen berechnen. Die Subindizes wurden deshalb nochmals auf den Wertebereich zwischen 0 und 1 nach dem gleichen Verfahren normiert. Im Anschluss wurden die Indizes der Hauptdimensionen als Summe der Subindizes berechnet. Der Gesamtindex berechnet sich dann als Summe der Werte der 3 Hauptdimensionen und hat einen (theoretischen) Wertebereich zwischen 0 und 6.

8



Fragebogen

8.1

Inhaltlicher Teil: Schwerpunkt

Frage 1

In den ersten Fragen geht es zunächst um allgemeine Einstellungen und Meinungen. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben? Sind Sie alles in allem ...

- ☐ sehr zufrieden
- ☐ eher zufrieden
- ☐ teils/teils
- ☐ eher unzufrieden
- ☐ sehr unzufrieden
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 2

Egal, wie alt man ist, hat man einen gewissen Blick auf das bisherige Leben. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Nicht Randomisieren:

- a) Ich habe die wesentlichen Dinge erreicht, die ich mir für mein bisheriges Leben vorgenommen habe.
- b) Meine bisherige Lebensleistung wird von der Gesellschaft wertgeschätzt.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 3

Ganz allgemein gesprochen, sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft mit Zuversicht oder mit Sorgen entgegen? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 bedeutet, dass Sie große Zuversicht haben und 10 bedeutet, dass Sie große Sorgen haben.

große Zuversicht										große Sorgen				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 4

Und wenn Sie an die Zukunft Deutschlands im Allgemeinen denken: Sehen Sie der Zukunft Deutschlands eher mit Zuversicht oder mit Sorgen entgegen?

große Zuversicht										große Sorgen				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 5

Aktuell wird viel über grundlegende Veränderungen gesprochen, zum Beispiel beim Klima, in der Wirtschaft, bei Zuwanderung, bei Digitalisierung, bei Verteidigung oder weil die Gesellschaft älter wird. Wo sehen Sie derzeit die größten Veränderungen in Deutschland?

Randomisieren der 6 Themenbereiche in der Frageformulierung: Antwortvorgaben nicht vorlesen, sondern bitte zuordnen und ggf. sonstige Nennung eintragen. Bitte beachten: Es soll nur genau ein Bereich genannt werden.

Nicht Randomisieren:

- a) Umwelt und Klima
 - b) Verteidigung
 - c) Wirtschaft
 - d) Zuwanderung
 - e) Digitalisierung
 - f) Alterung der Gesellschaft
 - g) Sonstiges, und zwar: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 6

Ganz allgemein gefragt: Wenn Sie an all diese Veränderungen in Deutschland denken. Wie nehmen Sie diese Veränderungen in der Gesellschaft wahr? Antworten Sie bitte auf einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, die Veränderungen sind kaum zu spüren, 10 bedeutet, die Veränderungen sind viel zu tiefgreifend. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

a) Die Veränderungen sind ...

kaum zu spüren										viel zu tiefgreifend				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht

** keine Angabe

b) Und würden Sie sagen, die Veränderungen in der Gesellschaft passieren zu langsam oder zu schnell? 0 bedeutet, die Veränderungen passieren zu langsam, 10 bedeutet, die Veränderungen passieren zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

zu langsam										zu schnell				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht

** keine Angabe

c) Was meinen Sie, betreffen diese Veränderungen zu viele Bereiche oder zu wenige Bereiche? 0 bedeutet, es sind zu wenige Bereiche, 10 bedeutet, es sind zu viel Bereiche. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

zu wenige Bereiche										zu viele Bereiche				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 7

Wie bewerten Sie die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 10 Jahre? Bitte geben Sie jeweils auf einer Skala von 0 bis 10 an, inwiefern Sie die Veränderungen als vorteilhaft oder nachteilig empfinden. 0 bedeutet starke Nachteile. 10 bedeutet starke Vorteile.

Randomisieren (a bis b):
Wie bewerten Sie die Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 10 Jahre ...?

- a) für sich persönlich
- b) für Ihr direktes Umfeld (z. B. Familie, Freunde)

Und wie bewerten Sie die Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 10 Jahre ...?

- c) für Deutschland insgesamt

starke Nachteile										starke Vorteile				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 8

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
»Die grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft sind für die Zukunft Deutschlands mehr Chance als Risiko.«

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 9

Als nächstes möchten wir mit Ihnen über die Entwicklungen in bestimmten Themenbereichen sprechen.

Heutzutage wird oft über das Thema Zuwanderung nach Deutschland gesprochen. Was meinen Sie, wie sehr wird sich das Leben in Deutschland durch den Zuzug von Migranten in den nächsten 10 Jahren verändern? 0 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich praktisch überhaupt nicht verändern. 10 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich viel zu tiefgreifend verändern. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

praktisch überhaupt nicht										viel zu tiefgreifend				
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 10

Und wie schnell vollziehen sich diese Veränderungen? 0 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu langsam. 10 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

»Die Veränderungen« beziehen sich auf die Veränderungen für das Leben in Deutschland.

zu langsam zu schnell

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 11

Inwieweit würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- In meinem unmittelbaren Umfeld nehme ich wahr, dass sich durch die Zuwanderung vieles zum Schlechten verändert.
- Für mich ist es eine Zumutung, wenn in meiner Nachbarschaft eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet wird.
- Deutschland sollte mehr für die Integration von Zuwanderern tun.
- Deutschland sollte den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland fördern.

- ☐ stimme voll und ganz zu
☐ stimme eher zu
☐ teils/teils
☐ stimme eher nicht zu
☐ stimme überhaupt nicht zu

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 12

Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen. Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich Zuwanderung tun, damit Sie sagen: »Okay diese Veränderungen trage ich mit.«?

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 13

Jetzt geht es um die Alterung der Gesellschaft. Damit ist gemeint, dass es in Deutschland immer mehr ältere und immer weniger jüngere Menschen gibt.

Was meinen Sie, wie sehr wird sich das Leben in Deutschland durch die Alterung der Gesellschaft in den nächsten 10 Jahren verändern? 0 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich praktisch überhaupt nicht verändern. 10 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich viel zu tiefgreifend verändern. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

praktisch überhaupt nicht viel zu tiefgreifend

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 14

Und wie schnell vollziehen sich diese Veränderungen? 0 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu langsam. 10 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

Die Veränderungen beziehen sich auf die Veränderungen für das Leben in Deutschland.

zu langsamzu schnell

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 15

Inwieweit würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Ich merke in meinem unmittelbaren Umfeld, dass es immer mehr ältere Menschen gibt.
- b) Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich für die gleiche Höhe der Rente länger arbeiten muss.
(Gemeint ist das Rentenniveau)
- c) Die Politik sollte im Streitfall nur die Interessen der Jüngeren berücksichtigen.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 16

Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen. Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich Alterung der Gesellschaft tun, damit Sie sagen: »Okay diese Veränderungen trage ich mit.«?

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 17

Bei den nächsten Fragen geht es um die Digitalisierung. Was meinen Sie, wie sehr wird sich das Leben in Deutschland durch die Digitalisierung in den nächsten 10 Jahren verändern? 0 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich praktisch überhaupt nicht verändern. 10 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich viel zu tiefgreifend verändern. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

praktischviel zu
überhaupt nichttiefgreifend

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 18

Und wie schnell vollziehen sich diese Veränderungen? 0 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu langsam. 10 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

»Die Veränderungen« beziehen sich auf die Veränderungen für das Leben in Deutschland.

zu langsamzu schnell

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 19

Inwieweit würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen

- a) Ich habe das Gefühl, dass mein Alltag durch die Digitalisierung einfacher wird.
- b) Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich alltägliche Dinge nur noch digital erledigen kann.
(gemeint sind z. B. Online-Behördengänge bzw. -Formulare, Selbstbedienungskassen)
- c) Die Politik sollte den Ausbau der digitalen Infrastruktur noch stärker vorantreiben.
(gemeint ist z. B. der Ausbau des Glasfasernetzes, der Ausbau des Mobilfunknetzes oder die bessere Vernetzung von Behörden)
- d) Der Einsatz künstlicher Intelligenz zur Erstellung von Bildern und Texten braucht sehr strenge Regeln.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 20

Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen. Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich Digitalisierung tun, damit Sie sagen: »Okay diese Veränderungen trage ich mit.«?

-
- ** weiß nicht
 - ** keine Angabe

Frage 21

Jetzt sprechen wir über Wirtschaft und Industrie. Eine Frage zu Ihrer Erwerbstätigkeit. Was von dem Folgenden trifft auf Sie zu. Sind Sie derzeit ...

Einordnen bei Voll- und Teilzeit nachfragen und wöchentliche Arbeitszeit einordnen:

- ☐ Vollzeitwerbstätig (37 Stunden und mehr)
- ☐ vollzeitahe Teilzeit (28 bis 36 Stunden)
- ☐ Teilzeiterwerbstätig (unter 26 Stunden, auch »Mini-Jobs«)
- ☐ in Altersteilzeit
- ☐ Auszubildende/r
- ☐ Schüler/in an allgemeinbildender Schule
- ☐ Fachschüler/in
- ☐ Student/in
- ☐ Zurzeit erwerbslos
- ☐ Rentner/in oder Pensionär/in
- ☐ Hausfrau/Hausmann
- ☐ Ich bin in Mutterschafts-/Erziehungsurlaub oder in sonstiger Beurlaubung.
- ☐ Freiwilliges soziales, kulturelles, ökologisches Jahr; Bundesfreiwilligendienst
- ☐ Sonstiges
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 22

Bei Wirtschaft und Industrie verändert sich gerade sehr viel. (Int: Auf Nachfrage, gemeint sind u. a. neue Technologien und Produktionsformen, Veränderte globale Wettbewerbslagen, Abwanderung von klassischen Industriezweigen, Ansiedlung neuer Industrien). Was glauben Sie: Wie stark werden diese wirtschaftlichen Entwicklungen unser Leben in Deutschland in den nächsten 10 Jahren verändern? 0 bedeutet: Praktisch überhaupt nicht. 10 bedeutet: Viel zu tiefgreifend. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

praktisch überhaupt nicht viel zu tiefgreifend

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 23

Und wie schnell vollziehen sich diese Veränderungen? 0 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu langsam. 10 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

»Die Veränderungen« beziehen sich auf die Veränderungen für das Leben in Deutschland.

zu langsam zu schnell

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 24

Inwieweit würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

a) In meinem unmittelbaren Umfeld sind die Nachteile des wirtschaftlichen Strukturwandels deutlich spürbar.

b) Falls Keine Rentner/Pensionäre laut Frage 21:

Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich mich beruflich neu orientieren muss.

c) Regionen, die stark vom wirtschaftlichen Wandel betroffen sind, sollten viel Unterstützung bekommen.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 25

Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen. Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich Wirtschaft tun, damit Sie sagen: »Okay diese Veränderungen trage ich mit.«?

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 26

Bei den nächsten Fragen geht es um den Klimawandel und um mögliche Maßnahmen dagegen. Was meinen Sie, wie stark wird sich das Leben in Deutschland dadurch in den nächsten 10 Jahren verändern? 0 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich praktisch überhaupt nicht verändern. 10 bedeutet, das Leben in Deutschland wird sich viel zu tiefgreifend verändern. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

praktisch überhaupt nicht viel zu tiefgreifend

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 27

Und wie schnell vollziehen sich diese Veränderungen? 0 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu langsam. 10 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

»Die Veränderungen« beziehen sich auf die Veränderungen für das Leben in Deutschland.

zu langsam zu schnell

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 28

Inwieweit würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Ich kann die negativen Auswirkungen des Klimawandels schon jetzt in meinem Alltag spüren.
- b) Für mich ist es eine Zumutung, wenn ich für den Klimaschutz kein Auto mit Verbrenner-Motor mehr fahren darf.
- c) Die Politik muss mehr für den Klimaschutz tun.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 29

Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen. Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich Klimapolitik tun, damit Sie sagen: »Okay diese Veränderungen trage ich mit.«?

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 30

Jetzt zum Thema Verteidigung: Wie stark verändert sich unser Leben in Deutschland durch die neue Sicherheitslage in Europa in den nächsten 10 Jahren? 0 bedeutet: praktisch überhaupt nicht. 10 bedeutet: viel zu tiefgreifend. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

praktisch überhaupt nicht viel zu tiefgreifend

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 31

Und wie schnell vollziehen sich diese Veränderungen? 0 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu langsam. 10 bedeutet, diese Veränderungen vollziehen sich zu schnell. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

»Die Veränderungen« beziehen sich auf die Veränderungen für das Leben in Deutschland.

zu langsam zu schnell

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 32

Inwieweit würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Ich fühle mich persönlich durch Krieg in Europa bedroht.
- b) Für mich wäre es eine Zumutung, wenn ich für Verteidigung mehr Steuern zahlen müsste.
- c) Deutschland sollte sich aus der Weltpolitik heraushalten.
- d) Die Bundeswehr sollte Teil einer neuen europäischen Armee sein.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils, teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 33

Bei größeren Veränderungen in Deutschland kann man sich schnell übergangen fühlen.

Was müssten aus Ihrer Sicht die Politiker im Bereich Verteidigung tun, damit Sie sagen:

»Okay diese Veränderungen trage ich mit.«?

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 34

Es folgen einige Aussagen, die Ihre Sicht auf Ihre eigene Person und die Welt um Sie herum betreffen. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen voll und ganz oder eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Ich habe mein Leben selbst in der Hand.
- b) In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.
- c) Egal ob privat oder im Beruf: Mein Leben wird zum großen Teil von anderen bestimmt.
- d) Meine Pläne werden oft vom Schicksal durchkreuzt.
- e) In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss.
- f) Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 35

Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Werte?

Bitte sagen Sie mir zu jedem Punkt, ob dieser für Sie persönlich sehr wichtig, eher wichtig, teils/teils, eher unwichtig oder völlig unwichtig ist.

Randomisieren:

- a) Tradition, also Respekt, Verpflichtung und Akzeptanz von Bräuchen und Meinungen, die die Tradition oder Religion vorschreibt
- b) Konformität, also bei anderen Menschen möglichst nicht anecken oder auffallen.
- c) Sicherheit, also Schutz, Harmonie und Stabilität der Gesellschaft, von persönlichen Beziehungen und der eigenen Person.

- ☐ sehr wichtig
- ☐ eher wichtig
- ☐ teils, teils
- ☐ eher unwichtig
- ☐ völlig unwichtig
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

8.2

Inhaltlicher Teil: Standbein

Frage 36

Nun soll es um die wirtschaftliche Lage gehen.
Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage (Item einfügen)? Ist die Lage Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, mittelmäßig, eher schlecht oder sehr schlecht?

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage ...

- a) in Gesamtdeutschland
- b) an Ihrem Wohnort
- c) in Ihrem Freundes- und Familienkreis

Und wie ist das mit ...

d) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage?

- ☐ sehr gut
- ☐ eher gut
- ☐ mittelmäßig
- ☐ eher schlecht
- ☐ sehr schlecht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 37

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Einrichtung voll und ganz, eher, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.

Randomisieren:

- a) Der Bundesregierung
- b) Dem Bundestag
- c) Dem Bundesverfassungsgericht
- d) Ihrer Bürgermeisterin bzw. Ihrem Bürgermeister

- ☐ vertraue ich voll und ganz
- ☐ vertraue ich eher
- ☐ vertraue ich teilweise
- ☐ vertraue ich eher nicht
- ☐ vertraue ich überhaupt nicht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 38

Die folgenden Aussagen beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten Ihres Wohnortes und der Region, in der Sie leben. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (Stimulus Kreisstichprobe)

Die folgenden Aussagen beschäftigen sich mit dem Zusammenleben an Ihrem Wohnort. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (Stimulus bundesweite Befragung)

Zu Items a) und c): gemeint sind »Die Politiker der Bundesregierung«. Items a), b) und c) werden nur bei der regionalen Vertiefungsstudie befragt.

- a) Die Politikerinnen und Politiker in Berlin interessieren sich nicht für die Region, in der ich lebe.
- b) Die Menschen im Rest von Deutschland respektieren nicht, wie die Menschen hier in unserer Region leben.
- c) Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation in meiner Region zu verbessern.
- d) Die Leute an meinem Wohnort helfen sich gegenseitig
- e) Die Leute an meinem Wohnort motivieren sich gegenseitig, etwas zu erreichen.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 39

Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit der Demokratie in unserem Land.

Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?

- ☐ entschieden für Demokratie
- ☐ eher für Demokratie
- ☐ eher gegen Demokratie
- ☐ entschieden gegen Demokratie
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 40

Nun geht es um die Demokratie, so wie sie in unserem Land existiert. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in Deutschland, also zu der gesamten politischen Ordnung sagen, so wie sie in unserer Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Auf Nachfrage: Verfassung = Grundgesetz

- ☐ sehr zufrieden
- ☐ eher zufrieden
- ☐ eher unzufrieden
- ☐ sehr unzufrieden
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 41

Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

- ☐ sehr zufrieden
- ☐ eher zufrieden
- ☐ eher unzufrieden
- ☐ sehr unzufrieden
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 42

Hat sich Ihrer Meinung nach die Demokratie in Deutschland in den letzten 10 Jahren eher zum Positiven oder eher zum Negativen entwickelt?

- ☐ eher zum Positiven
- ☐ eher zum Negativen
- ☐ spontan: weder noch/hält sich die Waage
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls falls in Berlin lebend



Frage 43

Leben Sie derzeit im ehemaligen Westteil oder im ehemaligen Ostteil von Berlin?

- ☐ ehemaliger Westteil von Berlin
- ☐ ehemaliger Ostteil von Berlin
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 44

Würden Sie sagen, dass für [Falls in Ostdeutschland/Ostberlin lebend: Ostdeutschland; Falls in Westdeutschland/Westberlin lebend: Westdeutschland] alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen?

- ☐ Vorteile überwiegen
- ☐ Nachteile überwiegen
- ☐ Nicht vorlesen: weder noch; hält sich die Waage
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 45

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung?

- ☐ Vorteile überwiegen
- ☐ Nachteile überwiegen
- ☐ Nicht vorlesen: weder noch; hält sich die Waage
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 46

Nun kommen einige Aussagen zu politischen Einstellungen. Auch hier würden wir gerne wissen, inwieweit Sie diesen zustimmen. Bitte beachten Sie: Bei den folgenden Fragen nutzen wir eine etwas andere Antwortskala als bisher. 1 bedeutet »stimme voll und ganz zu«, 6 bedeutet »stimme überhaupt nicht zu«. Sie können auch Zahlen dazwischen nennen.

Randomisieren:

- a) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.
- b) Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.
- c) Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
- d) Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.

stimme voll und ganz zu

stimme überhaupt nicht zu

0	1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---	---

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 47

Nun lese ich Ihnen noch einige Aussagen zu politischen Akteuren vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.
- b) Die Politiker reden zu viel und machen zu wenig.
- c) Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.
- d) Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.
- e) Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.
- f) Das Volk ist sich im Prinzip darüber einig, was politisch passieren muss.
- g) Die Politiker kümmern sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen.

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 48

Gibt es eine politische Partei, der Sie näherstehen als allen anderen Parteien?

Auf Nachfrage: in Deutschland

- ☐ ja
- ☐ nein
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Wenn »ja« laut Frage 48



Frage 49

Welche Partei wäre das?

- ☐ CDU/CSU
- ☐ SPD
- ☐ Bündnis 90/Die Grünen
- ☐ AfD
- ☐ FDP
- ☐ Die Linke
- ☐ Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)
- ☐ Freie Wähler (FW)
- ☐ andere Partei: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 50

Viele Leute verwenden die Begriffe »links« und »rechts«, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Standpunkte zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) denken: Wo würden Sie sich einordnen?

Links				← Mitte →		Rechts			
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9 10

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 51

Einmal ganz allgemein gefragt. Im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Finden Sie, dass Sie persönlich den gerechten Anteil erhalten oder sehr viel mehr, etwas mehr bzw. etwas weniger oder sehr viel weniger?

Auf Nachfrage: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, dass man das bekommt, was einem zusteht.

- ☐ erhalte gerechten Anteil
(muss später als Mittelkategorie kodiert werden)
- ☐ erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
- ☐ erhalte etwas mehr als gerechten Anteil
- ☐ erhalte etwas weniger als gerechten Anteil
- ☐ erhalte sehr viel weniger als gerechten Anteil
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 52

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
»Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.«

- ☐ stimme voll und ganz zu
- ☐ stimme eher zu
- ☐ teils/teils
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 53

Nun lese ich Ihnen nochmal einige Aussagen zu politischen Akteuren vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

- a) Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
 - b) Die Politiker kümmern sich nicht darum, was die Bürgerinnen und Bürger denken.
 - c) Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.
- ☐ stimme voll und ganz zu
 - ☐ stimme eher zu
 - ☐ teils/teils
 - ☐ stimme eher nicht zu
 - ☐ stimme überhaupt nicht zu
 - ** weiß nicht
 - ** keine Angabe

8.3

Soziodemografie

Frage 54

Welches Geschlecht haben Sie?

- ☐ männlich
- ☐ weiblich
- ☐ divers
- **** weiß nicht
- **** keine Angabe

Frage 55

In welchem Jahr sind Sie geboren?

-
- **** weiß nicht
 - **** keine Angabe

Frage 56

Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

- ☐ Schüler/-in, besuche eine allgemeinbildende Vollzeitschule
(Übernahme Angabe aus Frage 21)
- ☐ Von der Schule abgegangen ohne Schulabschluss
- ☐ Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss) oder gleichwertiger Abschluss
- ☐ Polytechnische Oberschule der DDR mit Abschluss der 8. oder 9. Klasse
- ☐ Realschulabschluss (Mittlere Reife) oder gleichwertiger Abschluss
- ☐ Polytechnische Oberschule der DDR mit Abschluss der 10. Klasse
- ☐ Fachhochschulreife
- ☐ Abitur/Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Gymnasium bzw. EOS, auch EOS mit Lehre)
- ☐ einen anderen Schulabschluss: _____
- **** weiß nicht
- **** keine Angabe

Filter:

Falls noch Schüler/-in laut Frage 21

↓

Frage 57

Welchen allgemeinbildenden
Schulabschluss streben Sie an?

- ☐ Hauptschulabschluss
oder gleichwertigen Abschluss
- ☐ Realschulabschluss (Mittlere Reife)
oder gleichwertigen Abschluss
- ☐ Fachhochschulreife
- ☐ Abitur/Allgemeine oder
fachgebundene Hochschulreife
- ☐ einen anderen
Schulabschluss: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls nicht Fachschüler/in, Student/in, in Lehre
oder Ausbildung laut Frage 21.

↓

Frage 58

Welche höchste berufliche Qualifikation haben Sie?

Nur die höchste Qualifikation ankreuzen.

Nach Möglichkeit zuordnen.

- ☐ noch in der Schule
(Übernahme Angabe aus Frage 21)
- ☐ noch in der beruflichen
Ausbildung/Lehre/Studium
(Übernahme Angabe aus Frage 21)
- ☐ keine abgeschlossene Berufsausbildung
- ☐ Teilfacharbeiter
- ☐ Facharbeiter/abgeschlossene Berufsausbildung
- ☐ Meister oder vergleichbare Zusatzqualifikation
- ☐ Fachschulabschluss
- ☐ Hochschulabschluss
- ☐ Promotion
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls Person 36 Jahre alt oder älter.

↓

Frage 59

Wo haben Sie vor dem Mauerfall 1989 vorwiegend
gelebt? In der ehemaligen Bundesrepublik (BRD)
bzw. Westberlin, in Ostdeutschland (DDR) bzw. Ost-
berlin oder im Ausland?

- ☐ ehemalige Bundesrepublik (BRD)
bzw. Westberlin
- ☐ Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin
- ☐ Ausland
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls Person zwischen 16 und 35 Jahren alt.

↓

Frage 60

Wo haben Sie bisher vorwiegend gelebt:
Im Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik
(Westdeutschland), in Ostdeutschland
oder im Ausland?

- ☐ Westdeutschland
- ☐ Ostdeutschland
- ☐ Ausland
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Alle Befragten:

↓

Frage 61

Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie ...?

- ☐ verheiratet, zusammenlebend mit Partner/in
- ☐ verheiratet, getrennt lebend von Partner/in
- ☐ unverheiratet, mit Partner/in zusammenlebend
- ☐ verwitwet
- ☐ geschieden
- ☐ ledig
- ** keine Angabe

Frage 62

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst und auch Kinder eingeschlossen?

Anzahl eintragen: _____ (Wertebereich 1 bis 10)

** keine Angabe

Filter:

Falls Personenanzahl im Haushalt > 1



Frage 63

Und wie viele Kinder unter 16 Jahren leben ständig in Ihrem Haushalt?

Anzahl eintragen: _____ (Wertebereich 1 bis 10)

** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 64

Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?

☐ ja

☐ nein

** keine Angabe

Frage 65

Wurden Sie in Deutschland geboren?

☐ ja

☐ nein

** keine Angabe

Frage 66

Welcher Religion gehören Sie an?

Nicht vorlesen, sondern nur einordnen.

☐ Christentum (katholisch)

☐ Christentum (evangelisch/protestantisch)

☐ Islam

☐ Judentum

☐ keiner

☐ andere Religion: _____

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 67

Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohnungsgeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.

Zunächst offen abfragen und den Kategorien zuordnen. Falls nicht offene Nennung, nach Kategorien fragen. Im Bedarfsfall noch einmal auf die Anonymität der Befragung hinweisen.

Ihre Angabe wird – wie auch alle anderen Angaben in dieser Befragung – selbstverständlich vollständig anonym gehalten. Es würde uns helfen, wenn Sie zumindest die Einkommensgruppe nennen könnten, zu der Ihr Haushalt gehört. Bitte sagen Sie mir einfach, in welche der folgenden Einkommensgruppen das Nettoeinkommen Ihres Haushaltes fällt.

☐ unter 1.000 Euro

☐ 1.000 bis 1.500 Euro

☐ 1.501 bis 2.000 Euro

☐ 2.001 bis 2.500 Euro

☐ 2.501 bis 3.000 Euro

☐ 3.001 bis 3.500 Euro

☐ 3.501 bis 4.000 Euro

☐ 4.001 bis 5.000 Euro

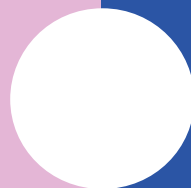
☐ 5.001 bis 7.000 Euro

☐ über 7.000 Euro

** weiß nicht

** keine Angabe

9



Anhang

9.1

Literaturnachweise

A

Aarts, Kees / van Ham, C. T. / Thomassen, Jacques (2017): Modernization, globalization, and satisfaction with democracy. In: Carolien van Ham, Jacques J. A. Thomassen, Kees Aarts, Rudy B. Andeweg (Hg.): Myth and reality of the legitimacy crisis: Explaining trends and cross-national differences in established democracies: Oxford University Press, S. 37–58.

ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (2012): Forschungsprojekt Dual-Frame-Ansätze – Forschungsbericht. Technischer Bericht. ADM-Forschungsprojekt Dual-Frame-Ansätze.

Aichholzer, Julian (2018): Verschiedene Befragungsmodi, unterschiedliche Ergebnisse? Moduseffekte und soziale Erwünschtheit am Beispiel Wahl der FPÖ. In: *ozp* 47 (2), S. 21–33.

Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej (2014): How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. In: *Comparative Political Studies* 47 (9), S. 1324–1353.

Almond, Gabriel Abraham / Verba, Sidney (1963): *The civic culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton.

Arzheimer, Kai / Bernemann, Theresa (2024): »Place« does matter for populist radical right sentiment, but how? Evidence from Germany. In: *Eur. Pol. Sci. Rev.* 16 (2), S. 167–186.

Assmann, Aleida (2025): Dimensionen des Gemeinsinns. In: *APuZ* 42/2025, S. 4–9.

B

Bayerlein, Michael / Kölzer, Julius / Metten, Anne (2025): Industrial Employment and Populism in Germany – Exploring the Effect of Actual and Looming Decline. In: *Polit Vierteljahresschr.*

Beaulieu, Lindsay / Seneviratne, Cydnee / Nowell, Lorelli (2023): Change fatigue in nursing: An integrative review. In: *Journal of Advanced Nursing* 79 (2), S. 454–470.

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias (2024): *Transformationspolitik*. Bielefeld: transcript Verlag.

Bernerth, Jeremy B. / Walker, H. Jack / Harris, Stanley G. (2011): Change fatigue: Development and initial validation of a new measure. In: *Work & Stress* 25 (4), S. 321–337.

Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2023): *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Blatter, Joachim / Langer, Phil C. / Wagemann, Claudius (2018): *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Blöcker, Antje / Dörre, Klaus / Holzschuh, Madeleine (2020): *Auto- und Zulieferindustrie in der Transformation*. Herausgegeben von der Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main.

Borwein, Sophie / Lucas, Jack (2023): Asymmetries in urban, suburban, and rural place-based resentment. In: *Political Geography* 105, S. 1–10.

Brachert, Matthias / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias (2020): *Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten: Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Brettfeld, Katrin / Kleinschnittger, Janosch / Richter, Thomas / Wetzels, Peter (2025): Wehrpflicht oder Freiwilligendienst? Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und einer »Neuen Wehrpflicht« nach der Zeitenwende. (MOTRA-Spotlight, 02/25). Hamburg: MOTRA-Verbund Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung.

Brown, Michelle / Cregan, Christina (2008): Organizational change cynicism: The role of employee involvement. In: Human Resource Management 47 (4), S. 667–686.

Bruce, Jan / English, Lucy (2020): The challenge of change fatigue on work-place mental health. In: Strategic HR Review, 19(5), S. 199–203.

Bucher, Hannah / Sand, Matthias (2022): Exploring the Feasibility of Recruiting Respondents and Collecting Web Data via Smartphone: A Case Study of Text-To-Web Recruitment for a General Population Survey in Germany. In: Journal of Survey Statistics and Methodology 10 (4), S. 886–897.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«. Berlin. ↗ bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/abschlussbericht-kommission-30-jahre.html (03.11.2025).

Bundesministerium des Innern (Hg.) (2025): Verfassungsschutzbericht 2024. Berlin. ↗ verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (03.11.2025).

C

Canzler, Wert (2025): Verkehrswende: Mehr als nur ein Antrieb. In: Wolfgang Schroeder und Florian Ranft (Hg.): Varianzen der Transformation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 113–122.

Castanho Silva, Bruno / Jungkunz, Sebastian / Helbling, Marc / Littvay, Levente (2020): An Empirical Comparison of Seven Populist Attitudes Scales. In: Political Research Quarterly 73 (2), S. 409–424.

Claassen, Christopher (2020): Does Public Support Help Democracy Survive? In: American J Political Sci 64 (1), S. 118–134.

Claassen, Christopher / Ackermann, Kathrin / Bertsou, Eri / Borba, Lucas / Carlin, Ryan E. / Cavari, Amnon (2025): Conceptualizing and Measuring Support for Democracy: A New Approach. In: Comparative Political Studies 58 (6), S. 1171–1198.

Cook, John / Oreskes, Naomi / Doran, Peter T. / Anderegg, William R. L. / Verheggen, Bart / Maibach, Ed W. et al. (2016): Consensus on consensus: a synthesis of consensus estimates on human-caused global warming. In: Environ. Res. Lett. 11 (4), S. 1–7.

D

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismusstudie 2024. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Demary, Vera (2024): Wie der Staat digitalen Fortschritt vorantreiben kann. In: Knut Bergmann, Matthias Diermeier (Hg.): Transformationspolitik. Bielefeld, Germany: transcript Verlag, S. 129–139.

Deming, William Edwards / Stephan, Frederick F. (1941): On a least squares adjustment of a sampled frequency table when the expected marginal tables are known. The Annals of Mathematical Statistics, 11, S. 427–444.

de Vries, Machteld S. E. / de Vries, Michiel S. (2021): Repetitive reorganizations, uncertainty and change fatigue. In: Public Money & Management, 43(2), S. 126–135.

DFA Digital für alle gGmbH (2025): Studie zur digitalen Teilhabe. Berlin. ↗ digitaltag.eu/studie (03.11.2025).

Dilger, Clara / Lengfeld, Holger (2025): Politische Spaltungen in Klimafragen? Institutionenvertrauen, Partizipation und Parteineigung. In: Nils Teichler, Olaf Groh-Samberg, und Jean-Yves Gerlitz (Hg.): (Un)mögliche Transformation? Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland. Zweiter Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, S. 72–81.

E

Easton, David (1965): A Framework for Political Analysis, New Jersey: Prentice-Hall.

Easton, David (1975): A Re-assessment of the Concept of Political Support. In: Brit. J. Polit. Sci. 5 (4), S. 435–457.

Eder, Christina / Reinl, Ann-Kathrin (2022): Auswirkungen europäischer Krisen auf politisches Vertrauen in Ost- und Westdeutschland. In: Martin Elff, Kathrin Ackermann, Heiko Giebler (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Wahlen und politische Einstellungen), S. 55–88.

El-Menouar, Yasemin (2019): Befragung von Migranten. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 943–956.

Enste, Dominik / Ewers, Mara (2014): Lebenszufriedenheit in Deutschland: Entwicklung und Einflussfaktoren. In: W-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 41. Jahrgang, Heft 2/2014.

Erhard, Lukas / Heiberger, Raphael H. / Windzio, Michael (2021): Diverse Effects of Mass Media on Concerns about Immigration: New Evidence from Germany, 2001–2016. In: European Sociological Review 38 (4), S. 629–647.

Esaïasson, Peter / Kölln, Ann-Kristin / Turper, Sedef (2015): External Efficacy and Perceived Responsiveness — Similar but Distinct Concepts. In: Int J Public Opin Res 27 (3), S. 432–445.

Europäische Kommission (2022): Index für die digitale Wirtschaft 2022: Deutschland im Mittelfeld. ↗ germany.representation.ec.europa.eu/news/index-fur-die-digitale-wirtschaft-2022-deutschland-im-mittelfeld-2022-07-28_de (03.07.2025).

F

Felbermayr, Gabriel / Battisti, Michele / Suchta, Jan-Philipp (2017): Lebenszufriedenheit und ihre Verteilung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme. In: ifo Schnelldienst, München, Vol. 70, Iss. 09, S. 19–30.

Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (2018): Conceptualizing and Measuring the Quality of Democracy: The Citizens' Perspective. In PaG 6 (1), S. 22–32.

Fratzscher, Marcel (2024): Warum sich Deutschland nicht verändern will. In: Die ZEIT, 06.12.2024. ↗ zeit.de/wirtschaft/2024-12/krisenmanagement-deutschland-veraenderung-angst-sorge (02.12.2025).

Fröhlich, Paulina / Mannewitz, Tom / Ranft, Florian (2022): Die Übergangenen. Strukturschwach & Erfahrungsstark: Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

G

Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (1997): Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Telefonumfragen in Deutschland, in: ZUMA Nachrichten 21, S. 7–18.

Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (2009): Die Kombination von Mobilfunk- und Festnetzstichproben in Deutschland. In: Martin Weichbold, Johann Bacher, Christoph Wolf (Hg.): *Umfrageforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239–252.

Gabriel, Oscar W. (2019): 8. Einstellungen zur Demokratie. In: Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. S. 230–247.

Göpel, Maja / Ziesenitz, Johannes (2024): Klimaneutralität 2024. (wie) können wir das schaffen? In: Knut Bergmann, Matthias Diermeier (Hg.): *Transformationspolitik*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 161–178.

Graf, Timo (2025): Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2024. ZMSBw-Forschungsbericht 137.

Groh-Samberg, Olaf / Schmelzle, Cord (2025): Vom gesellschaftlichen zum demokratischen Zusammenhalt. In: APuZ 42/2025, S. 16–22.

H

Häder, Sabine / Sand, Matthias (2019): Telefonstichproben. In: Häder, Sabine / Häder, Michael / Schmich, Patrick (Hg.): *Telefonumfragen in Deutschland*, Schriftenreihe der ASI – Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute. Wiesbaden: Springer VS, S. 113–151.

Hanf, Thomas / Liebscher, Reinhard / Schmidtke, Heidrun (2011): Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. In: Raj Kollmorgen, Frank Thomas Koch, Hans-Ludger Dienel (Hg.): *Diskurse der deutschen Einheit*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 249–300.

Harfst, Philipp / Franzmann, Simon T. / Kühnel, Steffen M. / Fitzpatrick, Sally A. / Krug, Laura / Hartmann, Jonah et al. (2024): *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023*. Göttingen: Göttingen University Press.

Heckel, Christiane / Glemser, Axel / Meier, Gerd (2014): Das ADM-Telefonstichproben-System. In: *Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung – Eine Darstellung für die Praxis*. Hg. von ADM e.V. 2., Wiesbaden: Springer, S. 137–166.

Hebenstreit, Jörg / Reiser, Marion (2023): Politische Unterstützung im Dauerstresstest – Einstellungen zur Demokratie in Thüringen seit der Jahrtausendwende. In: *Z Politikwiss* 33 (4), S. 737–762.

Hebenstreit, Jörg / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Lutz, Lynn-Malou / Pollak, Reinhard / Reiser, Marion (2024): *Deutschland-Monitor '23*. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Stadt und Land. Berlin, Halle (Saale), Jena, Mannheim.

Hebenstreit, Jörg / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Pollak, Reinhard / Reiser, Marion / Zissel, Pierre (2025): Deutschland-Monitor '24. Gesellschaftliche und politische Einstellungen Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Berlin, Halle (Saale), Jena, Mannheim.

Hegewald, Sven (2024): Locality as a safe haven: place-based resentment and political trust in local and national institutions. In: *Journal of European Public Policy* 31 (6), S. 1749–1774.

Heide, Julian (2025): Mediale Trigger. Emotionen und Argumente in deutschen Pressekommentaren. In: *Zeitschrift für Soziologie* 54 (2), S. 238–256.

Heller, Ayline / Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2020): *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*. Psychosozial-Verlag, Gießen.

Holtmann, Everhard (2020): Deutschland 2020: unheilbar gespalten? In: *Z Politikwiss* 30 (3), S. 493–499.

Holtmann, Everhard / Pollak, Reinhard / Reiser, Marion (2024): *Deutschland-Monitor 2023: Bericht und Debatte*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Holz, Paulina / Hörisch, Felix / Pöhland, Christina (2025): Strukturwandel, regionale politische Kultur und Demokratiezufriedenheit im Saarland. In: *Z Politikwiss*.

Hooghe, Marc (2011): Why There is Basically Only One Form of Political Trust. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 13 (2), S. 269–275.

INFO (2024): Ergebnisbericht für 4 Fokusgruppen im Rahmen des Deutschland-Monitors 2024. INFO Markt- und Meinungsforschung GmbH. Berlin. [↗ deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/INFO_Deutschlandmonitor-2024_Ergebnisbericht-Fokusgruppen.pdf](https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/INFO_Deutschlandmonitor-2024_Ergebnisbericht-Fokusgruppen.pdf) (06.11.2024).

INFO (2025): Ergebnisbericht für 4 Fokusgruppen im Rahmen des Deutschland-Monitors 2025. INFO Markt- und Meinungsforschung GmbH. Berlin. [↗ deutschland-monitor.info/ergebnisbericht-fokusgruppen-2025](https://deutschland-monitor.info/ergebnisbericht-fokusgruppen-2025) (11.12.2025).

Infratest dimap (2025): ARD-DeutschlandTREND April 2025. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. [↗ infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/april](https://infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/april) (02.12.2025).

Infratest dimap (2023): 33 Jahre Wiedervereinigung. [↗ infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/33-jahre-wiedervereinigung](https://infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/33-jahre-wiedervereinigung) (02.12.2025).

Ipsos (2025): *The Uneasy Decade: Reshaping society, technology, and the global economy*. 9th Edition. [↗ resources.ipsos.com/Download-IpsosGlobalTrends9thEdition.html](https://resources.ipsos.com/Download-IpsosGlobalTrends9thEdition.html) (02.12.2025).

Jungkunz, Sebastian (2023): *Politischer Extremismus. Struktur und Ursachen Links- und Rechts-extremer Einstellungen in Deutschland*. Cham: Springer Vieweg. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

L

Lang, Frieder R. / Lessenich, Stephan / Rothmund, Klaus (2022): *Altern als Zukunft – eine Studie der Volkswagenstiftung*. Berlin, Heidelberg: Springer.

Lange, Sarah de / van der Brug, Wouter / Harteveld, Eelco (2023): Regional resentment in the Netherlands: A rural or peripheral phenomenon? In: *Regional Studies* 57 (3), S. 403–415.

Lee, Hoesung / Calvin, Katherine / Dasgupta, Dipak / Krinner, Gerhard / Mukherji, Aditi / Thorne, Peter W. (2023): IPCC, 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.)]. IPCC, Geneva, Switzerland.

Lempp, Jakob / Serfling, Oliver / Rolf, Jan Niklas (2025): *Parteianhängerschaft in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Lettrari, Adriana (2019): Wendekinder und Transformationskompetenz. In: *Journal für politische Bildung* 9 (4), S. 32–37.

Lewandowsky, Marcel (2022): *Populismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Lewandowsky, Marcel (2025): Alternative für Deutschland. In: Frank Decker, Viola Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 164–179.

Liedl, Bernd / Steiber, Nadia (2024): Führen Online-Befragungen zu anderen Ergebnissen als persönliche Interviews? Eine Schätzung von Moduseffekten am Beispiel eines Mixed-Mode Surveys. In: *Österreich Z Soziol* 49 (1), S. 1–22.

Linde, Jonas / Peters, Yvette (2020): Responsiveness, support, and responsibility: How democratic responsiveness facilitates responsible government. In: *Party Politics* 26 (3), S. 291–304.

Lipps, Jana / Schraff, Dominik (2021): Regional inequality and institutional trust in Europe. In: *European J Political Res* 60 (4), S. 892–913.

Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (1967): *Party systems and voter alignments: An introduction*. New York: Free Press.

Lohr, Sharon L. (2011): Alternative survey sample designs: Sampling with multiple overlapping frames. In: *Statistics Canada – Survey Methodology* 37, S. 197–213.

Lythreitis, Sophie / Singh, Sanjay Kumar / El-Kassar, Abdul-Nasser (2022): The digital divide: A review and future research agenda. In: *Technological Forecasting and Social Change* 175, S. 1–11.

M

Magalhães, Pedro C. / Aarslew, Laurits Florang (2025): Survey measures of democratic attitudes and social desirability bias. In: *PSRM*, S. 1–15.

Marcos-Marne, Hugo / Gil de Zúñiga, Homero / Borah, Porismita (2023): What do we (not) know about demand-side populism? A systematic literature review on populist attitudes. In: *Eur Polit Sci* 22 (3), S. 293–307.

Mau, Steffen (2022): »Die Welt ist bunter, als meist angenommen«: Ein Gespräch mit Steffen Mau über Polarisierungsunternehmer, Veränderungsgeschöpfung und gesellschaftliche Gewöhnungsprozesse. Mannheim: SSOAR, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V.

Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Mau, Steffen (2024): *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.

Messelken, Karlheinz (1989): Artikel »Anomie«. In: *Wörterbuch der Soziologie*, Band 1, Enke: Stuttgart, S. 19–20.

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Gov. & oppos.* 39 (4), S. 541–563.

Mudde, Cas (2017): *An ideational approach*. In: Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), Paul Taggart (Hg.), Paulina Ochoa Espejo (Hg.), Pierre Ostiguy (Hg.): *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, S. 27–47.

Mudde, Cas (2021): *Populism in Europe: An Illiberal Democratic Response to Undemocratic Liberalism (The Government and Opposition / Leonard Schapiro Lecture 2019)*. In: *Government and Opposition* 56 (4), S. 577–597.

Müller, Jan-Werner (2017): *Was ist Populismus?* In: *ZPTh* 7 (2), S. 187–201.

Munis, B. Kal (2022): *Us Over Here Versus Them Over There ... Literally: Measuring Place Resentment in American Politics*. In: *Polit Behav* 44 (3), S. 1057–1078.

N

Neubacher, Frank / Bögelein, Nicole (2021): *Kriminalität der Armen – Kriminalisierung von Armut?* In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 104 (2), S. 107–123.

Niedermayer, Oskar (2009): *Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2), S. 383–397.

Norris, Pippa (2011): *Democratic deficit: Critical citizens revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.

O

Oswald, Michael / Schäfer, Mario / Broda, Elena (2022): *The New Age of Populism: Reapproaching a Diffuse Concept*. In Michael Oswald (Hg.): *The Palgrave Handbook of Populism*. Cham: Springer International Publishing, S. 3–30.

P

Pickel, Susanne (2018): *Wahlkampfzeit ist Responsivitätszeit*. In Tom Mannewitz (Hg.): *Die Demokratie und ihre Defekte*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 171–195.

Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2020): *Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen?* In: *Z Politikwiss* 30 (3), S. 483–491.

Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2023): *The Wall in the Mind – Revisited Stable Differences in the Political Cultures of Western and Eastern Germany*. In: *German Politics* 32 (1), S. 20–42.

Pitkin, Hanna F. (1967): *The Concept of Representation*. University of California Press.

Porst, Rolf (1996): *Ausschöpfungen bei sozialwissenschaftlichen Umfragen: die Sicht der Institute. ZUMA-Arbeitsbericht, 1996/07*. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen ZUMA.

R

Ragnitz, Joachim (2025): Ostdeutsche Strukturbruch-Erfahrungen als Transformationsbremse. In: Wolfgang Schroeder, Florian Ranft (Hg.): *Varianzen der Transformation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 19–28.

Reiser, Marion / Küppers, Anne / Brandy, Volker / Hebenstreit, Jörg / Vogel, Lars (2024): *Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023*. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft; KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Erfurt. [↗ thuringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thuringenmonitor/Politische_Kultur_Thuringen_bf.pdf](https://thuringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thuringenmonitor/Politische_Kultur_Thuringen_bf.pdf) (15.10.2025).

Reiser, Marion / Reiter, Renate (2023): A (New) East-West-Divide? Representative Democracy in Germany 30 Years after Unification. In *German Politics* 32 (1), S. 1–19.

Reiser, Marion / Rinne, Jonathan / Vogel, Lars (2025): *Eigentumskonflikte: Konsens und Polarisierung in vergleichender Perspektive*. Im Erscheinen.

Renn, Ortwin (2024): Akzeptanz und Beteiligung für eine gelingende Energiewende. In: Bundeskanzleramt (Hg.): *Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftliches Projekt*. Berlin: S. 88–93.

Rheingold Institut (2021): *Psychologische Grundlagenstudie zum Stimmungs- und Zukunftsbild in Deutschland. Ergebnisbericht*. [↗ rheingold-marktforschung.de/wp-content/uploads/2022/09/Ergebnisse-Zukunftsstudie_final.pdf](https://rheingold-marktforschung.de/wp-content/uploads/2022/09/Ergebnisse-Zukunftsstudie_final.pdf) (02.12.2025).

Rippl, Susanne / Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. In: *Köln Z Soziol* 70 (2), S. 237–254.

Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11 (1), S. 189–209.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal/ van Hauwaert, Steven M. (2020): The populist citizen: Empirical evidence from Europe and Latin America. In: *Eur. Pol. Sci. Rev.* 12 (1), S. 1–18.

S

Sand, Matthias (2015): Überarbeitung des GESIS-Auswahlrahmens für Telefonstichproben. In: Michael Häder, Robert Neumann (Hg.): *Auswahlprobleme und Antwortverhalten bei Telefonbefragungen*. Münster: MV-Verlag, S. 13–38.

Sand, Matthias (2018): *Gewichtungsverfahren in Dual-Frame-Telefonerhebungen bei Device-Specific Nonresponse*. GESIS-Schriftenreihe 20. Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Sand, Matthias / Kunz, Tanja (2020): *Gewichtung in der Praxis. GESIS Survey Guidelines*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Schnaudt, Christian (2013): Politisches Vertrauen. In: Jan W. van Deth, Markus Tausendpfund (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 297–328.

Schroeder, Wolfgang / Bruns, Hauke (2025): Die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025: Atempause in einer politisierten Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 56 (3), S. 613–644.

Schulz, Felix / Trappmann, Vera (2024): Gesellschaftliches Gelingen der Transformation. Die Rolle von Beschäftigten, Betrieben und Gewerkschaften. In: Bundeskanzleramt (Hg.): Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftliches Projekt. Berlin.

Schwartz, Shalom H. (1992): Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries. In: Mark P. Zanna (Hg.): Advances in Experimental Social Psychology Volume 25, S. 1–65.

Schwartz, Shalom H. (2006): A theory of cultural value orientations: Explication and applications. Comparative Sociology, 5(2–3), S. 137–182.

Seyd, Ben (2024): Trust. How Citizens View Political Institutions. Oxford: Oxford University Press.

Spruyt, Bram / Keppens, Gil / van Droogenbroeck, Filip (2016): Who Supports Populism and What Attracts People to It? In: Political Research Quarterly 69 (2), S. 335–346.

Steinbrecher, Markus (2022): Lebt der Kalte Krieg weiter? In: Martin Elff, Katrin Ackermann, Heiko Giebler (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. Wahlen und politische Einstellungen. Springer VS, Wiesbaden, S. 207–244.

Stobbe, Mandy (2020): Lebenszufriedenheit und subjektives Wohlbefinden. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. [bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47331/lebenszufriedenheit-und-subjektives-wohlbefinden](https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47331/lebenszufriedenheit-und-subjektives-wohlbefinden) (15.11.2025).

Störk-Biber, Constanze / Hampel, Jürgen / Kropp, Cordula / Zwick, Michael (2020): Wahrnehmung von Technik und Digitalisierung in Deutschland und Europa: Befunde aus dem TechnikRadar. In: HMD 57 (1), S. 21–32.

Strippel, Christian / Emmer, Martin (2021): Stichproben für Telefonbefragungen in Deutschland: Ein Werkstattbericht. Preprint.

T

Tausendpfund, Markus (2018): Zufriedenheit mit der Demokratie. Ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. Social Indicators Information Service, 60, S. 29–35.

Tausendpfund, Markus (2021): Zufriedenheit mit der Demokratie. In: Markus Tausendpfund (Hg.): Empirische Studien lesen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 13–49.

Teney, Céline / Pietrantuono, Giuseppe / Wolfram, Tobias (2024): What polarizes citizens? An explorative analysis of 817 attitudinal items from a non-random online panel in Germany. In: PloS one 19 (5), S. 1–21.

U

Uppendahl, Herbert (1981): Repräsentation und Responsivität Bausteine einer Theorie responsiver Demokratie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 12 (1), S. 123–134.

V

Valgarðsson, Viktor / Jennings, Will / Stoker, Gerry / Bunting, Hannah / Devine, Daniel / McKay, Lawrence/ Klassen, Andrew (2025): A Crisis of Political Trust? Global Trends in Institutional Trust from 1958 to 2019. In: *Brit. J. Polit. Sci.* 55, S. 1–23.

van der Meer, Tom (2010): In what we trust? A multi-level study into trust in parliament as an evaluation of state characteristics. In: *International Review of Administrative Sciences* 76 (3), S. 517–536.

W

Weisskircher, Manès (2020): The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind »Populism«. In: *Political Quarterly* 91 (3), S. 614–622.

Westle, Bettina (2020): Schützt politisches Wissen vor Populismus? In: Markus Tausendpfund, Bettina Westle (Hg.): *Politisches Wissen in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Politisches Wissen), S. 199–244.

Wurthmann, Constantin / Decker, Frank (2025): Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW). In: Frank Decker, Viola Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 214–221.

Wynen, Jan / Verhoest, Koen / Kleizen, Bjorn (2019): Are public organizations suffering from repetitive change injury? A panel study of the damaging effect of intense reform sequences. In: *Governance* 32 (4), S. 695–713. DOI: 10.1111/gove.12404.

Z

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (Hg.) (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

Zmerli, Sonja (2016): Konvergenz oder Divergenz? Entwicklungsverläufe und Determinanten politischer Unterstützung im europäischen Vergleich. In: Sigrid Roßteutscher, Thorsten Faas, Ulrich Rosar (Hg.): *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 279–312.

Zmerli, Sonja (2019): 9. Politisches Vertrauen. In: Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel, Jürgen Maier (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 248–272.

9.2

Abbildungsverzeichnis

- 028 **Abb. 1**
Dimensionen und Variablen von ILTIS
- 030 **Abb. 2**
Kreise nach Prosperität
- 034 **Abb. 3**
Rollierendes Kreispanel
- 034 **Abb. 4**
Kreiseinteilung nach ILTIS-Schicht der regionalen Vertiefung
- 042 **Abb. 5**
Einschätzung der wahrgenommenen Veränderungen nach Bewertung, Reichweite, Geschwindigkeit und Tiefe
- 046 **Abb. 6**
Transformationstypen in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 049 **Abb. 7**
Transformationstypen nach persönlicher Bilanz der Wiedervereinigung
- 050 **Abb. 8**
Verteilung der Variablen zur Messung der Transformationserfahrung auf 3 Ebenen
- 054 **Abb. 9**
Aussagen zur Messung von Anomie- und Selbstwirksamkeitsempfinden
- 056 **Abb. 10**
Transformationstypen nach Parteiidentifikation
- 061 **Abb. 11**
Bereiche mit den größten Veränderungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung
- 062 **Abb. 12**
Wahrgenommene Veränderungsgeschwindigkeit in ausgewählten Politikbereichen
- 065 **Abb. 13**
Aussagen zur Verteidigungspolitik
- 070 **Abb. 14**
Aussagen zur Digitalisierung

- 073 **Abb. 15**
Aussagen zu Klimawandel und Klimaschutz
- 078 **Abb. 16**
Aussagen zur Migration
- 082 **Abb. 17**
Aussagen zum demografischen Wandel
- 085 **Abb. 18**
Aussagen zum wirtschaftlichen Strukturwandel
- 088 **Abb. 19**
Spezifische Veränderungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern nach Transformationstypen
- 090 **Abb. 20**
Spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern Verteidigung und Digitalisierung nach Einkommensgruppen
- 090 **Abb. 21**
Spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikbereichen Migration und Klima nach politischer Selbstverortung
- 093 **Abb. 22**
Verteilung der Transformationstypen nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie
- 094 **Abb. 23**
Spezifische Veränderungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie
- 094 **Abb. 24**
Zumutungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern nach Prosperität
- 103 **Abb. 25**
Einstellungen zur Demokratie in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 104 **Abb. 26**
Zustimmung zu 3 Demokratie-Dimensionen 2023–2025
- 107 **Abb. 27**
Typen demokratischer Orientierung in Ost-, West- und Gesamtdeutschland

- 108 **Abb. 28**
Typen demokratischer Orientierung nach Parteinähe
- 110 **Abb. 29**
Vertrauen in politische Institutionen in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 113 **Abb. 30**
Entwicklung des Institutionenvertrauens 2023–2025
- 114 **Abb. 31**
Vertrauen in ausgewählte Institutionen des Bundes (aggregiert) in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 116 **Abb. 32**
Wahrgenommene Responsivität in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 117 **Abb. 33**
Wahrgenommene Responsivität (aggregiert) in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 121 **Abb. 34**
Institutionenvertrauen in Abhängigkeit der formalen Bildung
- 122 **Abb. 35**
Ausgewählte Bestimmungsfaktoren spezifischer politischer Unterstützung am Beispiel des Institutionenvertrauens
- 127 **Abb. 36**
Institutionenvertrauen nach Transformationstypen
- 130 **Abb. 37**
Indikatoren politischer Unterstützung nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie
- 133 **Abb. 38**
Deprivationswahrnehmung, Statusverlustangst und »Gefühl des Abgehängtseins« nach Prosperität anhand der regionalen Vertiefungsstudie
- 134 **Abb. 39**
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Abhängigkeit eines »Gefühls des Abgehängtseins«
- 137 **Abb. 40**
Aussagen zur Messung populistischer Einstellungen

- 138 **Abb. 41**
Verbreitung populistischer Einstellungen 2024 und 2025
- 140 **Abb. 42**
Populistische Einstellungen nach Parteinähe
- 142 **Abb. 43**
Ausgewählte Bestimmungsfaktoren populistischer Einstellungen
- 144 **Abb. 44**
Populistische Einstellungen nach Prosperität anhand
der regionalen Vertiefungsstudie
- 144 **Abb. 45**
Populistische Einstellungen in Abhängigkeit eines »Gefühls des
Abgehängtseins« anhand der regionalen Vertiefungsstudie
- 146 **Abb. 46**
Aussagen zur Messung diktaturaffiner Einstellungen
- 149 **Abb. 47**
Diktaturaffine Einstellungen in Ost-, West-
und Gesamtdeutschland
- 150 **Abb. 48**
Individuelle Bestimmungsfaktoren diktaturaffiner Einstellungen
- 152 **Abb. 49**
Diktaturaffine Einstellungen nach Prosperität anhand der
regionalen Vertiefungsstudie
- 158 **Abb. 50**
Lebenszufriedenheit, Lebensbilanz und gesellschaftliche
Wertschätzung in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 159 **Abb. 51**
Lebenszufriedenheit nach unterschiedlichen Indikatoren
- 160 **Abb. 52**
Lebenszufriedenheit nach Prosperität anhand
der regionalen Vertiefungsstudie
- 164 **Abb. 53**
Lokaler Zusammenhalt in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 167 **Abb. 54**
35 Jahre – Wiedervereinigungsbilanz in Ost-, West-
und Gesamtdeutschland
- 168 **Abb. 55**
Wiedervereinigungsbilanz nach Prosperität anhand
der regionalen Vertiefungsstudie

9.3

Tabellenverzeichnis

042	Tab. 1	4 Dimensionen von Veränderungsbereitschaft
045	Tab. 2	5 Transformationstypen und ihre Wahrnehmung von gesellschaftlichen Veränderungen
059	Tab. 3	Transformationstypen und ihre Merkmale
107	Tab. 4	Typologie demokratischer Orientierungen
117	Tab. 5	Zusammenhang zwischen den Indikatoren politischer Unterstützung
183	Tab. 6	Kontaktergebnisse der Haupterhebung
184	Tab. 7	Kontaktergebnisse der regionalen Vertiefungsstudie

9.4

Autorinnen und Autoren

Helene Franke, M.A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Jörg Hebenstreit

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Reinhard Pollak

Institut für Soziologie an der Universität
Mannheim und Gesis Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften, Abteilungsleiter
Data and Research on Society

Prof. Dr. Marion Reiser

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Matthias Sand

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften,
Survey Design and Methodology

Pierre Zissel, M.A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Deutschland-Monitor '25

**Gesellschaftliche und
politische Einstellungen**
Themenschwerpunkt:
**Wie Veränderungsbereit
ist Deutschland?**

1. Auflage

Berlin, Halle (Saale), Jena
und Mannheim, 2026

Herausgeber

Zentrum für Sozialforschung
Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg
Großer Berlin 14, 06108 Halle (Saale)

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Straße 3, 07743 Jena

GESIS – Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften
B6 4, 68159 Mannheim

Redaktion

Tobias Jaeck, Pierre Zissel

Redaktionsschluss

Dezember 2025

Gestaltung

4S, Berlin

ISBN

978-3-00-085377-7

Die inhaltliche Verantwortung
für die Beiträge liegt bei
den Autorinnen und Autoren.

Gefördert durch:



Die Beauftragte
der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Zentrum für Sozialforschung
Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

GESIS – Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften



9 783000 853777

ISBN 978-3-00-085377-7